



**Autobahnen – und Schnellstrassen-
Finanzierungs-Aktiengesellschaft**

Jahresfinanzbericht für das Geschäftsjahr 2014

Inhalt:

- **Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014**
- **Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014**
- **Verantwortlichkeitserklärung**



BERICHT
über die
PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES
zum 31. Dezember 2014
der
Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-
Aktiengesellschaft
1011 Wien
Rotenturmstraße 5 - 9

Wien, 9. April 2015

KOM/EHM
202259

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft
Kohlmarkt 8-10, Eingang Wallnerstraße 1, 1010 Wien

Telefon: +43 (1) 53737
Telefax: +43 (1) 53737-53
HG Wien, FN 96046w
www.bdo.at

Ausfertigungsnummer: 1



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Prüfbericht	1 - 3
Bestätigungsvermerk	4 - 5
Beilagen:	
Jahresabschluss	
Bilanz zum 31. Dezember 2014	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014.....	II
Anhang für das Geschäftsjahr 2014	III
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014.....	IV
Sonstige Beilagen:	
Allgemeine Auftragsbedingungen.....	V

An die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der
Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 der

**Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
Wien**

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

In der ordentlichen Hauptversammlung 22. Mai 2014 der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen. Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 berichten wir mittels gesonderten Berichtes.

Bei der geprüften Gesellschaft handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen der Satzung beachtet wurden. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Unternehmens erwecken.

Die Prüfung zum 31. Dezember 2013 erfolgte durch einen anderen Abschlussprüfer.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufsüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche Fehldarstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von Juni bis November 2014 (Vorprüfung) sowie von März bis April 2015 (Hauptprüfung) überwiegend am Sitz der Gesellschaft in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Dr Christoph Pramböck, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhandberufe herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage V) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben des Vorstandes im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht.

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Der Lagebericht entspricht nach unserer abschließenden Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften (§ 243 und § 243a UGB) und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Die Beschreibung der wichtigsten Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist unseres Erachtens zutreffend.

3.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Wir erhielten vom Abschlussprüfer des Vorjahres Zugang zu den relevanten Informationen der geprüften Gesellschaft.

3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

4. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
Wien**

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der

Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 9. April 2015

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


ppa Dr Christoph Pramböck
Wirtschaftsprüfer




ppa Mag Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss und Lagebericht

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

**Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2014**

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse				
a) Sondermauterlöse	155.118.207,97		148.751	
b) Vignettenerlöse	428.187.736,09		406.312	
c) Erlöse aus Weilverrechnungen	439.507.898,05		382.633	
d) LKW-Mauterlöse	1.241.632.189,39		1.134.540	
e) Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	31.209.073,37		31.827	
f) Erlöse aus dem Streckenkontrolldienst	29.301.111,29	2.325.055.994,16	26.251	2.128.314
2. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.489.431,02		4.258	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	6.820.978,78		16.516	
c) übrige	78.627.624,01	89.938.031,82	83.823	104.394
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsverleistungen				
a) Materialaufwand	-11.854.843,48		-16.875	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.190.127.385,80	-1.201.782.239,38	-1.007.615	-1.023.690
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	-8.542.862,98		-8.028	
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiter- vorsorgekassen	-122.524,42		-233	
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-706.273,05		438	
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-2.188.423,79		-2.045	
e) sonstige Sozialaufwendungen	-215.843,44	-11.863.727,68	-198	-10.064
5. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen planmäßig	-48.926.487,90		-47.324	
außerplanmäßig	-3.680.650,08	-50.007.137,98	-333	-47.657
6. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern außer vom Einkommen und Ertrag	-86.915,51		-85	
b) übrige	-109.958.351,40	-110.025.288,91	-109.081	-108.148
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebserfolg)		1.041.315.664,03		1.045.161
8. Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen		41.242.815,23		33.377
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens		209.384,20		183
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	549.926,60		2.885	
a) sonstige Zinsen	783.945,41	1.333.872,01	642	3.337
b) ähnliche Erträge	0,00		1	
davon sonstige Zinsen aus verbundenen Unternehmen		54.414,50		27
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Finanzanlagen				
12. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-132.061.750,60	-132.061.750,60	-34	-34
a) Abschreibungen	-131.884.932,23		0	
davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen				
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-343.234.684,03		-411.269	
a) Zinsen	-19.459.139,75	-362.703.823,78	-22.189	-433.457
b) ähnliche Aufwendungen	-21.669,43		-3	
davon Zinsen aus verbundenen Unternehmen				
14. Zwischensumme aus Z 8 bis 13 (Finanzerfolg)		-461.925.108,44		-386.567
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		589.390.545,59		648.664
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-180.660.429,89		-158.199
17. Jahresüberschuss		408.730.115,70		490.386
18. Auflösung unsteuerter Rücklagen		75.125,75		82
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		2.675.498.448,06		2.385.029
20. Bilanzgewinn		3.084.301.689,51		2.875.498

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

1. Allgemeine Angaben

1.1 Rechtliche Grundlagen

Die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) steht aufgrund des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982, zu 100% im Eigentum des Bundes.

Die ASFINAG übt ihre Tätigkeit aufgrund der Bestimmungen des ASFINAG-Ermächtigungsgesetzes 1997 i.d.g.F. und dem aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes mit der Republik Österreich abgeschlossenen Fruchtgenussvertrag vom 23. Juni / 25. Juli 1997, mit einer am 20. Dezember 2007 unterfertigten Änderung/Ergänzung, in der einige wesentliche Punkte des Vertrages konkretisiert und aktualisiert wurden, aus. Die gesetzlichen Grundlagen für den Straßenbau sind im Bundesstraßengesetz 1971 i.d.g.F. und dem Bundesgesetz über die strategische Prüfung im Verkehrsbereich (SP-V-Gesetz) i.d.g.F. geregelt. Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen zur Berechtigung der Einhebung der Maut sind die „Wegekostenrichtlinie“ 1999/62/EG i.d.g.F., das Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 i.d.g.F., die Mauttarifverordnung BGBl. II Nr. 460/2013 und die Vignettenpreisverordnung BGBl. II Nr. 171/2013.

Der unternehmensrechtliche Jahresabschluss 2013 ist im Firmenbuch beim Handelsgericht Wien unter der FN 92191a offengelegt. Die Gesellschaft ist das Mutterunternehmen des ASFINAG-Konzerns. Der Konzernabschluss ist im Firmenbuch beim Handelsgericht unter FN 92191a offengelegt.

Die Gesellschaft gilt gemäß § 221 Abs. 3 UGB als große Kapitalgesellschaft.

1.2 Unternehmensgegenstand

Der Unternehmensgegenstand der ASFINAG umfasst insbesondere:

- Die Finanzierung, die Planung, den Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen, einschließlich der hierzu notwendigen und zweckdienlichen Infrastruktur;
- die Einhebung von zeit- und fahrleistungsabhängigen Mauten von Nutzern dieser Straßen sowie alle hierfür erforderlichen Tätigkeiten;
- die Durchführung von Forschung und Entwicklung, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen, insbesondere im Bereich des Verkehrsmanagements, der Verkehrsinformation, der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes;
- die Durchführung von Teilen der Betriebsagenden im System für digitale Kontrollgeräte im Straßenverkehr;
- die Verwertung und Verwaltung von unmittelbar dem Verkehr dienenden Flächen sowie von Grundstücken und Hochbauten, die in das Eigentum der Gesellschaft auf Grund des Bundesgesetzes über die Auflassung und Übertragung von Bundesstraßen übertragen wurden.

1.3 Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften gemäß Unternehmensgesetzbuch (UGB)

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde nach den Vorschriften des UGB in der derzeit gültigen Fassung unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, der Vollständigkeit und Willkürfreiheit sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu ermitteln erstellt.

Weiters wurden die Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 221 bis 243b UGB bei der Bilanzierung, der Bewertung und beim Ausweis einzelner Posten beachtet. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Dem Vorsichtsgrundsatz wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Geschäftsjahr 2014 entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen, sowie der Grundsatz der Einzelbewertung von Vermögensgegenständen und Schulden sowie der Grundsatz der Stetigkeit beachtet.

Der Jahresabschluss wurde in Euro (EUR) erstellt. Die zahlenmäßige Darstellung des aktuellen Geschäftsjahres erfolgt in Euro, jene des Vorjahres in EUR 1.000 bzw. TEUR, weswegen Rundungsdifferenzen nicht ausgeschlossen werden können.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Einzeln erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden nach ihrer erstmaligen Aktivierung mit ihren Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibung angesetzt.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden entsprechend ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibung erfolgt linear über einen Zeitraum von 4 Jahren für Software und von 5 bis zu 10 Jahren für Rechte. Die Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden jährlich auf ihre unveränderte Gültigkeit hin überprüft. Zusätzlich zur planmäßigen Abschreibung erfolgt eine Überprüfung auf mögliche Wertminderungen, sofern ein Anhaltspunkt dafür vorliegt.

Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung immaterieller Vermögensgegenstände ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögensgegenstandes. Sie werden in der Periode erfolgswirksam erfasst, in der der Posten ausgebucht wird.

Ungeachtet dessen, ob die Nutzungsdauer begrenzt oder unbegrenzt ist, werden die Vermögensgegenstände bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung außerplanmäßig auf ihren niedrigeren Wert abgeschrieben.

Fruchtgenussrecht

Im am 23. Juni / 25. Juli 1997 mit der Republik Österreich abgeschlossenen Fruchtgenussrechtsvertrag wurde der ASFINAG das Recht eingeräumt, die österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen zu betreiben und für deren Benutzung Maut einzuheben. Darüber hinaus steht der ASFINAG ein fixer Anspruch aus der Verpflichtung des Bundes zu, im Falle einer Vertragsauflösung den Restbuchwert des dem Fruchtgenussrecht entsprechenden Vermögens zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung in Höhe der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu leisten. Im Gegenzug übernahm die ASFINAG die Verpflichtung, die Autobahnen und Schnellstraßen zu erhalten und auszubauen.

Entsprechend wurde das Fruchtgenussrecht als immaterieller Vermögensgegenstand bilanziert. Der Bund verzichtet auf eine Kündigung des Vertrages, solange die ASFINAG ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Erhaltung des Autobahnen- und Schnellstraßennetzes nachkommt. Mittels sondergesetzlicher Regelung (Art. I § 3 Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997) wurde das Recht auf Fruchtnießung als nicht abnutzbarer Vermögensgegenstand definiert. Das Fruchtgenussrecht unterliegt somit keiner planmäßigen Abschreibung.

Die Buchungslogik stellt sich wie folgt dar:

- Die Lieferungen und Leistungen betreffend Neubau, Erweiterung und Erhaltung des hochrangigen Straßennetzes werden in der GuV in der Position Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen erfasst.
- Der Teil der Neubau- und Erweiterungsvorhaben wird unabhängig davon, ob die betreffenden Bauvorhaben bereits fertig gestellt und zum Verkehr freigegeben oder noch in Bau sind, ohne Gewinnaufschlag periodisch an den Bund weiterverrechnet.

Parallel dazu wird in der Höhe der weiterverrechneten Kosten vom Bund das Fruchtgenussrecht erworben und als immaterielles Anlagevermögen aktiviert.

- Der Erlös aus der Weiterverrechnung wird in der GuV Position Umsatzerlöse – Erlöse aus der Weiterverrechnung - verbucht.

Sachanlagevermögen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen sowie Wertminderungen, bilanziert. Die Anschaffungskosten von Sachanlagen umfassen den Kaufpreis, einschließlich Importzölle und nicht refundierbarer Steuern und all jene direkt zurechenbaren Kosten, die entstehen, um den Vermögensgegenstand an den zur Nutzung vorgesehenen Ort zu bringen und in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Fremdkapitalzinsen sind nicht Teil der Anschaffungskosten.

Vermögensgegenstände werden ab dem Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungen erfolgen linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Bei der Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer von Sachanlagen wird die erwartete wirtschaftliche bzw. technische Nutzungsdauer berücksichtigt. Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Erwartete Nutzungsdauer von Sachanlagen	Jahre
Gebäude und Bauten auf fremdem Grund	10-33,3
Technische Anlagen und Maschinen	5-25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4-10
Fahrzeuge	8

Die Restnutzungsdauer einzelner Vermögensgegenstände wurde auf Grund geänderter vertraglicher Verhältnisse von Ende 2016 auf 30.06.2017 verlängert.

Anlagen, die im Geschäftsjahr mehr als sechs Monate genutzt werden, werden im Jahr des Zugangs mit der vollen Jahresrate abgeschrieben, solche die erst in der zweiten Jahreshälfte zugehen, mit einer halben Jahresrate.

Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten EUR 400,00 nicht übersteigen, werden als geringwertige Vermögensgegenstände klassifiziert und im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sofort zur Gänze abgeschrieben.

Die Vermögensgegenstände werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung außerplanmäßig auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag abgeschrieben.

Instandhaltungen und Reparaturen werden, sofern die Wesensart des betreffenden Vermögenswertes dadurch nicht verändert wird und kein zusätzlicher künftiger Nutzen entsteht, im Jahr des Anfalls als laufender Aufwand gebucht. Ersatz- sowie wertsteigernde Investitionen werden aktiviert.

Die mit dem Bundesstraßen-Übertragungsgesetz im Jahr 2002 in das Eigentum der ASFINAG übertragenen Hochbauten werden bei einer unterstellten Gesamtnutzungsdauer von 33 Jahren auf die Restnutzungsdauer abgeschrieben.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögensgegenstandes kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus dem Abgang des Vermögensgegenstandes resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz aus Nettoveräußerungserlösen und Buchwert des Ver-

mögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögensgegenstand ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Finanzanlagevermögen

Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder ihren niedrigeren beizulegenden Werten erfasst, wenn dauerhafte Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert unabdingbar machen. Als verbundene Unternehmen werden laut § 228 Abs. 3 UGB alle Gesellschaften kategorisiert, bei welchen die ASFINAG mittelbar oder unmittelbar die Mehrheit der Anteile besitzt oder über die einheitliche Leitung verfügt.

Beteiligungen sind gem. § 228 Abs. 1 UGB dazu bestimmt, dass sie der ASFINAG durch eine dauernde Verbindung dienen oder im Zweifelsfall die ASFINAG mindestens 20% des Nennkapitals an einer Kapitalgesellschaft hält. Weiters werden Beteiligungen zu Anschaffungskosten bewertet oder mit den niedrigeren beizulegenden Werten, falls dauerhafte Verluste verzeichnet werden.

Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten oder, sofern die Wertminderung voraussichtlich von Dauer ist, mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag angesetzt.

B. Umlaufvermögen

Die Gegenstände des Umlaufvermögens werden gemäß § 206 Abs. 1 UGB mit den Anschaffungskosten vermindert um die Abschreibungen des § 207 UGB, erfasst.

Hinsichtlich des Umfangs der Anschaffungskosten gelten die beim Anlagevermögen genannten Ausführungen gemäß § 203 Abs. 2 UGB sinngemäß.

Eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag erfolgt gemäß § 207 UGB immer dann, wenn ein tatsächlicher Börsenkurs oder Marktpreis, oder falls dieser nicht feststellbar ist, der beizulegende Zeitwert, niedriger ist als der Wert, der aktuell in der Bilanz erfasst ist, ungeachtet dessen, ob die Wertminderung nur vorübergehend oder dauerhaft ist.

Vorräte

Vorräte werden mit Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag bewertet. Die Ermittlung des Einsatzes erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Wertberichtigungen für veraltete Waren oder aus anderen Gründen wertgeminderte Waren werden über ein Wertberichtigungskonto erfasst. Wertminderungen von Vorräten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Materialaufwand ausgewiesen.

Bestandsrisiken, die sich aus erhöhter Lagerdauer sowie rückläufiger Verwendbarkeit ergeben, werden durch adäquate Wertabschläge berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenmittelkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Erkennbare Einzelrisiken werden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt.

Der Buchwert des Vermögensgegenstandes wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert.

C. Aktive Rechnungsabgrenzung

Geldbeschaffungskosten werden sofort als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag und dem Rückzahlungsbetrag einer Verbindlichkeit (Disagios) werden aktivisch abgegrenzt.

Vom Wahlrecht gemäß § 198 Abs. 10 UGB hinsichtlich der Aktivierung latenter Steueransprüche wird nicht Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag bestehen aktivierbare latente Steuern in der Höhe von EUR 8.017.460,66 (2013 TEUR 7.041).

D. Unversteuerte Rücklagen

Entsprechend § 205 (1) UGB werden Sonderabschreibungen des Anlagevermögens, die auf Grund steuerlicher Vorschriften vorgenommen worden sind in den unversteuerten Rücklagen auf der Passivseite ausgewiesen.

E. Rückstellungen

Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden, die am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher, aber hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunkts ihres Eintritts unbestimmt sind. Andere Rückstellungen als die gesetzlich vorgesehenen sowie für Beträge von untergeordneter Höhe sind nicht gebildet worden. (§198 Abs. 8 UGB).

Sofern die Gesellschaft für eine passivierte Rückstellung zumindest teilweise eine Rückerstattung erwartet (wie z. B. bei einem Versicherungsvertrag), wird die Erstattung als gesonderter Vermögenswert erfasst, sofern der Zufluss der Erstattung mit hoher Wahrscheinlichkeit eintritt. Der Aufwand zur Bildung der Rückstellung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung abzüglich der Erstattung ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen wurden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsprinzip in der Höhe des voraussichtlichen Bedarfes gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgelder wurden nach der versicherungsmathematischen „Projected Unit Credit Method“ (PUC) gemäß IAS 19, deren Anwendung auch für den unternehmensrechtlichen Jahresabschluss zulässig ist, berechnet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste wurden dabei sofort erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst.

Pensionsrückstellungen

Aufgrund von Einzelzusagen ist die ASFINAG verpflichtet, in 2014 an insgesamt 12 Pensionsbezieher (2013 12) nach deren Eintreten in den Ruhestand, Pensionszahlungen zu leisten.

Folgende Parameter kamen bei der Berechnung der **Pensionsrückstellung** zum Ansatz:

Stichtag:	31.Dezember 2014	31.Dezember 2013
Pensionsalter:	60	60
Rechnungsgrundlage:	AVÖ 2008-P (Angestellte)	AVÖ 2008-P (Angestellte)
Rendite p.a.:	2,25%	3,50%
Pensionserhöhungen p.a.:	1,70%	2,00%

Neben leistungsorientierten Pensionszusagen bestehen auch beitragsorientierte Zusagen.

Aufgrund kollektivvertraglicher Vereinbarungen ist die Gesellschaft verpflichtet für jeden Arbeitnehmer einen jährlichen Beitrag von EUR 500,00 in eine Pensionskasse zu leisten.

Für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer leistet die Gesellschaft einen Beitrag, dessen Höhe dem Verhältnis ihrer im vorangegangenen Kalenderjahr geleisteten Teilzeitarbeit entspricht.

Abfertigungsrückstellung

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften ist die Gesellschaft verpflichtet, an alle Mitarbeiter in Österreich, deren Arbeitsverhältnis vor 01. Jänner 2003 begonnen hat, bei Kündigung durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine Abfertigungszahlung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und von dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt mindestens zwei und maximal zwölf Monatsbezüge. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die ASFINAG spart die gesetzliche Abfertigungsverpflichtung über einen maximalen Zeitraum von 25 Jahren an, denn ab diesem Zeitpunkt erhöhen sich die Leistungen aus dem Plan, Gehaltssteigerungen ausgenommen, nicht mehr wesentlich.

Folgende Parameter kamen bei der Berechnung der **Abfertigungen** zur Anwendung:

Stichtag:	31.Dezember 2014	31.Dezember 2013
Pensionsalter Männer *):	APG 04	APG 04
Pensionsalter Frauen *):	APG 04	APG 04
Rechnungsgrundlage:	AVÖ 2008-P (Angestellte)	AVÖ 2008-P (Angestellte)
Rendite p.a.:	2,25%	3,50%
Gehaltserhöhung p.a.:	2,50%	3,90%
Fluktuationsabschlag:	0,00%	0,00%

*) Allgemeines Pensionsgesetz (Stand 2004): Als rechnerisches Pensionsalter wird sowohl für Männer als auch für Frauen das 62. Lebensjahr angesetzt. Übergangsbestimmungen für ältere Dienstnehmer bzw. Frauen werden berücksichtigt.

Für alle Arbeitnehmer, welche nach dem 31. Dezember 2002 eingetreten sind, leistet die Gesellschaft monatlich laufende Beitragszahlungen in Höhe von 1,53% der Lohnsumme an eine Mitarbeitervorsorgekasse, welche ihrerseits dann verpflichtet ist, eine Abfertigung an die Mitarbeiter zu bezahlen. Es handelt sich dabei um ein beitragsorientiertes System, bei welchem die Leistungsverpflichtung der Gesellschaft auf den vereinbarten Beitrag zum Fonds begrenzt ist. Folglich bildet die ASFINAG hierfür keine Abfertigungsrückstellung, sondern erfasst die geleisteten Beiträge gemäß § 231 Abs. 2 Z. 6 lit. c UGB unter dem Posten „Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen“.

Rückstellung für Jubiläumsgelder

Aufgrund kollektivvertraglicher Vereinbarungen ist die Gesellschaft verpflichtet an Mitarbeiter Jubiläumsgelder nach Maßgabe der Erreichung bestimmter Dienstjahre (ab 15 Dienstjahren) zu leisten. Die Gesellschaft berechnet den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung nach dem oben bereits erläuterten Verfahren der laufenden Einmalprämien (PUC).

Zusätzlich zu den Parametern bei der Berechnung der Abfertigung kamen noch folgende Kenngrößen bei der Berechnung der **Jubiläumsgeldrückstellung** zur Anwendung:

Stichtag:	31.Dezember 2014	31.Dezember 2013
Rendite p.a.:	2,50%	3,75%
Fluktuationsabschlag:	2,63%	4,60%
Lohnnebenkosten:	8,00%	8,00%

*) Allgemeines Pensionsgesetz (Stand 2004): Als rechnerisches Penslonsalter wird sowohl für Männer als auch für Frauen das 62. Lebensjahr angesetzt. Übergangsbestimmungen für ältere Dienstnehmer bzw. Frauen werden berücksichtigt.

Kollektivvertraglicher Anspruch auf Jubiläumsgelder:	
Nach Vollendung der Dienstjahre:	Höhe Anspruch:
15	1 Brutto-Monatsbezug
25	2 Brutto-Monatsbezüge
35	3 Brutto-Monatsbezüge

Nach Abschluss der Kollektivverhandlungen erhält ab 01.01.2015 ein Arbeitnehmer, der nach dem vollendeten 25. und vor dem vollendeten 35. Dienstjahr ausscheidet, das Jubiläumsgeld von 3 Brutto-Monatsbezügen aliquot ausbezahlt. Diese Anpassung wurde bei der Bildung der Rückstellung zum 31.12.2014 bereits berücksichtigt.

Rückstellung für Urlaubsansprüche

Weiters bildet die Gesellschaft basierend auf dem Grundsatz der periodengerechten Gewinnermittlung gemäß § 198 Abs. 8 Z. 4 lit. c UGB Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaubstage, falls die Arbeitnehmer ihren gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 25 Arbeitstagen je Geschäftsjahr nicht zur Gänze in Anspruch genommen haben. Die Berechnungsgrundlage für den Urlaubsanspruch umfasst neben den durchschnittlichen Bruttogehältern der Dienstnehmer, auch die aliquoten Sonderzahlungen sowie andere regelmäßige Gehaltsbestandteile.

Sonstige Rückstellungen

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten wurde durch die Bildung von nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung adäquaten Rückstellungen gemäß § 198 Abs. 8 Z 1 UGB Vorsorge getroffen.

Vom Wahlrecht gemäß § 198 Abs. 8 Z. 2 UGB, demzufolge nach ihrer Eigenart genau umschriebene Aufwendungen, welche dem aktuellen oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind und welche am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher, aber hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts unbestimmt sind sowie keine Verpflichtung gegenüber Dritten darstellen, wahlweise rückgestellt werden dürfen, wurde nicht Gebrauch gemacht.

F. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden gemäß § 211 Abs. 1 UGB zu ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Anschaffungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Abschlussstichtag erfasst.

Bei Vermögensgegenständen und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt. Dies gilt grundsätzlich auch für Derivate. Liegt jedoch eine Bewertungseinheit vor so werden Grund- und Sicherungsgeschäft zusammengefasst. Während das Grundgeschäft grundsätzlich in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten erfasst wird, wird das Sicherungsderivat nicht gesondert bilanziert. Verbindlichkeiten, für die gleichzeitig mit der Grundtransaktion (Begebung der Anleihen, Aufnahme der Darlehen und Kredite) ein Währungsswap abgeschlossen wurde, werden als Bewertungseinheit mit dem gesicherten Kurs in EUR dargestellt.

Für die Folgebilanzierung wird die AFRAC Stellungnahme „Derivate und Sicherungsinstrumente“ angewendet (siehe Erläuterungen bei Punkt 3.9).

G. Passive Rechnungsabgrenzung

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind gemäß § 198 Abs. 6 auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag sind.

H. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Um den Steueraufwand periodenrichtig und verursachungsgemäß zu erfassen, werden latente Steuern aus zeitlichen Ergebnisdifferenzen, soweit gesetzlich verpflichtend vorgeschrieben, periodengerecht abgegrenzt. Entsprechend § 198 Abs. 9 UGB wird eine Rückstellung gebildet und gesondert ausgewiesen, wenn der dem Geschäftsjahr und früheren Geschäftsjahren zuzurechnende Steueraufwand zu niedrig ist, weil der nach den steuerrechtlichen Vorschriften zu versteuernde Gewinn niedriger als das unternehmensrechtliche Ergebnis ist und sich die Differenzen in späteren Geschäftsjahren wieder ausgleichen.

Ist der dem Geschäftsjahr und früheren Geschäftsjahren zuzurechnende Steueraufwand zu hoch, weil der nach den steuerrechtlichen Vorschriften zu versteuernde Gewinn höher als das unternehmensrechtliche Ergebnis ist und gleichen sich die Differenzen wieder aus, so besteht gemäß § 198 Abs. 10 UGB ein Wahlrecht zur Bildung eines aktiven Abgrenzungspostens, welcher gesondert ausgewiesen wird. Vom Aktivierungswahlrecht wurde nicht Gebrauch gemacht (siehe ferner unter Punkt C. Aktive Rechnungsabgrenzung).

I. Förderungen und Zuschüsse

Förderungen und Zuschüsse werden nach der Nettomethode erfasst. Für investitionsbezogene Zuschüsse bedeutet das, dass die Förderungen und Zuschüsse direkt von den Anschaffungskosten abgezogen werden. Das Ausmaß der Kürzung der Anschaffungskosten um im Geschäftsjahr vereinbarte und vereinnahmte Förderungen und Zuschüsse wird unter Punkt 3.1. näher erläutert.

Die Bruttozugänge der Förderungen bzw. Zuschüsse des Geschäftsjahres 2014 beliefen sich auf EUR 15.624.797,49 (2013 TEUR 14.777).

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Sinne des § 226 Abs. 1 UGB findet sich im Anlagepiegel (Anlage 1).

Lt. **Fruchtgenussvertrag** vom 23. Juni / 25. Juli 1997 wurde der ASFINAG das Recht der Fruchtniessung (§§ 509 ABGB) an den im Bundesstraßengesetz (BStG) definierten Straßenzügen (Bundesstraßen A = Bundesautobahnen, mehrspurige Bundesstraßen S = Schnellstraßen und Bundesstraßen B) einschließlich der Brücken, Tunnels und Gebirgsengpässen, rückwirkend per 1. Jänner 1997 von der Republik Österreich eingeräumt. In räumlicher Hinsicht bezieht sich das Recht der Fruchtniessung auf alle Grundflächen und baulichen Anlagen samt Zubehör und Einrichtungen, die gem. § 3 BStG 1971 Bestandteil dieser Bundesstraßen sind.

Der Bund räumt der ASFINAG insbesondere das Recht ein, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung die Einhebung von Benützungsgebühren und Mauten von sämtlichen Nutzern der übertragenen Straßen vorzunehmen.

Zum Fruchtgenuss werden jene Maßnahmen (Neubau, Zubau und Erweiterung) gerechnet, die zu einer Vermehrung der Verkehrsfläche und dadurch zu Mehrverkehr und höheren Mautentnahmen führen. Ebenso fruchtgenusserhöhend sind bauliche Maßnahmen, die erstmalig getätigt werden und nicht zur Vermehrung der Verkehrsfläche führen wie zum Beispiel die Neuerrichtung von Pannenbuchten, Verkehrskontrollplätzen und Tunnelbetriebsgebäude.

Das Entgelt für die Einräumung des Rechtes der Fruchtniessung betrug im Jahr 1997 EUR 5.662.161.374,32.

Das Fruchtgenussrecht erhöhte sich im Berichtsjahr um EUR 211.800.522,77 (2013 TEUR 326.958) und beträgt nun EUR 13.069.342.003,17 (2013 TEUR 12.857.541).

Mittels sondergesetzlicher Regelung (Art. I § 3 Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997) wurde das Recht auf Fruchtniessung als nicht abnutzbarer Vermögensgegenstand definiert. Das Fruchtgenussrecht unterliegt somit keiner planmäßigen Abschreibung.

Die Bauinvestitionen für die noch nicht dem Verkehr übergebenen Bauvorhaben werden als Anzahlung Fruchtgenussrecht ausgewiesen und erhöhten sich im Berichtsjahr um EUR 169.696.503,90 (2013 Verringerung TEUR 1.110). Die direkten Zugänge aus Projektabrechnungen betragen EUR 300.119.825,26 (2013 TEUR 236.377). Zum Fruchtgenussrecht für fertig gestellte Bauvorhaben wurden EUR 130.916.684,90 (2013 TEUR 237.246) umgebucht.

Weiters verminderten sich im Geschäftsjahr die Zugänge zum Fruchtgenuss um **Förderungen bzw. Zuschüsse** in Höhe von EUR 4.878.376,95 (2013 TEUR 8.971).

In **Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte** wurden im Geschäftsjahr 2014 EUR 3.317.250,34 (2013 TEUR 2.242) investiert. Für ein Baustellenmanagementsystem wurden EUR 428.648,39 und für eine neue Ausschreibungsplattform EUR 366.231,11 aktiviert. Im Bereich Verkehrsbeeinflussung wurde in die Erweiterung der VIZ-Dienste EUR 1.670.298,29 (2013 TEUR 1.341) investiert.

Der Posten **Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund** besteht zum größten Teil aus Anschaffungskosten des mit Art. 5 Bundesstraßen-Übertragungsgesetz, BGBl. I Nr. 50/2002, per 01. April 2002 an die ASFINAG übertragenen bürgerlichen und außerbürgerlichen Eigentums und dinglicher Rechte der Republik Österreich an diversen bebauten und unbebauten Grundstücken. Im Berichtsjahr wurden bei den bebauten und unbebauten Grundstücken Abgänge zu Anschaffungskosten im Wert von EUR 2.256.111,65 (2013 TEUR 3.799) verbucht. Zum Bilanzstichtag weisen die ab 01. April 2002 per Gesetz an die ASFINAG übertragenen sowie von der ASFINAG erworbenen Grundstücke Buchwerte in Höhe von EUR 40.398.832,74 (2013 TEUR 42.626) aus, die Bauten auf eigenem und fremdem Grund in der Höhe von EUR 82.515.330,00 (2013 TEUR 83.642).

Im Bereich der **technischen Anlagen und Maschinen** wurden im Berichtsjahr für die Inbetriebsetzung neuer Mautabbuchungsstationen EUR 1.297.994,32 investiert. Im Sektor Verkehrsüberwachungsanlagen wurden Section Control Anlagen im Wert von EUR 2.467.492,50 in Betrieb genommen sowie die CN.as-Einrichtung Internet-Protokoll-Netzwerk um EUR 3.168.863,40 (2013 TEUR 1.479) erweitert. Die Investitionssumme in CN.as Linien im Bereich von Eisenstadt – Oberpullendorf und Wolfsberg – Völkermarkt betrug im Geschäftsjahr EUR 5.517.804,46. Der Abgang der als geringwertige Wirtschaftsgüter geführten Go-Boxen betrug im Geschäftsjahr EUR 1.441.522,45 (2013 TEUR 1.301).

In **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurden im Berichtsjahr EUR 1.700.503,58 (2013 TEUR 1.682) investiert.

Der Zugang bei den **geleisteten Anzahlungen und Anlagen in Bau** betrifft im Wesentlichen Investitionen für die Erneuerung der Telekommunikations- und Übertragungstechnik am ASFINAG-Netz (CN.as) in Höhe von EUR 6.276.908,42 (2013 TEUR 5.811), die Errichtung eines Verkehrsmanagement- und -informationssystems (VMIS) in Höhe von EUR 19.581.485,05 (2013 TEUR 11.173), die Errichtung und Erweiterung von Hochbauten in Höhe von EUR 16.303.708,88 (2013 TEUR 3.787) und Erweiterungen der Mautanlagen in Höhe von EUR 674.044,93 (2013 TEUR 331).

Bei den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** war aufgrund der Ermittlung des Unternehmenswertes der ASFINAG Maut Service GmbH (MSG) eine Abwertung in Höhe von EUR 130.694.166,23 auf den niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von EUR 9.700.000,00 erforderlich. Mit dem Sacheinlage- und Einbringungsvertrag vom 22.5.2014 zwischen der ASFINAG und der ASFINAG Commercial Services GmbH (ACS) wurde der gesamte an der ASFINAG European Toll Service GmbH (ETS) gehaltenen Geschäftsanteil in Höhe von EUR 35.000,00 an die ASFINAG übertragen. Aus der bisherigen „Enkelgesellschaft“ wurde eine „Tochtergesellschaft“. Die ASFINAG ist somit alleinige Eigentümerin der ETS.

Bei den **Beteiligungen** wird der Anteil an Verkehrsauskunft Österreich GesbR in Höhe von EUR 11.956,88 ausgewiesen.

Bei den **Wertpapieren des Finanzanlagevermögens** erfolgten Zuschreibungen in Höhe von EUR 54.414,50 (2013 TEUR 0).

3.2. Umlaufvermögen

An **Vorräten** waren am Bilanzstichtag auf Lager produzierte Vignetten für 2015 vorhanden.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen vor allem Forderungen aus der Fakturierung von Vignettenverkäufen sowie aus der Verrechnung der LKW-Maut. Sie sind nicht verzinslich und haben eine Fälligkeit von sofort bis 60 Tagen. Die ausgewiesenen Forderungen enthalten Wertberichtigungen in der Höhe von EUR 1.114.456,81 (2013 TEUR 772), die in der Berichtsperiode in der Gewinn- und Verlustrechnung in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurden. Wertminderungen werden ausschließlich auf Basis von Einzelbetrachtungen vorgenommen, eine Wertberichtigung auf pauschaler Basis erfolgt nicht.

Die **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen** in Höhe von EUR 57.308.110,70 (2013 TEUR 40.692) beinhalten die Verrechnung von Leistungen innerhalb des Konzerns EUR 15.823.255,74 (2013 TEUR 16.681), die Ergebnisabführungen EUR 41.207.815,23 (2013 TEUR 23.719) sowie Steuerumlagen der Tochtergesellschaften EUR 277.039,73 (2013 TEUR 292). Sämtliche Positionen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die **sonstigen Forderungen und Vermögenswerte** bestehen im Wesentlichen aus der laufenden Steuerverrechnung mit den Finanzämtern in Höhe von EUR 22.723.295,71 (2013 TEUR 24.222), aus Geldern unterwegs in Höhe von EUR 5.686.295,33 (2013 TEUR 2.007), aus EU-Förderungen im Rahmen des Projektes EasyWay in Höhe von EUR 9.881,95 (2013 TEUR 1.507), aus Kostenbeteiligungen durch Bund, Länder und Gemeinden in Höhe von EUR 4.588.301,99 (2013 TEUR 4.175) und aus Refundierungen von Mitteln aus dem Katastrophenfonds EUR 3.416.841,31 (2013 TEUR 1.910).

In den sonstigen Forderungen sind Erträge in der Höhe von EUR 23.295.454,92 (2013 TEUR 20.715) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Nachfolgende Darstellung zeigt die Restlaufzeit der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen:

31.12.	bis zu 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus				
Lieferungen und Leistungen	2014 200.083.880,92			200.083.880,92
	2013 196.953.605,81			196.953.605,81
Forderungen gegenüber	2014 57.308.110,70			57.308.110,70
verbundenen Unternehmen	2013 40.691.509,26			40.691.509,26
Sonstige Forderungen	2014 50.724.949,19	1.293.186,48	70.554,21	52.088.689,88
	2013 49.894.057,71	316.633,27	555.864,60	50.766.555,58
davon aus	2014 22.723.295,71			22.723.295,71
Umsatzsteuer-Verrechnung	2013 24.222.189,87			24.222.189,87
davon	2014 28.001.653,48	1.293.186,48	70.554,21	29.365.394,17
übrige sonstige Forderungen	2013 25.671.867,84	316.633,27	555.864,60	26.544.365,71
Summe der	2014 308.116.940,81	1.293.186,48	70.554,21	309.480.681,50
Forderungen	2013 287.539.172,78	316.633,27	555.864,60	288.411.670,65

Der Posten **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** setzt sich aus den Kassenbeständen in der Höhe von EUR 268.275,65 (2013 TEUR 255) und den Guthaben bei Kreditinstituten sowie kurzfristigen Veranlagungen mit EUR 13.758.361,86 (2013 TEUR 54.657) zusammen.

3.3. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten Disagio werden insbesondere die Unterschiedsbeträge zwischen den (niedrigeren) Zuzahlungen und den (höheren) Rückzahlungsverpflichtungen bei Darlehensaufnahmen ausgewiesen. Die Unterschiedsbeträge werden durch planmäßige jährliche Abschreibungen getilgt.

Die sonstigen Abgrenzungsposten betreffen in der Hauptsache Haftungsentgelte für Anleihen, welche an die Republik Österreich bezahlt wurden, mit einem Betrag von EUR 85.709.532,55 (2013 TEUR 90.758).

3.4. Eigenkapital

Das **Grundkapital** der Gesellschaft beträgt EUR 392.433.304,51 und ist zur Gänze eingezahlt. Es ist zerlegt in 1.000 Stückaktien, welche zur Gänze von der Republik Österreich gezeichnet wurden.

Die **Kapitalrücklagen** setzen sich aus der gebundenen und der nicht gebundenen Kapitalrücklage zusammen. Die gebundene Kapitalrücklage in Höhe von EUR 32.925.317,48 wurde anlässlich der mit 31. Dezember 1999 durchgeführten vereinfachten Kapitalherabsetzung gebildet. Die nicht gebundene Kapitalrücklage in Höhe von EUR 36.990.472,59 resultiert aus der in den Vorjahren erfolgten unentgeltlichen Übertragung der bisher vom Land Salzburg, Kärnten und Steiermark an der ÖSAG gehaltenen Anteile durch die Republik Österreich.

In 2005 wurde gemäß § 130 AktG eine **gesetzliche Rücklage** aus dem Jahresüberschuss der ASFINAG in der Höhe von EUR 6.318.012,97 gebildet. Zusammen mit der gebundenen Kapitalrücklage bilden sie die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage gemäß § 229 Abs. 6 UGB in Höhe von mindestens 10% des Grundkapitals mit EUR 39.243.330,45.

3.5. Unversteuerte Rücklagen

Die **unversteuerten Rücklagen** für vorzeitige Abschreibung gem. § 7a EStG weisen zum Bilanzstichtag einen Betrag von EUR 850.380,35 (2013 TEUR 926) aus (siehe Anlage 2).

3.6. Rückstellungen

Die **Steuerrückstellung** betrifft zur Gänze die voraussichtliche Körperschaftsteuernachbelastung für 2014.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** handelt es sich um folgende Posten:

	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013
Rückstellung für Jubiläumsgelder	644.622,00	486.397,00
Rückstellung für Urlaubszuschüsse	598.747,06	519.201,44
Rückstellung für Gleitzeitguthaben	122.656,84	115.829,02
Rückstellung für Personalaufwand	370.651,64	300.047,71
Rückstellung für noch nicht verrechnete Bauleistungen	29.929.961,49	26.332.338,10
Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtungen von Baukostenzuschüssen	7.276.981,00	7.543.795,00
Rückstellung für negative Marktwerte Swaps	194.661,41	0,00
Rückstellung für Verfügbarkeitsentgelt Konzessionsstrecke	3.145.140,30	2.384.880,04
Rückstellung für potentielle Rückzahlungsrisiken	10.000,00	366.876,78
Rückstellungen Sonstige	6.250.571,58	2.879.208,83
Summe Sonstige Rückstellung	48.543.993,32	40.928.673,92

Der Posten Sonstige Rückstellungen beinhaltet im Wesentlichen Honorare, Beratungsleistungen, Streitwerte bei gerichtsanhängigen Verfahren und noch nicht verrechnete sonstige Leistungen.

3.7. Verbindlichkeiten

	31.12.	bis zu 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Anleihen	2014	1.754.801.893,13	2.300.000.000,00	5.000.000.000,00	9.054.801.893,13
	2013	1.000.000.000,00	3.055.021.448,13	5.250.000.000,00	9.305.021.448,13
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2014	49.914.969,92	0,00	590.000.000,00	639.914.969,92
	2013	9.312.565,07	9.311.206,89	390.000.000,00	408.623.772,96
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2014	206.771.194,10	481.568,43	47.634,29	207.300.386,82
	2013	204.982.745,62	610.000,10	47.634,29	205.640.380,01
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2014	81.219.908,16	0,00	0,00	81.219.908,16
	2013	59.866.298,02	0,00	0,00	59.866.298,02
Sonstige Verbindlichkeiten	2014	219.271.785,80	67.102.340,87	898.300.483,52	1.184.674.609,99
	2013	179.099.328,02	81.653.508,59	916.261.228,92	1.177.014.065,53
davon aus Steuern	2014	9.568.928,37	0,00	0,00	9.568.928,37
	2013	17.304.699,63	0,00	0,00	17.304.699,63
davon im Rahmen sozialer Sicherheit	2014	208.587,19	0,00	0,00	208.587,19
	2013	198.102,36	0,00	0,00	198.102,36
Summe der Verbindlichkeiten	2014	2.311.979.751,11	2.367.583.899,10	6.488.348.117,81	11.167.911.768,02
	2013	1.453.260.937,73	3.146.596.163,71	6.556.308.863,21	11.156.165.964,65

Für die ausgewiesenen Verbindlichkeiten wurden keine dinglichen Sicherheiten bestellt.

Die Aufbringung der erforderlichen Finanzmittel für den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes erfolgt langfristig über die internationale Begebung von Anleihen (mit Garantie der Republik Österreich).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** enthalten fast zur Gänze diverse Darlehen und stiegen im Wesentlichen um die im Geschäftsjahr neu abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von EUR 200.000.000,00 an.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen vorwiegend noch offene Verbindlichkeiten aus der laufenden Bau- und Erhaltungstätigkeit.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** in Höhe von EUR 28.976.466,24 (2013 TEUR 15.691) betreffen Verrechnungen von Leistungen des Jahres 2014 innerhalb des Konzerns. Im Jahr 2009 wurde zur Liquiditätsoptimierung mit den Tochtergesellschaften Cashpooling-Vereinbarungen abgeschlossen. Durch die tägliche Saldierung der Bankkonten der Töchter weisen die Verrechnungskonten der ASFINAG zum

Bilanzstichtag eine Verbindlichkeit von EUR 52.243.441,92 (2013 TEUR 44.176) aus. Sämtliche Positionen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Von den **sonstigen Verbindlichkeiten** entfallen EUR 114.463.741,70 (2013 TEUR 139.742) auf noch nicht verrechnete Zinsen, EUR 307.767.895,88 (2013 TEUR 307.768) auf Darlehen bei der durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) vertretenen Republik Österreich und EUR 17.500.000,00 (2013 TEUR 17.594) auf Darlehen bei einer Versicherung. Die Verbindlichkeiten aus Steuern betragen EUR 9.568.928,37 (2013 TEUR 17.305) und die sonstigen übrigen Verbindlichkeiten EUR 7.821.197,23 (2013 TEUR 7.811). Die Gewinnausschüttung an den Bund erfolgte in zwei Teilbeträgen, wobei der zweite Teilbetrag in Höhe von EUR 55.000.000,00 mit 25. Jänner 2015 ausgeglichen wurde und zum Bilanzstichtag in dieser Position als Verbindlichkeit ausgewiesen wird.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind ferner Verpflichtungen gegenüber der Bonaventura Straßenerrichtungs-GmbH (als Konzessionär) aus dem in 2006 zwischen der ASFINAG (als Konzessionsgeber) abgeschlossenen Konzessionsvertrag in der Höhe von EUR 672.552.846,81 (2013 TEUR 686.794) enthalten. Die ASFINAG hat im Rahmen dieses Konzessionsvertrages die primär ihr auferlegte Verpflichtung zur Planung, Finanzierung und Errichtung der neu zu errichtenden Autobahnabschnitte der S1 Ost, die S1 West, der S2 und Teilen der A5 sowie zu deren Betrieb und Erhaltung der Streckenabschnitte an eine Projektgesellschaft übertragen. Gemäß Konzessionsvertrag hat der Konzessionär nicht das Recht, die Straßenbenutzer direkt zu bemaufen, sondern erhält die ihm zustehende Vergütung vom Konzessionsgeber zum Teil in Form eines verkehrsabhängigen Nutzungsentgeltes und zum Teil in Form eines leistungsabhängigen Verfügbarkeitsentgeltes. Der Anspruch auf Vergütung besteht ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Streckenabschnitte.

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten für das zusätzliche Fruchtgenussrecht werden für die in Betrieb genommenen Streckenabschnitte mit dem lt. Tilgungsplan errechneten Barwert der erwarteten Zahlungen für die Errichtungskosten der Konzessionsstrecke dargestellt. Gleichzeitig mit der Aktivierung des Fruchtgenussrechtes für die in 2009 bis 2011 freigegebene Strecke hat die ASFINAG eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe abzüglich allfälliger Anzahlungen erfasst. Bei der ASFINAG werden die Zahlungen an die Bonaventura Straßenerrichtungs-GmbH aus dem Konzessionsvertrag als Errichtungskosten der Konzessionsstrecke, Kosten für den laufenden Betrieb und für die Erhaltung der Konzessionsstrecke sowie als Zinsaufwand dargestellt.

Zum Bilanzstichtag splittet sich die zuletzt genannte Verbindlichkeit in einen langfristigen Teil (Laufzeit länger als ein Jahr) in der Höhe von EUR 657.634.928,31 (2013 TEUR 672.553) und einen kurzfristigen Teil (Laufzeit kürzer als ein Jahr) in der Höhe von EUR 14.917.918,50 (2013 TEUR 14.241).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in der Höhe von EUR 129.891.587,78 (2013 TEUR 163.493) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Folgende Anleihen und Darlehen sind in den Verbindlichkeiten enthalten:

	31.12.2014	Zinssatz	31.12.2013	Zinssatz
Anleihe Laufzeit 2008-2014 (Tilgung 14.03.2014)	0,00	4,125%	1.000.000.000,00	4,125%
Anleihe Laufzeit 1995-2015 (JPY 10 Mrd.)	84.860.828,24	4,300%	84.966.650,79	4,300%
Anleihe Laufzeit 1995-2015 (JPY 10 Mrd.)	85.560.000,00	4,150%	85.632.890,20	4,150%
Anleihe Laufzeit 1995-2015 (JPY 10 Mrd.)	84.381.064,89	4,250%	84.421.907,14	4,250%
Anleihe Laufzeit 2005-2015	1.200.000.000,00	3,125%	1.200.000.000,00	3,125%
Anleihe Laufzeit 2006-2015 (Aufstockung)	300.000.000,00	3,125%	300.000.000,00	3,125%
Anleihe Laufzeit 2007-2017	1.300.000.000,00	4,500%	1.300.000.000,00	4,500%
Anleihe Laufzeit 2009-2019	1.000.000.000,00	4,375%	1.000.000.000,00	4,375%
Anleihe Laufzeit 2013-2020	1.000.000.000,00	1,750%	1.000.000.000,00	1,750%
Anleihe Laufzeit 2014-2021	750.000.000,00	1,375%	0,00	-
Anleihe Laufzeit 2010-2025	1.500.000.000,00	3,375%	1.500.000.000,00	3,375%
Anleihe Laufzeit 2012-2032	1.000.000.000,00	2,750%	1.000.000.000,00	2,750%
Anleihe Laufzeit 2013-2033	750.000.000,00	2,750%	750.000.000,00	2,750%
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen	9.054.801.893,13		9.305.021.448,13	

	31.12.2014	Zinssatz	31.12.2013	Zinssatz
Darlehen Laufzeit 1985-2015	2.543.549,20	4,125%	5.087.098,40	4,125%
Darlehen Laufzeit 1985-2015	2.543.549,20	5,125%	5.087.098,40	5,125%
Darlehen Laufzeit 1985-2015	1.362.615,63	5,125%	2.725.231,27	5,125%
Darlehen Laufzeit 1985-2015	2.861.492,85	5,125%	5.722.985,70	5,125%
Darlehen Laufzeit 1995-2015 (JPY 2 Mrd.)	17.500.000,00	3,750%	17.593.994,82	3,750%
Darlehen Laufzeit 2014-2024	200.000.000,00	1,115%	0,00	-
Darlehen Laufzeit 2000-2027	200.000.000,00	6,250%	200.000.000,00	6,250%
Darlehen Laufzeit 2012-2029	21.000.000,00	2,452%	21.000.000,00	2,452%
Darlehen Laufzeit 1999-2029 (GPB 80 Mio.)	86.767.895,88	7,250%	86.767.895,88	7,250%
Darlehen Laufzeit 2012-2032	390.000.000,00	3,546%	390.000.000,00	3,546%
Summe Verbindlichkeiten aus Darlehen	924.579.102,76		733.984.304,47	

3.8. Rechnungsabgrenzungsposten

Bezüglich der Agios bei Darlehensverbindlichkeiten gelten die Erläuterungen zu den Disagios bei Darlehensverbindlichkeiten sinngemäß.

Die sonstigen passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen mit EUR 83.452.213,79 (2013 TEUR 80.570) die Vignettenerlöse aus dem Vorverkauf für das Jahr 2015, mit EUR 14.673.670,45 (2013 TEUR 15.172) noch nicht verbrauchte Pre-Pay-Werte und mit EUR 305.746,92 (2013 TEUR 342) die Pauschalabgeltungen für Verpflichtungen aus zukünftiger baulicher Erhaltung.

3.9. Derivative Finanzinstrumente

Die in der nachstehenden Tabelle mit ihren Marktwerten bewerteten Derivate bilden jeweils Bewertungseinheiten mit einer zugehörigen Grundtransaktion, und wurden mit der Absicht der Absicherung von Wechselkursschwankungen der Grundtransaktionen (begebene Anleihen und aufgenommene Darlehen in Fremdwährung) abgeschlossen. Das verbleibende Risiko besteht aus Zinsänderungsrisiken im EURO Finanzierungsraum. Die Marktwerte werden wie folgt ermittelt: Die einzelnen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen) jeder Swapposition werden mit dem laufzeitkonformen Zero-Kupon-Zinssatz (aus Reuters) der entsprechenden Währung (EUR, JPY, GBP, USD) abgezinst und pro Swapposition aufsummiert.

Entsprechend der AFRAC Stellungnahme „Derivate und Sicherungsinstrumente“ werden das Grund- und das Sicherungsgeschäft nach UGB zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Während das Grundgeschäft grundsätzlich in der Bilanz mit dem vereinbarten Rückzahlungsbetrag erfasst wird, wird das Sicherungsderivat nicht gesondert bilanziert. Ineffektive Teile von Derivaten mit negativem Marktwert werden als Drohverlustrückstellung bilanziert, ein ineffektiver Teil, der aus dem Grundgeschäft resultiert, erhöht den Bilanzansatz des Grundgeschäfts.

Im Geschäftsjahr werden infolge der Bewertung der Absicherungsgeschäfte EUR 194.661,41 (2013 TEUR 0) in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Bei Vertragsabschluss einer Bewertungseinheit erfolgt grundsätzlich ein prospektiver Effektivitätstest, mit dem Ergebnis, dass alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, identisch, aber gegenläufig sind. Darüber hinaus erfolgt zum Bilanzstichtag ein retrospektiver Effektivitätstest mittels Ratio Offset (Dollar Offset)-Methode, bei dem festgestellt wird, ob die Sicherungsbeziehung tatsächlich vollständig und weitgehend effektiv war. Im Geschäftsjahr 2014 haben alle Bewertungseinheiten den Effektivitätstest bestanden.

Bei allen unten angeführten Derivaten handelt es sich ausschließlich um Cross-Currency-Swaps. Die nachfolgenden Marktwerte zum 31.12.2014 werden mit dem Dirty Price (inkl. Zinsabgrenzungen) angegeben.

Übersicht Derivate mit Bewertung per 31.12.2014

	Verbindlichkeit	Verbindlichkeitsname	Währung	Nominale	Laufzeit	Marktwert per 31.12.2014	
Positive Marktwerte	S GBP/EUR 2	SF/GBP/5	GBP	80.000.000,00	2009 - 2029	174.414.419,14	
		SV/EUR/21	EUR	-86.167.895,88	2009 - 2029	-84.311.248,81	
	S GBP/EUR 2 Summe						90.103.170,33
	S USD/JPY 3*	SF/AUD/1	USD	-91.449.465,12	2005 - 2015	3.224.133,77	
		SV/JPY/9	JPY	-10.000.000.000,00	2005 - 2015	-2.389.119,43	
	S USD/JPY 3 Summe						836.014,34
	S USD/JPY 4*	SF/AUD/2	USD	-91.449.469,88	2005 - 2015	3.110.652,39	
		SV/JPY/10	JPY	-10.000.000.000,00	2005 - 2015	-2.395.976,46	
	S USD/JPY 4 Summe						714.675,93
	S USD/JPY 5*	SF/AUD/3	USD	-90.358.724,13	2005 - 2015	3.146.844,54	
SV/JPY/11		JPY	-10.000.000.000,00	2005 - 2015	-2.340.868,73		
S USD/JPY 5 Summe						805.975,81	
Summe positiver Marktwerte						92.458.836,41	
Negative Marktwerte	S JPY/EUR 3	SF/JPY/8	JPY	2.000.000.000,00	2005 - 2015	14.290.478,04	
		SV/EUR/9	EUR	-17.500.000,00	2005 - 2015	-17.573.814,33	
	S JPY/EUR 3 Summe						-3.283.336,29
	S JPY/EUR 6	SF/JPY/11	JPY	10.000.000.000,00	2005 - 2015	71.239.823,34	
		SV/EUR/12	EUR	-84.860.828,24	2005 - 2015	-85.050.549,44	
	S JPY/EUR 6 Summe						-13.810.726,10
	S JPY/EUR 7	SF/JPY/12	JPY	10.000.000.000,00	2005 - 2015	71.245.874,73	
		SV/EUR/13	EUR	-85.560.000,00	2005 - 2015	-85.732.545,21	
	S JPY/EUR 7 Summe						-14.486.670,48
	S JPY/EUR 8	SF/JPY/13	JPY	10.000.000.000,00	2005 - 2015	71.189.949,26	
SV/EUR/14		EUR	-84.381.064,89	2005 - 2015	-84.540.422,62		
S JPY/EUR 8 Summe						-13.350.473,36	
Summe negativer Marktwerte						-44.931.206,23	
Gesamtergebnis						47.527.630,18	

Legende: S - Swapvertrag / SF - Swapforderung / SV - Swapverbindlichkeit / mtM - mark to Market

* Bei diesen Swaps werden keine Kapitalbeträge getauscht - die Ermittlung der Zinszahlung basiert auf dem angeführten Nominale

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

	31.12.2014	31.12.2013
Sondermauterlöse	155.118.207,97	146.751.229,31
Vignettenerlöse	428.197.736,09	406.312.166,17
Erlöse aus Weiterverrechnungen / Umsatzerlöse	439.507.666,05	382.632.578,95
LKW-Mauterlöse	1.241.632.199,39	1.134.540.369,76
Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	31.209.073,37	31.827.218,47
Erlöse aus dem Streckenkontrolldienst	29.391.111,29	26.250.708,62
	2.325.066.994,16	2.128.314.271,28

Im Berichtsjahr werden unter dem Posten **Sondermauterlöse** die an der A 9 Pyhrn Autobahn, A 10 Tauern Autobahn, A 11 Karawanken Autobahn, A 13 Brenner Autobahn und der S 16 Arlberg Schnellstraße eingehobenen Streckenmauten ausgenommen LKW ausgewiesen, während die **Vignettenerlöse** als zeitabhängige Benützungsentgelte das gesamte hochrangige Straßennetz betreffen.

Im Posten **Erlöse aus Weiterverrechnungen** finden sich neben Erlösen aus konzerninternen Verrechnungen, die an den Bund weiterverrechneten Bauleistungen der Grundeinlöse- und Herstellungskosten des laufenden Geschäftsjahres von Neubau- und Erweiterungsvorhaben, reduziert um sonstige Erträge (wie Kostenbeteiligungen, Zuschüsse und Förderungen) unabhängig davon, ob die betreffenden Bauvorhaben bereits fertig gestellt und zum Verkehr freigegeben oder noch in Bau sind.

Im Posten **LKW-Mauterlöse** werden die Erlöse für die fahrleistungsabhängige Maut für Fahrzeuge über 3,5t ausgewiesen.

Im Bereich Liegenschaftsmanagement werden **Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung** von Grundstücken und der Verrechnung von Sondernutzungen erzielt.

Mit Einführung der LKW-Maut übernahm die ASFINAG auch die Verpflichtung die ordnungsgemäße Entrichtung derselben zu überwachen. Dafür wurden einerseits eigene Mitarbeiter angestellt und ausgebildet bzw. wurde diese Aufgabe teilweise ausgelagert. Die diesem Bereich zugeordneten **Erlöse aus dem Streckenkontrolldienst** (Enforcement-Erlöse) setzen sich aus Nach- bzw. Ersatzzahlungen für fahrleistungsbezogene LKW- bzw. zeitabhängige PKW-Maut zusammen.

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die **sonstigen übrigen betrieblichen Erträge** ergeben sich im Wesentlichen aus Strafgeldern mit EUR 60.949.835,28 (2013 TEUR 66.109), aus Erträgen aus dem Katastrophenfonds mit EUR 2.497.249,45 (2013 TEUR 1.511), aus Förderungen und Zuschüssen mit EUR 12.740.434,69 (2013 TEUR 13.218) sowie aus anderen übrigen Erträgen mit EUR 3.340.104,59 (2013 TEUR 2.785).

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen

Der **Materialaufwand** betrifft ausschließlich Grundeinlösen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken für den Bau des hochrangigen Straßennetzes anfallen, und die damit verbundenen Aufwendungen.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** beinhalten

- Herstellungskosten für die Errichtung und den Bau des hochrangigen Straßennetzes, die an den Bund weiterverrechnet werden und
- bauliche Erhaltungsmaßnahmen, die den ordnungsgemäßen Zustand wiederherstellen bzw. erhalten

und beziehen sich unter anderem auf die Weiterverrechnung von Leistungen der Tochtergesellschaften für den Neubau, die Erhaltung und den Betrieb der Strecke, Investitionen, sowie für Mauteinhebung und Verkehrstelematik im Auftrag der ASFINAG.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen gliedern sich wie folgt:

	2014	2013
Herstellung Neubau	378.992.115,40	329.780.999,19
Bauliche Erhaltung	463.168.579,44	344.033.425,32
Vergütung für Mauteinhebung und Verkehrstelematik und Corporate Services	347.966.701,06	334.000.034,12
Summe bezogene Leistungen gesamt	1.190.127.395,90	1.007.814.458,63

4.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand setzt sich aus den Gehältern des Vorstandes und der Angestellten, den Aufwendungen für Abfertigung und Altersversorgung sowie der Zuweisung zur Rückstellung für Jubiläumsgelder, nicht konsumierte Urlaube, Altersteilzeit, Zeitausgleichsguthaben sowie Lohnnebenkosten zusammen.

Von den **Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen** in Höhe von EUR 122.524,42 (2013 TEUR 233) entfallen EUR 78.073,00 (2013 TEUR 90) auf die Dotierung von Abfertigungsansprüchen von Mitarbeitern, die vor dem 1. Jänner 2003 in das Unternehmen eingetreten sind. Der als Abfertigungsaufwand ausgewiesene Betrag in der Höhe von EUR 8.576,00 (2013 TEUR 66) stellt den Überhang der Zahlungen dar, der keine Deckung durch die Rückstellung gefunden hat. Weiters wurden EUR 58.330,76 (2013 EUR 11) aus der dafür vorgesehenen Rückstellung aufgelöst. Als Beiträge an die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse wurden Zahlungen in der Höhe von EUR 94.206,18 (2013 TEUR 89) geleistet. In 2014 sind EUR 8.576,00 (2013 TEUR 59) an freiwilligen Abfertigungszahlungen angefallen.

Die **Aufwendungen für Altersversorgung** beziehen sich auf die Dotierungen und Auflösungen von Rückstellungen und beitragsorientierten Zusagen für ausgeschiedene sowie aktive Vorstände und Angestellte.

4.5 Ab- und Zuschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens, Sachanlagen und Finanzanlagen

Die Folgebewertung der unbebauten Grundstücke hat Zuschreibungen von EUR 2.814.120,50 (2013 TEUR 237) sowie außerplanmäßige Abschreibungen von EUR 3.062.733,69 (2013 TEUR 240) zur Folge.

Nach Berechnung des Unternehmenswertes der ASFINAG Maut Service GmbH (MSG) wurde eine Abwertung in der Höhe von EUR 130.694.166,23 vorgenommen. Die Beteiligung an der Verkehrsauskunft Österreich GesbR wurde auf den Ertragswert um EUR 176.818,37 abgewertet. Im Berichtsjahr wurden Zuschreibungen zu Wertpapieren in Höhe von EUR 54.414,50 (2013 Abschreibung TEUR 34) getätigt.

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den **übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entfallen wesentliche Beträge auf Kosten des Vertriebes und die Provisionen für die Vignette mit EUR 28.170.647,92 (2013 TEUR 27.006) sowie auf weiterverrechneten Kosten aus Corporate Service-Leistungen und Nutzung von SAP-Software mit EUR 16.471.143,49 (2013 TEUR 17.428). In der Position sind unter anderem Instandhaltung und Betriebskosten mit EUR 8.203.064,19 (2013 TEUR 6.905), Bank- und Kreditkartenspesen mit EUR 3.260.773,91 (2013 TEUR 3.322), Post- und Kommunikationsspesen mit EUR 1.458.826,78 (2013 TEUR 2.960) sowie Mietaufwendungen mit EUR 2.053.500,01 (2013 TEUR 2.088) enthalten.

Darüber hinaus wird in dieser Position der Aufwand aus dem Abgang von Anlagevermögen mit EUR 596.435,43 (2013 TEUR 1.192) ausgewiesen.

Die weiteren Kosten verteilen sich im Wesentlichen auf Beratungsleistungen, Werbungskosten, Versicherungsaufwendungen und Schulungsaufwand.

4.7 Erträge aus Beteiligungen

Die **Erträge aus Beteiligungen** in der Höhe von EUR 41.242.815,23 (2013 TEUR 33.377) resultieren aus den mit den Tochterunternehmen abgeschlossenen Ergebnisabführungsverträgen mit EUR 41.207.815,23 (2013 TEUR 23.719). Mit dem Sacheinlage- und Einbringungsvertrag vom 22.5.2014 zwischen der ASFINAG und der ACS wurde der gesamte an der ETS gehaltene Geschäftsanteil in Höhe von EUR 35.000,00 in Form einer Ausschüttung einer Sachdividende an die ASFINAG übertragen.

4.8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die **sonstigen Zinsenerträge** resultieren zum überwiegenden Teil aus kurzfristigen Veranlagungen bei Kredit- und Nichtkreditinstituten.

Bei den **ähnlichen Erträgen** kam es in 2014 bei der Bewertung der finanziellen Schulden zu Kursgewinnen in Summe von EUR 313.549,82 (2013 TEUR 0).

Die **zinsähnlichen Erträge** entfallen mit EUR 471.147,77 (2013 TEUR 471) auf die planmäßige Auflösung passivierter Zuzählungsagios.

4.9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei dieser Position entfallen wesentliche Beträge auf Zinsen für Anleihen mit EUR 290.524.765,99 (2013 TEUR 350.589), für Darlehen mit EUR 36.067.871,69 (2013 TEUR 41.100) und für Swaps EUR 9.087.341,98 (2013 TEUR 9.474). Davon abgezogen sind Zinserträge aus Derivaten in Höhe von EUR 24.932.458,77 (2013 TEUR 23.177), welche Teil einer Bewertungseinheit sind. Im Rahmen des PPP-Projektes entstanden Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 31.632.385,29 (2013 TEUR 32.278). Darüber hinaus vergütete die ASFINAG den Tochtergesellschaften im Zuge des Cashpooling-Vertrages EUR 21.669,43 (2013 TEUR 3).

Von den **zinsähnlichen Aufwendungen** in Höhe von EUR 19.469.139,75 (2013 TEUR 22.188) entfallen EUR 7.582.122,99 (2013 TEUR 8.482) auf die planmäßige Abschreibung aktivierter Zuzählungsagios und EUR 10.546.165,35 (2013 TEUR 10.927) auf Haftungsentgeltzahlungen an den Bund. Im Geschäftsjahr kam es beim ineffektiven Teil aus Bewertungseinheiten zu einem Aufwand von EUR 194.661,41 (2013 TEUR 0).

4.10 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** beinhalten die Körperschaftsteuer für das Jahr 2014 in Höhe von EUR 179.293.335,73 (2013 TEUR 158.490), Körperschaftssteuern für Vorperioden von EUR 1.644.133,89 (2013 TEUR 0) sowie Steuerumlagen in Höhe von EUR -277.039,73 (2013 TEUR -292).

4.11 Unversteuerte Rücklagen

Die Entwicklung der unversteuerten Rücklagen ist aus der Anlage 2 ersichtlich.

5. SONSTIGE ANGABEN

5.1 Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen gemäß § 237 Z 8b UGB

Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden zu fremdüblichen Bedingungen abgeschlossen.

5.2 Aufwendungen für den Abschlussprüfer gemäß § 237 Z 14 UGB

Für die Aufwendungen des Wirtschaftsprüfers nach § 237 Z 14 UGB fielen in der ASFINAG im Geschäftsjahr EUR 58.000,00 (2013 TEUR 85) und für sonstige Beratungsleistungen EUR 17.800,00 (2013 TEUR 67) an. Seit 2009 werden konzernweit sämtliche Aufwendungen für den Wirtschaftsprüfer in der ASFINAG verbucht.

5.3 Außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 237 Z 8a UGB

Zum Bilanzstichtag bestehen keine außerbilanziellen Geschäfte, die gemäß § 237 Z 8a UGB angabepflichtig sind.

5.4 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Ergebnisabführungsverträge

Seit 31. Dezember 2005 bestehen Ergebnisabführungsverträge mit folgenden Tochterfirmen:

- ASFINAG Bau Management GmbH (BMG)
- ASFINAG Maut Service GmbH (MSG)
- ASFINAG Alpenstraßen GmbH (ASG)
- ASFINAG Service GmbH (SG) (ab 01.01.2013)

Die Tochterfirmen verpflichten sich die Gewinne zur Gänze an die ASFINAG zu übertragen und die ASFINAG verpflichtet sich andererseits, den gesamten Verlust der Tochterfirmen zu übernehmen. Die abzuführenden Gewinne bzw. die zu übernehmenden Verluste ergeben sich nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung.

Umsatzsteuerliche Organschaft

Die bescheidmäßige Anerkennung des Organverhältnisses betreffend Umsatzsteuer erfolgte im Umsatzsteuerbescheid 2004 für die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs Aktiengesellschaft.

Organobergesellschaft

- Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs Aktiengesellschaft.

Organgesellschaften

- ASFINAG Bau Management GmbH (BMG)
- ASFINAG Maut Service GmbH (MSG)
- ASFINAG Alpenstraßen GmbH (ASG)
- ASFINAG Service GmbH (SG)
- ASFINAG Commercial Services GmbH (ACS)
vormals ASFINAG International GmbH (AIG) (ab der Veranlagung 2006)
- ASFINAG European Toll Service GmbH (ETS) (ab der Veranlagung 2010)

Gruppenbesteuerung

Seit der Veranlagung 2005 besteht gem. § 9 Abs. 8 KStG 1988 innerhalb des ASFINAG Konzerns eine Gruppe mit folgenden Gesellschaften:

Gruppenträger

- Autobahnen- u. Schnellstraßen-Finanzierungs Aktiengesellschaft (ASFINAG)

Gruppenmitglieder

- ASFINAG Bau Management GmbH (BMG)
- ASFINAG Maut Service GmbH (MSG)
- ASFINAG Alpenstraßen GmbH (ASG)
- ASFINAG Service GmbH (SG)
- ASFINAG Commercial Services GmbH (ACS)
vormals ASFINAG International GmbH (AIG) (ab der Veranlagung 2006)
- ASFINAG European Toll Service GmbH (ETS) (ab der Veranlagung 2011)

Die Steuerumlageverrechnung (Belastung) im Geschäftsjahr beträgt EUR 277.039,73 (2013 TEUR 292). Aufgrund der Beteiligungseinbringung der ETS in die ASFINAG wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Steuerumlagevertrag abgeschlossen.

Die Steuerumlageverträge wurden nach der Periodenabrechnungsmethode abgeschlossen, enthalten aber auch Bestandteile der Belastungsmethode. Kommt es zu einer Beendigung des Steuerumlagevertrages bestehen nur dann Verpflichtungen aus einem Steuerschlussausgleich, wenn die Gesellschaften bei gleichzeitigem Verlust des Gruppenträgers noch Anspruch auf Vergütung eines noch nicht abgegoltenen Verlustvortrags aus den Vorjahren haben.

Cashpooling

Im Juli 2009 wurden Cashpooling-Vereinbarung, mit Ausnahme der ACS, zwischen den Tochtergesellschaften und der ASFINAG abgeschlossen, bei der die Banksalden der Töchter täglich auf das Cashpooling-Konto der ASFINAG übertragen werden. Ziel der Vereinbarung ist, mit der Bündelung der Banksalden bei der ASFINAG eine höhere Verzinsung zu erreichen.

Leistungsvereinbarungen

Für das Verrechnungsjahr 2014 wurden mit den Tochtergesellschaften spezielle Vereinbarungen für zu erbringende Leistungen getroffen:

- ASFINAG Bau Management GmbH – Projektmanagementleistungen
- ASFINAG Maut Service GmbH – Mauteinhebung, LKW-Fahrleistungsmaut, Projekte
- ASFINAG Alpenstraßen GmbH – betriebliche und elektromaschinelle Erhaltung im zugewiesenen Betreuungsbereich
- ASFINAG Service GmbH – betriebliche und elektromaschinelle Erhaltung im zugewiesenen Betreuungsbereich
- ASFINAG Commercial Services – Internationale Positionierung
- ASFINAG European Toll – Internationale Bemaunung

5.5 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Jahr	2015	2015 - 2019
Mietverpflichtungen für Raummiete Vertriebspartner GO-Maut	1.690.040,00	8.450.200,00
Mietverpflichtungen für Raummiete diverse Bürostandorte	858.903,46	4.294.517,30
Wartungsverpflichtungen diverse Hard- und Software	1.667.595,67	8.337.978,35
Verrechnung Abschreibung Mautanlagen	324.458,10	923.605,47
	4.540.997,23	22.006.301,12

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus Beauftragungen im Rahmen des Infrastruktur-Investitionsprogrammes von rd. Mio. EUR 720 (2013 Mio. EUR 279).

5.6 Angaben über Organe und Arbeitnehmer

Als Vorstände der ASFINAG waren im Geschäftsjahr 2014 folgende Personen bestellt:

- Dipl. Ing. Alois Schedl
- Dr. Klaus Schierhackl

Als Aufsichtsräte der ASFINAG waren im Geschäftsjahr 2014 folgende Personen bestellt:

- Dr. Claudia Kahr (Vorsitzende)
- Dipl. Ing. Horst Pöchhacker (Stellvertreter der Vorsitzenden) (verstorben am 13.08.2014)
- Dipl. Ing. Herbert Kasser (Stellvertreter der Vorsitzenden ab 26.09.2014)
- Mag. Maria Kubitschek
- KR Kurt Eder (ab 04.09.2014)
- Mag. Nikolaus Gretzmacher MBA (ab 04.09.2014)

Vom Betriebsrat entsandt (Arbeitnehmervertreter):

- Karl Fadinger (bis 10.04.2014)
- Uschi Zortea-Ehrenbrandtner
- Franz Zimmermann (ab 09.09.2014)
- Roman Grünerbl (ab 10.04.2014)

Die **durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer** (ausschließlich Angestellte) betrug im Geschäftsjahr 139 (2013 134).

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 waren keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates aushaftend; es bestanden auch keine Haftungen zugunsten dieser Personen.

Die Angabe über die Höhe der Bezüge der Vorstände unterbleibt unter Verweis auf § 241 Abs.4 UGB. Der Aufsichtsrat bezog im Berichtsjahr EUR 36.216,02 (2013 TEUR 39) für Sitzungsgelder, Jahresvergütungen sowie Entschädigungen für angefallene Reisekosten. Die Ruhebezüge von ehemaligen Vorstandsmitgliedern belaufen sich in 2014 auf EUR 365.347,17 (2013 TEUR 417).

Wien, am 09. April 2015

Der Vorstand

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Schedl'.

Dipl. Ing. Alois Schedl

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'K. Schierhackl'.

Dr. Klaus Schierhackl

**Autobahnen- und Schnellstraßen-
Finanzierungs-Aktien-Gesellschaft**

Entwicklung des Anlagevermögens im Jahr 2014
in EUR

	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen/ Umfeldierungen	Stand 31.12.2014	Kumulierte Ab- schreibungen	Buchwert 31.12.2014	Buchwerte 31.12.2013	Zuschreibungen (+) Abschreibungen
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Franchiserecht	12.857.541,480,40	80.893.897,87	0,00	130.916.564,90	13.069.342.003,17	0,00	13.069.342.003,17	12.857.541.480,40	0,00
2. Anzahlungen Franchiserecht	739.562.810,12	300.119.625,28	0,00	-130.423.321,36	909.258.314,02	0,00	909.258.314,02	739.562.810,12	0,00
3. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	49.077.554,52	3.317.250,34	-71.920,00	2.027.408,82	54.344.234,68	40.616.581,88	13.727.713,00	14.048.881,00	5.654.776,16
4. geleistete Anzahlungen	2.772.003,85	3.139.895,99	-57.330,00	-1.867.046,47	3.917.534,18	0,00	3.917.534,18	2.772.003,85	0,00
	13.648.983.848,99	367.250.619,27	-175.240,00	633.726,89	14.036.853.146,05	40.616.581,88	13.996.276.564,27	13.613.955.173,37	5.654.776,16
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	57.182.286,33	597.071,40	-2.258.111,65	-483.353,54	55.038.893,54	14.611.049,80	40.398.822,74	42.625.513,43	-2.814.120,50
a) Grundstücke (unbebaut u. bebaut)	197.397.294,87	6.065.798,35	-250.227,55	109.631,49	203.323.497,26	120.808.167,26	83.842.103,00	7.281.316,84	3.062.733,69
b) Bauten auf eigenem und fremdem Grund	517.485.458,38	19.855.142,12	-2.897.590,23	7.037.396,63	541.281.396,90	288.972.734,90	255.859.852,00	261.407.241,00	-32.331.979,65
2. technische Anlagen und Maschinen	10.025.768,94	1.700.503,58	-2.635.923,19	0,00	9.090.349,33	6.110.973,12	2.979.476,21	2.893.173,19	1.600.027,55
3. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	355.320,95	184.590,52	-139.048,97	0,00	400.862,50	183.940,50	217.012,00	167.396,00	57.397,69
4. Fahrzeuge	29.274.678,67	42.836.147,23	-54.956,69	-7.287.367,47	64.768.897,79	2.094.770,26	52.674.227,53	27.198.024,60	17.915,39
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	811.702.006,24	71.840.343,25	-8.233.586,28	-4.337.726,89	873.074.966,32	428.721.438,84	444.151.530,48	417.933.456,42	41.538.241,32
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	261.865.000,00	1.225.766,00	0,00	0,00	263.090.766,00	234.169.766,00	29.921.000,00	158.580.166,23	131.864.892,23
2. Beteiligungen	3.855.394,18	163.775,25	0,00	0,00	3.855.394,18	176.816,37	11.956,88	0,00	176.816,37
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	265.720.334,18	1.414.541,23	0,00	0,00	267.134.875,41	474.356,41	3.391.037,77	3.326.622,27	54.315,50
	14.776.406.251,31	459.905.594,77	-8.468.798,28	0,00	15.177.903.647,80	705.159.958,30	14.472.744.989,59	14.194.795.421,29	179.200.353,58

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
1. Franchiserecht
2. Anzahlungen Franchiserecht
3. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen
4. geleistete Anzahlungen

- II. Sachanlagen
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund
- a) Grundstücke (unbebaut u. bebaut)
- b) Bauten auf eigenem und fremdem Grund
2. technische Anlagen und Maschinen
3. Betriebs- u. Geschäftsausstattung
4. Fahrzeuge
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau

- III. Finanzanlagen
1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Beteiligungen
3. Wertpapiere des Anlagevermögens

**Autobahnen- und Schnellstraßen-
Finanzierungs-Aktiengesellschaft**

Anlage 2

Bewertungsreservespiegel
in EUR

Stand 01.01.2014	Zuweisung	Umbuchung	Auflösung durch Verbrauch	Auflösung durch Abgang	Stand 31.12.2014
848.506,07	0,00	42,60	-9.130,79	0,00	839.417,88
69.454,48	0,00	0,00	-64.652,80	-756,26	4.045,42
7.545,56	0,00	-42,60	0,00	-585,90	6.917,06
925.506,10	0,00	0,00	-73.783,59	-1.342,16	850.380,35

Bewertungsreserve gem. §7a EStG

Sachanlagen

Techn. Anlagen u. Maschinen
Betriebs- u. Geschäftsausstattung
Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau

**Autobahnen- und Schnellstraßen-
Finanzierungs-Aktiengesellschaft**
Entwicklung der Beteiligungen im Jahr 2014
in EUR

1. Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	2014				Mindestanteilsanteil	Stammkapital	Eigenkapital	2014 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag
		Anteil 1.1.		Anteil 31.12.					
		in %	Veränderung	in %					
ASFINAG Alpenstraßen GmbH	Innsbruck	51,00	0,00	51,00	2.550.000,00	5.000.000,00	5.000.000,00	3.917.091,15 1)	
ASFINAG Bau Management GmbH	Wien	100,00	0,00	100,00	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00	3.329.393,99 1)	
ASFINAG Maul Service GmbH	Salzburg	100,00	-130.694.166,23	100,00	140.394.166,23	5.000.000,00	5.000.000,00	12.932.410,00 1)	
ASFINAG Service GmbH	Ansfelden	85,00	0,00	85,00	12.750.000,00	15.000.000,00	29.231.640,44	21.066.177,27 1)	
ASFINAG Commercial Services GmbH	Wien	100,00	0,00	100,00	1.286.000,00	1.286.000,00	4.833.697,96	2.356.931,86	
ASFINAG European Toll Service GmbH	Wien	100,00	35.000,00	100,00	35.000,00	35.000,00	819.558,45	784.558,45	
			-130.659.166,23		159.590.166,23	28.921.000,00	47.984.896,75	44.276.562,72	

2. Beteiligungen:

Verkehrsauskunft Österreich VAO GesbR	Wien	0,00	11.956,66	24,00	11.956,66
			11.956,66		11.956,66

1) der angegebene Jahresüberschuss bezieht sich auf das Ergebnis vor Ergebnisabführung

**LAGEBERICHT FÜR
DAS GESCHÄFTSJAHR 2014**

**Autobahnen- und Schnellstraßen-
Finanzierungs- Aktiengesellschaft**

Inhaltsverzeichnis

1.	Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der Unternehmensgruppe	3
1.1.	Struktur und Organisation.....	3
1.2.	Geschäftsverlauf	4
1.2.1.	Bemautung	4
1.2.2.	Bauaktivitäten	4
1.2.3.	Betriebliche & Elektromaschinelle Erhaltung, Bestandsmanagement und Verkehrsmanagement.....	5
1.2.4.	Finanzierung.....	6
1.2.5.	Zweigniederlassungen.....	6
1.2.6.	Wirtschaftliche Lage	7
1.2.6.1.	Aktiva	7
1.2.6.2.	Passiva	8
1.2.6.3.	Umsatz und Ergebnis.....	8
1.2.6.4.	Ertragsstruktur	9
1.2.6.5.	Aufwandsstruktur	10
1.2.6.6.	Geldflussrechnung	10
1.2.6.7.	Rentabilität.....	11
1.3.	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	11
1.3.1.	Mitarbeiteranzahl per 31.12.	11
1.3.2.	Streckenparameter	12
1.3.3.	Umweltbelange.....	12
1.4.	Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag	14
2.	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken der Unternehmensgruppe	15
2.1.	Voraussichtliche Entwicklung der Unternehmensgruppe	15
2.2.	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	15
2.2.1.	Cashflowrisiko	15
2.2.2.	Liquiditätsrisiko.....	16
2.2.3.	Konjunkturrisiko, Ausfallrisiko, Absatz- und Beschaffungsrisiko	16
2.2.4.	Branchenspezifische Risiken und Regulierungsrisiken	17
2.2.5.	IT-Risiken	18
2.2.6.	Personal- und Fluktuationsrisiko.....	18
3.	Bericht über die Forschung und Entwicklung	19
4.	Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	20
4.1.	Kontrollumfeld	20
4.2.	Risikobeurteilung.....	22
4.3.	Kontrollmaßnahmen	23
4.4.	Information und Kommunikation	24
4.5.	Überwachung	25

1. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der Unternehmensgruppe

1.1. Struktur und Organisation

Die Republik Österreich hat als 100 % Eigentümer der ASFINAG die Aufgabe übertragen, das hochrangige Straßennetz zu betreiben und auszubauen. Die ASFINAG nimmt diese Aufgabe mit hohem verkehrspolitischen und wirtschaftlichem Verantwortungsbewusstsein wahr.

Kernkompetenz der ASFINAG ist die Planung, der Bau, der Betrieb, die Erhaltung und die Bemannung eines leistungsfähigen, den Bedürfnissen der Nutzer entsprechenden Autobahnen- und Schnellstraßennetzes. Gemäß der Unternehmens-Vision ist es Ziel der ASFINAG, zu den führenden europäischen Autobahnbetreibern zu gehören, wobei die besonderen Schwerpunkte auf größtmöglicher Verfügbarkeit, optimaler Verkehrssteuerung und Verkehrsinformation sowie Verkehrssicherheit und Nutzung bzw. Entwicklung technologischer Neuerungen liegen. Für die Erreichung dieses Ziels ist die starke Vernetzung der ASFINAG auf nationaler und internationaler Ebene ein unverzichtbares Element.

Die Organisationsstruktur der ASFINAG bildet die wesentlichen operativen Aufgaben ab. Neben der Muttergesellschaft sind die Töchter ASFINAG Alpenstraßen GmbH und ASFINAG Service GmbH für den Betrieb, die ASFINAG Bau Management GmbH für Neubau und bauliche Erhaltung sowie die ASFINAG Maut Service GmbH für die Belange der Bemannung verantwortlich.

Ergänzend dazu bietet die ASFINAG Commercial Services GmbH Beratung in den Kernkompetenzen der ASFINAG im Zusammenhang mit Autobahnen, Schnellstraßen und Projekten des hochrangigen Straßennetzes an. Abgerundet wird das Portfolio durch die ASFINAG European Toll Service GmbH, die den Bereich der internationalen Mautabrechnung und insbesondere das Thema der Interoperabilität für die elektronische Maut für Kfz über 3,5 t höchstzulässiges Gesamtgewicht abdeckt. Da davon ausgegangen wird, dass das Thema Interoperabilität in den nächsten Jahren weiterhin an strategischer Bedeutung gewinnen wird, wurde die ASFINAG European Toll Service GmbH im Jahr 2014 als direkte Tochter der ASFINAG eingerichtet. Zuvor war sie eine Tochter der ASFINAG Commercial Services GmbH gewesen.

Zum 31. Dezember 2014 stehen die ASFINAG Baumanagement GmbH, die ASFINAG Mautservice GmbH, die ASFINAG Commercial Services GmbH und die ASFINAG European Toll Service GmbH zu 100 % im Besitz der ASFINAG. An der ASFINAG Alpenstraßen GmbH sind die Bundesländer Tirol (35,9 %) und Vorarlberg (13,1 %) beteiligt. An der ASFINAG Service GmbH sind das Bundesland Niederösterreich (5,0 %), die OÖ Verkehrsholding GmbH (2,17 %) und die Bundesländer Wien (1,67 %), Burgenland (1,67 %), Steiermark (1,67 %), Kärnten (1,67 %) und Salzburg (1,17 %) beteiligt.

1.2. Geschäftsverlauf

Obwohl die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2014 deutlich schwächer war als zu Jahresbeginn von den Analysten prognostiziert, konnte eine Steigerung des Güterverkehrs auf dem ASFINAG-Streckennetz registriert werden. Gegenüber dem Jahr 2013 ist die Fahrleistung von Fahrzeugen > 3,5 t hzG um 2,8 % gestiegen. Die Umsetzung der gemeinsam mit dem Eigentümer erarbeiteten Priorisierung der Bauaktivitäten sowie breit angelegte Aktivitäten zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung (Kostenziele im Betrieb, Kostensenkungsprogramme im Overhead-Bereich, etc.) stellen wesentliche Eckpfeiler für eine solide finanzielle Basis zur Bewältigung der mittel- bis langfristigen Herausforderungen dar. Die Verschuldung der ASFINAG steht mit der Ertragskraft im Einklang und eine langfristige Finanzierbarkeit ist gegeben.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit verknüpften Ressourcen unter gleichzeitiger Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen Verantwortung war somit auch 2014 eine große Herausforderung und wird es auch in den kommenden Jahren bleiben.

Jegliche Maßnahme zur Effizienzsteigerung in allen Prozessen der ASFINAG (Bau, Betrieb, Bemaunung, Overhead) wurde und wird mit Nachdruck verfolgt, um der Rolle der ASFINAG als verlässlicher Betreiber einer modernen Straßeninfrastruktur am hochrangigen Netz weiterhin gerecht zu werden.

1.2.1. Bemaunung

Im Bereich der vollelektronischen Maut für Kfz über 3,5 t hzG wurden insgesamt rd. 680 Mio. (+2,5 % gegenüber 2013) Mauttransaktionen verzeichnet. Mit 96 % entfiel der überwiegende Anteil an Mauttransaktionen auf LKW, der Rest wurde von Bussen und anderen Fahrzeugen über 3,5 t hzG, wie zum Beispiel Wohnmobilen, getätigt.

Der Marktanteil der Direktabrechnungsschiene mit den Kunden („GO-Direkt“) liegt im Jahr 2014 bei 9,2 % (2013: 9,5%).

Die Anzahl der an den Sondermautstellen abgefertigten PKWs (Kat. 1) liegt mit 37,9 Mio. um 2,0 % über dem Vorjahreswert. Der Automatisierungsgrad der Passagen an den Sondermautstellen beträgt 60,3 % (2013: 59,1 %). Die Anzahl der verkauften Videomauttickets liegt bei rd. 1,6 Mio. Stück, dies entspricht einer Steigerung von 5,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Vignettenabsatz über alle Vignettentypen lag 2014 bei rd. 24,3 Mio. Stück. Dies entspricht einer Steigerung von rd. 1,1 % gegenüber dem Vignettenabsatz 2013.

1.2.2. Bauaktivitäten

Im Jahr 2014 stand die ASFINAG-Bautätigkeit wiederum im Einflussbereich der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation einerseits und erschwerter finanzieller Rahmenbedingungen andererseits. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit lag auf der Erhöhung der Verkehrssicherheit im hochrangigen Netz, insbesondere bei Tunnelausbauten (u.a. Maßnahmen im Rahmen des Straßentunnel-Sicherheits-Gesetzes (STSG)), auf Erweiterungen und Sanierungen, der Errichtung von Rast- und LKW- Stellplätzen sowie von Verkehrsbeeinflussungsanlagen (VBA).

Die Bauarbeiten zur Erweiterung des ASFINAG-Netzes, wie etwa im Zuge der Strecke Unterweikersdorf – Freistadt Nord (S10 Mühlviertler Schnellstraße) wurden 2014 weitergeführt. Die Umfahrung Freistadt konnte auf diesem Streckenabschnitt, wie geplant, im Herbst 2014 dem Verkehr übergeben werden. Weiters wurde im Bereich der Erweiterung des ASFINAG-Netzes das Projekt Sankt Georgen – Scheifling (S36 Murtal Schnellstraße) fortgeführt.

Auch andere Großprojekte wurden im Jahr 2014 vorangetrieben. Dazu gehören die Vorbereitungsarbeiten zur Sanierung Hochstraße Inzersdorf auf der A23 Südost Tangente Wien, die Generalerneuerung Knoten Prater (A23 Südost Tangente Wien), die Instandsetzung Leobersdorf – Wiener Neustadt (A2 Süd Autobahn), die Nordumfahrung Klagenfurt (A2 Süd Autobahn), die Fahrstreifenenerweiterung AST Flughafen – AST Fischamend (A4 Ost Autobahn), der Sicherheitsausbau und Lärmschutz auf der A8 Innkreis Autobahn (Meggenhofen - Haag), die Sanierung der 1. Röhre des Bosrucktunnels (A9 Pyhrn Autobahn), die 2. Röhre Gleinalmtunnel (A9 Pyhrn Autobahn), die 2. Röhren Tunnelkette Klaus (A9 Pyhrn Autobahn), die Einhausung Zederhaus (A10 Tauern Autobahn), die Tunnelkette Bruck (S6 Semmering Schnellstraße) mit Arbeiten am Streckenabschnitt Niklasdorf – Leoben Ost (inklusive Niklasdorftunnel, der 2014 dem Verkehr übergeben wurde), die Generalerneuerung Frohnleiten Nord – Badl (S35 Brucker Schnellstraße) sowie die Verkehrsbeeinflussungsanlagen im Großraum Linz und in Salzburg.

Wesentliche Baubeginne fanden im Jahr 2014 für die Projekte Generalerneuerung Knoten Bruck – Oberaich (S6 Semmering Schnellstraße) und Arlbergtunnel auf der S16 Arlberg Schnellstraße (STSG-Maßnahmen und Generalerneuerung) statt.

Die 2012 begonnene Instandsetzung Brentenmais - Steinhäusl (A1 West Autobahn) konnte 2014 finalisiert und dem Verkehr übergeben werden. Darüber hinaus wurden die Rastplätze Schäffern Ost (A2 Süd Autobahn), Grafenstein Nord/Süd (A2 Süd Autobahn), Premstätten (A9 Pyhrn Autobahn) und Glanegg + Untersberg (A10 Tauern Autobahn) in Betrieb genommen.

Weitere Verkehrsfreigaben fanden für die Projekte Vollausbau Pöchlarn – Ybbs/ Richtungsfahrbahn Wien (A1 West Autobahn), Zubringer Knoten Graz Ost (A2 Süd Autobahn), Generalerneuerung Schwarzlsee – Wildon (A9 Pyhrn Autobahn), Sanierung Rottenmann – Tregelwang (A9 Pyhrn Autobahn), Sanierung Volders – Hall (A12 Inntal Autobahn) und Instandsetzung Galerie Fallender Bach (A12 Inntal Autobahn) statt.

Das von der ASFINAG verantwortete Bauvolumen betrug im Jahr 2014 rund EUR 0,9 Mrd. (2013: rund EUR 0,7 Mrd.).

1.2.3. Betriebliche & Elektromaschinelle Erhaltung, Bestandsmanagement und Verkehrsmanagement

Die zentralen Aufgaben der Betrieblichen Erhaltung bestehen in der Abwicklung des Winterdienstes, in der Grünflächenpflege, in der Instandhaltung der Straßenausrüstung, in der Überwachung von Bauwerken, in Reinigungsarbeiten sowie in der Streckenkontrolle und in der Abwicklung von Notfallereignissen. Ein strategischer Schwerpunkt des Jahres 2014 lag in der Stärkung der Kernleistungen (Streckendienst, Winterdienst, Absicherungen, Substanzerhaltung) des Betriebes, womit die Arbeitsschwerpunkte im Sinne der ASFINAG – Strategie gestärkt wurden.

Die Elektromaschinelle Erhaltung gliedert sich in Betriebstechnik-Einheiten, die regional die Wartung und Instandhaltung der Tunnelanlagen, der Verkehrsbeeinflussungsanlagen, des ASFINAG-eigene Netzwerkes sowie sämtlicher sonstiger elektrotechnischen Anlagen (Notrufsäulen, Glättemeldeanlagen, Sensorik etc.) sicherstellen. Zur Optimierung der Instandhaltungstätigkeiten wurden das Instandhaltungstool BÜS eingeführt und die Servicelevels für Störungsbehebungen an die aktuellen Anforderungen angepasst.

Das Bestandsmanagement bzw. die Bereiche Netzplanung und Erhaltungsmanagement sind für den Zustand der baulichen Anlagen (Straße, Brücke, Tunnel und Hochbau) und die laufende Modernisierung des Bestandsnetzes verantwortlich. Instandsetzungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Optimierung hinsichtlich Verfügbarkeit und Verkehrssicherheit werden entwickelt und bilden die Basis für das Infrastrukturinvestitionsprogramm der ASFINAG.

Das Verkehrsmanagement nimmt die Verantwortung für die nationale Verkehrsüberwachung und Verkehrssteuerung, sowie für das Verkehrssicherheits-, Baustellen- und Netzmanagement wahr. Das Anlagen-Operating für Tunnel und Freiland, das in den regional zuständigen Zentralwarten gebündelt ist, verfolgt Zielsetzungen hinsichtlich Verfügbarkeit, Sicherheit und Information. Im Ballungsraum Wien wurde 2013 mit dem Pilot-Projekt „Traffic Manager“ eine mobile Einsatztruppe zur präventiven Unfall- und Stauvermeidung, zum mobilen Verkehrsmanagement und zur raschen Ereignisbewältigung sowie zur Servicierung der Kunden im Autobahnen- und Schnellstraßen-Netz installiert. Diese Maßnahme hat sich als sehr erfolgreich erwiesen und wurde 2014 in den Regelbetrieb übergeführt.

1.2.4. Finanzierung

Die Finanzierungsprämisse der ASFINAG ist die Sicherstellung ausreichender Liquidität für die operative Umsetzung des Eigentümerauftrages. Die Finanzierungsstrategie der ASFINAG ist auf die Optimierung der erwarteten Zinskosten und des damit zusammenhängenden Risikos (gemessen durch die Kennzahlen Value at Risk und Cashflow at Risk) ausgerichtet.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgten Tilgungen von langfristigen Finanzverbindlichkeiten (ohne Barvorlagen) in Höhe von insgesamt rd. EUR 1,0 Mrd. (Nominalwert). Dem gegenüber stand eine Finanzierung in Form einer EUR 750 Mio. Anleihe mit 7 Jahren Laufzeit und einem Kupon von 1,375% sowie die Ausnützung eines Darlehens in Höhe von EUR 200 Mio, das mit der Europäischen Investitionsbank bereits 2013 abgeschlossen worden war.

Das Rating der ASFINAG hat sich 2014 nur hinsichtlich der Beurteilung des Ausblicks geändert. Die Einstufung von Standard & Poor's liegt bei AA+ mit einem „Stable Outlook“, die Einstufung von Moody's liegt bei Aaa, wobei im März 2014 der Ausblick von negativ auf stabil geändert wurde. Das Eigenkapital der ASFINAG stieg im Vergleich zum Vorjahr durch den Jahresüberschuss. Die nominellen Finanzverbindlichkeiten blieben per Jahresende mit rd. EUR 10,0 Mrd. (excl. Verbindlichkeiten aus PPP von EUR 0,7 Mrd.) in etwa auf dem Niveau von 2013.

Das EMTN (Euro Medium Term Note) - Programm der ASFINAG wird auch in den kommenden Jahren Hauptquelle der langfristigen Mittelaufnahmen sein. Der für 2015 geplante negative Free Cashflow wird zusammen mit den notwendigen Umschuldungen ein Bruttoemissionserfordernis 2015 von knapp EUR 2,0 Mrd. ergeben.

1.2.5. Zweigniederlassungen

Die ASFINAG hat keine Zweigniederlassungen.

1.2.6. Wirtschaftliche Lage

1.2.6.1. Aktiva

	31.12.2014		31.12.2013		31.12.2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.996.277	93,8	13.613.955	92,8	13.289.911	93,2
Sachanlagen	444.154	3,0	417.933	2,8	426.032	3,0
Finanzanlagen	32.314	0,2	162.907	1,1	162.914	1,1
Anlagevermögen	14.472.744	97,0	14.194.795	96,7	13.878.856	97,3
Vorräte	2.305	-,-	2.005	-,-	1.950	-,-
Forderungen aus Lieferungen/Leistungen	200.084	1,3	196.954	1,3	178.696	1,3
Übrige Forderungen	109.397	0,7	91.458	0,6	72.780	0,5
Geld und Geldanlagen	14.027	0,1	54.912	0,4	6.970	-,-
Umlaufvermögen	325.812	2,2	345.329	2,4	260.396	1,8
Aktive Rechnungsabgrenzung	128.579	0,9	136.167	0,9	122.274	0,9
	14.927.135	100,0	14.676.292	100,0	14.261.525	100,0

Die immateriellen Vermögensgegenstände bilden im Wesentlichen das Fruchtgenussrecht (Neubau) am hochrangigen Straßennetz und wachsen mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten der Infrastruktur. Der Wert des Fruchtgenussrechtes wuchs im Jahr 2014 um EUR 212 Mio. (2013 EUR 326 Mio.).

Die Sachanlagen (EUR 444 Mio.) bestehen schwerpunktmäßig aus in Bau befindlichen Maut- und Verkehrsbeeinflussungsanlagen sowie Corporate Network und IT Infrastrukturanlagen.

Die Finanzanlagen betreffen fast ausschließlich die Beteiligungsansätze der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Ermittlung des Unternehmenswertes der ASFINAG Maut Service GmbH (MSG) wurde eine Abwertung in Höhe von rund EUR 131 Mio. auf den niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von EUR 9,7 Mio. erforderlich. Die ETS, die vorher eine Tochtergesellschaft der ACS gewesen war, wurde 2014 aus strategischen Überlegungen als direkte Tochtergesellschaft der ASFINAG eingerichtet.

Die übrigen Forderungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisabführungen betreffend die Tochtergesellschaften, die laufende Steuerverrechnung mit den Finanzämtern (resultierend hauptsächlich aus noch nicht abzugsfähigen Vorsteuern), Kostenbeteiligungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie ausständigen EU-Förderungen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen enthalten die Unterschiedsbeträge zwischen den (niedrigeren) Zuzahlungen und den (höheren) Rückzahlungsverpflichtungen bei Darlehensaufnahmen sowie die Haftungsentgelte an die Republik Österreich für begebene Anleihen.

1.2.6.2. Passiva

	31.12.2014		31.12.2013		31.12.2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Eigenkapital aus Innenfinanzierung	3.091.470	20,7	2.882.740	19,6	2.492.355	17,5
Eigenkapital aus Außenfinanzierung	462.349	3,1	462.349	3,2	462.349	3,2
Eigenkapital	3.553.819	23,8	3.345.089	22,8	2.954.704	20,7
Fremdkapital kurzfristig	2.391.444	16,0	1.494.096	10,2	2.197.068	15,4
Fremdkapital langfristig	8.875.878	59,5	9.732.898	66,3	9.012.811	63,2
Fremdkapital	11.267.322	75,5	11.226.995	76,5	11.209.879	78,6
Passive Rechnungsabgrenzung	105.994	0,7	104.208	0,7	96.942	0,7
	14.927.135	100,0	14.676.292	100,0	14.261.525	100,0

Das Eigenkapital ist um das Jahresergebnis 2014 gestiegen, vermindert um die Ausschüttung einer Dividende von EUR 200 Mio. Bei den bestehenden Finanzverbindlichkeiten kam es zu einer geringfügigen Verlagerung des Fristigkeitenprofils des Fremdkapitals von mittel- zu kurzfristig laufenden Positionen. Im Geschäftsjahr 2014 erfolgten Tilgungen von langfristigen Finanzverbindlichkeiten (ohne Barvorlagen) in Höhe von insgesamt rd. EUR 1,0 Mrd. (Nominalwert). Dem gegenüber standen eine Finanzierung in Form einer EUR 0,75 Mrd. Anleihe mit 7 Jahren Laufzeit und einem Kupon von 1,375% sowie ein Darlehen bei der Europäischen Investitionsbank in Höhe von EUR 0,2 Mrd. mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 1,115%.

1.2.6.3. Umsatz und Ergebnis

	2014	2013	2012
	TSD €	TSD €	TSD €
Umsatz	2.325.056	2.128.314	2.028.978
Abschreibungen	50.007	47.657	51.712
Betriebsergebnis	1.041.316	1.045.152	1.060.424
Betriebsergebnis in % vom Umsatz	44,8	49,1	52,3
Finanzergebnis	-451.925	-396.568	-419.427
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	589.391	648.584	640.997
EGT in % vom Umsatz	25,3	30,5	31,6
Jahresgewinn	408.805	490.467	482.873
in % vom Umsatz	17,6	23,0	23,8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.084.302	2.875.496	2.485.029

Die gesamten Mauterlöse haben sich 2014 um rd. EUR 137 Mio. (8,1 %) erhöht. Die Erlöse aus der Weiterverrechnung an den Bund aus der Bautätigkeit waren um rd. EUR 55 Mio. höher, allerdings betrifft das auch die korrespondierende Aufwandsposition. Der diesbezügliche Umsatzanteil hat somit keine Ergebnisauswirkung.

Die Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen, die ergebniswirksam sind (somit exklusive Fruchtgenuss) sind gegenüber 2013 um rd. EUR 119 Mio. gestiegen, was im Wesentlichen auf die höheren Aufwendungen für bauliche Erhaltungsmaßnahmen zurückzuführen war.

Für das schlechtere Finanzergebnis ist vor allem die Abwertung des Beteiligungsansatzes der MSG verantwortlich (rund EUR 131 Mio). Diesem Einmaleffekt steht allerdings ein im Vergleich zu 2013 rund EUR 70 Mio. niedrigerer Zinsaufwand (gesunkenes Zinsniveau) gegenüber.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) für 2014 beträgt EUR 589 Mio. und liegt damit um rund EUR 59 Mio. EUR unter dem Vorjahresniveau. Die Gründe dafür liegen in den beschriebenen Effekten aus dem Finanzergebnis.

Nach Abzug der Steuern ergibt sich ein Jahresergebnis von EUR 409 Mio. (2013 EUR 490 Mio.).

1.2.6.4. Ertragsstruktur

	2014		2013		2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Sondermauterlöse	155.118	6,3	146.751	6,5	136.359	6,2
Vignettenerlöse	428.198	17,4	406.312	17,9	382.992	17,5
Erlöse aus der Weiterverr.	439.508	17,9	382.633	16,9	348.636	15,9
LKW-Mauterlöse	1.241.632	50,5	1.134.540	50,0	1.102.773	50,2
Vermietung/Verpachtung	31.209	1,3	31.827	1,4	31.295	1,4
Erlöse Service- und Kontrolldienst, Enforcement	29.391	1,2	26.251	1,2	26.923	1,2
Umsatzerlöse	2.325.056	94,6	2.128.314	93,8	2.028.978	92,4
Sonstige betriebliche Erträge	89.938	3,7	104.394	4,6	139.000	6,3
Erträge aus Abgang von AV	3.489	0,1	4.256	0,2	8.486	0,4
Erträge aus Auflösung Rückstellungen	6.921	0,3	16.515	0,7	31.659	1,4
Übrige sonstige betriebliche Erträge	79.528	3,2	83.623	3,7	98.856	4,5
Erträge aus Finanzinvestitionen	42.840	1,7	36.923	1,6	26.741	1,2
Umsatzerlöse und Erträge	2.457.834	100,0	2.269.632	100,0	2.194.719	100,0

Die Steigerung der Mauterlöse für Kfz > 3,5 t hzGg ist hauptsächlich auf die gesetzlich definierte Valorisierung der Tarife gegenüber 2013 zurückzuführen. Außerdem ist die Fahrleistung von Fahrzeugen > 3,5 t hzGg gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % gestiegen. Die Steigerung bei der Vignette ist auf eine geringe Mengensteigerung (1,1 %) und die gesetzlich festgelegte Valorisierung zurückzuführen, die Sondermauterlöse stiegen aufgrund erhöhter PKW-Abfertigungen (+2,0 %). Die Erlöse aus dem Enforcement sind aufgrund von Erhöhungen der Ersatzmaturen für Kfz > 3,5 t hzGg sowie der Einrichtung zusätzlicher automatischer Vignettenkontrollen um rund 12% gestiegen. Die Erlöse aus den Vermietungen und Verpachtungen blieben nahezu konstant und betrafen im Wesentlichen Raststationserlöse. Die Erlöse aus Weiterverrechnungen korrespondieren mit den Aufwendungen für den Neubau und die Erweiterung der Streckeninfrastruktur und beinhalten ebenfalls die Erlöse aus der Weiterverrechnung von Corporate Service Leistungen an die Töchter (Rechnungswesen, IT, etc.).

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen resultieren vor allem aus der Auflösung der Rückstellung für eine mögliche Verpflichtung basierend auf dem Altlastensanierungsgesetz betreffend die Bodenaushubdeponie Tieber im Zuge der S35-Abschnitt Nord (EUR 2,4 Mio.). Weiters konnten Rückstellungen für Verpflichtungen aus anderen Verfahren im Zusammenhang mit Bauprojekten in Höhe von rund EUR 1,7 Mio. aufgelöst werden.

Die übrigen sonstigen Erträge betreffen großteils den ASFINAG-Anteil an Strafgeldern auf dem Autobahnen- und Schnellstraßennetz (rd. EUR 61 Mio.), Grundstücksverkäufe, Kostenbeteiligungen Dritter, Pönaleforderungen, Erträge aus der Weiterverrechnung von Schadensfällen, etc.

Die Erträge aus Finanzinvestitionen stammen überwiegend aus der Übernahme der Ergebnisse der Tochtergesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen, die in Summe positive Jahresergebnisse 2014 erzielten (EUR 41 Mio.).

1.2.6.5. Aufwandsstruktur

	2014		2013		2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Materialaufwendungen	1.201.782	64,3	1.023.690	63,1	941.211	60,6
Personalaufwendungen	11.864	0,6	10.064	0,6	10.412	0,7
Abschreibungen	50.007	2,7	47.657	2,9	51.712	3,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	110.025	5,9	106.146	6,5	104.219	6,7
Aufwendungen aus Finanzinvestitionen	132.062	7,1	34	-,-	340	-,-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	362.704	19,4	433.457	26,7	445.828	28,7
Aufwendungen	1.868.444	100,0	1.621.047	100,0	1.553.722	100,0

Die Materialaufwendungen (im Wesentlichen Bauleistungen und die Vergütung an die ASFINAG Tochtergesellschaften) liegen mit EUR 1.202 Mio. um rd. EUR 178 Mio. höher als im Vorjahr (EUR 1.024 Mio.). Dies ist im Wesentlichen auf eine gestiegene Bauleistung zurückzuführen, annähernd ein Drittel davon im Bereich des ergebnisneutralen Fruchtgenusses und zwei Drittel bei den baulichen Erhaltungsaufwendungen.

Der Anstieg der Abschreibungen ist vor allem auf eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von rund EUR 3 Mio. für die Folgebewertung der unbebauten Grundstücke zurückzuführen.

Der Anstieg der Aufwendungen aus Finanzinvestitionen ist vor allem auf die Abwertung des Unternehmenswertes der ASFINAG Maut Service GmbH (MSG) in Höhe von rund EUR 130 Mio. zurückzuführen.

Die Reduktion der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus der Zinsensituation im Jahr 2014 (geringere durchschnittliche Verzinsung).

1.2.6.6. Geldflussrechnung

	2014	2013	2012
	TSD €	TSD €	TSD €
Fondsveränderungsrechnung			
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	591.289	539.766	495.981
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-453.911	-358.770	-344.722
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-178.264	-133.054	-151.885
Zahlungswirksame Veränderung der Fondsmittel	-40.886	47.942	-627
Anfangsbestand Geld und Geldanlagen	54.912	6.970	7.597
Endbestand der Fondsmittel	14.027	54.912	6.970

Der Cashflow aus der operativen Tätigkeit beträgt im Jahr 2014 EUR 591 Mio. und liegt somit um 52 Mio. höher als im Vorjahr. Die gesteigerte Investitionstätigkeit der ASFINAG in der Höhe von EUR 454 Mio., insbesondere in die Streckeninfrastruktur (Fruchtgenuss), führt in Summe für 2014 zu einem positiven Cashflow vor Finanzierung (Free Cashflow) in Höhe von 137 Mio.

Über den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (EUR -178 Mio.), entstanden aus Tilgungen iHv rd. EUR 1.024 Mio., einer Dividendenzahlung von EUR 145 Mio., sowie Neuaufnahmen iHv rd. EUR 991 Mio., errechnet sich der Endbestand an Fondsmittel von rd. EUR 14 Mio.

1.2.6.7. Rentabilität

		2014	2013	2012
Umsatzrentabilität iw S (%)	= <u>ordentliches Ergebnis vor Zinsen</u> Umsatzerlöse	46,57	50,68	52,96
Umsatzrentabilität ieS (%)	= <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u> Umsatzerlöse	25,35	30,47	31,59
Gesamtkapitalrentabilität (%)	= <u>ordentliches Ergebnis vor Zinsen</u> Ø Gesamtkapital	7,32	7,46	7,61
Eigenkapitalrentabilität (%)	= <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u> Ø Eigenkapital	17,09	20,59	23,20

Die Umsatzrentabilitäten sind gegenüber 2013 leicht gesunken, da der ergebnisneutrale Umsatz aus der Weiterverrechnung an den Bund bei nahezu gleichbleibendem Ergebnis vor Zinsen gestiegen ist. Dieser Effekt wird noch verstärkt durch das - aufgrund der Abwertung der MSG - niedrigere EGT. Analog dazu sind auch die Gesamt- und Eigenkapitalrentabilitäten entsprechend gesunken.

1.3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1. Mitarbeiteranzahl per 31.12.

	Gesamt 2012	Gesamt 2013	ASFINAG 2014	MA Länder 2014	Gesamt 2014
ASFINAG Holding	130	133	138	0	138
ASFINAG Service GmbH	1.482	1.461	880	572	1.452
ASFINAG Alpenstraßen GmbH	257	246	242	0	242
ASFINAG Bau Management GmbH	237	257	243	13	256
ASFINAG Maut Service GmbH	561	557	586	0	586
ASFINAG Commercial Services GmbH	0	0	0	0	0
ASFINAG European Toll Service GmbH	0	0	0	0	0
ASFINAG Total	2.667	2.654	2.089	585	2.674

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter zum Stichtag 31. Dezember hat sich gegenüber 2013 um 20 erhöht. Von insgesamt 2.674 Mitarbeitern sind per 31. Dezember 2014 34 Mitarbeiter temporäre Mitarbeiter, welche befristet zur Abdeckung von Arbeitsspitzen eingesetzt werden.

Die Fluktuation war 2014 mit rund 2,9 % auf einem konstant niedrigen Niveau. Saisonkräfte, Praktikanten und Ländermitarbeiter werden in der Betrachtung der Fluktuation nicht berücksichtigt.

Per Ende 2014 waren insgesamt 6 Lehrlinge in Ausbildung, Trainees gab es zu diesem Zeitpunkt keine.

Im Jahr 2014 wurden eine Vielzahl an zukunftsweisenden Projekten und Themen bearbeitet:

- Umsetzung der Maßnahmen aus der letzten Mitarbeiterbefragung:

Das Jahr 2014 stand im Unternehmen ganz im Zeichen der Bearbeitung der abgeleiteten Maßnahmen aus der Mitarbeiterbefragung 2013. Bei den Maßnahmen gibt es ebenso gesellschafts- und abteilungsinterne Aktivitäten wie konsolidierte Themenschwerpunkte, die über den gesamten Konzern bearbeitet werden. Vieles wurde in Angriff genommen und umgesetzt. Beispiele dafür sind:

- Diverse Maßnahmen wurden gesetzt um die Lesbarkeit und Anwendbarkeit von Richtlinien und Handbüchern zu verbessern.
- Die Inputs zum Mitarbeitergespräch wurden ernst genommen und in einem intensiven Kompaktprojekt das Formular dazu komplett überarbeitet.
- Die ASFINAG Grundsätze wurden laufend gemeinsam in Meetings und beim Mitarbeitergespräch thematisiert und waren auch Teil der Zielvereinbarungen

- Projekt Zeitwirtschaft neu:

Über die Jahre hinweg entstanden in der ASFINAG unterschiedliche Regelwerke zur Zeiterfassung und Gehaltsabrechnung. Diese werden nun in dem Projekt neu gestaltet und zu einem Gesamtsystem vereinheitlicht. Das Projekt wurde 2014 intensiv bearbeitet und parallel konnten schon einige Optimierungen im System und im Ablauf umgesetzt werden: z.B. Automatisierungen bei Zeitkorrekturen und konzernweit konsolidierte Vorgehensweisen und Regelungen im HR-Bereich für alle Gleitzeit-Mitarbeiter

- Verhandlungen zum Kollektivvertrag 2015 und zur Sozialvereinbarung:

Der Kollektivvertrag und die Sozialvereinbarung wurden neu verhandelt und abgeschlossen. Im Zuge dessen wurde der Kollektivvertrag auch in Bezug auf bessere Lesbarkeit überarbeitet. Statt auf komplizierten Fachjargon wird auf klaren und verständlichen Sprachgebrauch gesetzt!

- Aus- und Weiterbildung:

Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung standen ebenso auf der Tagesordnung. Neben den laufenden Entwicklungsprogrammen im Bereich Führung und Projektmanagement waren die Grundausbildungen für die Compliance-relevanten Fachschulungen stark im Fokus. Dafür wurden neben den gewährten Präsenzs Schulungen erstmals erfolgreich selbst konzipierte e-Learning-Module inkl. Wissenscheck zum Abschluss eingesetzt.

1.3.2. Streckenparameter

Die Streckenlänge des ASFINAG-Netzes umfasst per 31. Dezember 2014 2.183 km (2013: 2.178 km) mit 11.736 Fahrstreifenkilometern (2013: 11.685). Auf diesem Netz befinden sich 5.204 Brückenobjekte, 157 Tunnelanlagen mit einer Gesamtlänge von 365 Röhrenkilometern sowie Lärmschutzwände mit einer Gesamtlänge von ca. 1.327 km.

1.3.3. Umweltbelange

Bundesstraßen sind als Verkehrsträger grundlegende und unabdingbare Voraussetzung für den freien Güter- und Personenverkehr sowie die Befriedigung moderner Mobilitätsbedürfnisse. Neben den Zielen wie die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Entlastung von oft hoch belasteten Ortsdurchfahrten haben die Investitionen der ASFINAG vielfältige Effekte auf die Volkswirtschaft.

Gleichzeitig bedingen Straßenbauvorhaben unvermeidbar Berührungspunkte mit Aspekten des Natur- und Umweltschutzes. So kollidiert das öffentliche Interesse an der Errichtung von Infrastruktur fast definitionsgemäß mit dem öffentlichen Interesse am Naturschutz. Die Herausforderung für die ASFINAG besteht darin, die erforderlichen Leistungen im Infrastrukturbereich so umweltfreundlich und ressourcenschonend wie möglich zu gestalten.

Die ASFINAG ist sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst und nimmt diese wahr. Investitionen in Lärm- und Umweltschutz (insbesondere Gewässerschutz und ökologische Ausgleichsmaßnahmen) nehmen einen großen Anteil an den Gesamtinvestitionen bei der Errichtung von Neubaustrecken ein. Tätigkeitsschwerpunkt am Bestandsnetz ist neben der Errichtung von zusätzlichen bzw. der Sanierung bestehender Gewässerschutzanlagen vor allem die Errichtung von Lärmschutz.

Die im Internet veröffentlichten EU-Umgebungslärmkarten zeigen die Lärmsituation am gesamten Streckennetz in einer Höhe von 4 m. Zusätzlich bietet die ASFINAG zur Beurteilung der Lärmsituation in der Höhe von 1,5 m einen eigenen Lärmkataster im Internet an. Diese Darstellung bietet zu den Umgebungslärmkarten die Möglichkeit, sich über die aktuelle Lärmsituation bei Aufenthalt im Freiraum zu informieren. Um eine laufende Aktualität zu gewährleisten, erfolgt eine periodische Evaluierung dieser Lärmkarten. Dabei werden die neu errichteten Lärmschutzmaßnahmen eingearbeitet, Neubaustrecken aufgenommen sowie die Emissionen (Verkehrsaufkommen, Fahrbahnbeläge, verordnete Geschwindigkeiten) neu berechnet. Der aktualisierte Lärmkataster steht seit Frühjahr 2013 zur Verfügung. Eine Aktualisierung dieses Lärmkatasters erfolgt alle 5 Jahre.

Prioritär zu schützende Wohnbereiche wurden für das Jahr 2014 mit geplanten Sanierungs- bzw. Erweiterungsprojekten zusammengeführt und bedarfsgerechte Lärmschutzmaßnahmen geplant und umgesetzt. Im Jahr 2014 hat die ASFINAG zum Schutz der Anrainer ca. EUR 17 Mio. in die Sanierung und Errichtung von Lärmschutzwänden im Bestandsnetz investiert. Diese Maßnahmen werden zu einer weiteren Reduktion der Lärm-Auswirkungen des Straßenverkehrs auf die Anrainer führen. Unter Berücksichtigung der Lärmschutzmaßnahmen an den Neubaustrecken sind insgesamt mit Ende 2014 am Bundesstraßennetz somit rd. 1.327 km (2013 1.315 km) Lärmschutzmaßnahmen mit einer Gesamtfläche von rd. 4,30 Mio. m² (2013 4,25 Mio. m²) verfügbar.

Durch Maßnahmen zur Reinigung und Rückhaltung der Straßenwässer in Gewässerschutzanlagen leistet die ASFINAG einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zur Erhaltung der Qualität unserer Böden, der Flüsse und des Grundwassers. Was in Österreich beim Neubau von Autobahnen Standard ist, gilt natürlich auch für bereits bestehende Abschnitte. Bei jeder Generalerneuerung werden die Entwässerungs- und Reinigungssysteme auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Von der ASFINAG wurden in diesem Zusammenhang zahlreiche Bestandsstrecken im Hinblick auf die zeitgemäße Reinigung der Straßenwässer evaluiert. In Folge wurden - bei Bedarf auch in Abstimmung mit den zuständigen Behörden - Sanierungskonzepte erarbeitet und bereits einige Projekte aus diesen Konzepten umgesetzt.

Salze, die mit dem Winterdienst in die Straßenwässer gelangen, können, im Gegensatz zu allen anderen enthaltenen Verunreinigungen (z.B. Bremsstaub, Gummiabrieb, Ölsuren, Schwermetalle), mittels Bodenfilterpassagen nicht eliminiert bzw. im Bodenfilter nicht rückgehalten werden. Aus diesem Grund werden diese Wässer bei Bedarf in Rückhaltebecken zwischengespeichert und nur sehr dosiert an Oberflächengewässer oder das Grundwasser abgegeben. Zudem prüft die ASFINAG im Rahmen von Forschungsprojekten technische Möglichkeiten, die ausgebrachte Salzmenge zu reduzieren.

Eine besondere Stellung nimmt auch der Umgang mit dem Thema Baustoffrecycling ein. Bei Baumaßnahmen im Autobahnen- und Schnellstraßennetz sind 2014 rd. 520.000 to Ausbauphase bzw. 270.000 to Betonabbruchmaterial angefallen. Die Wiederverwertung der anfallenden Recyclingmaterialien – möglichst innerhalb desselben Bauabschnittes - birgt neben dem wirtschaftlichen Vorteil für die ASFINAG auch einen umweltrelevanten Nutzen, ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen nicht immer möglich. Primär werden

damit wertvolle Ressourcen wie Gestein und Bitumen gespart und durch die geringeren Transportwege verbessern sich die Verkehrssituation sowie die Luftqualität im Umfeld von Baustellen.

Die ASFINAG legt bereits in den Planungsphasen und durch entsprechende Vorgaben in den Bauverträgen hohes Augenmerk auf die laufende Steigerung der Wiederverwertungsquote und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum nachhaltigen Bauen. Seit dem Jahr 2012 werden in diesem Zusammenhang entsprechende Kennzahlen wie z.B. eine „Recyclingquote“ erfasst. Diese zeigt für das Jahr 2014, dass 88% der Aushub-, 75% der Asphalt- und 76% der Betonabbruchmaterialien einer Verwertung (in Bauvorhaben der ASFINAG oder Dritter) zugeführt wurden.

Maßnahmen im Bereich der Lebensraumvernetzung sind darüber hinaus bereits ein langjähriger Schwerpunkt der ASFINAG. Durch gezielte Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen wird dieser Bereich laufend weiter optimiert. Nicht nur kostenintensive Bauwerke wie Wildquerungshilfen („Grünbrücken“) leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

Neben den bereits beschriebenen generellen Maßnahmen werden laufend weitere Einzelmaßnahmen zu Optimierung von Umweltauswirkungen entwickelt und umgesetzt, beispielhaft genannt sei die Reinigung und Aufbereitung von Tunnelwaschwasser, Recycling der Go-Boxen, Gefahrgut-Monitoring im Tunnel, Senkung des Stromverbrauches in Tunnelanlagen, effiziente Abfallentsorgung im Bereich der Park- und Rastplätze sowie Wildschutzmaßnahmen. Der Fachbereich der ASFINAG BMG „Technik, Innovation und Umwelt“ begleitet darüber hinaus Neubau- und Bestandsprojekte in allen Phasen und gewährleistet Standardisierung und Wissensmanagement an der wichtigen Schnittstelle zwischen technischen, rechtlichen und umweltfachlichen Aspekten der Projektentwicklung.

1.4. Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Im Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der Freigabe des vorliegenden Einzelabschlusses der ASFINAG Gruppe kam es aus bisher noch ungeklärter Ursache zu einem teilweisen Einsturz der gerade in Bau befindlichen Murbrücke bei Frohnleiten auf der S 35. Der etwa 50 Meter lange und 800 Tonnen schwere Teil der Brücke, der über die ÖBB-Geleise führen soll, blockierte bis zur Stabilisierung und aufwändigen Entfernung elf Tage lang den Zugverkehr. Die Ursache wird derzeit von Sachverständigen untersucht, auch die Staatsanwaltschaft Graz hat einen Sachverständigen beauftragt. Ergebnisse sind nach derzeitigem Stand frühestens Ende April zu erwarten.

Dieses Ereignis hat auf die Bilanzerstellung per 31. Dezember 2014 keinerlei Auswirkungen.

2. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken der Unternehmensgruppe

2.1. Voraussichtliche Entwicklung der Unternehmensgruppe

Auch im Jahr 2015 liegt der Schwerpunkt darauf, die Umsetzung der strategischen Ziele konsequent weiterzuverfolgen, die Prozesse über den gesamten Konzern laufend zu optimieren und die mit dem Eigentümer erarbeiteten Einsparungen bei ungeminderter Quantität und Qualität der Leistungen umzusetzen.

In der Planung für 2015 wurde bezüglich der LKW-Mauteinnahmen (abgesehen von der gesetzlich vorgesehenen Valorisierung) eine um 2,0% steigende Verkehrsleistung zugrunde gelegt. Für die PKW-Vignette und für die PKW Sondermaut wird eine Steigerung der Erlöse um je 2,1 % angenommen, was im Wesentlichen die preisliche Valorisierung abbildet. Die gesamten Mauterlöse 2015 werden somit laut Plan rd. EUR 1.860 Mio. betragen.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für die Erlösentwicklung wird nach der erfolgten Tarifierung per 1.1.2014 bzw. der Adaptierung des Tarifs für die EURO-Emissionsklasse EURO VI per 01.01.2015 weiterhin die Struktur der LKW-Mauterlöse im Rahmen der schadstoffabhängigen Bemautung und somit auch das Verhalten der Transportwirtschaft hinsichtlich der Aus- und Umrüstung des Fuhrparks sein. Der Tarif ist mit dem Hintergrund gestaltet, dass eine Aufkommensneutralität erzielt wird.

Das Infrastruktur-Investitionsprogramm sieht für 2015 ein Bauvolumen von rd. EUR 1.050 Mio. vor. Mit den laufenden Aufwendungen und dem geplanten negativen Finanzergebnis (im Wesentlichen Zinsdienst) von EUR 355 Mio. - resultierend aus der derzeitigen Zinssituation und einer moderaten Nettoneuverschuldung - ergibt sich ein geplantes EBT von EUR 579 Mio., was einem Jahresüberschuss von EUR 526 Mio. entspricht.

Im Hinblick auf die Umsetzung von kostenintensiven Infrastrukturprojekten haben sowohl die laufende Evaluierung der Bauprojekte hinsichtlich Dimensionierung und verkehrlicher Notwendigkeit als auch Verhandlungen über Finanzierungsbeteiligungen nach wie vor große Bedeutung.

Ein besonderer Fokus der ASFINAG liegt auf der Vernetzung im nationalen und internationalen Bereich. Dies drückt sich im Inland unter anderem in der intensiven Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsträgern aus. Im Ausland liegt der Schwerpunkt vor allem in der aktiven und führenden Mitarbeit an der Weiterentwicklung der europäischen Interoperabilität für LKW.

2.2. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.2.1 Cashflowrisiko

Nachdem man Ende 2013 bereits dachte, dass das Zinsniveau nicht mehr weiter sinken könnte, hat das Jahr 2014 eine weitere dramatische Reduktion der Zinsen mit sich gebracht. Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinssätze erreichten historische Tiefstände: der 3-Monats-Euribor fiel beispielsweise von 0,28% zu Jahresbeginn auf 0,08% am Jahresende, die Rendite für 10-jährige österreichische Bundesanleihen fiel von 2,26% zu Jahresbeginn auf 0,67% zu Jahresende. Sogar Negativzinsen waren ab der 2. Jahreshälfte im sehr kurzen Laufzeitspektrum bzw. für top-geratete Staatsanleihen mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren keine Seltenheit mehr.

Die Einschätzung der kaufmännischen Risiken, die von externen Kapitalmarktschwankungen ausgehen, werden in Form der Kennzahlen Value at Risk und Cashflow at Risk errechnet und den Gremien regelmäßig berichtet.

Die mit ihren Marktwerten bewerteten Derivate bilden jeweils Bewertungseinheiten mit einer zugehörigen Grundtransaktion, und wurden mehrheitlich mit der Absicht der Absicherung von Wechselkursschwankungen der Grundtransaktionen abgeschlossen. Das verbleibende Risiko besteht lediglich aus Zinsänderungsrisiken im EURO Finanzierungsraum.

Die Risikokennziffern der aushaftenden langfristigen ASFINAG Finanzverbindlichkeiten (Darlehen und Anleihen inklusive Swaps) wurden per 31. Dezember 2014 mit einer Konfidenz von 95% und einer Haltedauer von einem Jahr wie folgt eingeschätzt:

Der marktwertorientierte Value at Risk wird auf EUR 205,4 Mio. (2013 EUR 409,7 Mio.) geschätzt. Der nominelle Gesamtstand der Finanzverbindlichkeiten beträgt zum Stichtag EUR 10.020,0 Mio. (2013: EUR 9.999,2 Mio.).

Der Cashflow at Risk beträgt EUR 0,9 Mio., wobei rd. 3,6 % der Verbindlichkeiten variabel verzinst sind.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der ASFINAG Verbindlichkeiten beträgt ca. 8,00 Jahre (2013 8,28 Jahre) und die durchschnittliche Nominalverzinsung liegt bei ca. 3,06 % p.a. (2013 3,36 % p.a.).

Der Zugang zu den Kapitalmärkten und damit die Aufnahme der erforderlichen Mittel wird für die ASFINAG auch im Jahr 2015 gewährleistet sein, einerseits aufgrund ihrer exzellenten Reputation auf den Kapitalmärkten und eines aktiven Investoren-Marketings andererseits aufgrund der guten Fundamentaldaten Österreichs und der Staatsgarantie für die Mittelaufnahmen.

2.2.2 Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätssteuerung der ASFINAG berücksichtigt alle operativen Erfordernisse, den Schuldendienst und die notwendigen Kapitalaufnahmen im Zusammenhang mit dem Neubauprogramm. Die Planbilanzen, Plangewinn- und -verlustrechnungen und die Cashflowberechnungen werden mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie jeweils im Vorjahr im Voraus abgestimmt und sind im Zusammenhang mit der gesetzlichen Verpflichtung des zuständigen Ministers zu sehen, für die ausreichende Liquidität der ASFINAG zu sorgen.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko der ASFINAG ist aufgrund der guten Bonitätseinstufung gering. Das langfristige Liquiditätsrisiko steht in direktem Zusammenhang mit der Bonität der Republik Österreich und der Unterstützung durch die Republik Österreich in Form von Garantien als Bürge und Zahler für Anleiheemissionen. Letztlich gewährleistet das erfolgreiche und stabile Geschäftsmodell der ASFINAG die Refinanzierung der Verbindlichkeiten.

2.2.3 Konjunkturrisiko, Ausfallrisiko, Absatz- und Beschaffungsrisiko

Nach einem geringen bzw. negativen Wachstum der europäischen Staaten im Jahr 2012 war 2013 gegen Ende des Jahres eine gewisse Erholung zu verzeichnen. Dieser positive Trend hielt aber nur im ersten Halbjahr 2014 an. Die österreichische Wirtschaft beispielsweise schrumpfte im 3. Quartal 2014 im Vergleich zur Vorperiode. Auffällig ist, dass die Entwicklungen innerhalb Europas sehr unterschiedlich waren. Die BIP Prognosen für das Gesamtjahr 2014 liegen zwischen -0,4% für Italien bis +4,6% für Irland. Für 2015 geht die Europäische Kommission für alle Mitgliedsstaaten von positiven Wachstumsraten aus, die zum größten Teil über jenen für 2014 liegen. Die Staatsverschuldung aller europäischen Staaten ist nach wie vor hoch bzw. sogar im Vergleich zu 2013 noch weiter gestiegen. Insgesamt sollte sich - den Prognosen zufolge - die Wirtschaft 2015 langsam erholen und vor allem 2016 wieder stärker wachsen. Das Zinsniveau wird sowohl im kurz- als auch im langfristigen Bereich

historisch tief bleiben, allenfalls wird bei den langfristigen Zinsen eine leichte Steigerung im 2. Halbjahr 2015 erwartet.

Für das Jahr 2015 wird in Österreich gemäß Europäischer Kommission ein positives Wirtschaftswachstum von rund 1,2% (nach prognostizierten 0,7% für 2014) erwartet. Die Prognosen für die Eurozone liegen 2015 bei rund 1,1 % nach 0,8% für 2014.

Der Güterverkehr ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr wiederum moderat gewachsen. Insgesamt kann man weiterhin von einer Konsolidierung sprechen. Sowohl die Baukosten, als auch die Baupreise liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Novellierung des Bundesstraßenmautgesetzes im Jahr 2007 schrieb eine Berücksichtigung der Entwicklung des Verbraucherpreisindex auf der Einnahmeseite der ASFINAG fest. Dadurch wurde ein wesentlicher, struktureller Ausgleich zu den inflationsbedingten Kostensteigerungen der operativen Ausgaben gesetzlich festgelegt und eine Absicherung des Inflationsrisikos erreicht.

Für Forderungen der ASFINAG werden Wertminderungen ausschließlich auf Basis von Einzelbetrachtungen vorgenommen, eine Wertberichtigung auf pauschaler Basis erfolgt nicht. Die Einnahmen der ASFINAG - bestehend im Wesentlichen aus LKW- und PKW-Maut sind strukturell nicht ausfallsgefährdet.

2.2.4 Branchenspezifische Risiken und Regulierungsrisiken

Insbesondere aufgrund der hohen Bautätigkeiten stellen die gesetzlichen Rahmenbedingungen gerade in diesem Bereich einen starken Einflussfaktor auf die Kosten- und Kapitalsituation des Unternehmens dar. Hier sind insbesondere gesetzliche Auflagen hinsichtlich Umweltmaßnahmen zu erwähnen. Der diesbezügliche Standard ist im europäischen Vergleich derzeit bereits als sehr hoch einzustufen. Die Novelle der Verwaltungsgerichtsbarkeit stellt betreffend der Genehmigung von Bundesstraßenprojekten weitere Herausforderungen an die Verfahrensabläufe und verlängert die Verfahren.

Mit 1. Jänner 2010 wurde die Bemautung der Kfz > 3,5 t hzGg dahingehend umgestellt, dass Fahrzeuge mit besseren Schadstoffklassen einen günstigeren Tarif (Abschlag auf den Basis-tarif) erhalten als Fahrzeuge mit stärkerem Schadstoffausstoß (Zuschlag auf den Basistarif).

Diese Umsetzung der "Ökologisierung" der LKW-Maut mittels Klassifizierung der Schadstoffklassen birgt ein gewisses systemimmanentes Risiko (Mindererlöse) der Mauttarifbemessung in sich. Hier ist weiterhin die kritische Komponente, ob sich die Annahmen hinsichtlich der Mengenverteilung der Fahrleistungen innerhalb der verschiedenen Schadstoffklassen plangemäß entwickeln. Dieses Risiko hat sich allerdings gegenüber dem Einführungszeitraum 2010/11 vermindert, da nach der Erstumstellung mittlerweile für 5 Jahre (2010-2014) gesicherte IST- und Erfahrungswerte vorliegen. Hinsichtlich der prognostizierten Entwicklung ist allerdings weiterhin ein diesbezügliches Risiko anzuführen.

Den Veränderungen in der Schadstoffklassenverteilung wird mit einer Tarifanpassung für die EURO-Emissionsklasse EURO VI per 1. Jänner 2015 Rechnung getragen. Es handelt sich dabei um eine geringfügige Tarifreduktion für Fahrzeuge dieser Kategorie um einen verstärkte Anreiz zum Umstieg zu forcieren. Aufkommensneutralität und Finanzierbarkeit dieser Systematik ist damit weiterhin sichergestellt.

2.2.5 IT-Risiken

Vor drei Jahren wurden erstmals drei IT-Produkte nach ISO 20.000 (IT Service Management) zertifiziert. Nach Ablauf des drei Jahre gültigen Zertifikats wurde 2014, mit der Firma TÜV Süd als neues Zertifizierungsunternehmen, die Re-Zertifizierung durchgeführt. Gemäß den Norm-Vorgaben zum IT Service Management wurden sowohl die Office IT (ASBnet-IT) als auch das GO-Mautsystem erfolgreich auditiert. 2015 wird der Umfang (Scope) erweitert und fünf weitere IT-Produkte nach ISO 20.000 zertifiziert.

Im Zuge des unternehmensweiten Risikomanagements ARIMAS wurden 2014 mögliche IT-Risiken vertieft, evaluiert und nach den Kriterien Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung bewertet. Die erkannten TOP-Risiken wurden im ARIMAS mit aufgenommen und werden somit halbjährlich evaluiert.

Die IT Security-Maßnahmen wurden durch den Umstieg auf eine neue Firewall Technologie (Next Generation Firewall) weiter verbessert. Dies ermöglicht es zum Beispiel Web-Anwendungen mit risikoreichen Inhalten zu identifizieren und zu blockieren. Diese Maßnahme gilt als zeitgemäßes technisches Verfahren, um sich gegen aktuelle Bedrohungen des Internets abzusichern.

Auf Basis der 2013 eingeführten ASFINAG Schwachstellenmanagement Datenbank wurde periodisch nach bekannten Software-Schwachstellen gescannt. Somit konnte gewährleistet werden, dass relevante Sicherheitslücken erkannt und zeitnah durch das Einspielen von Sicherheits-Patches behoben wurden. Die im Jahr 2014 aufgetretenen größeren Sicherheitslücken Heartbleed und Shellshock hatten, gemäß zeitnah durchgeführter externer Prüfung, keine Auswirkungen auf die ASFINAG.

Um das Bewusstsein für Datenschutz und Datensicherheit relevanter ASFINAG Mitarbeiter weiter zu verbessern mussten diese im Rahmen der Compliance Schulungen 2014 eine spezielle Datenschutz / Datensicherheit e-Learning Schulung absolvieren.

2014 wurden die vereinbarten IT SLAs in vollem Umfang erfüllt.

Unter anderem wurden folgende Projekte umgesetzt:

- Als Konsolidierungsmaßnahme wurde eine Zusammenlegung der Rechenzentren durchgeführt. Die beiden Rechenzentren in Graz wurden aufgelassen und nach Wien Inzersdorf bzw. Kaisermühlen übersiedelt. Hierfür wurde die Serverraum-Infrastruktur in den Wiener Rechenzentren komplett erneuert und entspricht dem aktuellsten Stand der Technik.
- Zur Steigerung der Mobilität der Mitarbeiter wurden 2014 die Blackberry-Firmentelefone komplett gegen die neueste Generation BBOS 10 getauscht. Die wesentlichen Vorteile dieser neuen Serie stellen die voll remote managementfähigen Endgeräte sowie die als besonders sicher geltende Plattform dar.
- Nachdem der Herstellersupport des Windows 2003 Server Betriebssystems im Jahr 2015 ausläuft wurde mit dem Austausch des Betriebssystems bereits 2014 begonnen. Die noch im Einsatz befindlichen Server mit Windows Server 2003 werden 2015 getauscht.

2.2.6 Personal- und Fluktuationsrisiko

Grundsätzlich ist die Gesamtfuktuationsrate der ASFINAG relativ gering. Durch leistungsorientierte Vergütungssysteme, attraktive Sozialleistungen und der Möglichkeit sich innerhalb des Unternehmens weiterzuentwickeln, sowohl innerhalb der eigenen Gesellschaften als auch gesellschaftsübergreifend, wird das Fluktuationsrisiko minimiert.

3. Bericht über die Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2013 war in der ASFINAG im Bereich Forschung und Entwicklung eine F&E Roadmap für den Konzern entwickelt worden mit dem Ziel, die F&E Aktivitäten mit einem Zielhorizont 2020 analog zur Konzernstrategie systematisch auszurichten. Zu diesem Zweck waren von den Gesellschaften folgende Themenbereiche mit dem größten Innovationsbedarf identifiziert und mit Zielvisionen hinterlegt worden: Bau & Nachhaltigkeit, Erhaltungsmanagement, Betrieb & Nachhaltigkeit, Sensorik und Ereignisdetektion, Verkehrsfluss, Verkehrsinformation, Maut sowie Aufmerksamkeit und Fahrverhaltensbeeinflussung. Die zugehörigen Schwerpunkte waren anschließend vom Management Team priorisiert worden.

Im Jahr 2014 wurden von den F&E Themenverantwortlichen auf Basis dieser F&E Roadmap die Ziele, Aktionen und Maßnahmen zu den Themen mit der höchsten Priorität innerhalb der Themenbereiche (sog. Priorität 1 Themen) im Detail ausgearbeitet. Darüber hinaus erfolgte ein internationaler Austausch zu jedem Priorität 1 Thema.

Im Rahmen der ASFINAG-internen F&E Koordination wurde 2014 außerdem der interne F&E Prozess neu strukturiert und optimiert.

Im Zuge der Kooperationsvereinbarung mit dem Austrian Institute of Technology (AIT) zur Nutzung von Synergien im Bereich strategische Forschung und Entwicklung wurde 2014 die Arbeit in den vier Think Tanks Asset Management, Intelligente Verkehrssysteme, Verkehrssicherheit sowie Umwelt und Verkehr fortgeführt. Dabei tauschten sich die Experten von ASFINAG und AIT regelmäßig zu neuen Herausforderungen und möglichen Lösungen in den unterschiedlichen Schwerpunktbereichen aus.

Weiters wurde im Jahr 2014 von der ASFINAG mit der FH Campus Wien eine Diplomarbeitkooperation geschlossen, die es Studierenden der FH ermöglicht, ihre Masterarbeiten im Themenkomplex Bau für die ASFINAG zu verfassen.

Neben den strategischen Fragen konnten dank des Engagements der Mitarbeiter auch 2014 wieder wichtige praktische Erkenntnisse aus abgeschlossenen F&E Projekten gewonnen werden. Im Rahmen der Initiative Verkehrsinfrastrukturforschung wurden zahlreiche neue Projekte gestartet und im Oktober 2014 wurde eine weitere Ausschreibung („VIF14“) veröffentlicht. In dieser nun bereits etablierten und jährlich stattfindenden Ausschreibung mit einem Gesamtbudget von 4 Mio. EUR (Anteil ASFINAG 1 Mio. EUR) konnten 2014 14 Forschungsfragestellungen zu aktuellen Herausforderungen im ASFINAG Geschäftsfeld an die Forschungscommunity gerichtet werden. Die thematischen Schwerpunkte der Ausschreibung 2014 bilden u.a. die Bereiche Bautechnik, Lärmschutz und Verkehrsinformation.

Besonders erfreulich war der Abschluss sämtlicher Projekte aus der Ausschreibung VIF11. Die Projektergebnisse wurden von der ASFINAG in Zusammenarbeit mit den ÖBB, dem BMVIT und der FFG in einem Ergebnisbericht publiziert und im Rahmen einer Tagung im Tech Gate Vienna präsentiert.

4. Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Gem. § 82 AktG ist das Management dafür verantwortlich, dass ein Rechnungswesen und ein Internes Kontrollsystem (IKS) geführt werden, die den Anforderungen des Unternehmens entsprechen. Im Berichtszeitraum wurde auf Basis eines etablierten umfassenden Risikomanagementsystems dieser Risikomanagementansatz verfolgt und der systematische Umgang mit Risiken gewährleistet.

Sowohl Risikomanagement als auch das Interne Kontrollsystem umfassen alle Tochtergesellschaften.

Die Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Überwachung und Kontrolle des Internen Kontrollsystems (IKS) und Risikomanagementsystems (RMS) erfolgt in Anlehnung an die 5 Komponenten des COSO-Rahmenwerks¹. Diese Komponenten sind:

- Kontrollumfeld
- Risikobeurteilung
- Kontrollmaßnahmen
- Information und Kommunikation
- Überwachung

4.1. Kontrollumfeld

Im Berichtszeitraum dienten die Abteilung Rechnungswesen und Controlling und die Controlling-Einheiten in den Gesellschaften als betriebswirtschaftliches Kompetenzzentrum in der Unternehmensgruppe und gingen dabei nach den wirtschaftlichen Grundsätzen Wertorientierung und Ergebnissteuerung vor. Das Operative Ergebnis wird von den Gesellschaften und das Finanzierungsergebnis von der Abteilung Finanzierung verantwortet.

Der Abteilung Rechnungswesen und Controlling in der ASFINAG oblag auch 2014 eine Regelungskompetenz zu allen Fragen des Controllings und Rechnungswesens zur Sicherstellung der Anwendung konzern einheitlicher methodischer Standards. Zur Unterstützung der operativen Umsetzung wurden Konzernrichtlinien, Handbücher, Leitfäden, Arbeitsanweisungen und Checklisten erstellt.

Mit Jahresbeginn 2015 erfolgte eine Umstrukturierung der Bereiche Controlling, Rechnungswesen und Finanzierung. Die Bereiche Finanzierung und Rechnungswesen wurden in einer Abteilung zusammengefasst, der Bereich Controlling deckt nun neben den klassischen Controlling - Agenden auch die Themen Kostenrechnung, Mauttarifrechnung und Risikomanagement sowie weiterhin alle Aktivitäten hinsichtlich des PPP Projekts ab.

Die ASFINAG-Gruppe wird über das Konzernergebnis und daraus abgeleitete Kennzahlen gesteuert. Sie verfügt über eine detaillierte Kurz- und Mittelfristplanung, sowie eine aggregierte Langfristplanung. Ablauf, Prämissen, Detaillierung, Verantwortlichkeiten und Instrumente für die Planung werden jährlich mittels Planungshandbuch kommuniziert und mittels Planungskalender verfolgt.

¹ Das Committee of Sponsored Organisations (COSO) hat einen von der SEC (U.S. Securities and Exchange Commission) anerkannten Standard für interne Kontrollen, das COSO-Modell erstellt, das zur Beschreibung des Internen Kontrollsystems (IKS) im Lagebericht von Austrian Financial Reporting and Auditing Committee (AFRAC) empfohlen wird.

Die Planung des laufenden Jahres (Erwartungsplan) wird quartalsweise aktualisiert und konsolidiert. In der Regel wird diesbezüglich nur die Gewinn- und Verlustrechnung im Aufsichtsrat präsentiert. Die Budgetierung des Folgegeschäftsjahres beginnt im Mai mit der Aussenlegung der Prämissen und endet im Oktober. Im Rahmen der Budgetierung wird gleichzeitig eine Mittelfristplanung erstellt. Diese Planung ist gem. Artikel II § 10 ASFINAG Gesetz iVm § 10 ASFINAG Ermächtigungsgesetz 1997 und gem. Punkt IV Abs. 2 Fruchtgenussvertrag vom 25. Juli 1997 in der Fassung vom 22. Mai 2014 dem Eigentümerversorger (BMVIT) zur Zustimmung vorzulegen.

Die Finanzbuchhaltung wird in SAP abgebildet. Die Bewirtschaftung des Anlagevermögens erfolgt in einem weitestgehend automatisierten Ablauf. Die Zugänge im Anlagevermögen erfolgen im Wesentlichen über SAP „Investitionsmaßnahmen“ (PSP-Elemente). Die Anlageninventarisierung und Abgangsmeldungen obliegen dezentral den Fachbereichen bzw. Inventarverantwortlichen, deren Aufgaben in der Inventarisierungsrichtlinie festgelegt sind.

Die Verbuchung der Kontobewegungen erfolgt tagesaktuell. Kreditoren-Zahlungslisten aller in SAP geführten Gesellschaften werden zweimal wöchentlich erstellt, geprüft und durch die Finanzabteilung mittels Telebanking überwiesen. Zur Optimierung des Liquiditätsmanagements sind das Cash-Pooling und die Richtlinie für den Zahlungsverkehr wirksame Instrumente.

Das Rechnungswesen ist für die Prüfung, Erfassung und Zahlungsvorbereitung aller Eingangsbuchungen zuständig. In der Kreditorenbuchhaltung werden Rechnungen, Zahlungsaufträge diverser Bereiche und Anzahlungsanforderungen erfasst. Auf die Kontrolle der gesetzlichen Erfordernisse, der umsatz- und körperschaftsteuerlichen Tatbestände und der internen Unterschriftenregelung wird in diesem Arbeitsbereich besonderer Wert gelegt. Mittlerweile ist ein elektronischer Rechnungsworkflow für alle ASFINAG-Gesellschaften im Einsatz, der diese Intention noch besser unterstützt. Ausgenommen sind derzeit nur noch Baurechnungen, da diese spezifische Anforderungen haben. Im Lauf des Jahres 2015 wird aber auch in diesem Bereich der elektronische Rechnungsworkflow umgesetzt werden.

Die Kundenabrechnung erfolgt über ein eigenes SAP-Mautsystem bzw. im Bereich der Liegenschaften über das Modul SAP-RE (Real Estate) mit einer Schnittstelle zum Core-SAP. Hier werden automatisiert die relevanten Buchungen bewerkstelligt bzw. die Salden in das Core-SAP übernommen. In kleiner Anzahl werden im SAP-SD (Sales & Distribution) auch weitere Geschäftsfälle (z.B. Verrechnung von Versicherungsschäden und Verrechnung von Kostenbeteiligungen) fakturiert.

Die Bilanzierung der Konzerngesellschaft nach UGB und IFRS wird im Rechnungswesen in Abstimmung mit dem Konzerncontrolling ausgeführt.

Die Archivierung der Originalbelege erfolgt in einem Dokumentenmanagementsystem (DMS) mit einer Schnittstelle ins SAP. Weiters ist ein allgemeines Dokumentenmanagementsystem für Verträge und sonstige wichtige Unterlagen eingerichtet.

Im Bereich der Finanzierung ist die Einhaltung einer Treasury-Richtlinie maßgeblich, was laufend von einem Treasury-Gremium überwacht wird. In der Richtlinie sind die Grundsätze und Ziele des Risikomanagements für die Finanzierung erfasst. Hier wird die Risikopolitik betreffend den Umgang mit Marktrisiken (Zinsen, Preise, Wechselkurse), Liquiditätsrisiko und Kontrahentenrisiko sowie das diesbezügliche Limitwesen und die Erfolgsbewertung geregelt. Darüber hinaus sind Berichts- und Zustimmungspflichten in Richtung des Aufsichtsrates hinsichtlich der Finanzierungstätigkeit auch in den Geschäftsordnungen definiert. Die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit des operativen Liquiditätsmanagements ist durch eine Richtlinie betreffend Zahlungsverkehr abgebildet.

Die ordnungsgemäße Abwicklung der durch die ASFINAG bezogenen Leistungen ist durch eine Vielzahl von Prozessen und Prozessschritten mit hinterlegten Kontrollen definiert. Dies reicht von klar geregelten Beschaffungsprozessen (insbesondere öffentliches Vergaberecht) über ein laufendes Management mit Hilfe von Controlling-/Projektcontrolling, örtlicher Bau-

aufsicht, begleitender Kontrolle bei größeren Projekten, institutionalisierten Lenkungsausschüssen, definierten Claiming-Prozessen usw. bis hin zu Berechtigungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Rechnungsprüfung, die in einer für alle verbindlichen Unterschriftenregelung münden. Ein hohes Augenmerk liegt hier naturgemäß auf den Bauleistungen, da diese betreffend ihrer Dimension und somit auch hinsichtlich des Risikos am gewichtigsten sind. Dem wird mit klar geregelten Genehmigungskompetenzen des Aufsichtsrates im Baubereich Rechnung getragen.

Insgesamt liegt in der ASFINAG ein ausgeprägtes Regelungssystem vor, um Strukturen, Rollen, Funktionen und Prozesse klar festzulegen. Bestandteile sind im Wesentlichen Richtlinien, Handbücher, Leitfäden und Arbeitsanweisungen. Die Abteilung Qualitätsmanagement sorgt dafür, dass die Regelungen durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess aktuell sind und auf das notwendige Ausmaß beschränkt bleiben.

Als anzuwendende Regelungen den Rechnungslegungsprozess betreffend können angeführt werden: Unterschriftenregelung, Beschaffungsprozess, Richtlinie zu Planungsprämissen, Cash-Pooling-Richtlinie, Treasury Richtlinie, Planungshandbuch, Bilanzierungshandbuch, Organisationshandbuch, Regelungen zur Kassaführung, Regelungen zum Zahlungsverkehr, Risikomanagement-Handbuch, Regelungen zur Standortverrechnung (ILV), Regelungen zu Stammdaten, Wirtschaftlichkeitsbeurteilungen und Kostenarten des Bauprogramms, Arbeitsanweisungen zum Personalaufwand und sonstigen betriebliche Aufwänden, zur Inventarisierung des ASFINAG Anlagevermögens und der Vorräte, zur Korrektur von Kundenrechnungen, zur Kosten/Erlösdarstellung konzerninterner Leistungsbeziehungen, zur Nutzungsdauer des ASFINAG Anlagevermögens, zur Informationsweitergabe bei Insolvenzen, zur Anlage und Änderung von Debitorenstammdaten, zu Forderungsausfällen und Forderungsbewertungen sowie zu Mahnprozessen.

4.2. Risikobeurteilung

Die wesentliche Aufgabe eines Risikomanagementsystems liegt in der frühzeitigen Erkennung möglicher Risiken und der Planung bzw. Veranlassung jener Maßnahmen, die nachteilige Auswirkungen negativer Entwicklungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens hintanhaltend oder zumindest begrenzen. Zentraler Bestandteil des Risikomanagementsystems ist ein Berichtssystem, mit dem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung analysiert und deren voraussichtliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens bestimmt wird.

Das Berichtswesen der ASFINAG gliedert sich in zwei wesentliche Berichtsteile: eine Risikobewertung auf Unternehmens- bzw. Abteilungsebene und eine fokussierte Managementinformation. In halbjährlich stattfindenden Gesprächen wird mit jedem Geschäftsführer bzw. Abteilungsleiter das Risikopotenzial der jeweiligen Organisationseinheit diskutiert und gegebenenfalls grafisch, in Form einer Risk Map, festgehalten.

Die Abstimmung der jeweiligen prioritären TOP-Risiken für das Gesamtunternehmen erfolgt im Rahmen eines Risiko-Komitees, Teilnehmer dabei sind Vorstand, Geschäftsführung, sowie Compliance Beauftragter und Risikomanager. Die Basis für die Abstimmung in diesem Komitee bildet ein ausführlicher Risiko-Bericht, in dem die identifizierten TOP Risiken und TOP Themen des Gesamtunternehmens im Detail dargestellt sind. Eine zusammenfassende Übersicht darüber wird dem Aufsichtsrat im Rahmen des Prüfungsausschusses gegeben.

Weiters finden auf Unternehmens- bzw. Abteilungsebene eine Vielzahl an Risikomanagementaktivitäten statt. Beispielsweise verfügt das Treasury über EDV-gestützte Risikomanagementtools und eine standardisierte Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsgremien, eine explizite Risikoanalyse findet für alle großen Bauprojekte statt und eine Risikobewertung ist auch Bestandteil jedes Revisionsberichtes.

Folgende Top-Risiken wurden mittels einer Bewertung (unter Berücksichtigung von Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit) im Risiko-Komitee vom Oktober 2014 als maßgeblich identifiziert:

- Kontinuität des Mautsystems nach Vertragsablauf
- Verschlechterung der Bonität
- Drastische Erlösminderung

Die ASFINAG versteht sich grundsätzlich als ein risikoaverses Unternehmen, wobei ein aktiver Umgang mit den identifizierten Risiken gepflegt wird. Risikoinformationen stellen im Unternehmen eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für das Management dar. Die Risiko-beurteilung ist auch eine der Grundlagen für das Interne Kontrollsystem, dessen operativer Fokus auf organisatorischen Richtlinien und Regelungen, Kontrollmechanismen und einer definierten Prozessverantwortung liegt.

Im Zusammenspiel werden daher damit unterstützt und gesichert:

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung
- die Einhaltung der Geschäftspolitik
- die Einhaltung gesetzlicher und sonstiger rechtlicher Grundlagen (Compliance)
- die Einhaltung vorgegebener Ziele
- die Vermögenswerte der Organisation

Die ASFINAG versteht einen offenen Umgang mit Risiken als wesentlichen Erfolgsfaktor. Die Dokumentation der Risiken sowie der ergriffenen Maßnahmen sind Grundlage für ein weiterführendes Wissensmanagement. Auf eine Verzahnung mit Revision, Compliance und Qualitätsmanagement wird über gegenseitig abgestimmte Auditpläne und den Austausch risikorelevanter Ergebnisse großer Wert gelegt.

4.3. Kontrollmaßnahmen

Unterstützt wird das Risikomanagementsystem durch ein System der internen Kontrolle, das durch die allgemeinen Grundsätze des Vier-Augen-Prinzips, der Funktionstrennung und der Vorgabe von Richtlinien für bestimmte Maßnahmen gekennzeichnet ist.

Der Vorstand nimmt hier eine wesentliche Kontrollfunktion wahr, einerseits als Auftraggeber der internen Revision aber insbesondere auch durch die Initiierung von Maßnahmen, die aus der beschriebenen regelmäßigen Berichtserstattung abgeleitet werden.

Damit das IKS regelmäßig auf seine Angemessenheit evaluiert werden kann und damit überwachbar wird, dass regelmäßige Kontrollaktivitäten nachweislich erbracht werden, sind die Ist-Prozesse mit den Prozessablaufdiagrammen mittels der Software „Adonis“ auf einer Prozesslandkarte zur Verfügung gestellt. Weiters ist dies durch Freigabe- und Kontrollschritte angereichert.

Im Rahmen des Prozessmanagements werden regelmäßig alle Process Owner zur Überprüfung und Aktualisierung ihrer Prozesse aufgefordert. Die Kontrollschritte sind definiert und die Art der Dokumentation festgelegt. Es finden laufend Reviews zur Sicherstellung der Aktualität und Angemessenheit der Prozesse statt. Bei Bedarf werden die Prozesse oder die darauf basierenden Abläufe angepasst. Weiters werden die Prozesse laufend vom Qualitätsmanagement (QM) auditiert und dementsprechend auf ihre Zweckmäßigkeit bzw. Einhaltung überprüft.

Darüber hinaus sichert die interne Revision eine fortlaufende Überprüfung in Teilbereichen im Rahmen ihrer Prüfungsaufträge - das IKS ist ein wesentliches Prüfobjekt in nahezu jeder Prüfung. Es werden auch explizite IKS-Prüfungen durchgeführt. Dies geschieht – insbesondere im Bereich der rechnungslegungsrelevanten Prozesse – regelmäßig durch Hinzuziehung externer Experten, um hier ein höchstmögliches Maß an Qualität zu erreichen. Auf Basis der Ergebnisse werden Maßnahmen vereinbart, deren Umsetzung von der internen Revision entsprechend gemonitort und damit letztendlich sichergestellt werden.

Wesentliche Elemente zur Risikosteuerung und Kontrolle in der Rechnungslegung sind die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Kontrollen bei der Abschlusserstellung, transparente Vorgaben mittels Richtlinien, Handbüchern, Leitfäden, Arbeitsanweisungen und Checklisten zur Bilanzierung und Abschlusserstellung und angemessene Zugriffsregelungen in den abschlussrelevanten EDV-Systemen. Das Vier-Augen-Prinzip und die Funktionstrennung sind auch bei den Rechnungslegungsprozessen wichtige Kontrollprinzipien.

4.4. Information und Kommunikation

Aus den Controlling-Abteilungen der einzelnen Gesellschaften ergehen Monats- und Quartalsberichte an die Geschäftsführer sowie durch das Konzerncontrolling aggregiert an den Konzernvorstand. Die Berichte enthalten die Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS (allerdings nicht vollumfänglich) auf Basis Year to Date (YtD) und Jahressicht im Vergleich zum Vorjahr und Budget mit Abweichungsanalysen, ergänzt um Kennzahlen und ein Management Summary. Quartalsweise wird auch die aktualisierte Erwartungsplanung in derselben Form berichtet.

Ein regelmäßiges Reporting informiert somit das Management über die betriebswirtschaftliche Entwicklung der ASFINAG. Dieses Reporting wird Führungskräften und Mitarbeitern in geeigneter Weise zur Verfügung gestellt.

Begleitet werden damit die Prozesse der Planung, Budgetierung, Berichterstattung, Abweichungsanalysen und Zielerreichungskontrollen, der Jahresabschluss, die Quartals- und Monatsabschlüsse sowie Konsolidierungen.

Ausgewählte finanzielle und nichtfinanzielle Kennzahlen werden darüber hinaus den Führungsebenen und Mitarbeitern der ASFINAG zur Kenntnis gebracht. Dies erfolgt verstärkt über die Intranet-Plattform in der ASFINAG-Gruppe.

Das quartalsweise externe Berichtswesen an den Aufsichtsrat entspricht, den Rechnungslegungsprozess betreffend, im Kern der internen Quartalsberichterstattung und im 4. Quartal ist der Bericht des Vorstandes über das Jahresbudget, einschließlich Finanz- und Liquiditätsplan, Personalplan und Investitionsplan enthalten.

Im Berichtswesen an den Aufsichtsrat sind neben dem kaufmännischen Standardberichtswesen Statusberichte aller wesentlichen Unternehmensbereiche enthalten. Die finanziell gewichtigen Themen wie Finanzierung und Infrastrukturinvestitionsprogramm sind in einer standardisierten Form einem Monitoring durch den Aufsichtsrat unterzogen. Zusätzlich sind durch die Geschäftsordnungen insbesondere in diesen Bereichen Zustimmungs- und Berichtspflichten definiert.

Das Finanzmanagement berichtet über Liquidität und Finanzverbindlichkeiten, über die Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten, über Veranlagungsperformance sowie über die finanziellen Risiko-Kennziffern.

4.5. Überwachung

Die interne Revision, organisatorisch als Abteilung direkt dem Vorstand unterstellt, überwacht die Betriebs- und Geschäftsprozesse sowie das Interne Kontrollsystem. Die Prüfungen erfolgen nach dem vom Vorstand verabschiedeten Revisionsprogramm, ergänzt um Kurz- und Sonderprüfungen. Die Revisionsberichte sprechen Empfehlungen und Maßnahmen aus, die nach Umsetzungsbeauftragung durch den Konzernvorstand einem Follow-Up unterzogen werden.

Besonderer Fokus der internen Revision ist die Sicherstellung aller betrieblicher Abläufe im Einklang mit den konzernweiten Richtlinien und Regelungen, aber auch mit den Satzungen oder den Gesellschaftsverträgen der einzelnen Gesellschaften sowie mit den geltenden Gesetzen. Darüber hinaus werden die Thematiken der Aufgaben- und der Funktionstrennung sowie die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips fokussiert. Die interne Revision überprüft speziell auch beim Einsatz von Informationstechnologien, ob entsprechende Berechtigungssysteme oder zusätzliche Kontrollen in dokumentierter Form vorliegen.

Mit Abschluss des Berichtsjahres waren die wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Prozesse geprüft und es wurden keine Risiken festgestellt, denen nicht in adäquater Art und Weise begegnet wird. Bei festgestelltem Änderungsbedarf wurden die vereinbarten Maßnahmen umgesetzt bzw. ist die Umsetzung definiert und in Planung.

Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erfolgt unabhängig nach internationalen Standards für die berufliche Praxis und unter Wahrung der Rechtschaffenheit, Objektivität, Vertraulichkeit und Fachkompetenz.

Wien, am 9. April 2015

Der Vorstand

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Schedl'.

Dipl. Ing. Alois Schedl

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Schierhackl'.

Dr. Klaus Schierhackl

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe (AAB 2011)

Festgestellt vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen bei der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und zur Anwendung empfohlen vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000, adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002, am 21.10.2004, am 18.12.2006, am 31.8.2007, am 26.2.2008, am 30.6.2009, am 22.3.2010 sowie am 21.02.2011.

Präambel und Allgemeines

(1) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe gliedern sich in vier Teile: Der I. Teil betrifft Verträge, die als Werkverträge anzusehen sind, mit Ausnahme von Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der II. Teil betrifft Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der III. Teil hat Verträge, die nicht Werkverträge darstellen und der IV. Teil hat Verbrauchergeschäfte zum Gegenstand.

(2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

(3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hierfür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.

(4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

(5) Die in der Kanzlei des Berufsberechtigten erstellten Arbeiten können nach Wahl des Berufsberechtigten entweder mit oder ohne elektronische Datenverarbeitung erstellt werden. Für den Fall des Einsatzes von elektronischer Datenverarbeitung ist der Auftraggeber, nicht der Berufsberechtigte, verpflichtet, die nach den DSGVO notwendigen Registrierungen oder Verständigungen vorzunehmen.

(6) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Mitarbeiter des Berufsberechtigten während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Berufsberechtigten verpflichtet.

I. TEIL

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.

(2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbefehl.

(3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen schriftlichen als auch mündlichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.

(2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Diese Vollständigkeitserklärung kann auf den berufssüblichen Formularen abgegeben werden.

(3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber stimmt zu, dass seine persönlichen Daten, nämlich sein Name sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Berufsberechtigten und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen iSd §§ 271 ff UGB im Informationsverbund (Netzwerk), dem der Berufsberechtigte angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder des Informationsverbundes (Netzwerkes) auch ins Ausland übermittelt werden (eine Liste aller Übermittlungsempfänger wird dem Auftraggeber auf dessen Wunsch vom beauftragten Berufsberechtigten zugesandt). Hierfür entbindet der Auftraggeber den Berufsberechtigten nach dem Datenschutzgesetz und gem § 91 Abs 4 Z 2 WTBG ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber nimmt in diesem Zusammenhang des Weiteren zur Kenntnis, dass in Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, ein niedrigeres Datenschutzniveau als in der EU herrschen kann. Der Auftraggeber kann diese Zustimmung jederzeit schriftlich an den Berufsberechtigten widerrufen.

5. Berichterstattung und Kommunikation

- (1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.
- (2) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberechtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-Mail.
- (3) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen und Daten können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch die elektronische Übermittlung verursacht werden. Die elektronische Übermittlung erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.
- (4) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortersystemen, Fax, E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.
- (5) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.
- (2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Berufsberechtigten zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.
- (3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbevollmächtigungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen schriftlicher als auch mündlicher Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hievon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.
- (2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.
- (3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

8. Haftung

- (1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.
- (2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.
- (4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.
- (5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.
- (6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hievon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzanspruch gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.
- (7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.

(8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Ein Dritter kann jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt.

9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

- (1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.
- (2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.
- (3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

10. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.

(2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen – außer in Fällen des Abs 5 – nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuererklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufsüblicher Frist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.

(4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.

(5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.

(6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 – gleichgültig aus welchem Grunde – mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

12. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.

(3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen. (4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

13. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.

(2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.

(4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.

(5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.

(7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.

(8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien zu den Nebenkosten.

(10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmensgeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).

(13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(15) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

14. Sonstiges

(1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebührenoder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Nach Übergabe sämtlicher, vom Wirtschaftstreuhänder erstellten aufbewahrungspflichtigen Daten an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder ist der Berufsberechtigte berechtigt, die Daten zu löschen.

(3) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(4) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(5) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hierfür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufspflichten des Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(6) Der Auftragnehmer ist berechtigt, im Falle der Auftragsbeendigung für weiterführende Fragen nach Auftragsbeendigung und die Gewährung des Zugangs zu den relevanten Informationen über das geprüfte Unternehmen ein angemessenes Entgelt zu verrechnen.

(7) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(8) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigten rechnen musste.

(9) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigesetzt werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

(3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.

(4) Widerruf der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.

(5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.

17. Ergänzende Bestimmungen für die Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, für Beratungstätigkeit und andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten

(1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, bei obgenannten Tätigkeiten die Angaben des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig anzunehmen. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen. Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Berufsberechtigten eine angemessene Bearbeitungszeit, mindestens jedoch eine Woche, zur Verfügung steht.

(2) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern. Erhält der Berufsberechtigte für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer und sonstiger Steuern und Abgaben erfolgt nur auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- die Verteidigung und die Beiziehung zu dieser im Finanzstrafverfahren,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Gründung, Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerungen, Liquidation, betriebswirtschaftliche Beratung und andere Tätigkeiten gemäß §§ 3 bis 5 WTBG,
- die Verfassung der Eingaben zum Firmenbuch im Zusammenhang mit Jahresabschlüssen einschließlich der erforderlichen Evidenzführungen.

(4) Soweit die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

II. TEIL

18. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des II. Teiles gelten für Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung.

19. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und der Buchführung zu Grunde zu legen. Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

(3) Falls für die im Punkt 18 genannten Tätigkeiten ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgabene und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren.

(4) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 18 genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages und ist nach dem I. oder III. Teil der vorliegenden Auftragsbedingungen zu beurteilen.

(5) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

20. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung notwendigen Auskünfte und Unterlagen zum vereinbarten Termin zur Verfügung stehen.

21. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart ist, kann der Vertrag ohne Angabe von Gründen von jedem der Vertragspartner unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) Kommt der Auftraggeber seiner Verpflichtung gemäß Punkt 20 wiederholt nicht nach, berechtigt dies den Berufsberechtigten zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.

(3) Kommt der Berufsberechtigte mit der Leistungserstellung aus Gründen in Verzug, die er allein zu vertreten hat, so berechtigt dies den Auftraggeber zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.

(4) Im Falle der Kündigung des Auftragsverhältnisses zählen nur jene Werke zum Auftragsstand, an denen der Auftragnehmer bereits arbeitet oder die überwiegend in der Kündigungsfrist fertig gestellt werden können und die er binnen eines Monats nach der Kündigung bekannt gibt.

22. Honorar und Honoraranspruch

(1) Sofern nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(2) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 2 behält der Berufsberechtigte den vollen Honoraranspruch für drei Monate. Dies gilt auch bei Nichteinhaltung der Kündigungsfrist durch den Auftraggeber.

(3) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 3 hat der Berufsberechtigte nur Anspruch auf Honorar für seine bisherigen Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind.

(4) Ist kein Pauschalhonorar vereinbart, richtet sich die Höhe des Honorars gemäß Abs 2 nach dem Monatsdurchschnitt des laufenden Auftragsjahres bis zur Vertragsauflösung.

(5) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.

(6) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

23. Sonstiges

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen sinngemäß.

III. TEIL

24. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des III. Teiles gelten für alle in den vorhergehenden Teilen nicht erwähnten Verträge, die nicht als Werkverträge anzusehen sind und nicht mit in den vorhergehenden Teilen erwähnten Verträgen in Zusammenhang stehen.

(2) Insbesondere gilt der III. Teil der Auftragsbedingungen für Verträge über einmalige Teilnahme an Verhandlungen, für Tätigkeiten als Organ im Insolvenzverfahren, für Verträge über einmaliges Einschreiten und über Bearbeitung der in Punkt 17 Abs 3 erwähnten Einzelfragen ohne Vorliegen eines Dauervertrages.

25. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

26. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle notwendigen Auskünfte und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

27. Kündigung

Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen (§ 1020 ABGB).

28. Honorar und Honoraranspruch

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.

(2) Im Falle der Kündigung ist der Honoraranspruch nach den bereits erbrachten Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind, zu aliquotieren.

(3) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

29. Sonstiges

Die Verweisungen des Punktes 23 auf Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen gelten sinngemäß.

IV. TEIL

30. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des IV. Teiles gelten ausschließlich für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung).

31. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Berufsberechtigten und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 8 Abs 2 AAB normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten nicht begrenzt.

(4) Punkt 8 Abs 3 AAB (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG: Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Berufsberechtigten dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Berufsberechtigten sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Berufsberechtigten oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Berufsberechtigten außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt. Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Berufsberechtigten enthält, dem Berufsberechtigten mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird. Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Berufsberechtigte alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Berufsberechtigten den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen. Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABG durch den Berufsberechtigten hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Berufsberechtigten zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 7 wird ergänzt Ist der Berufsberechtigte nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Berufsberechtigten gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 15 Abs 3: Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen

(a) Verträge, durch die sich der Berufsberechtigte zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des

zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit.a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Berufsberechtigten und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit.a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.



BERICHT
über die
PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES
zum 31. Dezember 2014
der
Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-
Aktiengesellschaft
1011 Wien
Rotenturmstraße 5 - 9

Wien, 9. April 2015

KOM/EHM
202259

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft
Kohlmarkt 8-10, Eingang Wallnerstraße 1, 1010 Wien

Telefon: +43 (1) 53737
Telefax: +43 (1) 53737-53
HG Wien, FN 96046w
www.bdo.at

Ausfertigungsnummer: 1

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Prüfbericht	1 - 3
Bestätigungsvermerk	4 - 5
Beilagen:	
Konzernabschluss	
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2014	I
Konzern Gewinn- und Verlustrechnung und Konzern Gesamtergebnisrechnung für das Geschäftsjahr 2014	II
Konzern Eigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr 2014	III
Konzern Geldflussrechnungrechnung für das Geschäftsjahr 2014	IV
Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2014	V
Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014	VI
Sonstige Beilagen:	
Allgemeine Auftragsbedingungen.....	VII

An die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der
Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
Wien

Wir haben die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 der

Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
Wien

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Wien, wurden wir zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt.

Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2014 und den Konzernlagebericht gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen. Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 berichten wir mittels gesonderten Berichtes.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Konzernabschlusses die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Konzernlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken.

Die Prüfung zum 31. Dezember 2013 erfolgte durch einen anderen Abschlussprüfer.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) herausgegebenen International Standards on Auditing (ISAs).

Wir weisen darauf hin, dass die Konzernabschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Konzernabschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche Fehldarstellungen im Konzernabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Im Rahmen der Prüfung wurden die im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse daraufhin geprüft, ob sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen und ob die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften beachtet worden sind.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von Juni bis November 2014 (Vorprüfung) sowie von März bis April 2015 (Hauptprüfung) überwiegend am Sitz der Gesellschaft in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag Gerhard Posautz, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe" (Beilage VII) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 Abs 2 UGB sinngemäß zur Anwendung.

2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Konzernabschluss und Konzernlagebericht

Bei der Prüfung der Konsolidierung sowie der einbezogenen Jahresabschlüsse wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung festgestellt. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse berücksichtigen im Wesentlichen die vom Mutterunternehmen für den Konzernabschluss vorgegebenen einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien sowie die International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, und die zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB und stellen eine geeignete Grundlage für die Einbeziehung in den Konzernabschluss dar. Die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften wurden beachtet.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Konzernabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Der Konzernlagebericht entspricht nach unserer abschließenden Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften (§ 267 und § 243a UGB) und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Die Beschreibung der wichtigsten Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist unseres Erachtens zutreffend.

2.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Wir erhielten vom Abschlussprüfer des Vorjahres Zugang zu den relevanten Informationen der geprüften Gesellschaft.

2.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des Konzerns gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

3. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der

**Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
Wien**

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2014, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzerngesamtergebnisrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Konzernbuchführung

Die gesetzlichen Vertreter des Konzerns sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie mit den in Österreich geltenden anzuwendenden Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und der vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) herausgegebenen International Standards on Auditing (ISAs) durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl

der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie mit den in Österreich geltenden anzuwendenden Vorschriften.

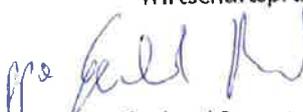
Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 9. April 2015

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


ppa Mag Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer




ppa Dr Christoph Pramböck
Wirtschaftsprüfer

Konzernabschluss und Konzern-Lagebericht

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

KONZERNBILANZ

Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2014 (in EUR)

VERMÖGENSWERTE	Erläuterungen	31.12.2014	31.12.2013
LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		14.909.063.681,38	14.466.038.039,53
<i>Immaterielle Vermögenswerte</i>	4.1.	14.164.577.514,84	13.780.688.869,92
<i>Sachanlagen</i>	4.2.	514.153.841,91	483.251.388,35
<i>Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien</i>	4.4.	19.697.220,24	22.391.972,56
<i>Antelle an assoziierten Unternehmen</i>	4.5.	171.499,84	77.791,31
<i>Übrige langfristige Vermögenswerte</i>	4.6.	163.198.555,55	140.347.610,39
<i>Künftige Steueransprüche</i>	4.7.	47.265.049,00	39.280.407,00
KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		306.818.576,07	347.465.958,66
<i>Vorräte</i>	4.8.	10.704.245,45	12.251.885,62
<i>Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	4.9.	200.161.948,44	197.123.748,31
<i>Übrige kurzfristige Vermögenswerte</i>	4.10.	73.218.192,95	77.402.166,92
<i>Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente</i>	4.11.	22.734.189,23	60.688.157,81
ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE VERMÖGENSWERTE	4.12.	1.069.765,93	0,00
SUMME VERMÖGENSWERTE		15.216.952.023,38	14.813.503.998,19

EIGENKAPITAL + SCHULDEN	Erläuterungen	31.12.2014	31.12.2013
EIGENKAPITAL	4.13.	3.612.784.030,32	3.293.962.324,67
<i>Grundkapital</i>		392.433.304,51	392.433.304,51
<i>Kapitalrücklagen</i>		69.915.790,07	69.915.790,07
<i>Gewinnrücklage</i>		6.318.012,97	6.318.012,97
<i>Kumulierte Konzernergebnisse</i>		3.139.416.922,77	2.820.595.217,12
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallendes Eigenkapital		3.608.084.030,32	3.289.262.324,67
<i>Anteil anderer Gesellschafter</i>		4.700.000,00	4.700.000,00
LANGFRISTIGE SCHULDEN		8.935.627.735,72	9.745.151.844,69
<i>Finanzielle Schulden</i>	4.20	8.891.298.595,08	9.660.624.244,41
<i>Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern</i>	4.14.	39.957.818,00	38.037.077,00
<i>Langfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	4.15.	587.097,04	756.729,86
<i>Übrige langfristige Schulden</i>	4.16.	3.784.225,60	45.733.593,42
KURZFRISTIGE SCHULDEN		2.668.540.257,34	1.774.390.028,83
<i>Finanzielle Schulden</i>	4.20.	1.914.007.741,73	1.178.505.120,68
<i>Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	4.17.	269.082.532,78	253.077.296,84
<i>Übrige kurzfristige Schulden</i>	4.18.	235.916.045,31	139.908.897,98
<i>Ertragssteuerschulden</i>	4.7.	39.593.335,73	18.794.258,39
<i>Kurzfristige Rückstellungen</i>	4.19.	209.940.601,79	184.104.454,94
SUMME EIGENKAPITAL + SCHULDEN		15.216.952.023,38	14.813.503.998,19

KONZERN GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Für den Zeitraum vom 01. Jänner bis zum 31. Dezember 2014 (in EUR)

	Erläuterungen	2014	2013
Umsatzerlöse	5.1.	2.266.660.277,11	2.071.901.939,39
Sonstige Erträge	5.2.	82.261.007,20	89.543.761,91
Aktivierete Eigenleistungen		4.878.700,98	4.186.491,70
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	5.3.	-911.996.692,93	-729.528.283,54
Personalaufwand	5.4.	-175.486.915,90	-170.749.951,99
Sonstige Aufwendungen	5.5.	-151.524.123,17	-153.053.949,74
ERGEBNIS VOR ZINSEN, AB- U.ZUSCHREIBUNGEN, ERTRAGSSTEUERN, SONSTIGEM FINANZERGEBNIS UND ERGEBNIS VON ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN (EBITDA)		1.114.792.253,29	1.112.300.007,73
<i>Ab- und Zuschreibungen und Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien</i>	4.1., 4.2., 4.4.	-62.532.134,44	-61.856.906,04
ERGEBNIS VOR ZINSEN, ERTRAGSSTEUERN, SONSTIGEM FINANZERGEBNIS UND ERGEBNIS VON ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN (EBIT)		1.052.260.118,85	1.050.443.101,69
Zinsaufwand	5.6.1.1.	-385.584.154,67	-450.287.960,79
Sonstige Finanzaufwendungen	5.6.2.1.	-37.556.540,70	-94.093.399,94
Zinsertrag	5.6.1.2.	25.713.416,33	26.064.236,09
Sonstige Finanzerträge	5.6.2.2.	37.338.407,02	93.821.898,36
Ergebnis assoziierte Unternehmen		81.751,65	103.740,10
FINANZERGEBNIS UND ERGEBNIS ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN		-360.007.120,37	-424.391.486,18
ERGEBNIS VOR STEUERN (EBT)		692.252.998,48	626.051.615,51
<i>Steuern vom Einkommen und Ertrag</i>	4.7.	-173.072.442,62	-154.821.134,39
PERIODENERGEBNIS		519.180.555,86	471.230.481,12
Davon entfallen auf:			
Anteilseigner des Mutterunternehmens		519.180.555,86	471.230.481,12
Anteile anderer Gesellschafter		0,00	0,00

KONZERN GESAMTERGEBNISRECHNUNG

Für den Zeitraum vom 01. Jänner bis zum 31. Dezember 2014 (in EUR)

	2014	2013
Periodenergebnis	519.180.555,86	471.230.481,12
Bewertung von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten	58.528,60	-3.181,30
darauf entfallende latente Steuern	-14.632,00	795,00
Summe der Posten, die nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert ("recycelt") werden	43.896,60	-2.386,30
Neubewertung gemäß IAS 19	-536.993,81	1.046.237,94
darauf entfallende latente Steuern	134.247,00	-261.559,00
Summe der Posten, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert ("recycelt") werden	-402.746,81	784.678,94
sonstiges Ergebnis nach Ertragsteuern	-358.850,21	782.292,64
Gesamtergebnis	518.821.705,65	472.012.773,76
davon Anteilseigner des Mutterunternehmens	518.821.705,65	472.012.773,76
davon Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00

Details sind in der Erläuterung 4.7. und 4.13. zu finden.

KONZERN EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

Für das Geschäftsjahr zum 01. Jänner bis 31. Dezember 2014 (in EUR)

	Grundkapital	Kapital Rücklagen	Gewinn Rücklagen	Bewertungs- rücklage IAS 39	Neubewer- tung gem. IAS 19	Gewinnvortrag	kumuliertes Konzernergebnis	Anteil Anteils- eigners des Mutter- unternehmens	Anteil ande- rer Gesell- schafter	Summe Eigenkapital
Stand 01.01.2013	392.433.304,51	69.915.790,07	6.318.012,97	-333.250,62	-1.443.644,76	2.450.359.348,74	2.448.582.443,36	2.917.249.550,91	4.700.000,00	2.921.949.550,91
Periodenergebnis				-2.386,30	784.678,94	471.230.481,12	471.230.481,12	471.230.481,12		471.230.481,12
sonstiges Ergebnis							782.292,64	782.292,64		782.292,64
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	-2.386,30	784.678,94	471.230.481,12	472.012.773,76	472.012.773,76	0,00	472.012.773,76
Dividendenausschüttungen						-100.000.000,00	-100.000.000,00	-100.000.000,00		-100.000.000,00
Stand 01.01.2014	392.433.304,51	69.915.790,07	6.318.012,97	-335.646,92	-658.965,82	2.821.589.829,86	2.820.595.217,12	3.289.262.324,67	4.700.000,00	3.293.962.324,67
Periodenergebnis				43.896,60	-402.746,81	519.180.555,86	519.180.555,86	519.180.555,86		519.180.555,86
sonstiges Ergebnis							-358.850,21	-358.850,21		-358.850,21
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	43.896,60	-402.746,81	519.180.555,86	518.821.705,65	518.821.705,65	0,00	518.821.705,65
Dividendenausschüttungen						-200.000.000,00	-200.000.000,00	-200.000.000,00		-200.000.000,00
Stand 31.12.2014	392.433.304,51	69.915.790,07	6.318.012,97	-291.750,32	-1.061.712,63	3.140.770.385,72	3.139.416.922,77	3.608.084.030,32	4.700.000,00	3.612.784.030,32

Details sind in der Erläuterung 4.13. zu finden.

KONZERN GELDFLUSSRECHNUNG

Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2014 (in EUR)

	Erläuterungen	2014	2013
ERGEBNIS VOR STEUERN (EBT)		692.252.998,48	626.051.615,51
Gewinn/Verlust aus Abgang von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	4.1, 4.2, 4.4	-859.917,78	-3.729.383,83
Ab-/Zuschreibungen von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	4.1, 4.2, 4.4	62.532.134,44	61.856.906,04
Ergebnis assoziierte Unternehmen	4.5	-81.751,65	-103.740,10
Zinsaufwand	5.6.1	385.584.154,67	450.287.960,79
Zinsertrag	5.6.1	-25.713.416,33	-26.064.236,09
gezahlte Zinsen		-396.789.517,75	-461.890.246,22
erhaltene Zinsen		25.372.874,52	26.666.588,46
sonstige unbare Finanzaufwendungen/-erträge	5.6.2	208.806,44	234.525,83
sonstige bare Finanzaufwendungen/-erträge		9.327,24	-37.245,75
Veränderung der Vorräte	4.8	1.547.640,17	-1.240.165,67
Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.6, 4.9	-3.108.255,03	-18.331.133,72
Veränderung der kurz- und langfristigen übrigen Vermögenswerte ohne Berücksichtigung von Derivaten	4.6., 4.10	-423.031,41	-6.173.974,59
Veränderung der Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern	4.13	1.383.747,19	-447.281,06
Veränderung der kurz- und langfristigen Rückstellungen	4.14, 4.19	33.678.922,62	11.839.556,92
Veränderung der kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.15, 4.17	-18.194.799,93	81.037.539,24
Veränderung der kurz- und langfristigen übrigen Schulden ohne Berücksichtigung von Derivaten	4.16, 4.18	-2.883.473,59	-8.755.161,24
Cashflow aus der laufenden Tätigkeit		754.516.442,31	731.202.124,52
Gezahlte Ertragssteuern		-158.494.258,39	-161.313.773,52
Cashflow aus der operativen Tätigkeit	6.	596.022.183,92	569.888.351,00
Einzahlungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	4.1, 4.2, 4.4	2.983.067,22	7.979.421,23
erhaltene Dividenden aus Finanzinvestitionen	4.5	70.055,00	87.885,00
Auszahlungen für den Erwerb vom Fruchtgenussrecht	4.1	-375.663.622,52	-331.397.076,38
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten (ausgenommen Fruchtgenuss), Sachanlagen	4.1, 4.2, 4.4	-77.312.558,96	-56.899.146,31
Auszahlungen aus dem Erwerb von Anteilen und Kapitalerhöhungen von assoziierten Unternehmen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	4.6	-705.658,99	-1.551.023,51
Cashflow aus Investitionstätigkeit	6.	-450.628.718,26	-381.779.939,97
Einzahlungen aus der Aufnahme von finanziellen Schulden mit Derivaten	4.20	985.205.728,86	1.743.135.000,00
gezahlte Dividenden	4.12	-145.000.000,00	-100.000.000,00
Auszahlung aus der Tilgung von finanziellen Schulden mit Derivaten	4.20	-1.023.553.163,10	-1.783.054.578,91
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	6.	-183.347.434,24	-139.919.578,91
Anfangsbestand Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		60.688.157,81	12.499.325,69
Cashflow aus der operativen Tätigkeit		596.022.183,92	569.888.351,00
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-450.628.718,26	-381.779.939,97
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-183.347.434,24	-139.919.578,91
Endbestand Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.11	22.734.189,23	60.688.157,81

Details sind in der Erläuterung 6. zu finden.

**KONZERNANHANG FÜR
DAS GESCHÄFTSJAHR 2014**

Inhaltsverzeichnis

1	ERLÄUTERUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS	5
1.1	DAS UNTERNEHMEN	5
2	KONSOLIDIERUNGSKREIS UND KONSOLIDIERUNGSMETHODEN.....	6
3	GRUNDSÄTZE DER RECHNUNGSLEGUNG SOWIE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	9
3.1	GRUNDSÄTZE DER RECHNUNGSLEGUNG.....	9
3.1.1	<i>Erstmalig bzw. künftig anzuwendende Standards und Interpretationen.....</i>	<i>10</i>
3.1.2	<i>Ermessensentscheidungen und Unsicherheiten aus Schätzungen.....</i>	<i>11</i>
3.1.2.1	<i>Wertminderungen von Firmenwerten.....</i>	<i>12</i>
3.1.2.2	<i>Künftige Steueransprüche.....</i>	<i>12</i>
3.1.2.3	<i>Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern aus Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeld</i>	<i>12</i>
3.1.2.4	<i>Rückstellung für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen gem. IFRIC 12</i>	<i>12</i>
3.1.2.5	<i>Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten</i>	<i>13</i>
3.1.3	<i>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</i>	<i>13</i>
3.1.3.1	<i>Fremdwährungsumrechnung</i>	<i>13</i>
3.1.3.2	<i>Fruchtgenussrecht</i>	<i>13</i>
3.1.3.3	<i>Immaterielle Vermögenswerte</i>	<i>13</i>
3.1.3.4	<i>Unternehmenszusammenschlüsse, Firmenwerte und Unternehmensveräußerungen</i>	<i>14</i>
3.1.3.5	<i>Sachanlagen</i>	<i>15</i>
3.1.3.6	<i>Fremdkapitalkosten</i>	<i>16</i>
3.1.3.7	<i>Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten</i>	<i>16</i>
3.1.3.8	<i>Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien</i>	<i>17</i>
3.1.3.9	<i>Anteile an assoziierten Unternehmen</i>	<i>17</i>
3.1.3.10	<i>Vorräte.....</i>	<i>18</i>
3.1.3.11	<i>Finanzielle Vermögenswerte.....</i>	<i>18</i>
3.1.3.11.1	<i>Allgemeine Regelungen.....</i>	<i>18</i>
3.1.3.11.2	<i>Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.....</i>	<i>18</i>
3.1.3.11.3	<i>Kredite und Forderungen</i>	<i>19</i>
3.1.3.11.4	<i>Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte („at fair value“) / Derivate</i>	<i>20</i>
3.1.3.11.5	<i>Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte.....</i>	<i>20</i>
3.1.3.11.6	<i>Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.....</i>	<i>20</i>
3.1.3.12	<i>Finanzielle Schulden</i>	<i>21</i>
3.1.3.12.1	<i>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, übrige finanzielle Schulden</i>	<i>21</i>
3.1.3.12.2	<i>Finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten</i>	<i>21</i>
3.1.3.12.3	<i>Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden / Derivate</i>	<i>21</i>
3.1.3.12.4	<i>Ausbuchung finanzieller Schulden</i>	<i>22</i>
3.1.3.13	<i>Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern</i>	<i>22</i>
3.1.3.13.1	<i>Abfertigungsverpflichtungen.....</i>	<i>22</i>
3.1.3.13.2	<i>Pensionsverpflichtungen</i>	<i>22</i>
3.1.3.13.3	<i>Jubiläumsgeldverpflichtungen.....</i>	<i>23</i>
3.1.3.14	<i>Rückstellungen.....</i>	<i>23</i>
3.1.3.14.1	<i>Rückstellung für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen.....</i>	<i>23</i>
3.1.3.15	<i>Leasingverhältnisse</i>	<i>23</i>
3.1.3.16	<i>Aufwands- und Ertragsrealisierung.....</i>	<i>24</i>
3.1.3.17	<i>Zuwendungen der öffentlichen Hand</i>	<i>25</i>
3.1.3.18	<i>Ertragsteuern.....</i>	<i>25</i>
4	ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNBILANZ	27
4.1	IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE UND FIRKENWERTE	27
4.1.1	<i>Immaterielle Vermögenswerte</i>	<i>27</i>
4.1.1.1	<i>Fruchtgenussrecht und Anzahlungen Fruchtgenussrecht</i>	<i>27</i>

4.1.1.2	Firmenwert	28
4.2	SACHANLAGEN	29
4.3	ZUWENDUNGEN DER ÖFFENTLICHEN HAND	30
4.4	ALS FINANZINVESTITIONEN GEHALTENE IMMOBILIEN	30
4.5	ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN	31
4.6	ÜBRIGE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	32
4.7	ERTRAGSTEUERN	32
4.8	VORRÄTE	34
4.9	KURZFRISTIGE FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	34
4.10	ÜBRIGE KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	35
4.11	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	35
4.12	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	36
4.13	Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	36
4.14	VERPFLICHTUNGEN GEGENÜBER ARBEITNEHMERN	37
4.14.1	Abfertigungsverpflichtungen	37
4.14.2	Pensionsverpflichtungen	38
4.14.3	Jubiläumsgeldverpflichtungen	40
4.15	LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	40
4.16	ÜBRIGE LANGFRISTIGE SCHULDEN	40
4.17	KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	41
4.18	ÜBRIGE KURZFRISTIGE SCHULDEN	41
4.19	KURZFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN	42
4.20	FINANZINSTRUMENTE UND FINANZIELLE SCHULDEN	43
4.20.1	Anleihen ohne Derivate bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	45
4.20.2	Darlehen ohne Derivate bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	45
4.20.3	Anleihen mit Derivaten erfolgswirksam bewertet zum beizulegenden Zeitwert	46
4.20.4	Darlehen mit Derivaten erfolgswirksam bewertet zum beizulegenden Zeitwert	46
4.20.5	Hierarchie beizulegender Zeitwerte	47
4.20.6	Zielsetzung und Methoden des Finanzrisikomanagements	48
4.20.6.1	Zinsänderungsrisiko	48
4.20.6.2	Währungsrisiko	49
4.20.7	Kreditrisiko	49
4.20.8	Liquiditätsrisiko	49
4.20.9	Kapitalsteuerung	50
5	ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	51
5.1	UMSATZERLÖSE	51
5.2	SONSTIGE ERTRÄGE	51
5.3	AUFWENDUNGEN FÜR MATERIAL UND BEZOGENE LEISTUNGEN	52
5.4	PERSONALAUFWAND	52
5.5	SONSTIGE AUFWENDUNGEN	53
5.6	FINANZERGEBNIS	54
5.6.1	Zinsergebnis	54
5.6.1.1	Zinsaufwand	54
5.6.1.2	Zinsertrag	54
5.6.2	Sonstiges Finanzergebnis	54
5.6.2.1	Sonstige Finanzaufwendungen	55
5.6.2.2	Sonstige Finanzerträge	55
5.6.2.3	Nettofinanzergebnis nach Bewertungsklassen	55
6	ERLÄUTERUNGEN ZUR GELDFLUSSRECHNUNG	57
7	SEGMENTBERICHTSERSTATTUNG	58
8	SONSTIGE ANGABEN	59
8.1	ERFOLGSUNSICHERHEITEN UND SONSTIGE VERPFLICHTUNGEN	59
8.1.1	Anhängige Rechtsstreitigkeiten	59
8.1.2	Operatives Leasing	59
8.2	BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN	59
8.2.1	Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen	59
8.2.2	Vergütungen von Personen in Schlüsselpositionen des Konzerns	61

8.3	AUFWENDUNGEN FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER GEM. § 266 Z 11 UGB	62
8.4	ORGANE DER GESELLSCHAFT	62
8.4.1	<i>Vorstände</i>	62
8.4.2	<i>Aufsichtsräte</i>	63
8.4.3	<i>Mitarbeiterstand</i>	63
8.5	EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	63

1 Erläuterungen zum Konzernabschluss

1.1 Das Unternehmen

Die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) ist eine Gesellschaft nach österreichischem Recht mit Sitz in der Rotenturmstraße 5-9, A-1011 Wien. Firmenbuchgericht ist das Handelsgericht Wien, wo die Gesellschaft unter der FN 92191a eingetragen ist. Gegründet wurde die ASFINAG 1982 und ist eine Gesellschaft des Bundes.

1997 erhielt das Unternehmen durch den Fruchtgenussvertrag mit dem Bund erweiterte Aufgaben:

- Die Finanzierung, die Planung, den Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen, einschließlich der hierzu notwendigen und zweckdienlichen Infrastruktur;
- die Einhebung von zeit- und fahrleistungsabhängigen Mauten von Nutzern dieser Straßen sowie alle hierfür erforderlichen Tätigkeiten;
- die Durchführung von Forschung und Entwicklung, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen, insbesondere im Bereich des Verkehrsmanagements, der Verkehrsinformation, der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes;
- die Durchführung von Teilen der Betriebsaufgaben im System für digitale Kontrollgeräte im Straßenverkehr;
- die Verwertung und Verwaltung von unmittelbar dem Verkehr dienenden Flächen sowie von Grundstücken und Hochbauten, die in das Eigentum der Gesellschaft auf Grund des Bundesgesetzes über die Auffassung und Übertragung von Bundesstraßen übertragen wurden.

Die operativen Unternehmensaufgaben werden von sechs Konzerngesellschaften der ASFINAG wahrgenommen, während die Konzernholding für Corporate Service Funktionen verantwortlich ist.

Der vorliegende Konzernabschluss der ASFINAG und ihrer Tochtergesellschaften wurde am 09. April 2015 durch Beschluss der Unternehmensleitung zur Veröffentlichung freigegeben.

2 Konsolidierungskreis und Konsolidierungsmethoden

Muttergesellschaft ist die ASFINAG. In den Konzernabschluss werden alle Unternehmen („Tochtergesellschaften“), welche unter der Beherrschung („Control“) der Muttergesellschaft stehen, durch Vollkonsolidierung einbezogen. Beherrschung liegt vor, wenn die Muttergesellschaft direkt oder indirekt in der Lage ist, die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen.

Die Einbeziehung der Tochtergesellschaft beginnt ab dem Erwerbszeitpunkt, d.h. ab dem Zeitpunkt zu dem der Konzern die Beherrschung erlangt und endet bei deren Wegfall. Unternehmen auf die keine Beherrschung, jedoch ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode bilanziert.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde die M6 Tolna Üzemeltető Korfátolt Felelősségű Társaság mit Sitz in Budapest gegründet. Obwohl die ASFINAG nur einen Anteil von 16% an dieser Gesellschaft hält, bezieht sie diese nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss ein, da sie die operativen Agenden der Gesellschaft auf Grund eines Vertrages maßgeblich beeinflusst.

2010 wurden die Konzerngesellschaften ASFINAG Autobahn Service GmbH Nord, ASFINAG Service GmbH und die ASFINAG Autobahn Service GmbH Süd rückwirkend per 31. Dezember 2009 verschmolzen, wobei die ASFINAG Service GmbH als aufnehmende Gesellschaft fungierte.

Die Unterzeichnung des Verschmelzungsvertrages ist in den ordentlichen Generalversammlungen der Servicegesellschaften am 18. Februar 2010 erfolgt. Ziel der neu aufgestellten Gesellschaft ist die Optimierung der internen Organisation, der Verkehrssicherheit, der Streckenverfügbarkeit, des Bestandsmanagements und der Weiterentwicklung der Qualitätsstandards.

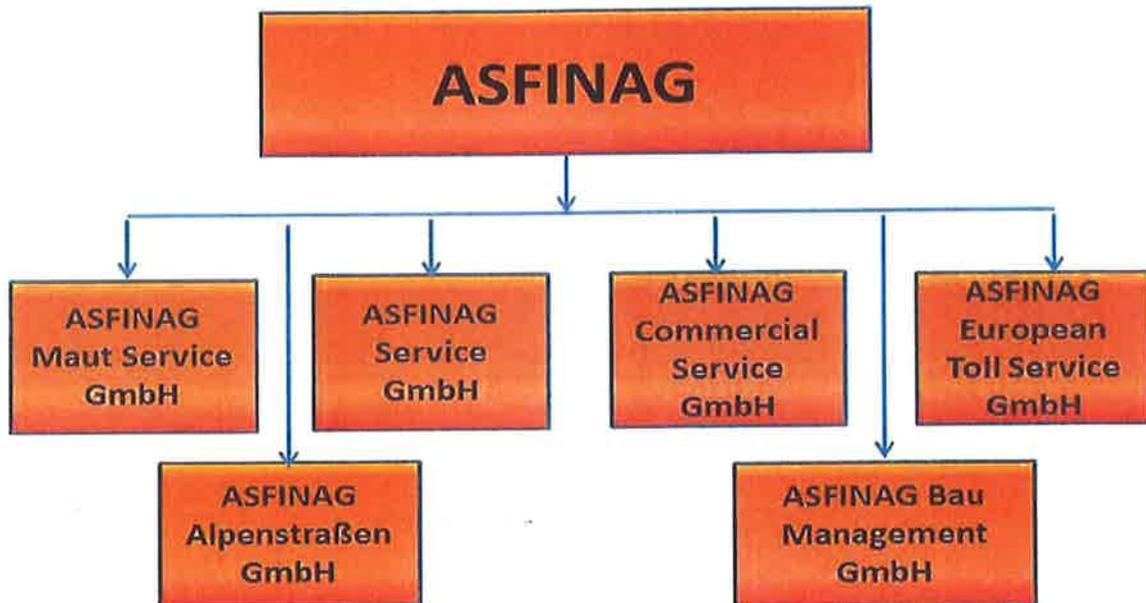
Im Geschäftsjahr 2010 wurde der Anteil der ASFINAG International GmbH an der ASFINAG European Toll Service GmbH (vormals ASPO) auf einen Anteil von 100 % aufgestockt. Hierdurch wurde die ASFINAG European Toll Service GmbH erstmalig in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung miteinbezogen. 2013 wurde die ASFINAG International GmbH in ASFINAG Commercial Services GmbH umbenannt.

2012 wurden die Enkel-Konzerngesellschaft ASFINAG Cash Management GmbH und die Tochter-Konzerngesellschaft ASFINAG Maut Service GmbH rückwirkend per 31. Dezember 2011 verschmolzen, wobei die ASFINAG Maut Service GmbH als aufnehmende Gesellschaft fungierte. Die Unterzeichnung des Verschmelzungsvertrages erfolgte 15. Mai 2012.

2013 wurde die Verkehrsauskunft Österreich in Form einer GesBR gegründet, deren Ziel die Schaffung und der Betrieb einer Plattform für Verkehrsauskünfte ist. Die Beteiligung der ASFINAG an dieser Personengesellschaft beträgt 2014 24 %.

Im Geschäftsjahr 2014 übertrug die ASFINAG Commercial Services GmbH ihren 100 %-Anteil an der ASFINAG European Toll Service GmbH rückwirkend per 31. Dezember 2013 an die ASFINAG. Die Übertragung der Geschäftsanteile erfolgte im Wege der Ausschüttung einer Sachdividende an die übernehmende Gesellschaft. Im Gegenzug hinaus gewährte die ASFINAG einen Zuschuss zum Ausgleich der Differenz des Verkehrswertes der ASFINAG European Toll Service GmbH zur Höhe der ausgeschütteten Sachdividende.

In den Vollkonsolidierungskreis werden neben der ASFINAG als Muttergesellschaft in 2014 sechs Tochterunternehmen einbezogen.



Alle konzerninternen Salden, Transaktionen, Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen, die im Buchwert von Vermögenswerten enthalten sind, werden in voller Höhe eliminiert. Vermögenswerte und Schulden der Unternehmen mit Anteilen anderer Gesellschafter werden zu 100 % in die Konzernbilanz übernommen. Die Anteile anderer Gesellschafter stellen den Anteil des Ergebnisses und des Nettovermögens dar, der nicht den Anteilseignern des Mutterunternehmens zuzurechnen ist. Anteile anderer Gesellschafter werden im Konzerneigenkapital sowie in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen.

Hinsichtlich der in Österreich ansässigen ASFINAG Service GmbH sowie der ASFINAG Alpenstraßen GmbH bestehen Anteile anderer (nicht-kontrollierender) Gesellschafter. Aufgrund vertraglicher Regelungen (Ergebnisabführungsverträge) kommt bei diesen Gesellschaften das gesamte Jahresergebnis der ASFINAG zu, so dass kein den nicht-kontrollierenden Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis vorliegt. Hinsichtlich der vor Abschluss der Ergebnisabführungsverträge kumulierten Bilanzgewinne wurde ebenfalls vereinbart, dass diese im Falle einer Ausschüttung ausschließlich der ASFINAG zukommen, so dass der Anteil der nicht-kontrollierenden Gesellschafter am Nettovermögen dem anteiligen Stammkapital entspricht.

Anteile nicht-kontrollierender Gesellschafter

EUR	ASFINAG Service GmbH		ASFINAG Alpenstraßen GmbH	
	2014	2013	2014	2013
Umsatzerlöse	211.222.014,19	201.667.884,49	43.153.207,62	41.093.526,71
Gewinn	21.573.349,99	10.754.899,93	3.907.745,10	1.715.561,55
Gewinn, welcher den nicht-kontrollierenden Gesellschaftern zuzurechnen ist	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstiges Ergebnis nach Ertragssteuern	-285.950,72	74.638,23	2.092,05	735,47
Gesamtergebnis	21.287.399,27	10.829.538,16	3.909.837,15	1.716.297,02
Ergebnis, welches den nicht-kontrollierenden Gesellschaftern zuzurechnen ist	0,00	0,00	0,00	0,00
langfristige Vermögenswerte	63.807.552,62	62.014.106,68	12.404.735,69	12.162.449,69
kurzfristige Vermögenswerte	11.066.180,26	12.712.905,83	2.358.506,52	2.551.818,39
langfristige Verbindlichkeiten	-12.932.917,15	-12.150.471,61	-4.106.680,00	-4.155.667,00
kurzfristige Verbindlichkeiten	-28.508.332,29	-29.343.724,61	-4.219.122,37	-4.097.293,77
Nettovermögen	33.432.483,44	33.232.816,29	6.437.439,84	6.461.307,31
Nettovermögen, welches den nicht-kontrollierenden Gesellschaftern zuzurechnen ist	2.250.000,00	2.250.000,00	2.450.000,00	2.450.000,00
Cashflow aus der operativen Tätigkeit	31.291.391,21	17.748.124,41	6.047.486,41	3.470.804,89
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-10.199.823,43	-9.559.425,76	-2.114.556,67	-1.734.337,78
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-21.087.732,12	-8.201.913,42	-3.933.704,62	-1.793.981,32
Veränderung liquider Mittel	3.835,66	-13.214,77	-774,88	-57.514,21
Dividenden, welche an nicht kontrollierende Gesellschafter von Tochterunternehmen bezahlt wurden	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesellschaft	Sitz	in % Beteiligung	Kons. Methode	lok. Währung
Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft	Wien		HOLDING	EUR
ASFINAG Service GmbH	Ansfelden	85,00	VOLL	EUR
ASFINAG Alpenstraßen GmbH	Innsbruck	51,00	VOLL	EUR
ASFINAG Bau Management GmbH	Wien	100,00	VOLL	EUR
ASFINAG Maut Service GmbH	Salzburg	100,00	VOLL	EUR
ASFINAG Commercial Services GmbH	Wien	100,00	VOLL	EUR
ASFINAG European Toll Service GmbH	Wien	100,00	VOLL	EUR
M6 Tolna Üzemeltető Korlátolt Felelősségű Társaság	Budapest	16,00	EQUITY	HUF
Verkehrsauskunft Österreich VAO GesBR	Wien	24,00	EQUITY	EUR

3 Grundsätze der Rechnungslegung sowie Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Grundsätze der Rechnungslegung

Der Konzernabschluss der ASFINAG-Gruppe zum 31. Dezember 2014 wurde in Übereinstimmung mit den für das Geschäftsjahr 2014 geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS), unter Einbeziehung der Interpretationen des International Financial Reporting Committee (IFRIC), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, sowie den ergänzenden Bestimmungen des § 245a UGB erstellt.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde unter der Prämisse der Unternehmensfortführung erstellt. Der Ausweis und die Zusammenfassung einzelner Positionen der Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Geldflussrechnung sowie der Entwicklung des Eigenkapitals folgen dem Prinzip der Wesentlichkeit.

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zugrunde. Diese Rechnungslegungsmethoden wurden auf die dargestellten Perioden einheitlich angewendet. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen gewährleistet. Der Bilanzstichtag sämtlicher einbezogener Unternehmen ist der 31. Dezember.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind Finanzderivate, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden sowie zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Der Konzernabschluss wird in EURO aufgestellt.

3.1.1 Erstmalig bzw. künftig anzuwendende Standards und Interpretationen

Folgende neue, überarbeitete bzw. ergänzende Standards des IASB, die erstmalig im Geschäftsjahr 2014 verpflichtend anzuwenden sind, haben mit Ausnahme von IFRS 12 für den Konzernabschluss der ASFINAG zu keinen Auswirkungen geführt:

Standards/Interpretationen	Verpflichtende Anwendung	Endorsement Status
IFRS 10 Konzernabschlüsse	1. Jänner 2014	Endorsed Mai 2011
IFRS 11 Gemeinsame Vereinbarungen	1. Jänner 2014	Endorsed Mai 2011
IFRS 12 Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	1. Jänner 2014	Endorsed Mai 2011
IAS 27 Einzelabschlüsse (überarbeitet 2011)	1. Jänner 2014	Endorsed Mai 2011
IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	1. Jänner 2014	Endorsed Mai 2011
Änderung von IFRS 10 Konzernabschlüsse, IFRS 11 Gemeinsame Vereinbarungen und IFRS 12 Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen - Übergangsbestimmungen	1. Jänner 2014	Endorsed Juni 2012
IAS 32 (Änderung) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden	1. Jänner 2014	Endorsed Dezember 2011
IAS 36 (Änderung) Angaben zum erzielbaren Betrag von nicht-finanziellen Vermögenswerten	1. Jänner 2014	Endorsed Mai 2013
IAS 39 (Änderung) Novation von Derivaten und Fortsetzung des Hedge Accounting	1. Jänner 2014	Endorsed Juni 2013
IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 – Investmentgesellschaften (Änderung)	1. Jänner 2014	Endorsed Oktober 2012
IFRIC 21 Abgaben	17. Juni 2014	Endorsed Mai 2013
Verbesserungen zu IFRS 2010-2012	1. Juli 2014	Endorsed Dezember 2014
Verbesserungen zu IFRS 2011-2013	1. Juli 2014	Endorsed Dezember 2014

Durch IFRS 12 werden die Angabepflichten für Beteiligungen an Tochterunternehmen, gemeinsamen Vereinbarungen, assoziierten Unternehmen und nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in einem umfassenden Standard zusammengeführt. Viele dieser Angaben wurden aus IAS 27, IAS 31 oder IAS 28 übernommen, während andere Angabepflichten neu aufgenommen wurden. Dieser Standard ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2014 beginnen. Die Anwendung der Änderungen zu IFRS 12 führt zu entsprechenden Angaben im Konzernabschluss, insbesondere im Zusammenhang mit nicht-kontrollierenden Anteilen.

Folgende neue, überarbeitete bzw. ergänzende Standards des IASB und Interpretationen des IFRIC mit möglicher Relevanz für die ASFINAG sind bereits veröffentlicht, aber noch nicht verpflichtend anzuwenden bzw. nicht von der Europäischen Kommission übernommen worden und werden auch nicht vorzeitig angewendet. Diese sind somit für den Konzernabschluss nicht relevant:

Standards/Interpretationen	Verpflichtende Anwendung für Geschäftsjahre beginnend ab
IFRS 7 und 9 Finanzinstrumente: > Klassifizierung und Bewertung > Hedge Accounting	1. Jänner 2018
IFRS 14 Bilanzierung von regulatorischen Abgrenzungsposten	1. Jänner 2016

Das Endorsement durch die Europäische Kommission erfolgte am 11. Dezember 2012. Diese neuen Standards sind in der EU spätestens für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2015 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Es ist geplant die neuen Standards ab diesem Zeitpunkt anzuwenden. Es werden keine Auswirkungen für den ASFINAG-Konzern erwartet.

Auf Grund der Finanzierungsstruktur der ASFINAG wurden die Auswirkungen zu den Neuerungen von Finanzinstrumenten eingehend untersucht.

IFRS 9 Finanzinstrumente Klassifizierung und Bewertung spiegelt die erste Phase des IASB-Projekts zum Ersatz von IAS 39 wider und behandelt die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten nach IAS 39. Die zweite Phase des IASB-Projekts betrifft die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen und wurde ebenfalls bereits abgeschlossen. Der Standard ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2015 beginnen, anzuwenden. In einer weiteren Projektphase wird der IASB die Bilanzierung von Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten behandeln. Die Anwendung der Neuerungen aus den ersten beiden Phasen von IFRS 9 wurde untersucht und wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Vom Unternehmen werden aus den übrigen, überarbeiteten bzw. ergänzten Standards keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

3.1.2 Ermessensentscheidungen und Unsicherheiten aus Schätzungen

Im Konzernabschluss müssen zu einem gewissen Grad Schätzungen vorgenommen sowie Annahmen und Ermessensentscheidungen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, die Angabe von sonstigen Verpflichtungen am Bilanzstichtag und den Ausweis von Erträgen und Aufwendungen während der Berichtsperiode beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Annahmen und Schätzungen abweichen. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende wesentliche Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein könnte, werden nachstehend erläutert. Der Vorstand ist aufgrund des aktuellen Wissensstandes jedoch der Ansicht, dass sich daraus keine wesentlichen negativen Abweichungen in den Konzernabschlüssen der nächsten Zukunft ergeben werden. Schätzungen von Beträgen in Bereich von Mehrkostenforderungen werden in größeren internen Sitzungen sowie Partnerschaftssitzungen, u. a. mit Hilfe von Gutachten, welche mit den Ausschreibungsunterlagen abgestimmt werden, ermittelt.

3.1.2.1 Wertminderungen von Firmenwerten

Der Konzern überprüft mindestens einmal jährlich, ob der Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert ist. Dies erfordert eine Schätzung der Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen der Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist. Zur Schätzung des Nutzungswerts muss die Unternehmensleitung die voraussichtlichen künftigen Cashflows der zahlungsmittelgenerierenden Einheit schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln. Die in der Berichtsperiode zur Ermittlung des Nutzungswertes verwendeten Parameter sowie die Buchwerte der angesetzten Firmenwerte werden in Punkt 4.1.1.2 erläutert.

3.1.2.2 Künftige Steueransprüche

Künftige Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge sowie nicht genutzte Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass genügend steuerbare Gewinne vorhanden sein werden, gegen die die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können. Für die Ermittlung der Höhe der zu aktivierenden zukünftigen Steueransprüche ist eine wesentliche Ermessensausübung der Unternehmensleitung auf der Grundlage des erwarteten Eintrittszeitpunkts und der Höhe des künftig zu versteuernden Einkommens sowie der zukünftigen Steuerplanungsstrategien erforderlich. Die aktivierten künftigen Steueransprüche sind aus Punkt 4.7 ersichtlich.

3.1.2.3 Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern aus Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeld

Die Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern aus Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeld sowie der Aufwand aus diesen leistungsorientierten Plänen werden anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Dieser versicherungsmathematischen Bewertung liegen Annahmen über den Abzinsungssatz, Lohn- und Gehaltssteigerungen, das Pensionsantrittsalter, die Fluktuation, die Sterblichkeit und die künftigen Rentensteigerungen zugrunde. Diese Annahmen sind aufgrund der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne mit entsprechenden Unsicherheiten verbunden. Die in der Berichtsperiode angewendeten Parameter, die ausgewiesenen Buchwerte der Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern aus Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeld sowie die jeweils in der Berichtsperiode erfolgswirksam erfassten Beträge sind aus Punkt 3.1.3.13 Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern ersichtlich.

3.1.2.4 Rückstellung für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen gem. IFRIC 12

Zur vertraglichen Verpflichtung der ASFINAG zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Infrastruktur und den am Bilanzstichtag erfassten Buchwert siehe Punkt 4.19.

Bei der Ermittlung der Höhe dieser Rückstellung sind Annahmen und Schätzungen bezüglich der erwarteten Kosten und des zeitlichen Anfalles der Erhaltungsarbeiten erforderlich. Zum Stichtag wurde die Rückstellung nach der bestmöglichen Schätzung basierend auf dem aktuellen Plan der baulichen Erhaltung bewertet.

3.1.2.5 Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten

Im Rahmen der operativen Tätigkeit (vor allem Baubereich) kommt es zu Rechtsstreitigkeiten sowohl mit Lieferanten als auch mit Dritten. Diese Rechtsstreitigkeiten betreffen im Wesentlichen Mehrkostenforderungen sowie Ansprüche im Zusammenhang mit dem Altlastensanierungsgesetz. (Punkt 4.19, Punkt 5.5 und Punkt 5.6.1.1).

3.1.3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1.3.1 Fremdwährungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der funktionalen Währung und der Darstellungswährung des Konzerns aufgestellt.

Fremdwährungstransaktionen werden zunächst zu dem am Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. Monetäre Vermögenswerte und Schulden in einer Fremdwährung werden zu jedem Stichtag unter Verwendung des Stichtagskurses in die funktionale Währung umgerechnet. Alle Währungsdifferenzen werden erfolgswirksam erfasst. Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten in einer Fremdwährung bewertet wurden, werden mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Da die Darstellungswährung der einbezogenen Unternehmen (mit Ausnahme des assoziierten Unternehmens M6) ausschließlich in Euro erfolgt, ergeben sich keine (erfolgsneutralen) Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen.

3.1.3.2 Fruchtgenussrecht

Im am 23. Juni / 25. Juli 1997 mit der Republik Österreich abgeschlossenen Fruchtgenussrechtsvertrag wurde der ASFINAG das Recht eingeräumt, die österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen zu betreiben und für deren Benutzung Maut einzuheben. Darüber hinaus steht der ASFINAG ein fixer Anspruch aus der Verpflichtung des Bundes zu, im Falle einer Vertragsauflösung den Restbuchwert des dem Fruchtgenussrecht entsprechenden Vermögens zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu leisten. Im Gegenzug übernahm die ASFINAG die Verpflichtung, die Autobahnen und Schnellstraßen zu erhalten und auszubauen. Hinsichtlich der Bilanzierung des Fruchtgenussrechtes wurde IFRIC 12 angewendet.

Entsprechend wird das Fruchtgenussrecht als immaterieller Vermögenswert gemäß IAS 38 bilanziert. Der Bund verzichtet auf eine Kündigung des Vertrages, solange die ASFINAG ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Erhaltung des Autobahnen- und Schnellstraßennetzes nachkommt. Da auch die ASFINAG keine Kündigung des Fruchtgenussvertrages beabsichtigt, handelt es sich um einen immateriellen Vermögenswert mit unbegrenzter Nutzungsdauer, der somit keiner planmäßigen Abschreibung unterliegt, sondern grundsätzlich einem jährlichen Werthaltigkeitstest zu unterziehen ist. Da der Restbuchwert des Fruchtgenussrechtes vom Bund garantiert wird, ist die Erfassung einer Wertminderung nicht erforderlich.

3.1.3.3 Immaterielle Vermögenswerte

Einzelner erworbene immaterielle Vermögenswerte werden bei der erstmaligen Erfassung mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Anschaffungskosten von immateriellen Vermögenswerten, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, entsprechen ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt.

Nach ihrer erstmaligen Aktivierung werden immaterielle Vermögenswerte mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und

kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Für die Folgebewertung wird zwischen immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter und solchen mit unbestimmter Nutzungsdauer unterschieden.

Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden entsprechend ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibung erfolgt linear über einen Zeitraum von 4 Jahren für Software und bis zu 10 Jahren für Rechte und wird in der Gewinn- und Verlustrechnung im Abschreibungsaufwand erfasst. Die Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden jährlich auf ihre Gültigkeit hin überprüft, erforderliche Änderungen werden als Änderungen von Schätzungen behandelt. Zusätzlich zur planmäßigen Abschreibung erfolgt eine Überprüfung auf mögliche Wertminderungen, sofern ein Anhaltspunkt dafür vorliegt.

Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmbarer Nutzungsdauer werden jährlich auf eine mögliche Wertminderung überprüft. Falls sich Ereignisse oder veränderte Umstände ergeben, die auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, werden die Wertminderungsprüfungen häufiger durchgeführt. Die Überprüfung wird in Abhängigkeit des Einzelfalls für den einzelnen Vermögenswert oder auf der Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit durchgeführt. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmbarer Nutzungsdauer werden nicht planmäßig abgeschrieben. Es erfolgt eine jährliche Überprüfung, ob die Einschätzung einer unbestimmten Nutzungsdauer weiterhin gerechtfertigt ist. Ist dies nicht der Fall, wird die Änderung der Einschätzung von einer unbestimmten Nutzungsdauer zur begrenzten Nutzungsdauer auf prospektiver Basis vorgenommen.

Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung immaterieller Vermögenswerte ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswertes. Sie werden in der Periode erfolgswirksam erfasst, in der der Posten ausgebucht wird.

3.1.3.4 Unternehmenszusammenschlüsse, Firmenwerte und Unternehmensveräußerungen

Unternehmenszusammenschlüsse werden unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden sämtliche identifizierbaren Vermögenswerte einschließlich von zuvor nicht erfassten immateriellen Vermögenswerten und sämtliche Schulden einschließlich der Eventualschulden, jedoch unbeachtlich künftiger Restrukturierungen, des erworbenen Geschäftsbetriebs zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Die verbleibende Differenz wird als Firmenwert ausgewiesen. Verbleibende passive Unterschiedsbeträge werden erfolgswirksam erfasst.

Firmenwerte aus einem Unternehmenszusammenschluss werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den Anteil des Konzerns an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen.

Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Zum Zweck des Wertminderungstests wird der im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Firmenwert ab dem Erwerbszeitpunkt den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten bzw. Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet, die von den Synergieeffekten aus dem Unternehmenszusammenschluss profitieren. Dies gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des Erwerbers diesen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten oder Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet werden. Der

Firmenwert aus dem Erwerb der EUROPPASS LKW-Mautsystem GmbH wurde dem ASFINAG Konzern als Ganzes zugeordnet.

Ein sich ergebender Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung geprüft, wenn Sachverhalte oder Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert wertgemindert sein könnte. Eine mögliche Wertminderung wird durch den Vergleich des erzielbaren Betrages der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit oder Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten mit dem Buchwert des Firmenwertes ermittelt. Unterschreitet der erzielbare Betrag den Buchwert des Firmenwertes, wird ein Wertminderungsaufwand erfasst. Ein für den Firmenwert erfasster Wertminderungsaufwand darf auch in Folgeperioden nicht mehr aufgeholt werden.

Beim Verkauf eines Tochterunternehmens wird die Differenz zwischen dem Verkaufspreis und dem Nettovermögen zuzüglich der kumulierten Fremdwährungsdifferenzen und des nicht amortisierten Geschäfts- oder Firmenwertes erfolgswirksam erfasst.

3.1.3.5 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen sowie Wertminderungen, bilanziert. Die Anschaffungskosten von Sachanlagen umfassen den Kaufpreis, einschließlich Importzölle und nicht refundierbarer Steuern und all jene direkt zurechenbaren Kosten, die entstehen, um den Vermögenswert an den zur Nutzung vorgesehenen Ort zu bringen und in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen.

Im Falle von Tauschgeschäften erfolgt die Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert, es sei denn, dem Tauschgeschäft fehlt es an wirtschaftlicher Substanz oder weder der beizulegende Zeitwert des erhaltenen Vermögenswertes noch des hingegebenen Vermögenswertes ist verlässlich messbar.

Vermögenswerte werden ab dem Zeitpunkt ihrer Betriebsbereitschaft abgeschrieben. Die Abschreibungen erfolgen linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer der jeweiligen Anlagen bzw. deren Komponenten. Bei der Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer von Sachanlagen wird die erwartete wirtschaftliche bzw. technische Nutzungsdauer berücksichtigt. Die Restwerte, Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Erwartete Nutzungsdauer von Sachanlagen	
	Jahre
Bauten	10-33
Technische Anlagen und Maschinen	5-25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4-10
Fahrzeuge und Mobilien zur Betriebsführung	3-15

Die Restnutzungsdauer einzelner Vermögenswerte wurde auf Grund geänderter vertraglicher Verhältnisse von Ende 2016 auf 30.06.2017 verlängert. Durch die verlängerte Nutzungsdauer reduziert sich die Abschreibung pro Geschäftsjahr um EUR 1.095.933,23.

Instandhaltungen und Reparaturen werden, sofern die Wesensart des betreffenden Vermögenswertes dadurch nicht verändert wird und kein zusätzlicher künftiger Nutzen entsteht, im Jahr des Anfalls als laufender Aufwand gebucht. Ersatz- sowie wertsteigernde Investitionen werden aktiviert.

Werden Sachanlagen zum Verkauf bestimmt, wird bei Beschlussfassung und Vorliegen der Voraussetzungen gem. IFRS 5 der Vermögenswert soweit erforderlich auf den Veräußerungswert abzüglich noch anfallender Veräußerungskosten abgewertet und in der Folge bis zum Verkaufszeitpunkt nicht weiter planmäßig abgeschrieben. Es erfolgt eine laufende Überprüfung der Werthaltigkeit. Der Ausweis erfolgt gesondert unter der Position „zur Veräußerung gehalten“.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus dem Abgang des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz aus Nettoveräußerungserlösen und Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

3.1.3.6 Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines Vermögenswertes zugeordnet werden können, für den ein Zeitraum länger als ein Jahr erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten des entsprechenden Vermögenswerts aktiviert. Alle sonstigen Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Fremdkapitalkosten sind Zinsen und sonstige Kosten, die einem Unternehmen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdkapital entstehen.

Der Konzern aktiviert Fremdkapitalkosten für sämtliche qualifizierte Vermögenswerte, bei denen die ersten Planungskosten am oder nach dem 1. Jänner 2009 angefallen sind. Fremdkapitalkosten im Zusammenhang mit Bauprojekten, die vor dem 1. Jänner 2009 begonnen haben, erfasst der Konzern weiterhin als Aufwand.

3.1.3.7 Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Bei Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Firmenwerten wird jeweils zum Bilanzstichtag überprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Bei Firmenwerten und immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmbarer Nutzungsdauer erfolgt eine derartige Überprüfung auf Wertminderungen auch ohne Anhaltspunkte zu jedem Bilanzstichtag.

Als Basis der Überprüfung wird vom Konzern der erzielbare Betrag eines Vermögenswertes ermittelt. Dieser entspricht dem höheren Betrag aus Nutzungswert oder beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten.

Der Nutzungswert des Vermögenswertes entspricht dem Barwert der geschätzten künftigen Cashflows aus seiner fortgesetzten Nutzung auf Basis der 6-Jahres-Planung und seiner Veräußerung am Ende der Nutzungsdauer unter Zugrundelegung eines marktüblichen und an die spezifischen Risiken des Vermögenswertes angepassten Zinssatzes vor Steuern. Kann für einen einzelnen Vermögenswert kein eigenständiger Cashflow festgestellt werden, erfolgt die Ermittlung des Nutzungswertes auf Basis der jeweiligen Cash Generating Unit.

Der beizulegende Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten ist der Betrag, der durch den Verkauf eines Vermögenswertes oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit in einer Transaktion zu Marktbedingungen zwischen sachverständigen, vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielt werden könnte.

Liegt der erzielbare Betrag unter dem Buchwert des Vermögenswertes bzw. der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, erfolgt die ergebniswirksame Erfassung eines Wertminderungsaufwandes in Höhe des Unterschiedsbetrages. Wertminderungsaufwendungen werden in

der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ erfasst.

Der spätere Wegfall der Wertminderung führt – außer bei Firmenwerten (siehe Punkt 4.1.1.2.) – zu einer erfolgswirksamen Wertaufholung bis zum geringeren Wert aus fortgeschriebenen ursprünglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und erzielbarem Betrag. Nachdem eine Wertaufholung vorgenommen wurde, ist der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden anzupassen, um den berichtigten Buchwert des Vermögenswerts, abzüglich eines etwaigen Restbuchwertes, systematisch auf seine Restnutzungsdauer zu verteilen.

3.1.3.8 Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Immobilien, die nicht von Konzernunternehmen betrieblich genutzt werden und ausschließlich zur Erzielung von Mieteinnahmen und Gewinnen aus Wertsteigerungen dienen, stellen als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien dar. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden bei der erstmaligen Erfassung zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich Nebenkosten bewertet. In den Folgeperioden werden als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die bei der ASFINAG als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien bestehen zur Gänze aus Grundstücken, die eine unbestimmte Nutzungsdauer aufweisen und somit nicht planmäßig abgeschrieben werden. Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden jährlich auf eine mögliche Wertminderung überprüft. Falls sich Ereignisse oder veränderte Umstände ergeben, die auf eine mögliche Wertminderung hindeuten, werden Wertminderungsprüfungen häufiger durchgeführt.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden ausgebucht, wenn sie abgehen oder wenn sie dauerhaft nicht mehr genutzt werden und kein künftiger wirtschaftlicher Nutzen aus ihrem Abgang mehr erwartet wird. Gewinne oder Verluste aus der Stilllegung oder dem Abgang einer als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie werden erfolgswirksam im Jahr der Stilllegung oder Veräußerung erfasst.

3.1.3.9 Anteile an assoziierten Unternehmen

Die Anteile an einem assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Joint Venture ist.

Nach der Equity-Methode werden die Anteile an einem assoziierten Unternehmen in der Bilanz zu Anschaffungskosten zuzüglich nach dem Erwerb eingetretener Änderungen des Anteils des Konzerns am Reinvermögen des assoziierten Unternehmens erfasst. Der mit einem assoziierten Unternehmen verbundene Geschäfts- oder Firmenwert ist im Buchwert des Anteils enthalten und wird nicht planmäßig abgeschrieben. Bei der Anwendung der Equity-Methode stellt der Konzern fest, ob hinsichtlich der Nettoinvestition des Konzerns beim assoziierten Unternehmen die Berücksichtigung eines zusätzlichen Wertminderungsaufwands erforderlich ist.

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält den Anteil des Konzerns am Erfolg des assoziierten Unternehmens. Unmittelbar im Eigenkapital des assoziierten Unternehmens erfasste Änderungen werden vom Konzern in Höhe seines Anteils ebenfalls unmittelbar im Eigenkapital erfasst und - sofern erforderlich - in die Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals aufgenommen. Gewinne und Verluste aus Transaktionen zwischen dem Konzern und dem assoziierten Unternehmen werden entsprechend dem Anteil am assoziierten Unternehmen eliminiert.

Der Bilanzstichtag und die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für ähnliche Geschäftsvorfälle und Ereignisse unter vergleichbaren Umständen des assoziierten Unternehmens und des Konzerns stimmen überein.

3.1.3.10 Vorräte

Vorräte sind Vermögenswerte, die zum Verkauf im normalen Geschäftsbetrieb gehalten werden oder die im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden.

Bei der ASFINAG umfasst das Vorratsvermögen im Wesentlichen Betriebsstoffe, die für die Straßenerhaltung eingesetzt werden. Die Bewertung der Betriebsstoffe erfolgt mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert, die Ermittlung des Einsatzes erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Wertberichtigungen für veraltete Betriebsstoffe werden über ein Wertberichtigungskonto erfasst. Wertminderungen von Vorräten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Materialaufwand ausgewiesen.

3.1.3.11 Finanzielle Vermögenswerte

3.1.3.11.1 Allgemeine Regelungen

Finanzielle Vermögenswerte im Sinne von IAS 39 werden in Abhängigkeit des Einzelfalles entweder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte („available for sale“), als Kredite und Forderungen oder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert („at fair value“) bewertete finanzielle Vermögenswerte eingeteilt. Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen bestehen derzeit nicht.

Die Erfassung der Finanzinstrumente und sonstigen finanziellen Vermögenswerte erfolgt jeweils zum Erfüllungstag. Die finanziellen Vermögenswerte werden bei der erstmaligen Erfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Falle von anderen Finanzinvestitionen als solchen, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden darüber hinaus bei der erstmaligen Erfassung Transaktionskosten aktiviert, die direkt dem Erwerb des Vermögenswertes zuzurechnen sind.

Die Beurteilung, ob ein Vertrag ein eingebettetes Derivat enthält, wird zum Zeitpunkt vorgenommen, zu dem das Unternehmen erstmals Vertragspartei wird. Eine Trennung eingebetteter Derivate vom Basisvertrag ist grundsätzlich nicht erforderlich, da im Falle eingebetteter Derivate der Basisvertrag zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam erfasst wird.

Die Designation der finanziellen Vermögenswerte in die Bewertungskategorien erfolgt nach ihrem erstmaligen Ansatz. Umwidmungen werden, sofern diese zulässig sind und erforderlich erscheinen, zum Ende eines Geschäftsjahres vorgenommen.

Der beizulegende Zeitwert von Finanzinvestitionen, die auf organisierten Märkten gehandelt werden, wird durch den am Bilanzstichtag notierten Marktpreis (Geldkurs) bestimmt. Der beizulegende Zeitwert von Finanzinvestitionen, für die kein aktiver Markt besteht, wird unter Anwendung von Bewertungstechniken, welche auf Inputparametern beruhen, die am Markt direkt oder indirekt beobachtbar sind, ermittelt. Vorrangig analysiert die ASFINAG dazu die diskontierten Cashflows unter Zugrundelegung stichtagsbezogener Zinskurven und stichtagsbezogener Fremdwährungs-Wechselkurse.

Der Konzern ermittelt an jedem Bilanzstichtag, ob eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt.

3.1.3.11.2 Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht zwingend einer anderen Kategorie nach IAS 39

angehören. Bei der ASFINAG wurden vor allem die nach nationalen gesetzlichen Vorschriften verpflichtend zu haltenden Wertpapiere zur Deckung der Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern dieser Kategorie zugeordnet, die in der Bilanzposition „Übrige langfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen werden. Nach der erstmaligen Erfassung werden zur Veräußerung gehaltene finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der auf Basis von Börsenkursen bzw. von der Depot führenden Bank bekannt gegebenen Kurswerten zum Bilanzstichtag ermittelt wird. Die nicht realisierten Gewinne oder Verluste werden direkt im Eigenkapital, in der Bewertungsrücklage gemäß IAS 39, erfasst.

Dividenden aus Finanzinvestitionen werden mit Entstehung des Rechtsanspruchs auf die Zahlung erfolgswirksam als „erhaltene Dividenden“ erfasst.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der finanzielle Vermögenswert ausgebucht wird oder an dem eine Wertminderung festgestellt wird, wird der zuvor im Eigenkapital erfasste kumulierte Gewinn oder Verlust erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Betrag der Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert, abzüglich etwaiger, bereits früher ergebniswirksam erfasster Wertberichtigungen. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten, die als zur Veräußerung verfügbar eingestuft sind, werden nicht im Periodenergebnis erfasst. Wertaufholungen bei Schuldinstrumenten werden ergebniswirksam erfasst, wenn sich der Anstieg des beizulegenden Zeitwerts des Instruments objektiv auf ein Ereignis zurückführen lässt, das nach der ergebniswirksamen Erfassung der Wertminderung aufgetreten ist.

3.1.3.11.3 Kredite und Forderungen

Kredite und Forderungen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Diese Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen für Wertminderungen bewertet. Fortgeführte Anschaffungskosten werden unter Berücksichtigung sämtlicher Disagi und Agi beim Erwerb berechnet und beinhalten sämtliche Gebühren, die ein integraler Teil der Transaktionskosten sind. Gewinne und Verluste werden im Periodenergebnis erfasst, wenn die Kredite und Forderungen ausgebucht oder wertgemindert sind.

Bei objektiven Hinweisen, dass eine Wertminderung bei mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Krediten und Forderungen eingetreten ist, ergibt sich die Höhe des Verlusts als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Barwert der erwarteten künftigen Cashflows (mit Ausnahme künftiger, noch nicht eingetretener Kreditausfälle). Finanzielle Vermögenswerte werden individuell auf Wertminderung untersucht. Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden Wertberichtigungen vorgenommen, wenn objektive Hinweise (wie z. B. die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz oder signifikante finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners) dafür vorliegen, dass nicht alle fälligen Beträge gemäß den ursprünglich vereinbarten Rechnungskonditionen eingehen werden.

Der Buchwert des Vermögenswertes wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert. Der Wertminderungsverlust wird ergebniswirksam erfasst. Eine Ausbuchung der Forderung erfolgt, wenn sie als uneinbringlich eingestuft wird.

Verringert sich die Höhe der Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die früher erfasste Wertberichtigung rückgängig gemacht. Die Wertaufholung ist der Höhe nach auf die fortgeführten Anschaffungskosten zum Zeitpunkt der Wertaufholung beschränkt. Die Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

3.1.3.11.4 Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte („at fair value“) / Derivate

Die erfolgswirksam, zum beizulegenden Zeitwert, bewerteten finanziellen Vermögenswerte enthalten derzeit lediglich Derivate, die als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte gelten. Sonstige Finanzinvestitionen, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert wurden, bestehen zurzeit nicht. Vom Wahlrecht der ergebniswirksamen Bewertung des Finanzvermögens zum beizulegenden Zeitwert wird kein Gebrauch gemacht.

Enthält ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete(s) Derivat(e), wird der gesamte strukturierte Vertrag als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswert eingestuft, es sei denn, das(die) eingebettete(n) Derivat(e) verändert/verändern die ansonsten anfallenden Zahlungsströme aus dem Vertrag nur unerheblich oder eine Abspaltung des eingebetteten Derivats ist unzulässig.

Gewinne oder Verluste aus diesen finanziellen Vermögenswerten werden erfolgswirksam erfasst.

3.1.3.11.5 Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte

Ein finanzieller Vermögenswert (bzw. ein Teil eines finanziellen Vermögenswerts oder ein Teil einer Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte) wird ausgebucht, wenn eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Die vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem finanziellen Vermögenswert sind ausgelaufen.
- Der Konzern behält die vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cashflows aus finanziellen Vermögenswerten zurück, übernimmt jedoch eine vertragliche Verpflichtung zur Zahlung der Cashflows ohne wesentliche Verzögerungen an eine dritte Partei im Rahmen einer Vereinbarung, die die Bedingungen in IAS 39.19 erfüllt („pass-through arrangement“).
- Der Konzern hat seine vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem finanziellen Vermögenswert übertragen und hat
 - im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, übertragen oder hat
 - im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder übertragen noch zurückbehalten, jedoch die Verfügungsmacht über den Vermögenswert übertragen.

Wenn der Konzern seine vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem Vermögenswert überträgt und im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, weder überträgt noch zurückbehält und auch die Verfügungsmacht an dem übertragenen Vermögenswert zurückbehält, erfasst der Konzern den übertragenen Vermögenswert weiter im Umfang seines anhaltenden Engagements.

3.1.3.11.6 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in der Bilanz umfassen den Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Einlagen mit einer ursprünglichen Fälligkeit von weniger als drei Monaten. Für Zwecke der Konzerngeldflussrechnung umfassen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente die oben definierten Zahlungsmittel und kurzfristigen Einlagen.

3.1.3.12 *Finanzielle Schulden*

3.1.3.12.1 *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, übrige finanzielle Schulden*

Die Bewertung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erfolgt bei Entstehen der Verbindlichkeit in Höhe des beizulegenden Zeitwertes der erhaltenen Leistungen. In der Folge werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sonstige, nicht aus Leistungsbeziehungen resultierende Verbindlichkeiten werden mit ihrem Zahlungsbetrag angesetzt. Langfristige sonstige Verbindlichkeiten werden entsprechend ihrer Laufzeit abgezinst und mit dem Barwert angesetzt.

3.1.3.12.2 *Finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten*

Darlehen und Anleihen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung abzüglich der mit der Kreditaufnahme verbundenen Transaktionskosten bewertet. Ein Agio, Disagio oder sonstiger Unterschied zwischen dem erhaltenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird aus systemtechnischen Gründen bis Ende 2014 noch linear über die Laufzeit der Finanzierung verteilt realisiert und im Finanzergebnis ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag in 2014 zwischen der lineare Verteilung und der Verteilung nach der Effektivzinssatzmethode beträgt EUR 79.150,40 (2013 EUR 219.084,28). Die Folgebewertung erfolgt somit zu fortgeführten Anschaffungskosten. Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden sowie im Rahmen von Amortisationen.

3.1.3.12.3 *Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden / Derivate*

In der ASFINAG Gruppe wurden zur Vermeidung einer asymmetrischen Bilanzierung und Bewertung die Anleihen und Darlehen, für die Derivate abgeschlossen wurden, als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden kategorisiert und entsprechend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Ebenso wurde ein Darlehen, das ein derivatives Element (Zinszahlung in abweichender Währung) enthält, zur Vermeidung einer gesonderten Bilanzierung des derivativen Elements als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfasst (Fair Value Option).

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden umfassen die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Schulden sowie andere finanzielle Schulden, die bei ihrem erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden klassifiziert werden. Unter die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Schulden fallen vor allem Finanzderivate mit negativem Marktwert.

Die ASFINAG Gruppe verwendet derivative Finanzinstrumente wie beispielsweise Fremdwährungs- und Zinsswaps, um sich gegen Zins- und Währungsrisiken abzusichern. Finanzderivate werden als Vermögenswerte angesetzt, wenn ihr beizulegender Zeitwert positiv ist, und als Schulden, wenn ihr beizulegender Zeitwert negativ ist.

Die ASFINAG zahlt ihre finanziellen Schulden grundsätzlich zum vertraglichen Tilgungskurs bei Fälligkeit zurück; zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit analysiert die ASFINAG die diskontierten Cashflows unter Zugrundelegung stichtagsbezogener Zinskurven und stichtagsbezogener Fremdwährungs-Wechselkurse. Die Inputparameter beruhen auf am Markt direkt oder indirekt beobachtbaren Daten.

Der beizulegende Zeitwert von Finanzderivaten wird folgendermaßen ermittelt: Die einzelnen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen) jeder Swapposition werden mit dem laufzeitkonformen Zero-Kupon-Zinssatz (aus Reuters) der entsprechenden Währung (EUR, JPY, GBP, USD) abgezinst und pro Swapposition aufsummiert.

Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Schulden werden sofort erfolgswirksam im sonstigen Finanzergebnis (siehe Punkt 5.6.2) erfasst.

Die ASFINAG Gruppe hat keine Finanzderivate als Sicherungsinstrumente designiert und wendet somit die Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 (Hedge Accounting) nicht an.

3.1.3.12.4 Ausbuchung finanzieller Schulden

Eine finanzielle Schuld wird ausgebucht, wenn die dieser Schuld zugrunde liegende Verpflichtung erfüllt oder gekündigt oder erloschen ist.

Wird eine bestehende finanzielle Schuld durch eine andere finanzielle Schuld desselben Kreditgebers mit substanziell verschiedenen Vertragsbedingungen ausgetauscht oder werden die Bedingungen einer bestehenden Schuld wesentlich geändert, wird ein solcher Austausch oder eine solche Änderung als Ausbuchung der ursprünglichen Schuld und Ansatz einer neuen Schuld behandelt. Die Differenz zwischen den jeweiligen Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

3.1.3.13 Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern

3.1.3.13.1 Abfertigungsverpflichtungen

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften ist der Konzern verpflichtet, an alle Mitarbeiter in Österreich, deren Arbeitsverhältnis vor dem 01. Jänner 2003 begann, bei Kündigung durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine Abfertigungszahlung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und von dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung der Verpflichtung erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected unit credit method). Dabei wird der Barwert der künftigen Zahlungen bis zu jenem Zeitpunkt angesammelt, in dem die Ansprüche bis zu ihrem Höchstbetrag entstehen (25 Jahre).

Neubewertungen werden gemäß IAS 19 bei Abfertigungsverpflichtungen im sonstigen Ergebnis erfasst.

Für alle nach dem 31. Dezember 2002 begründeten Dienstverhältnisse in Österreich zahlt der Konzern monatlich 1,53 % des Entgelts in eine betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse ein, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt und diesem bei Beendigung des Dienstverhältnisses ausbezahlt oder als Anspruch weitergegeben werden. Der Konzern ist ausschließlich zur Leistung der Beiträge verpflichtet, welche in jenem Geschäftsjahr im Personalaufwand erfasst werden, für das sie entrichtet wurden.

3.1.3.13.2 Pensionsverpflichtungen

Aufgrund von Einzelzusagen ist die ASFINAG Gruppe verpflichtet, in 2014 an insgesamt 12 (2013 12) Pensionsbezieher nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Diesen leistungsorientierten Verpflichtungen steht kein für diesen Zweck gebundenes Planvermögen gegenüber. Die Verpflichtungen werden jedes Jahr durch unabhängige Versicherungsmathematiker bewertet.

Die Ermittlung der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgt nach dem Verfahren der laufenden Einmalprämien (Projected unit credit method) nach IAS 19. Bei diesem Verfahren werden die auf Basis realistischer Annahmen ermittelten künftigen Zahlungen über jenen

Zeitraum angesammelt, in dem die jeweiligen Anspruchsberechtigten diese Ansprüche erwerben.

Neubewertungen werden gemäß IAS 19 bei Rückstellungen für Pensionen im sonstigen Ergebnis erfasst.

3.1.3.13.3 Jubiläumsgeldverpflichtungen

Aufgrund kollektivvertraglicher Vereinbarungen in Österreich ist der Konzern verpflichtet, an Mitarbeiter Jubiläumsgelder nach Maßgabe der Erreichung bestimmter Dienstjahre (ab 15 Dienstjahren) zu leisten. Nach Abschluss der Kollektivverhandlungen erhält ab 01. Jänner 2015 ein Arbeitnehmer, der nach dem vollendeten 25. und vor dem vollendeten 35. Dienstjahr ausscheidet, das Jubiläumsgeld von 3 Brutto-Monatsbezügen aliquot ausbezahlt. Diese Anpassung wurde bei der Bildung der Rückstellung zum 31. Dezember 2014 bereits berücksichtigt. Die Bewertung dieser sonstigen langfristigen Verpflichtungen gegenüber Mitarbeiter erfolgt nach der für leistungsorientierte Abfertigungsverpflichtungen angewendeten Methode (Methode der laufenden Einmalprämien – siehe Punkt 3.1.3.13.1 - Abfertigungsverpflichtungen). Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste werden sofort ergebniswirksam erfasst.

3.1.3.14 Rückstellungen

Eine Rückstellung wird dann angesetzt, wenn der Konzern eine gegenwärtige (gesetzliche oder faktische) Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses besitzt, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Sofern der Konzern für eine passivierte Rückstellung zumindest teilweise eine Rückerstattung erwartet (wie z. B. bei einem Versicherungsvertrag), wird die Erstattung als gesonderter Vermögenswert erfasst, sofern der Zufluss der Erstattung so gut wie sicher ist. Der Aufwand zur Bildung der Rückstellung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung abzüglich der Erstattung ausgewiesen. Ist der aus der Diskontierung resultierende Zinseffekt wesentlich, werden Rückstellungen zu einem Zinssatz vor Steuern abgezinst, der, sofern im Einzelfall erforderlich, die für die Schuld spezifischen Risiken widerspiegelt. Im Falle einer Abzinsung wird die durch Zeitablauf bedingte Erhöhung der Rückstellungen als Finanzaufwendungen erfasst.

3.1.3.14.1 Rückstellung für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen

Gemäß Abschnitt III (6) des Fruchtgenussrechtsvertrages ist die Verpflichtung des Bundes, die im Bundesstraßengesetz 1971 bezeichneten Strecken zu planen, zu bauen und zu erhalten, mit Wirkung vom 1. Jänner 1997 auf die ASFINAG übergegangen. Für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen wird in Form einer Rückstellung gemäß IFRIC 12 vorgesorgt, die verteilt über den Zeitraum bis zum frühest möglichen Kündigungszeitpunkt aufgebaut wird.

3.1.3.15 Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt. Bei einer wesentlichen Änderung der Charakteristika und Modalitäten des Leasingverhältnisses, kann eine Neu Beurteilung des Leasingverhältnisses nach dessen Beginn erforderlich werden.

Die ASFINAG Gruppe ist Leasingnehmer in Operating-Leasingverhältnissen, bei denen nicht im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken übertragen werden. Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Leasingverhältnisse in der ASFINAG beschränken sich auf Immobilien, Kopiermaschinen, Faxgeräte etc. und sind als nicht wesentlich einzustufen.

3.1.3.16 Aufwands- und Ertragsrealisierung

Erträge werden erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen an den Konzern fließen wird und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann. Erträge sind zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung zu bemessen. Skonti, Rabatte sowie Umsatzsteuer oder andere Abgaben bleiben unberücksichtigt.

Die Benutzung der österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen ist gemäß § 1 BStMG (Bundesstraßen-Mautgesetz) für alle Kraftfahrzeuge mautpflichtig. Im am 23. Juni / 25. Juli 1997 mit der Republik Österreich abgeschlossenen Fruchtgenussrechtsvertrag wurde der ASFINAG das Recht eingeräumt, die österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen zu betreiben und für deren Benutzung Maut einzuheben. Die Art der Mauteinhebung richtet sich nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeuges.

Für Kraftfahrzeuge mit bis zu 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht (Pkw, Motorräder, Wohnmobile) besteht Vignettenpflicht. Vignetten können für einen Zeitraum von einem Jahr, zwei Monaten oder zehn Tagen erworben werden. Die Erlöse aus dem Verkauf von Jahres-Vignetten werden entsprechend periodengerecht erfasst. Der Vertrieb der Vignetten erfolgt über Vertriebsorganisationen (z.B. Autofahrerklubs, Tobaccoland) sowie Direktvertragspartner (z.B. Tankstellen), die für die getätigten Umsätze eine Provision erhalten.

Lkw, Busse und Wohnmobile mit mehr als 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht unterliegen der fahrleistungsabhängigen Maut. Diese wird über ein elektronisches Mautsystem eingehoben d. h. beim Durchfahren des jeweiligen Mautabschnittes wird der entsprechende Tarif automatisch anhand der im Fahrzeug angebrachten GO-Box belastet. Die Anzahl der Achsen, die EURO-Emissionsklasse des Fahrzeuges, die genutzte Strecke (Sondermaut) sowie die gefahrenen Kilometer bestimmen die Höhe der Maut. Die Mauterlöse werden gemäß der erbrachten Fahrleistung erfasst und bei Pre-Pay Aufladung der GO-Box somit entsprechend abgegrenzt.

Die in der Mauttarifverordnung angeführten Tarife unterliegen der gesetzlich geregelten, jährlichen Anpassung an den harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Gesetzlich festgelegt ist, dass die ASFINAG die Tarife für die EURO-Emissionsklassen aufkommensneutral zu gestalten hat. D.h. aus dem Titel der Ökologisierung dürfen über den Durchrechnungszeitraum von zwei Jahren (2012/2013) weder Mehr- noch Mindereinnahmen entstehen. Die Mauttarife wurden letztmalig am 1. Jänner 2014 angepasst.

Von der allgemeinen Vignettenpflicht ausgenommen sind sechs Sondermautstrecken, auf denen für alle Fahrzeuge direkt bei den jeweiligen Mautstellen eine erhöhte fahrleistungs- und streckenabhängige Maut eingehoben wird.

Neben dem Recht zur Mauteinhebung hat sich die ASFINAG im Fruchtgenussrechtsvertrag auch verpflichtet, das österreichische Autobahnen- und Schnellstraßennetz zu erweitern. Die ASFINAG erbringt somit Errichtungsleistungen für neue Autobahnen und Schnellstraßen im Austausch gegen eine Erhöhung des immateriellen Vermögenswertes Fruchtgenussrecht, d.h. des Rechts, auf den neu errichteten Autobahn- und Schnellstraßenstrecken Maut einzuheben. Die Errichtungserlöse und -kosten werden dabei nach Maßgabe des Fertigstellungsgrades erfasst. Der Fertigstellungsgrad wird ermittelt, indem die bis zum Bilanzstichtag bereits angefallenen Errichtungsaufwendungen zu den insgesamt erwarteten Errichtungs-

aufwendungen bis zur Projektfertigstellung ins Verhältnis gesetzt werden. Grundsätzlich werden die tatsächlich entstandenen Kosten ohne Gewinnaufschlag an den Bund weiterverrechnet.

Der Zinsaufwand umfasst die für aufgenommene Fremdfinanzierungen anfallenden Zinsen, zinsenähnliche Aufwendungen und Spesen. Der Zinsertrag und die sonstigen Finanzerträge beinhalten die aus der Veranlagung von Finanzmitteln und der Investition in Finanzvermögen realisierten Zinsen, Dividenden und ähnliche Erträge, Gewinne aus der Veräußerung von Finanzvermögen sowie Wertaufholungserträge. Weiters werden im sonstigen Finanzergebnis die Wertänderungen von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfassten finanziellen Vermögenswerten und Schulden erfasst.

Zinsen werden auf Basis des Zeitablaufes abgegrenzt. Die Realisierung von Dividenden erfolgt zum Zeitpunkt des Beschlusses der Dividendenausschüttung.

Erträge aus Operating-Leasingverhältnissen bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden linear über die Laufzeit der Leasingverhältnisse erfasst.

3.1.3.17 Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden erfasst, wenn eine hinreichende Sicherheit dafür besteht, dass die Zuwendungen gewährt werden und das Unternehmen die damit verbundenen Bedingungen erfüllt. Im Falle von aufwandsbezogenen Zuwendungen werden diese planmäßig als Ertrag über den Zeitraum erfasst, der erforderlich ist, um sie mit den entsprechenden Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, zu verrechnen. Bezieht sich die Zuwendung auf einen Vermögenswert, wird diese anschaffungs- oder herstellungskostenmindernd erfasst und als Kürzung der Abschreibung über die erwartete Nutzungsdauer des betreffenden Vermögenswerts linear erfolgswirksam aufgelöst.

3.1.3.18 Ertragsteuern

Die Ertragssteuerbelastung basiert auf dem Jahresgewinn und berücksichtigt künftige Steueransprüche und -schulden. Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und -schulden für die laufende und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrages werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten.

Tatsächliche Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im Eigenkapital erfasst.

Künftige Steueransprüche und -schulden werden unter Anwendung der Verbindlichkeitsmethode errechnet. Künftige Steueransprüche und -schulden spiegeln die Steuereffekte der zum Bilanzstichtag bestehenden temporären Differenzen zwischen dem Wertansatz der Vermögenswerte und Schulden laut IFRS-Konzernbilanz und dem steuerlichen Wertansatz wider.

Künftige Steueransprüche und -schulden werden unter Verwendung der erwarteten Steuersätze für das steuerbare Einkommen ermittelt, die im Zeitpunkt des Ausgleichs der temporären Differenzen anwendbar sein werden. Dabei werden die Steuersätze und Steuervorschriften verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind. Das Ausmaß der künftigen Steueransprüche und -schulden spiegelt die Steuerauswirkungen wider, die sich nach Einschätzung des Unternehmens zum Bilanzstichtag ergeben würden, wenn die Buchwerte des Vermögens realisiert und die Schulden beglichen würden. Künftige Steueransprüche und -schulden werden für alle temporären Differenzen ohne Rücksicht darauf, wann wahrscheinlich ein Umkehreffekt eintreten wird, berücksichtigt.

Künftige Steuerschulden werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst, mit Ausnahme der:

- künftigen Steuerschulden aus dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das unternehmensrechtliche Jahresergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, und
- künftigen Steuerschulden aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Joint Ventures stehen, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Künftige Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge sowie nicht genutzte Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass genügend steuerbare Gewinne vorhanden sein werden, gegen die die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können, mit Ausnahme von:

- künftigen Steueransprüchen aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das unternehmensrechtliche Jahresergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, und
- künftigen Steueransprüchen aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Joint Ventures stehen, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden und kein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Zu jedem Bilanzstichtag werden die bisher unberücksichtigten sowie der Buchwert der gebildeten künftigen Steueransprüche neu eingeschätzt. Jene bisher nicht aktivierten künftigen Steueransprüche werden in dem Ausmaß berücksichtigt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass der zukünftige steuerbare Gewinn die Verwendung der künftigen Steueransprüche zulässt. Im Gegensatz dazu wird der Buchwert der aktivierten künftigen Steueransprüche in jenem Ausmaß wertberichtigt, in dem es nicht länger wahrscheinlich ist, dass in Zukunft genügend steuerbare Gewinne zur Verwendung der aktivierten künftigen Steueransprüche vorhanden sein werden.

Künftige Steueransprüche und -schulden werden direkt mit dem sonstigen Ergebnis verrechnet oder diesem gutgeschrieben, wenn sie sich auf Posten beziehen, die in derselben oder in einer anderen Periode mit dem sonstigen Ergebnis verrechnet oder diesem gutgeschrieben werden.

Künftige Steueransprüche und -schulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjektes beziehen, die von derselben Steuerbehörde erhoben werden.

4 Erläuterungen zur Konzernbilanz

4.1 Immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte

4.1.1 Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte	Fruchtgenussrecht	Anzahlung Fruchtgenussrecht	Rechte und Lizenzen	Firmenwert	Anzahlung auf immaterielles Vermögen	Summe
Anschaffungskosten						
Stand am 01.01.2014	12.860.123.585,81	741.099.114,99	86.345.378,01	153.032.137,39	2.991.017,26	13.843.591.233,46
Zugänge	81.255.986,47	301.188.937,68	6.107.155,86	0,00	3.200.106,80	391.752.186,81
Umbuchungen	131.279.654,38	-130.786.290,84	2.231.811,82	0,00	-2.091.448,47	633.726,89
Abgänge	0,00	-31.525,10	-77.920,00	0,00	-3.000,00	-112.445,10
Stand am 31.12.2014	13.072.659.226,66	911.470.236,73	94.806.425,69	153.032.137,39	4.096.675,59	14.235.864.702,06
Abschreibungen						
Stand am 01.01.2013	0,00	0,00	62.902.363,54	0,00	0,00	62.902.363,54
Abschreibung	0,00	0,00	8.450.463,68	0,00	0,00	8.450.463,68
Abgänge	0,00	0,00	-65.640,00	0,00	0,00	-65.640,00
Stand am 31.12.2014	0,00	0,00	71.287.187,22	0,00	0,00	71.287.187,22
Buchwert 31.12.2013	12.860.123.585,81	741.099.114,99	23.443.014,47	153.032.137,39	2.991.017,26	13.780.688.869,92
Buchwerte 31.12.2014	13.072.659.226,66	911.470.236,73	23.319.238,47	153.032.137,39	4.096.675,59	14.164.577.514,84

Immaterielle Vermögenswerte	Fruchtgenussrecht	Anzahlung Fruchtgenussrecht	Rechte und Lizenzen	Firmenwert	Anzahlung auf immaterielles Vermögen	Summe
Anschaffungskosten						
Stand am 01.01.2013	12.532.457.622,64	741.750.305,53	79.636.304,35	153.032.137,39	2.995.940,55	13.509.872.310,46
Zugänge	90.035.520,67	237.220.425,39	5.246.040,42	0,00	2.681.726,28	395.183.712,76
Umbuchungen	237.630.442,50	-237.867.776,30	3.002.709,22	0,00	-2.678.649,57	86.725,85
Abgänge	0,00	-3.839,63	-1.539.675,98	0,00	-8.000,00	-1.551.515,61
Stand am 31.12.2013	12.860.123.585,81	741.099.114,99	86.345.378,01	153.032.137,39	2.991.017,26	13.843.591.233,46
Abschreibungen						
Stand am 01.01.2013	0,00	0,00	56.552.046,88	0,00	0,00	56.552.046,88
Abschreibung	0,00	0,00	7.888.962,64	0,00	0,00	7.888.962,64
Abgänge	0,00	0,00	-1.538.645,98	0,00	0,00	-1.538.645,98
Stand am 31.12.2013	0,00	0,00	62.902.363,54	0,00	0,00	62.902.363,54
Buchwerte 31.12.2013	12.860.123.585,81	741.099.114,99	23.443.014,47	153.032.137,39	2.991.017,26	13.780.688.869,92
Buchwerte 31.12.2012	12.532.457.622,64	741.750.305,53	23.084.257,47	153.032.137,39	2.995.940,55	13.453.320.263,58

4.1.1.1 Fruchtgenussrecht und Anzahlungen Fruchtgenussrecht

Gesetzliche Grundlagen für die Definition des Fruchtgenussrechts finden sich im Fruchtgenussvertrag (1997), im ASFINAG Ermächtigungsgesetz (1997) und im Bundesstraßenübertragungsgesetz (2001).

Lt. Fruchtgenussvertrag vom 23. Juni / 25. Juli 1997 wurde der ASFINAG das Recht der Fruchtnießung (§§ 509 ABGB) an den im Bundesstraßengesetz (BStG) definierten Straßenzügen (Bundesstraßen A = Bundesautobahnen, mehrspurige Bundesstraßen S = Schnellstraßen und Bundesstraßen B) einschließlich der Brücken, Tunnels und Gebirgspässen, rückwirkend per 1. Jänner 1997 von der Republik Österreich eingeräumt. In räumlicher Hinsicht bezieht sich das Recht der Fruchtnießung auf alle Grundflächen und baulichen Anlagen samt Zubehör und Einrichtungen, die gem. § 3 BStG 1971 Bestandteil dieser Bundesstraßen sind.

Der Bund räumt der ASFINAG insbesondere das Recht ein, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung die Einhebung von Benützungsgebühren und Mauten von sämtlichen Nutzern der übertragenen Straßen vorzunehmen.

Zum Fruchtgenuss werden jene Investitionen (Neubau, Zubau und Erweiterung) gerechnet, die zu einer Vermehrung der Verkehrsfläche und dadurch zu Mehrverkehr und höheren

Mauteinnahmen führen. Ebenso fruchtgenusserhöhend sind Maßnahmen, die aufgrund von Richtlinien und/oder gesetzlicher Vorschriften getätigt werden müssen.

Die während des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 aktivierten Fremdkapitalkosten beliefen sich auf EUR 1.441.261,02 (2013 EUR 1.166.122,71). Der Satz, der bei der Bestimmung der aktivierbaren Fremdkapitalkosten zugrunde gelegt wurde, belief sich im Durchschnitt auf 3,39 % (2013 3,88 %); dabei handelt es sich um den Effektivzins der finanziellen Schulden der ASFINAG unter Berücksichtigung von Erträgen aus Zwischenveranlagungen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus Beauftragungen im Rahmen des Infrastruktur-Investitionsprogrammes von rd. Mio. EUR 720 (2013 Mio. EUR 279).

Da der Restbuchwert des Fruchtgenussrechtes vom Bund garantiert wird, ist die Erfassung einer Wertminderung nicht erforderlich.

4.1.1.2 Firmenwert

Der ausgewiesene Firmenwert in der Höhe von EUR 153.032.137,39 resultiert zur Gänze aus dem Erwerb der EUROPPASS LKW-Mautsystem GmbH in 2005.

Der Firmenwert wurde zur Überprüfung der Werthaltigkeit dem ASFINAG Konzern als Ganzes zugeordnet. Aufgrund des einheitlichen Geschäftsfeldes der ASFINAG und der engen Zusammenarbeit der einzelnen Konzerngesellschaften zur Erreichung des einheitlichen Konzerngeschäftsmodells stellt der Gesamtkonzern die kleinste selbständige zahlungsmittelgenerierende Einheit dar, die von den Synergieeffekten aus dem Unternehmenszusammenschluss profitiert.

Der erzielbare Betrag wird auf Basis der Berechnung eines Nutzungswertes unter Verwendung von Cashflow-Prognosen ermittelt, die auf von der Unternehmensleitung für einen Zeitraum von sechs Jahren genehmigten Finanzplänen basieren, danach wird der Barwert einer ewigen Rente unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Wachstumsrate von 1,73% gerechnet.

Der für die Cashflow-Prognosen verwendete Abzinsungssatz (WACC) beträgt zum 31. Dezember 2014 4,96 % (2013 5,66 %). Für den Zinssatz wurden die gewogenen durchschnittlichen Kapitalkosten des Unternehmens herangezogen, die noch an die mit dem Vermögenswert verbundenen Risiken des Cash Flows angepasst wurden.

Im Folgenden werden die Grundannahmen erläutert, auf deren Basis die Unternehmensleitung ihre Cashflow-Prognosen zur Überprüfung der Werthaltigkeit des Firmenwertes erstellt hat und die unterstellte Wachstumsrate festgestellt wurde.

Das Infrastruktur-Investitionsprogramm wurde gem. Infrastruktur-Investitionsprogrammplanung bis 2020 fortgeschrieben. Die Mengensteigerungen entsprechen konservativen Ableitungen aus Verläufen der Vergangenheit. Die Preissteigerungen lehnen sich an einen angenommenen VPI an.

Für die Berechnung des Impairments wurden die Betriebsaufwendungen lt. Prognoserechnung übernommen. Lediglich die Investitionen im Fruchtgenuss, die nicht getätigt werden müssen, wurden nicht berücksichtigt.

Die Unternehmensleitung ist der Auffassung, dass derzeit keine nach vernünftigem Ermessen grundsätzlich mögliche Änderung einer der zur Bestimmung des Nutzungswertes der zahlungsmittelgenerierenden Einheit getroffenen Grundannahmen dazu führen könnte, dass der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ihren erzielbaren Wert wesentlich übersteigt.

4.2 Sachanlagen

Sachanlagen	Grundstücke	Bauten	Technische Anlagen u. Maschinen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Fahrzeuge und Mobilien zur Betriebsführung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Summe
Anschaffungskosten							
Stand am 01.01.2014	20.233.540,87	198.035.923,95	545.555.888,03	27.331.116,91	127.631.562,41	29.728.666,89	948.516.699,06
Zugänge	80.187,66	6.156.497,55	20.998.092,71	2.894.009,26	12.821.124,50	43.697.500,80	86.647.412,50
Umbuchungen	33.799,00	110.471,83	7.040.668,71	0,00	311.058,80	-7.602.562,69	-106.564,35
Umgliederungen	-618.390,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-618.390,76
Abgänge	-97.290,20	-250.227,55	-2.912.891,14	-3.402.542,58	-4.497.653,46	-55.090,88	-11.215.895,81
Stand am 31.12.2014	19.631.846,57	204.052.665,78	570.681.758,31	26.822.583,61	136.266.092,25	65.768.514,12	1.023.223.460,64
Abschreibungen u. Wertminderungen							
Stand am 01.01.2014	0,00	113.682.694,95	266.928.414,03	18.701.252,05	63.876.095,81	2.076.853,87	465.265.310,71
Abschreibung	0,00	7.239.762,38	33.436.689,38	2.903.671,82	10.193.591,30	0,00	53.773.714,88
Wertminderung	0,00	0,00	0,00	0,00	35.863,00	17.916,39	53.779,39
Abgänge	0,00	-228.355,55	-2.489.650,10	-3.359.065,14	-3.946.115,46	0,00	-10.023.186,25
Afa Umbuchung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand am 31.12.2014	0,00	120.694.101,78	297.875.453,31	18.245.868,73	70.159.434,65	2.094.770,26	509.069.618,73
Buchwerte 31.12.2013	20.233.540,87	84.353.229,00	278.627.474,00	8.629.864,86	63.755.466,60	27.651.813,02	483.251.388,35
Buchwerte 31.12.2014	19.631.846,57	83.358.564,00	272.806.305,00	8.576.724,88	66.106.657,60	63.673.743,86	514.153.841,91

Sachanlagen	Grundstücke	Bauten	Technische Anlagen u. Maschinen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Fahrzeuge und Mobilien zur Betriebsführung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Summe
Anschaffungskosten							
Stand am 01.01.2013	20.538.555,25	194.151.433,17	515.201.718,28	24.790.437,13	123.022.546,68	35.445.074,93	913.149.765,44
Zugänge	482.841,51	2.615.921,94	13.427.993,58	3.264.383,96	9.824.849,99	21.254.264,37	50.870.255,35
Umbuchungen	3.037,28	1.443.492,50	23.635.527,20	317.729,34	10.892,30	-25.731.700,99	-321.022,37
Abgänge	-790.893,17	-174.923,66	-6.709.351,03	-1.041.433,52	-5.226.726,56	-1.238.971,42	-15.182.299,36
Stand am 31.12.2013	20.233.540,87	198.035.923,95	545.555.888,03	27.331.116,91	127.631.562,41	29.728.666,89	948.516.699,06
Abschreibungen u. Wertminderungen							
Stand am 01.01.2013	0,00	106.477.807,17	238.592.980,80	16.891.197,61	58.903.231,93	3.028.595,83	423.893.813,34
Abschreibung	0,00	7.340.237,44	34.183.435,76	2.816.762,83	9.515.867,74	0,00	53.856.303,77
Wertminderung	0,00	0,00	0,00	0,00	16.478,00	92.611,02	109.089,02
Abgänge	0,00	-135.349,66	-5.642.851,03	-1.013.183,39	-4.558.158,36	-1.044.352,98	-12.593.895,42
Afa Umbuchung	0,00	0,00	-5.151,50	6.475,00	-1.323,50	0,00	0,00
Zuschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand am 31.12.2013	0,00	113.682.694,95	266.928.414,03	18.701.252,05	63.876.095,81	2.076.853,87	465.265.310,71
Buchwerte 31.12.2013	20.233.540,87	84.353.229,00	278.627.474,00	8.629.864,86	63.755.466,60	27.651.813,02	483.251.388,35
Buchwerte 31.12.2012	20.538.555,25	87.673.626,00	276.608.737,48	7.899.239,52	64.119.314,75	32.416.479,10	489.255.952,10

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine Sachanlagen verpfändet.

Die während des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 aktivierten Fremdkapitalkosten beliefen sich auf EUR 120.321,13 (2013 EUR 61.666,15). Der Satz, der bei der Bestimmung der aktivierbaren Fremdkapitalkosten zugrunde gelegt wurde, belief sich im Durchschnitt auf 3,39 % (2013 3,88 %); dabei handelt es sich um den Effektivzins der finanziellen Schulden der ASFINAG unter Berücksichtigung von Erträgen aus Zwischenveranlagungen.

4.3 Zuwendungen der öffentlichen Hand

Im Geschäftsjahr 2014 wurden die Zugänge zu den Vermögenswerten um Förderungen bzw. Zuschüsse in Höhe von EUR 7.135.266,19 (2013 EUR 10.258.346,25) davon Zuschüsse zum Fruchtgenuss EUR 4.878.376,95 (2013 EUR 8.970.529,43) sowie die Zugänge zu den Sachanlagen um Zuschüsse in Höhe von EUR 2.265.889,24 (2013 EUR 1.287.816,82) vermindert. Die Zuschüsse betreffen sowohl Förderungen im Rahmen von EU-Projekten als auch Baukostenzuschüsse der einzelnen Bundesländer.

Weiters wurden in 2014 Aufwandszuschüsse in der Höhe von EUR 9.407.116,50 (2013 EUR 3.602.538,55) erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

4.4 Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

	2014	2013
Buchwert Stand 01.01.	22.391.972,56	22.996.168,47
Zugänge	516.883,74	1.551.023,51
Abgänge	-1.984.485,16	-2.386.965,33
Umbuchungen	-527.162,54	234.296,52
Umgliederungen	-451.375,17	0,00
Wertminderungsaufwendungen	-3.062.733,69	-240.017,45
Wertaufholungen	2.814.120,50	237.466,84
Buchwert Stand 31.12.	19.697.220,24	22.391.972,56
Anschaffungskosten	34.308.270,04	36.928.745,46
Kumulierte Wertminderungen	-14.611.049,80	-14.536.772,90

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien werden mit fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Unter diese Kategorie fallen 1.264 Liegenschaften.

Der beizulegende Zeitwert am 31. Dezember 2014 beträgt EUR 37.744.905,36 (2013 EUR 51.843.930,67).

2014 wurden alle Grundstücke mit einem bisherigen Zeitwert von über EUR 50.000,00 durch einen externen Gutachter neu bewertet. Diese Bewertung erfolgte auf Basis einer von der ASFINAG zur Verfügung gestellten Portfolioanalyse. Weiters wurden Luftbilder zur Verfügung gestellt. Die Flächenwidmungsbestimmungen wurden seitens des beauftragten Sachverständigen für jedes Grundstück erhoben. Im Zuge der Gutachtenserstellung hat der beauftragte Sachverständige umfangreiche Erhebungen über angemessene und nachhaltig erzielbare Grundstückspreise für die einzelnen Grundstücke durchgeführt. (Grundpreiserhebungen bei den Gemeinden, Landwirtschaftskammern, Bezirkslandwirtschaftskammern, Immobilienmaklern, etc.).

Der beauftragte Sachverständige berücksichtigte beim Ratingverfahren folgende Kriterien:

- Größe bei gegebener Widmung
- Form bei gegebener Widmung
- Nutzbarkeit bei gegebener Widmung
- Anbindung
- Neigung
- benachbarte ASFINAG Liegenschaften.

Der ermittelte Zeitwert versteht sich als Level 3 im Sinne der Kategorien des IFRS 13.

Die Liegenschaften werden rein zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten. Im Zusammenhang mit den Grundstücken fallen lediglich unwesentliche Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung an, da derzeit mit dem weitaus überwiegenden Teil der Grundstücke keine Einnahmen erzielt werden. Im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung dieser Grundstücke stehenden Aufwendungen sind vernachlässigbar.

4.5 Anteile an assoziierten Unternehmen

Die Anteile an assoziierten Unternehmen resultieren aus der Beteiligung an der M6 Tolna Üzemeltető Koriátolt Felelősségű Társaság, die "at Equity" in den Konzernabschluss einbezogen wurde.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde eine Erhöhung des Stammkapitals der M6 Tolna Üzemeltető Koriátolt Felelősségű Társaság auf insgesamt HUF 27.750.000,00 vorgenommen. Der Beteiligungsansatz zum 31. Dezember 2014 beträgt nach Berücksichtigung des anteiligen Periodenergebnisses (entspricht mangels sonstigem Ergebnis dem Gesamtergebnis) und der im aktuellen Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividende EUR 159.542,95 (2013 EUR 77.791,30). Differenzen, die sich auf Grund der Währungsumrechnung ergeben würden, sind unwesentlich und werden aus Wesentlichkeitsüberlegungen nicht erfasst.

Die Entwicklung des Beteiligungsansatzes stellt sich wie folgt dar:

Beteiligungsansatz zum 31.12.2012	132.370,23
+ anteiliges Periodenergebnis	33.925,82
- Ausschüttung	-88.504,75
Beteiligungsansatz zum 31.12.2013	77.791,30
+ anteiliges Periodenergebnis	81.751,65
- Ausschüttung	0,00
Beteiligungsansatz zum 31.12.2014	159.542,95

Die zusammengefassten Finanzinformationen der M6 Tolna Üzemeltető Koriátolt Felelősségű Társaság stellen sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt dar (in EUR):

	31.12.2014	31.12.2013
Kurzfristige Vermögenswerte	815.373,54	855.766,90
Langfristige Vermögenswerte	963.245,49	1.052.430,65
Summe Vermögenswerte	1.778.619,03	1.908.197,55
Eigenkapital	1.034.373,49	523.428,00
Ausgleichsposten Währungsumrechnung	-42.316,43	-57.066,57
Kurzfristige Schulden	487.747,38	1.034.709,13
Langfristige Schulden	298.814,59	407.126,99
Summe Eigenkapital und Schulden	1.778.619,03	1.908.197,55
Erträge	2.672.784,74	2.757.684,69
Aufwendungen	-2.161.839,24	-2.545.648,31
Periodenergebnis	510.945,49	212.036,38
Anteiliges Periodenergebnis ASFINAG AG 16%	81.751,65	33.925,82

Darüber hinaus wird der Anteil an der Verkehrsauskunft Österreich GesbR in Höhe von EUR 11.956,88 ausgewiesen. Das im Jahr 2014 bei dieser Beteiligung erfasste Ergebnis beträgt EUR 49.820,34.

Zwischen der Verkehrsauskunft Österreich GesbR und der ASFINAG als Leistungserbringerin besteht ein kontrahiertes Leistungsvolumen, das im Jahr 2015 voraussichtlich EUR 266.823,50 ausmachen wird. Darüber hinaus bestehen mit der M6 Tolna Üzemeltető Koriátolt Felelősségű Társaság Leistungsbeziehungen, bei welchen die ASFINAG als Leistungserbringerin im Jahr 2014 Erlöse in Höhe von EUR 26.800,00 erzielte.

4.6 Übrige langfristige Vermögenswerte

	31.12.2014	31.12.2013
Übrige langfristige Abgrenzungsposten	75.666.510,78	80.960.480,42
Übrige langfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte	75.666.510,78	80.960.480,42
Wertpapiere und Finanzinvestitionen	3.415.921,82	3.357.393,22
Finanzderivate	82.680.467,17	55.087.991,73
sonstige übrige langfristige finanzielle Forderungen	1.435.655,78	941.745,02
Übrige langfristige finanzielle Vermögenswerte	87.532.044,77	59.387.129,97
Übrige langfristige Vermögenswerte	163.198.555,55	140.347.610,39

Die übrigen langfristigen Abgrenzungsposten enthalten überwiegend die im Voraus an den Bund überwiesenen Haftungsentgelte für Anleihen für einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden die übrigen langfristigen finanziellen Vermögenswerte nicht wertberichtigt. Darüber hinaus kam es zu keinen Abgängen der Wertpapiere und Finanzinvestitionen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden EUR 58.528,60 Wertänderungen vor Steuern für Wertpapiere (2013 EUR -3.181,30) im sonstigen Ergebnis erfasst.

Finanzderivate werden in Punkt 4.20 erläutert.

4.7 Ertragsteuern

Die in der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Ertragsteuern stellen sich wie folgt dar:

	2014	2013
Tatsächliche Ertragsteuern	179.293.335,73	158.490.478,39
künftiger Steuerertrag/-aufwand, aus dem Entstehen und der Auflösung von temporären Differenzen	-7.865.027,00	-3.669.171,39
aperiodischer künftiger Steuerertrag/-aufwand, aus dem Entstehen und der Auflösung von temporären Differenzen	1.644.133,89	-172,61
ausgewiesene Ertragsteuern	173.072.442,62	154.821.134,39

Die in der Bilanz ausgewiesenen Ertragssteuerschulden entwickeln sich wie folgt:

Stand 01.01.2013	22.098.768,52
Zugang	18.794.258,39
Verbrauch	-22.098.768,52
Stand 31.12.2013	18.794.258,39
Zugang	39.593.335,73
Verbrauch	-18.794.258,39
Stand 31.12.2014	39.593.335,73

Die im sonstigen Ergebnis erfassten Buchungen der latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

	2014	2013
versicherungsmathematischer + Gewinn / - Verlust Abfertigungsrückstellung	39.258,00	-38.266,00
versicherungsmathematischer + Gewinn / - Verlust Pensionsrückstellung	94.989,00	-223.293,00
+ Gewinn / - Verlust aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-14.632,00	795,00
ausgewiesene Ertragsteuern	119.615,00	-260.764,00

Die Überleitungsrechnung zwischen dem Ertragsteueraufwand und dem Produkt aus bilanziellem Periodenergebnis und dem anzuwendenden Steuersatz des Konzerns setzt sich für die Geschäftsjahre 2014 und 2013 wie folgt zusammen:

	31.12.2014	31.12.2013
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und Ertrag	692.252.998,48	636.805.991,00
Hypothetische Ertragsteuer (Gruppensteuersatz)	173.063.249,73	159.201.498,00
Steueraufwand für Vorjahre	1.644.133,89	-172,61
Steuereffekt aus steuerlich nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben	136.609,00	90.749,00
Steuereffekt aus steuerfreiem Einkommen	-39.715,00	-2.736.115,00
Firmenwert (§ 9 KStG)	-1.734.825,00	-1.734.825,00
Steuern für Personengesellschaften	2.990,00	0,00
Summe Steueraufwand (+) / Steuererstattung (-)	173.072.442,62	154.821.134,39
effektive Steuerquote	25,00%	24,31%

Die künftigen Steueransprüche und -schulden stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2014	31.12.2013
Künftige Ertragsteueransprüche		
Bewertung AFS-Wertpapiere	97.250,00	111.882,00
Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern (IAS 19-Berechnung)	4.542.184,00	4.235.741,00
Kurzfristige Rückstellungen (IFRIC 12)	50.493.695,00	42.230.213,00
Summe künftige Ertragssteueransprüche	55.133.129,00	46.577.836,00
Künftige Ertragsteuerschulden		
Fair Value Bewertung von Finanzinstrumenten	2.722.172,00	1.194.186,00
Immaterielle Vermögenswerte	1.072.325,00	1.383.013,00
Sachanlagen	3.300.915,00	3.263.473,00
Übrige langfristige Schulden	659.566,00	1.456.757,00
Übrige lang- und kurzfristige Schulden	113.102,00	0,00
Summe künftige Ertragssteuerschulden	7.868.080,00	7.297.429,00
künftige Ertragssteueransprüche / - (-schulden)	47.265.049,00	39.280.407,00

Die Buchwertdifferenzen bei den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ergeben sich zum überwiegenden Teil aus der Anwendung der Halbjahres-Regel für die steuerliche Abschreibung im Gegensatz zur Pro-Rata-Temporis-Abschreibung und IAS 23 Zinsen im IFRS und zum geringen Teil aus einer unversteuerten Rücklage für vorzeitige Abschreibung gem. § 7a EStG.

Die Differenzen zwischen den IFRS-Werten und den Steuerwerten im Bereich der langfristigen und kurzfristigen finanziellen Schulden ergeben sich aus den Bewertungsunterschieden bei den Anleihen, Darlehen und den damit im Zusammenhang stehenden Swap-Geschäften.

Für die vertragliche Verpflichtung, die österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen in einem bestimmten Zustand zu erhalten, wurde eine Rückstellung nach IFRIC 12 in Höhe von EUR 201.974.778,87 (2013 EUR 169.190.485,45) gebildet, die im Steuerrecht nicht berücksichtigt wurde.

Die Differenzen zwischen den übrigen lang- und kurzfristigen Schulden sind auf die Abzinsung der langfristigen Rückstellungen auf den Nettobarwert zurückzuführen.

Auf temporäre Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die von Konzerngesellschaften gehalten werden, in der Höhe von EUR 29.408.803,59 (2013 EUR 27.136.184,95) wurden keine latenten Steuerschulden angesetzt, da sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht auflösen werden.

4.8 Vorräte

	31.12.2014	31.12.2013
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.704.245,45	12.251.885,62
Vorräte	10.704.245,45	12.251.885,62

An Vorräten waren am Bilanzstichtag die für den Winterdienst erforderlichen Streumittel, Treibstoffe, diverse Hilfs- und Betriebsstoffe, Heizöl, auf Vorrat produzierte Vignetten für 2015 sowie die für den Tunnelbetrieb notwendigen Ersatzteile vorhanden.

Vorräte werden mit Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert zum Bilanzstichtag bewertet. Für den überwiegenden Teil der Vorräte kommt das gleitende Durchschnittspreisverfahren zur Anwendung mit Ausnahme der Lagerbestände an Heizöl, welche nach dem FiFo-Verfahren bewertet werden.

Wertminderungen auf Vorräte waren in der Berichtsperiode wie auch im Vorjahr nicht zu erfassen.

Als Aufwand aus Vorräten wurde in der Berichtsperiode EUR 13.283.782,72 (2013 EUR 24.709.441,86) erfasst.

Die bestehenden Vorräte wurden nicht als Sicherheit verpfändet.

4.9 Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	200.161.948,44	197.123.748,31
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	200.161.948,44	197.123.748,31

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind nicht verzinslich und haben im Allgemeinen eine Fälligkeit bis zu 60 Tagen. Die ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Wertberichtigungen in der Höhe von EUR 1.114.456,81 (2013 EUR 780.174,58). Die Wertminderungsaufwendungen der Berichtsperiode wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst und betreffen zum überwiegenden Teil zu 100 % wertberichtigte Forderungen.

Wertminderungen werden ausschließlich auf Basis von Einzelbetrachtungen vorgenommen.

Die Entwicklung des Wertberichtigungskontos stellt sich wie folgt dar:

	Einzelwertberichtigt
Stand 01.01.2013	777.147,08
Aufwandswirksame Zuführungen	58.196,14
Auflösungen	-17.118,96
Inanspruchnahme	-38.049,68
Stand 31.12.2013	780.174,58
Aufwandswirksame Zuführungen	355.690,49
Auflösungen	-11.005,13
Inanspruchnahme	-10.403,13
Stand 31.12.2014	1.114.456,81

Zum 31. Dezember 2014 stellt sich die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt dar:

	2014	2013
Weder überfällig, noch wertgemindert	197.770.254,19	190.971.868,04
Überfällig, aber nicht wertgemindert	2.391.694,25	6.151.880,27
< 30 Tage	1.663.459,46	4.175.594,23
30 - 60 Tage	218.076,63	856.396,77
61 - 90 Tage	179.926,86	16.059,10
91 - 120 Tage	7.407,84	87.211,66
> 120 Tage	322.823,46	1.016.618,51
Summe	200.161.948,44	197.123.748,31

Bei noch nicht überfälligen Forderungen liegen keine Hinweise auf Forderungsausfälle vor.

4.10 Übrige kurzfristige Vermögenswerte

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen ggü. in- und ausländischen Finanzbehörden	22.898.681,74	24.293.803,10
übrige kurzfristige Abgrenzungsposten	11.411.375,10	10.411.638,45
sonstige übrige kurzfristige nicht-finanzielle Forderungen	54.639,38	85.174,36
Übrige kurzfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte	34.364.696,22	34.790.615,91
sonstige übrige kurzfristige finanzielle Forderungen	29.075.127,49	28.474.771,55
Finanzderivate	9.778.369,24	14.136.779,46
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	38.853.496,73	42.611.551,01
Übrige kurzfristige Vermögenswerte	73.218.192,95	77.402.166,92

Die übrigen kurzfristigen Abgrenzungsposten enthalten den kurzfristigen Teil der im Voraus an den Bund überwiesenen Haftungsentgelte für Anleihen.

Die ausgewiesenen sonstigen übrigen nicht-finanziellen und finanziellen Forderungen haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr. Zum 31. Dezember 2014 waren sonstige finanzielle Forderungen in der Höhe von EUR 93.673,35 (2013 82.316,65) wertgemindert. Wertminderungen werden ausschließlich auf Basis von Einzelbetrachtungen vorgenommen, eine Wertberichtigung auf pauschaler Basis erfolgt nicht.

Die sonstigen übrigen finanziellen Forderungen beinhalten EU-Förderungen für diverse Projekte mit EUR 581.273,87 (2013 EUR 1.755.764,50) sowie Kostenbeteiligungen und Entschädigungen durch die Bundesländer, den Bund und durch Dritte mit EUR 9.765.414,46 (2013 EUR 8.165.423,04).

Finanzderivate werden in Punkt 4.20 erläutert.

4.11 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.12.2014	31.12.2013
Kassenbestände	294.162,13	282.412,61
Bankguthaben	18.620.038,97	58.397.615,41
Zahlungsmitteläquivalente	3.819.988,13	2.008.129,79
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	22.734.189,23	60.688.157,81

Zahlungsmitteläquivalente beinhalten Gelder unterwegs und andere finanzielle Vermögenswerte wie Gutschriften aus Zinsforderungen gegenüber Kreditinstituten.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit variablen Zinssätzen für täglich kündbare Guthaben verzinst.

Verfügungsbeschränkungen über die Zahlungsmittel bestanden weder zum aktuellen noch zum vergangenen Bilanzstichtag.

4.12 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

	31.12.2014	31.12.2013
langfristige Vermögenswerte	1.069.765,93	0,00
langfristige Vermögenswerte zur Veräußerung	1.069.765,93	0,00

Bei den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten handelt es sich um eine Liegenschaft bei welcher der Liegenschafts Kaufvertrag bereits im Geschäftsjahr 2014 von beiden Vertragsparteien unterzeichnet wurde, der Übergang von sämtlichen Gefahren und Lasten im Zusammenhang mit dieser Liegenschaft jedoch erst im Geschäftsjahr 2015 erfolgen wird.

Diesbezüglich handelt es sich um eine gemäß IAS 40 bewertete Liegenschaft sowie um ein nach IAS 16 bewertetes Gebäude.

4.13 Gezeichnetes Kapital und Rücklagen

Die Entwicklung des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen findet sich im Detail in der Konzern Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Ausgegeben und vollständig einbezahlt	in Stück	EUR
Stand 31.12.2013	1.000	392.433.304,51
Stand 31.12.2014	1.000	392.433.304,51

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 392.433.304,51 (2013 EUR 392.433.304,51) und ist zur Gänze eingezahlt. Es ist zerlegt in 1.000 Stückaktien, welche zur Gänze der Republik Österreich vorbehalten sind.

Die Kapitalrücklagen setzen sich aus der gebundenen und der nicht gebundenen Kapitalrücklage zusammen. Die gebundene Kapitalrücklage in Höhe von EUR 32.925.317,48 (2013 EUR 32.925.317,48) wurde anlässlich der mit 31. Dezember 1999 durchgeführten vereinfachten Kapitalherabsetzung gebildet. Die nicht gebundene Kapitalrücklage in Höhe von EUR 36.990.472,59 (2013 EUR 36.990.472,59) resultiert aus der in den Vorjahren erfolgten unentgeltlichen Übertragung der bisher vom Land Salzburg, Kärnten und Steiermark an der ÖSAG gehaltenen Anteile durch die Republik Österreich.

In 2005 wurde gemäß § 130 AktG eine gebundene Gewinnrücklage aus dem Jahresüberschuss 2005 der ASFINAG in der Höhe von EUR 6.318.012,97 (2013 EUR 6.318.012,97) gebildet. Zusammen mit der gebundenen Kapitalrücklage bilden sie die gesetzliche Rücklage in Höhe von mindestens 10 % des Grundkapitals mit EUR 39.243.330,45 (2013 EUR 39.243.330,45).

In der IAS-39-Rücklage werden Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten erfasst. Der Steuereffekt darauf beträgt 2014 EUR 97.250,00 (2013 EUR 111.882,00). Im Geschäftsjahr 2014 kam es weder zu Zu- als auch Abgängen der als Finanzinvestitionen gehaltenen Wertpapieren.

Im kumulierten Konzernergebnis werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sowie erfahrungsbedingte Anpassungen im Zusammenhang mit Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern aus Pensionen und Abfertigungen erfasst. Der Steuereffekt darauf beträgt 2014 EUR 134.247,00 (2013 EUR -261.559,00).

Die Anteile anderer Gesellschafter in der Höhe von EUR 4.700.000,00 sind betragsmäßig im Vergleich zu 2013 unverändert, da diese Gesellschafter nicht am Ergebnis der Tochterunternehmen partizipieren.

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 wurde eine Dividende in der Höhe von EUR 200.000.000,00 genehmigt, die Ausschüttung erfolgt in Teilbeträgen am 11. November 2014 und 25. Jänner 2015.

Die Entwicklung des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesen.

4.14 Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern

Die Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014	31.12.2013
Abfertigungsverpflichtungen	22.539.698,00	22.179.540,00
Pensionsverpflichtungen	9.609.273,00	9.571.732,00
Jubiläumsgeldverpflichtungen	7.808.847,00	6.285.805,00
Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern	39.957.818,00	38.037.077,00

Die für das nächste Geschäftsjahr für die einzelnen Verpflichtungen geschätzten Arbeitgeberbeiträge werden im Wesentlichen unverändert zu den bisherigen Geschäftsjahren erwartet. Die Verpflichtungen ergeben sich aus Zusagen gegenüber den eigenen Mitarbeitern als auch den Mitarbeitern aus Personalüberlassungsverträgen mit den Bundesländern.

4.14.1 Abfertigungsverpflichtungen

Abfertigungen sind einmalige Abfindungen, die aufgrund arbeitsrechtlicher Vorschriften bei der Kündigung der Arbeitnehmer sowie regelmäßig bei Pensionsantritt an Mitarbeiter bezahlt werden müssen. Die Höhe richtet sich nach der Anzahl der Dienstjahre und der Höhe der Bezüge. Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden in jenem Ausmaß gebildet, das sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergibt.

In den folgenden Tabellen werden die Bestandteile der in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der im sonstigen Ergebnis erfassten Aufwendungen für Abfertigungen und die in der Konzernbilanz für die jeweiligen Pläne angesetzten Beträge dargestellt.

	2014	2013
Nettobarwert der Verpflichtung	22.539.698,00	22.179.540,00
Erfahrungsbedingte Anpassungen der Rückstellung (Gewinne -/Verluste +)	118.689,00	105.317,00

Die Änderungen des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	2014	2013
Leistungsorientierte Verpflichtung 01.01	22.179.540,00	22.424.260,00
Dienstzeitaufwand	634.194,00	695.924,00
Zinsaufwand	726.802,00	749.682,00
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Neubewertungen	157.032,00	-153.062,00
Tatsächliche Zahlungen	-1.157.870,00	-1.509.457,00
Übertragungszahlungen	0,00	-27.807,00
Leistungsorientierte Verpflichtung 31.12	22.539.698,00	22.179.540,00

Neubewertungen betreffen in der Höhe von EUR 3.291,00 (2013 EUR -19.827,00) Änderungen in demographischen Annahmen und EUR -279.012,00 (2013 EUR 67.572,00) Änderungen in finanziellen Annahmen. Die erfahrungsbedingten Anpassungen belaufen sich im Geschäftsjahr 2014 auf EUR 118.689,00 (2013 EUR 105.317,00).

Die in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Netto-Aufwendungen, die aus Leistungszusagen resultieren, setzten sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
Laufender Dienstzeitaufwand	634.194,00	695.924,00
Zinsaufwand	726.802,00	749.682,00
Netto-Aufwendungen für Abfertigungen	1.360.996,00	1.445.606,00

Die Bewertung erfolgt unter Zugrundelegung folgender Parameter:

	2014	2013
Zinssatz	2,25%	3,50%
Bezugssteigerungsrate für eigene und Landes-Mitarbeiter	2,40 % - 2,50 %	2,50 % - 3,90 %
Pensionsalter	APG 04	APG 04
Rechnungsgrundlagen	AVO 2008	AVO 2008
Fluktuation (pauschaler Abschlag)	0,00%	0,00%

Zum 31. Dezember 2014 beträgt die durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtung aus Abfertigungen 8,9 Jahre (2013 9,3 Jahre).

Realistische Änderungen der folgenden, für die Berechnung des Abfertigungsaufwands und der erwarteten leistungsorientierten Ansprüche als wesentlich erachteten versicherungsmathematischen Parameter zum Berichtszeitpunkt bei gleichzeitiger Konstanz aller anderen Parameter würden zu folgenden Veränderungen des Nettobarwertes der Verpflichtung führen:

	Veränderung des Nettobarwertes der Verpflichtung	
	- 0,5 %	+ 0,5 %
Zinssatz	1.015.964,00	-951.505,00
Gehaltssteigerung	-930.763,00	996.595,00

4.14.2 Pensionsverpflichtungen

Aufgrund von einzelvertraglichen Regelungen besteht für ein Konzernunternehmen die Verpflichtung, Mitarbeitern nach dem Eintreten in den Ruhestand Pensionszusahlungen zu leisten. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 bestanden 12 Anwartschaften (2013 12).

In den folgenden Tabellen werden die Bestandteile der in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der im sonstigen Ergebnis erfassten Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen und die in der Konzernbilanz für die jeweiligen Pläne angesetzten Beträge dargestellt.

	2014	2013
Nettobarwert der Verpflichtung	9.609.273,00	9.571.732,00
Erfahrungsbedingte Anpassungen der Rückstellung (Gewinne -/Verluste +)	440.501,00	846.470,00

Die Änderungen des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	2014	2013
Leistungsorientierte Verpflichtung 01.01	9.571.732,00	10.798.107,00
Dienstzeitaufwand	0,00	0,00
Zinsaufwand	323.111,00	364.754,00
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Neubewertungen	379.962,00	-893.176,00
Tatsächliche Zahlungen	-665.532,00	-697.953,00
Leistungsorientierte Verpflichtung 31.12	9.609.273,00	9.571.732,00

Neubewertungen betreffen in der Höhe von EUR -820.463,00 (2013 EUR 46.706,00) Änderungen in finanziellen Annahmen. Die erfahrungsbedingten Anpassungen belaufen sich im Geschäftsjahr 2014 auf EUR 440.501,00 (2013 EUR 846.470,00).

Die in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Netto-Aufwendungen, die aus Leistungszusagen resultieren, setzten sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
Laufender Dienstzeitaufwand	0,00	0,00
Zinsaufwand	323.111,00	364.754,00
Netto-Aufwendungen für Pensionen	323.111,00	364.754,00

Die Bewertung erfolgt unter Zugrundelegung folgender Parameter:

	2014	2013
Zinssatz	2,25%	3,50%
Pensionssteigerungsrate (Anwartschaftsphase)	0,00%	0,00%
Pensionssteigerungsrate (Liquiditätsphase)	1,70%	2,00%

Zum 31. Dezember 2014 beträgt die durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtung aus Pensionszusagen 10 Jahre (2013 9,9 Jahre).

Als rechnerisches Pensionsalter in Österreich wurde das frühest mögliche Anfallsalter für die Alterspension gemäß Pensionsreform 2004 (Budgetbegleitgesetz 2003) unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen zugrunde gelegt. Bei der Berechnung wurden die Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung AVÖ-2008-P in der Ausprägung für Angestellte zugrunde gelegt.

Realistische Änderungen der folgenden, für die Berechnung des Pensionsaufwands und der erwarteten leistungsorientierten Ansprüche als wesentlich erachteten versicherungsmathematischen Parameter zum Berichtszeitpunkt bei gleichzeitiger Konstanz aller anderen Parameter würden zu folgenden Veränderungen des Nettobarwertes der Verpflichtung führen:

	Veränderung des Nettobarwertes der Verpflichtung	
	- 0,5 %	+ 0,5 %
Zinssatz	490.073,00	-451.636,00
	- 0,25 %	+ 0,25 %
Pensionssteigerung	-230.623,00	240.232,00

4.14.3 Jubiläumsgeldverpflichtungen

Als sonstige langfristige Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern bestehen in der ASFINAG Gruppe weiters kollektivvertragliche Jubiläumsgeldverpflichtungen

Zum Bilanzstichtag beträgt die bilanzierte Verpflichtung EUR 7.808.847,00 (2013 EUR 6.285.805,00).

Die Änderungen des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	2014	2013
Leistungsorientierte Verpflichtung 01.01	6.285.805,00	5.827.014,00
Dienstzeitaufwand	1.733.173,00	740.035,00
Zinsaufwand	228.642,00	215.153,00
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Neubewertungen	-92.135,00	-70.402,00
Tatsächliche Zahlungen	-346.638,00	-425.995,00
Leistungsorientierte Verpflichtung 31.12	7.808.847,00	6.285.805,00

4.15 Langfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	587.097,04	756.729,86
Langfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	587.097,04	756.729,86

Die langfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen noch offene Haftrückklasse aus der laufenden Bau- und Erhaltungstätigkeit, da deren Erfüllung nicht innerhalb des normalen Geschäftszyklus des Unternehmens erwartet wird.

4.16 Übrige langfristige Schulden

	31.12.2014	31.12.2013
Übrige langfristige Abgrenzungsposten	1.946.134,93	2.045.076,22
sonstige übrige langfristige nicht-finanzielle Schulden	1.758.271,94	659.925,34
Übrige langfristige nicht-finanzielle Schulden	3.704.406,87	2.705.001,56
Finanzderivate	0,00	42.989.953,13
sonstige übrige langfristige finanzielle Schulden	79.818,73	38.638,73
Übrige langfristige finanzielle Schulden	79.818,73	43.028.591,86
Übrige langfristige Schulden	3.784.225,60	45.733.593,42

Die übrigen langfristigen nicht-finanziellen Schulden beinhalten Verpflichtungen aus Altersteilzeit gegenüber den eigenen Mitarbeitern und Mitarbeitern aus Personalüberlassungsverträgen mit den Bundesländern mit EUR 758.271,94 (2013 EUR 659.925,34), Verbindlichkeiten aus der Grundeinlöse mit EUR 1.000.000,00 (2013 EUR 0,00), Vorauszahlungen von Gemeinden für Erhaltungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem Straßennetz sowie Bestandszinsvorauszahlungen

Die übrigen langfristigen finanziellen Schulden beinhalten Kautionen.

Finanzderivate werden in Punkt 4.20 erläutert. Da die betroffenen Derivate im Jahr 2015 auslaufen, erfolgt zum 31. Dezember 2014 ein Ausweis unter den kurzfristigen Schulden, während im Vorjahr die Restlaufzeit noch bei über einem Jahr gelegen ist.

4.17 Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	269.082.532,78	253.077.296,84
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	269.082.532,78	253.077.296,84

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind nicht verzinst und haben im Normalfall eine Laufzeit von 30 bis 60 Tagen, ausgenommen Baurechnungen die eine Laufzeit von bis zu 90 Tagen aufweisen.

4.18 Übrige kurzfristige Schulden

	31.12.2014	31.12.2013
Übrige kurzfristige Abgrenzungsposten	98.203.331,04	95.892.474,15
sonstige übrige kurzfristige nicht-finanzielle Schulden	30.222.561,58	36.417.672,88
- davon Verbindlichkeiten ggü. in- und ausländischen Finanzbehörden und Gemeinden	11.634.412,91	19.229.710,04
- davon Verbindlichkeiten ggü. Gebietskrankenkassen	3.008.628,02	2.866.498,77
- davon für Personal (Gehälter, nicht verbrauchte Urlaube, Gleitzeitüberhänge und Altersteilzeit)	15.579.520,65	14.321.464,07
Übrige kurzfristige nicht-finanzielle Schulden	128.425.892,62	132.310.147,03
Finanzderivate	44.931.206,23	0,00
sonstige übrige kurzfristige finanzielle Schulden	62.558.946,46	7.598.750,95
Übrige kurzfristige finanzielle Schulden	107.490.152,69	7.598.750,95
Übrige kurzfristige Schulden	235.916.045,31	139.908.897,98

Die in den sonstigen übrigen kurzfristigen nicht-finanziellen Schulden enthaltenen Verbindlichkeiten für Personal bestehen gegenüber den eigenen Mitarbeitern sowie den Mitarbeitern aus Personalüberlassungsverträgen mit den Bundesländern.

Der überwiegende Teil der übrigen kurzfristigen Abgrenzungsposten sind Verpflichtungen aus noch nicht verbrauchten Prepaywerten in der Höhe von EUR 14.673.670,45 (2013 EUR 15.171.640,68). Für Erlösabgrenzungen aus dem Vorverkauf von Vignetten für das Jahr 2014 wurden EUR 83.452.213,79 (2013 EUR 80.569.718,24) eingebucht.

In den sonstigen übrigen finanziellen Schulden ist die zum Bilanzstichtag noch offene Verbindlichkeit gegenüber dem Eigentümer aus der Dividendenausschüttung des Bilanzgewinns zum 31. Dezember 2013 in der Höhe von EUR 55.000.000,00 (2013 EUR 0,00) enthalten.

Finanzderivate werden in Punkt 4.20 erläutert.

4.19 Kurzfristige Rückstellungen

Stand 01.01.2013	173.205.119,09
Zugang	181.505.017,99
Auflösung	-13.888.112,14
Umbuchung	70.000,00
Verbrauch	-156.787.569,99
Stand 31.12.2013	184.104.454,94
Zugang	209.940.601,79
Auflösung	-4.737.497,87
Verbrauch	-179.366.957,10
Stand 31.12.2014	209.940.601,79

Die kurzfristigen Rückstellungen beinhalten insbesondere die aus dem Fruchtgenussvertrag resultierenden kurzfristigen vertraglichen Verpflichtungen der ASFINAG zur Erhaltung bzw. zur Wiederherstellung der Infrastruktur am 31. Dezember 2014 in der Höhe von EUR 201.974.778,87 (2013 EUR 169.190.485,45).

In 2007 kam es zu einer Vertragsanpassung der Kündigungsfrist. Der Vertrag kann nun seitens der ASFINAG zum Ende jedes Quartals unter Einhaltung einer 3-monatigen Kündigungsfrist beendet werden. Da der Vertrag am 31. Dezember 2014 von der ASFINAG nicht gekündigt wurde, ist der nächste mögliche Termin der 31. März 2015 – die Rückstellung wird somit für 6 Monate gebildet.

4.20 Finanzinstrumente und finanzielle Schulden

Die Kategorien und Klassen nach IFRS 7 zum 31. Dezember 2014 stellen sich wie folgt dar:

	Klassen nach IFRS 7	Kategorien nach IAS 39	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 31.12.2013
finanzielle Vermögenswerte	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Kredite und Forderungen	22.734.189,23	60.688.157,81
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Kredite und Forderungen	200.161.948,44	197.123.748,31
	Übrige kurz- und langfristige Vermögenswerte		126.385.541,50	101.998.680,98
	- davon übrige kurz- und langfristige Forderungen	Kredite und Forderungen	30.510.783,27	29.416.516,57
	- davon Wertpapiere und Finanzinvestitionen (Fondanteile)	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.415.921,82	3.357.393,22
- davon Finanzderivate mit positivem Marktwert (Zins- und Währungsswaps)	Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	92.458.836,41	69.224.771,19	
finanzielle Schulden	Kurz- und langfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	269.669.629,82	253.834.026,70
	Übrige kurz- und langfristige Schulden		107.569.971,42	52.235.792,96
	- davon übrige kurz- und langfristige Schulden	finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	62.638.765,19	9.245.839,83
	- davon Finanzderivate mit negativem Marktwert (Zins- und Währungsswaps)	Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Schulden	44.931.206,23	42.989.953,13
	Kurz- und langfristige finanzielle Schulden		10.805.306.336,81	10.839.129.365,09
	- davon sonstige kurz- und langfristige Finanzverbindlichkeiten	finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	827.397.160,06	826.174.286,37
	- davon kurz- und langfristige verzinsliche Darlehen und Anleihen ohne Derivat	finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	9.575.040.503,21	9.631.271.393,40
	- davon kurz- und langfristige verzinsliche Darlehen und Anleihen mit Derivat	erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden	402.868.673,54	381.683.685,32

Bei den kurz- und langfristigen verzinslichen Darlehen und Anleihen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, weicht der angeführte Buchwert vom Marktwert ab. Die Berechnung des Marktwertes zum Clean Price der Finanzinstrumente mit der Stufe 2 erfolgt nach der Discounted-Cash-Flow-Methode.

	<i>kurz- und langfristige verzinsliche Darlehen und Anleihen ohne Derivat zum 31.12.2014</i>	<i>kurz- und langfristige verzinsliche Darlehen und Anleihen ohne Derivat zum 31.12.2013</i>
Buchwert	9.575.040.503,21	9.631.271.393,40
Marktwert	11.207.307.215,81	10.407.410.669,21

Die sonstigen kurz- und langfristigen finanziellen Schulden beinhalten den in 2006 zwischen der ASFINAG (als Konzessionsgeber) und der Bonaventura Straßenerrichtungs-GmbH (als Konzessionär) abgeschlossenen Konzessionsvertrag. Mit diesem Vertrag hat die ASFINAG die primär ihr auferlegte Verpflichtung zur Planung, Finanzierung und Errichtung der neu zu errichtenden Autobahnabschnitte der S1 Ost, die S1 West, der S2 und Teilen der A5 sowie zu deren Betrieb und Erhaltung der Streckenabschnitte an eine Projektgesellschaft übertragen. Gemäß Konzessionsvertrag hat der Konzessionär nicht das Recht, die Straßenbenutzer direkt zu bemaunten, sondern erhält die ihm zustehende Vergütung vom Konzessionsgeber zum Teil in Form eines verkehrsabhängigen Nutzungsentgeltes und zum Teil in Form eines leistungsabhängigen Verfügbarkeitsentgeltes. Der Anspruch auf Vergütung besteht ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Streckenabschnitte.

Bei der ASFINAG werden die Zahlungen an die Bonaventura Straßenerrichtungs-GmbH aus dem Konzessionsvertrag anteilig als Errichtungskosten der Konzessionsstrecke, Kosten für den laufenden Betrieb und für die Erhaltung der Konzessionsstrecke sowie als Zinsaufwand dargestellt. Analog zu den Regelungen für Ratenkäufe von Anlagevermögen werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für das zusätzliche Fruchtgenussrecht für die in Betrieb genommenen Streckenabschnitte mit dem lt. Tilgungsplan errechneten Barwert der erwarteten Zahlungen für die Errichtungskosten der Konzessionsstrecke dargestellt. Gleichzeitig mit der Aktivierung des Fruchtgenussrechtes in 2009 und 2010 hat die ASFINAG eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe abzüglich allfälliger Anzahlungen erfasst. Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich aus diesem Titel eine Verbindlichkeit in der Höhe von EUR 672.552.846,81 (2013 EUR 686.794.296,45), der kurzfristige Teil beträgt EUR 14.917.918,50 (2013 EUR 14.242.965,31).

Eine Aggregation nach Kategorien nach IAS 39 präsentiert sich wie folgt:

Kategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 31.12.2013	Bewertungsmaßstab		
			Fortgeführte Anschaffungs- kosten	Beizulegen- der Zeitwert erfolgs- wirksam	Beizulegen -der Zeitwert erfolgs- neutral
Kredite und Forderungen	253.406.920,94	287.228.422,69	X		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.415.921,82	3.357.393,22			X
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	92.458.836,41	69.224.771,19		X	
Finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	10.734.746.058,28	10.720.525.546,30	X		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden	402.868.673,54	381.683.685,32		X	
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Schulden	44.931.206,23	42.989.953,13		X	

Der nominelle Rückzahlungsbetrag der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Schulden ist in den folgenden Tabellen ersichtlich. Die variablen Zinsen wurden mittels Zinskurven errechnet.

Die undiskontierten Cash Flows der finanziellen Schulden zum 31. Dezember 2014 stellen sich wie folgt dar:

Bezeichnung	undiskontierte Cashflows per 31.12.2014			
	Restlaufzeit			Gesamtergebnis
	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	
Anleihe zu fortgeführten Anschaffungskosten	1.775.687.500,00	3.098.250.000,00	5.988.125.000,00	10.862.062.500,00
Anleihe zum beizulegenden Zeitwert	216.096.710,51	0,00	0,00	216.096.710,51
Darlehen zu fortgeführten Anschaffungsk.	38.843.565,15	116.297.280,00	1.107.081.400,00	1.262.222.245,15
Darlehen zum beizulegenden Zeitwert	21.734.080,38	29.785.595,07	177.172.936,19	228.692.611,64
Swaps aktive Derivate	-9.943.219,50	-30.490.825,25	-92.164.982,47	-132.599.027,21
Swaps passive Derivate	45.268.132,77	0,00	0,00	45.268.132,77
Verbindlichkeit Konzessionsvertrag	45.873.834,94	210.555.293,89	875.125.466,36	1.131.554.595,18
sonstige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	9.648.321,52	0,00	0,00	9.648.321,52
Gesamt	2.143.208.925,77	3.280.944.390,49	7.770.746.941,37	13.194.900.257,62

Die undiskontierten Cash Flows der finanziellen Schulden zum 31. Dezember 2013 stellen sich wie folgt dar:

Bezeichnung	undiskontierte Cashflows per 31.12.2013 *)			
	Restlaufzeit			Gesamtergebnis
	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	
Anleihe zu fortgeführten Anschaffungskosten	1.306.625.000,00	3.662.375.000,00	6.377.500.000,00	11.346.500.000,00
Anleihe zum beizulegenden Zeitwert	8.387.880,50	215.684.729,59	0,00	224.072.610,09
Darlehen zu fortgeführten Anschaffungsk.	37.071.603,60	117.146.525,15	922.775.720,00	1.076.993.848,76
Darlehen zum beizulegenden Zeitwert	7.475.181,07	42.165.787,85	172.484.106,99	222.125.075,91
Swaps aktive Derivate	-14.409.425,60	-29.767.678,88	-87.653.063,37	-131.830.167,84
Swaps passive Derivate	0,00	44.978.186,48	0,00	44.978.186,48
Verbindlichkeit Konzessionsvertrag	45.873.834,94	211.408.429,30	920.146.165,88	1.177.428.430,12
sonstige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	1.515,67	0,00	0,00	1.515,67
Gesamt	1.391.025.590,18	4.263.990.979,50	8.305.252.929,51	13.960.269.499,19

*) Angepasste Vorjahreswerte im Hinblick auf die Zahlungsströme aus Derivaten sowie Ergänzung um Zinszahlungen Konzessionsvertrag

Folgende Finanzinstrumente werden zur Finanzierung verwendet:

4.20.1 Anleihen ohne Derivate bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten

Bezeichnung	Zinssatz
EUR 1,2 Mrd. Anleihe 2005-2015 und Aufstockung EUR 0,3 Mrd. 2006-2015	3,125%
EUR 1,3 Mrd. Anleihe 2007-2017	4,500%
EUR 1 Mrd. Anleihe 2008-2014 (getilgt am 14.03.2014)	4,125%
EUR 1 Mrd. Anleihe 2009-2019	4,375%
EUR 1,5 Mrd. Anleihe 2010-2025 (aufgenommen am 22.09.2010 EUR 1,25 Mrd. bzw. am 27.10.2010 EUR 0,25 Mrd.)	3,375%
EUR 1 Mrd. Anleihe 2012-2032	2,750%
EUR 1 Mrd. Anleihe 2013-2020	1,75%
EUR 750 Mio. Anleihe 2013-2033	2,750%
EUR 750 Mio. Anleihe 2014-2021	1,375%

4.20.2 Darlehen ohne Derivate bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten

Bezeichnung	Zinssatz
EUR 200 Mio. Darlehen 2000-2027	6,250%
EUR 390 Mio. Darlehen 2012-2032	3,546%
EUR 200 Mio. Darlehen 2014-2024	1,115%
EUR 21 Mio. Darlehen 2012-2029	2,452%
ATS 280 Mio. Darlehen 1985-2015*	4,125% (sprungfix)
ATS 280 Mio. Darlehen 1985-2015*	5,125% (sprungfix)
ATS 150 Mio. Darlehen 1985-2015*	5,125% (sprungfix)
ATS 315 Mio. Darlehen 1985-2015*	5,125% (sprungfix)

* Die Verzinsung dieser 4 Darlehen orientiert sich an den Renditen vergleichbarer Schuldner, wobei jeweils die letzte vor einem Zinstermin öffentlich begebene Anleihe zur Berechnung herangezogen wird. Ergibt sich eine Veränderung von zumindest 1,5 %-Punkten wird die Verzinsung des Darlehens angepasst. Darüber hinaus erfolgen ab 2009 bei diesen Darlehen jährliche Teiltilgungen in gleichbleibender Höhe.

4.20.3 Anleihen mit Derivaten erfolgswirksam bewertet zum beizulegenden Zeitwert

Bezeichnung	Zinssatz	Kategorie
JPY 10 Mrd. Private Placement 1995-2015*	4,300%	FLAFV
Cross Currency Swap von USD in JPY (nur Zinsen)	4,300%	HFT
	3,470%	HFT
Cross Currency Swap von JPY in EUR	3,470%	HFT
	12M-Euribor flat	HFT
JPY 10 Mrd. Private Placement 1995-2015*	4,150%	FLAFV
Cross Currency Swap von USD in JPY (nur Zinsen)	4,150%	HFT
	3,480%	HFT
Cross Currency Swap von JPY in EUR	3,480%	HFT
	12M-Euribor flat	HFT
JPY 10 Mrd. Private Placement 1995-2015*	4,250%	FLAFV
Cross Currency Swap von USD in JPY (nur Zinsen)	4,250%	HFT
	3,400%	HFT
Cross Currency Swap von JPY in EUR	3,400%	HFT
	12M-Euribor flat	HFT

HFT = held for trading bzw. zu Handelszwecken gehalten

FLAFV = financial liabilities at fair value through profit and loss bzw. erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden.

* Diese drei finanziellen Schulden sind folgendermaßen strukturiert: Die Grundtransaktion ist jeweils eine Anleihe mit einem Nominale von JPY 10 Mrd., wobei die Zinszahlungen in USD (fix) erfolgen. Mit dem ersten Swap werden diese fixen USD-Zahlungen in fixe JPY-Zahlungen gewappt. Der zweite Swap wechselt die JPY-Tilgungszahlung aus der Anleihe und die JPY-Zinszahlungen aus dem ersten Swap in eine EUR-Tilgungszahlung und in EUR-variable Zinszahlungen.

4.20.4 Darlehen mit Derivaten erfolgswirksam bewertet zum beizulegenden Zeitwert

Bezeichnung	Zinssatz	Kategorie
JPY 2 Mrd. Darlehen 1995-2015	3,750%	FLAFV
Cross Currency Swap von JPY in EUR	3,750%	HFT
	12M-Euribor flat	HFT
GPB 80 Mio. Darlehen 1999-2029*	7,250%	FLAFV
Cross Currency Swap von GBP in EUR	7,250%	HFT
	6M-Euribor - 20bp	HFT

HFT = held for trading bzw. zu Handelszwecken gehalten

FLAFV = financial liabilities at fair value through profit and loss bzw. erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden

* Im Geschäftsjahr 2012 kam es bei diesem Darlehen zu einer vorzeitigen Teilrückzahlung in der Höhe von GBP 19.399.602,00, das Nominale des korrespondierenden Swaps wurde dementsprechend angepasst.

4.20.5 Hierarchie beizulegender Zeitwerte

Zum 31. Dezember 2014 hielt der Konzern folgende zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente:

	31.12.2014	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
- Finanzderivate mit positivem Marktwert (Zins- und Währungsswaps)	92.458.836,40	0,00	92.458.836,40	0,00
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
- Wertpapiere und Finanzinvestitionen (Fondsanteile)	3.415.921,82	3.415.921,82	0,00	0,00

	31.12.2014	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
- Finanzderivate mit negativem Marktwert (Zins- und Währungsswaps)	44.931.206,18	0,00	44.931.206,18	0,00
- verzinsliche Anleihen mit Derivat	215.865.791,29	0,00	215.865.791,29	0,00
- verzinsliche Darlehen mit Derivat	187.002.882,21	0,00	187.002.882,21	0,00

Zum 31. Dezember 2013 hielt der Konzern folgende zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente:

	31.12.2013	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
- Finanzderivate mit positivem Marktwert (Zins- und Währungsswaps)	69.224.771,19	0,00	69.224.771,19	0,00
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
- Wertpapiere und Finanzinvestitionen (Fondsanteile)	3.357.393,22	3.357.393,22	0,00	0,00

	31.12.2013	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
- Finanzderivate mit negativem Marktwert (Zins- und Währungsswaps)	42.989.953,13	0,00	42.989.953,13	0,00
- verzinsliche Anleihen mit Derivat	223.110.967,06	0,00	223.110.967,06	0,00
- verzinsliche Darlehen mit Derivat	158.572.718,26	0,00	158.572.718,26	0,00

Die ASFINAG verwendet folgende Hierarchie zur Bestimmung und zum Ausweis beizulegender Zeitwerte von Finanzinstrumenten je Bewertungsverfahren:

Stufe 1: notierte (unangepasste) Preise auf aktiven Märkten für gleichartige Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten

Stufe 2: Verfahren, bei denen sämtliche Input-Parameter, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken, entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind

Stufe 3: Verfahren, die Input-Parameter verwenden, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Der überwiegende Teil der ASFINAG-Anleihen wird von Buy-and-Hold-Investoren gekauft, mit dem Ziel die Anleihen bis zum Ende der Laufzeit zu behalten. Der verbleibende Teil der Anleihen wird überwiegend OTC (over the counter) gehandelt. Dabei wickeln einzelne Dealer

(Banken oder Broker) Käufe bzw. Verkäufe der Anleihen ab. Ein Merkmal für einen aktiven Markt sind u.a. regelmäßig stattfindende Transaktionen. Aufgrund des unregelmäßigen und kaum stattfindenden Handels an den Börsen mit geringem Transaktionsvolumen, sind die Kurse keine zuverlässigen Indikatoren für den aktuellen Marktpreis.

In den Geschäftsjahren 2014 und 2013 erfolgten keine Umgliederungen zwischen den einzelnen Bewertungsstufen. Grundsätzlich erfolgen im Bedarfsfall Umgliederungen zum Ende der Berichtsperiode.

4.20.6 Zielsetzung und Methoden des Finanzrisikomanagements

Die ASFINAG muss in ihrer Finanzplanung neben den eigentlichen Investitionskosten, den Kosten für den laufenden Betrieb und die Bauliche Erhaltung auch Finanzierungskosten berücksichtigen. Rückgrat der langfristigen ASFINAG Finanzierung ist die im jeweils aktuellen Bundesfinanzgesetz vorgesehene Garantie des Bundes zu Gunsten von Finanzierungen für die ASFINAG. Diese Garantiezusage reflektiert sich in einer sehr guten Bonitätseinstufung durch die internationalen Rating Agenturen Standard & Poors und Moodys. ASFINAG Anleihen werden von den größten Investoren und Zentralbanken der Welt gekauft.

Hinsichtlich der Risikobemerkungen gilt für Anleihen, Darlehen, und Swaps das gleiche.

4.20.6.1 Zinsänderungsrisiko

Die Entwicklung der Finanzierungskosten ist unausweichlichen Marktrisiken - vor allem Zinsänderungsrisiken - ausgesetzt. Durch Berücksichtigung der strukturellen Marktrisiken in der Gestion der ASFINAG Finanzschuld wird versucht, das Unternehmensergebnis zu stabilisieren. Daher ist die Novellierung des Bundesstraßenmautgesetzes im Jahr 2007 besonders erfreulich, weil sie auf der Einnahmenseite der ASFINAG die Entwicklung des Verbraucherpreisindex berücksichtigt. Dadurch wurde ein wesentlicher, struktureller Ausgleich zu den inflationsbedingten Kostensteigerungen der operativen Ausgaben gesetzlich festgelegt, und eine nachhaltige Absicherung des Inflationsrisikos erreicht.

Tilgungen abreifender Anleihen und der negative Cashflow erfordern regelmäßige Umschuldungen und die Aufnahme von zusätzlichen Schulden (Nettoneuverschuldung). Aufgrund der Regelmäßigkeit mit der die ASFINAG ungefähr 10 – 20 % ihrer aushaftenden finanziellen Schulden umschuldet, ergibt sich über den Zeitverlauf automatisch eine Risikostreuung hinsichtlich der Zinsbindungen.

Der Anteil der variabel verzinsten Verbindlichkeiten im ASFINAG Verbindlichkeiten-Portfolio beträgt 3,6 % (2013 3,6 %). Die bilanziellen Auswirkungen der Zinsänderungsrisiken nach IFRS sind asymmetrisch: Die Anleihen bzw. die Darlehen werden zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Nominale bzw. ihren fortgeführten Anschaffungskosten erfasst. Im Vergleich dazu müssen synthetische Fixzins-Schulden (Anleihe bzw. Darlehen mit Derivat), die einen identischen Zahlungsstrom wie eine festverzinsliche Anleihe aufweisen, zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet werden, und verursachen dadurch potentiell hohe Bewertungsschwankungen.

In Fällen, in denen Swapverträge zur Absicherung von anderen Risiken (vor allem Wechselkursrisiken) im Zusammenhang mit einer Anleihe abgeschlossen wurden, wird diese Position ebenfalls bilanziell zum Marktwert geführt („Designierte“ Anleihen zum „fair value“). Aus diesem Grund wurden Anleihen und Darlehen mit den dazugehörigen Derivaten unter Punkt 4.20.3 und 4.20.4 tabellarisch gemeinsam dargestellt.

Am 4. März 2014 hat die Ratingagentur Moody's den Outlook des bestehenden Ratings Aaa von Negative auf Stable geändert und diese Einschätzung auch im Bericht vom

01. September 2014 bestätigt. Im Rating Report vom 9. Juli 2014 hat Standard & Poor's das Rating AA+ (Stable) bestätigt. Aufgrund dieses nach wie vor ausgezeichneten Ratings resultieren die Marktwertänderungen der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Schulden vollständig aus Änderungen von Marktbedingungen.

Die Einschätzung der kaufmännischen Risiken, die von externen Kapitalmarktschwankungen ausgehen, werden in Form der Kennzahlen Value at Risk und Cashflow at Risk errechnet und den Gremien der Gesellschaft regelmäßig berichtet.

Die Risikokennziffern der aushaftenden langfristigen ASFINAG Finanzschulden (Darlehen und Anleihen inklusive Derivate) wurden per 31. Dezember 2014 mit einer Konfidenz von 95 % und einer Haltedauer von 1 Jahr wie folgt eingeschätzt:

Der marktwertorientierte Value at Risk wird auf Mio. EUR 205,4 (2013 Mio. EUR 409,7 geschätzt, wobei der Großteil des Risikogewichtes aus den Zinsrisiken der finanziellen Schulden (ohne PPP) im Euro im nominellen Gegenwert von Mio. EUR 10.020,0 (2013 Mio. EUR 9.999,2) resultiert. Da die ASFINAG ihre Schulden bis zur Fälligkeit zum Nominale behält, wird der bilanzwirksame (IFRS Betrachtung) Value at Risk auf Mio. EUR 0,2 (2013 Mio. EUR 0,4) geschätzt.

Der Cashflow at Risk 2014 ist mit ca. Mio. EUR 0,9 (2013 ca. Mio. EUR 2,7) durch einen Anteil variabler Zinsbindungen (2014 3,6 % / 2013 3,6%) und durch die Volatilitäten der kurzfristigen Zinsen im Berichtsjahr geprägt.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der ASFINAG Schulden im Jahr 2014 beträgt ca. 8,0 Jahre (2013 8,28). Die „modified duration“ beträgt 2014 7,13 (2013 6,70), und die durchschnittliche Nominalverzinsung liegt bei ca. 3,06 % p.a. (2013 3,36 % p.a.).

4.20.6.2 Währungsrisiko

Das Währungsrisiko der ASFINAG wurde im Dezember 2005 durch Schließung aller offenen Fremdwährungspositionen der finanziellen Schulden eliminiert. Das verbleibende Währungsrisiko resultiert aus dem operativen Geschäft. In den Nachbarländern muss die ASFINAG ihre Mautprodukte in lokaler Währung im Vorverkauf anbieten, wobei die Preise in Drei-Monatsabständen angepasst werden.

4.20.7 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko, welches sich aus dem Bonitätsverlust der Geschäftspartner ergeben kann ist im Bereich des LKW Mautvertriebes durch Bankgarantien besichert. Das Risiko aus dem Ausfall eines Swap-Partners ist durch Besicherungsverpflichtungen („Collateral“) der Vertragspartner gegenüber der österreichischen Bundesfinanzierungsagentur abgesichert. Die ASFINAG hat die Mehrzahl ihrer Swapverträge über die Bundesfinanzierungsagentur abgeschlossen, wodurch sie von diesen Besicherungsverträgen profitiert.

Das maximal mögliche Ausfallsrisiko entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte.

4.20.8 Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätssteuerung der ASFINAG berücksichtigt alle operativen Erfordernisse, den Schuldendienst, und die notwendigen Kapitalaufnahmen im Zusammenhang mit dem Neu-Infrastruktur-Investitionsprogramm. Die Planbilanzen und Plan-Gewinn- und Verlustrechnungen werden mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie jeweils ein Jahr im Voraus abgestimmt, und sind im Zusammenhang mit der

gesetzlichen Verpflichtung des zuständigen Ministers zu sehen, für die ausreichende Liquidität der ASFINAG zu sorgen.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko der ASFINAG ist aufgrund der guten Bonitätseinstufung gering. Das langfristige Liquiditätsrisiko steht in direktem Zusammenhang mit der Unterstützung durch die Republik Österreich in Form von Garantien als Bürge und Zahler für Anleiheemissionen. Da die Republik Österreich auch 100prozentiger Eigentümer der ASFINAG ist, besteht vorläufig keine Sorge hinsichtlich der fristenkonformen Refinanzierung der Aktiva. Im Jahr 2015 sind insgesamt ca. EUR 2 Mrd. über den Kapitalmarkt zu finanzieren. Diese Mittel werden laut Plan wie in den vergangenen Jahren üblich über Anleiheemissionen mit staatlicher Garantie aufgebracht. Alternative Finanzierungsformen (z.B. Darlehen bei der Europäischen Investitionsbank, Privatplatzierungen) werden laufend beobachtet und wenn sich ein Vorteil ergibt ebenfalls zur Mittelaufnahme verwendet.

4.20.9 Kapitalsteuerung

Kapital umfasst das auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Eigenkapital.

Die Aufrechterhaltung der Liquidität und somit auch die Nachhaltigkeit des Eigenkapitals wird gemäß ASFINAG-Gesetz durch den Eigentümer, vertreten durch den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie garantiert, wovon sich im Wesentlichen auch die Kapitalstruktur und deren Steuerung ableitet.

5 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

5.1 Umsatzerlöse

	2014	2013
Sondermauterlöse	155.118.207,97	146.751.229,31
Vignettenerlöse	428.197.736,09	406.312.166,17
LKW-Mauterlöse	1.241.628.473,35	1.134.536.466,99
Erlöse Vermietung/Verpachtung	31.209.073,37	31.827.218,47
Erlöse Enforcement	29.391.111,29	26.250.708,62
sonstige Umsatzerlöse	112.011,91	134.706,14
Erlöse aus Weiterverrechnung Bauleistungen Bund	381.003.663,13	326.089.443,69
Umsatzerlöse	2.266.660.277,11	2.071.901.939,39

Im Berichtsjahr werden unter dem Posten Sondermauterlöse die an der A 9 Pyhrn Autobahn, A 10 Tauern Autobahn, A 11 Karawanken Autobahn, A 13 Brenner Autobahn und der S 16 Arlberg Schnellstraße eingehobenen Streckenmauten ausgenommen LKW-Mauterlöse ausgewiesen, während die Vignettenerlöse als zeitabhängige Benützungsentgelte das gesamte hochrangige Straßennetz betreffen.

Im Posten LKW-Mauterlöse werden die Erlöse für die fahrleistungsabhängige Maut für Fahrzeuge über 3,5t ausgewiesen.

Im Bereich Liegenschaftsmanagement werden Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und der Verrechnung von Sondernutzungen erzielt.

Mit Einführung der LKW-Maut übernahm die ASFINAG auch die Verpflichtung die richtige Entrichtung derselben zu überwachen. Dafür wurden einerseits eigene Mitarbeiter angestellt und ausgebildet bzw. wurde diese Aufgabe teilweise ausgelagert. Die diesem Bereich zugeordneten Erlöse setzen sich aus Nach- bzw. Ersatzzahlungen für fahrleistungsbezogene LKW- bzw. zeitabhängige PKW-Maut zusammen.

Im Posten Erlöse aus Weiterverrechnung finden sich die an den Bund weiterverrechneten Bauleistungen der Grundeinlöse- und Herstellungskosten des laufenden Geschäftsjahres von Neubau- und Erweiterungsvorhaben, reduziert um sonstige Erträge (wie Kostenbeteiligungen, Zuschüsse und Förderungen) unabhängig davon, ob die betreffenden Bauvorhaben bereits fertig gestellt und zum Verkehr freigegeben oder noch in Bau sind.

5.2 Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
Erträge aus dem Abgang von Vermögenswerten	1.829.500,49	5.546.553,71
Erträge aus Strafgeldern	60.949.835,28	66.109.437,88
Erträge aus Sonderaktivitäten Autobahnmeistereien	3.940.994,27	4.118.728,12
sonstige übrige Erträge	15.540.677,16	13.769.042,20
Sonstige Erträge	82.261.007,20	89.543.761,91

Die Erträge aus Sonderaktivitäten der Autobahnmeistereien beinhalten vor allem Dienstleistungen im Zusammenhang mit Tunnelüberwachungen für die Bundesländer.

Die sonstigen übrigen Erträge beinhalten 2014 Zahlungen aus dem Katastrophenfonds in der Höhe von EUR 4.323.288,93 (2013 EUR 1.770.312,83), Erträge aus Weiterverrechnung von Ausschreibungen in der Höhe von EUR 175.064,44 (2013 EUR 988.594,71), Provisionserlöse für den Vertrieb der Vignetten von Slowenien und Schweiz in der Höhe von EUR 2.297.082,06 (2013 EUR 2.260.492,89) sowie Erträge aus der Weiterverrechnung von Schadensfällen in der Höhe von EUR 4.231.104,65 (2013 EUR 5.487.179,61).

5.3 Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen

Die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
Materialaufwand	30.644.097,37	42.853.937,56
Aufwendungen für bezogene Leistungen	848.568.302,14	671.160.444,98
Veränderung der Rückstellung für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen (IFRIC 12)	32.784.293,42	15.513.901,00
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	911.996.692,93	729.528.283,54

Der Materialaufwand betrifft Grundeinlösen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken für den Bau des hochrangigen Straßennetzes anfallen, und die damit verbundenen Aufwendungen. Darüber hinaus werden in dieser Position die zugekauften Materialien für den Betrieb und die Erhaltung der Straße (wie z.B. Winterdienst-, Elektro- und Reinigungsmaterial sowie Treibstoffe und Ersatzteile) enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten:

- Herstellungskosten für die Errichtung und den Bau des hochrangigen Straßennetzes, die an den Bund weiterverrechnet werden und
- bauliche Erhaltungsmaßnahmen, die den ordnungsgemäßen Zustand wiederherstellen bzw. erhalten.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 beträgt die Rückstellung für zukünftige Erhaltungsverpflichtungen (siehe Punkt 4.19) EUR 201.974.778,87 (2013 EUR 169.190.485,45).

5.4 Personalaufwand

Die Aufwendungen für Personal setzen sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
Gehälter	132.189.068,73	128.372.226,14
Aufwendungen für Abfertigungen	2.630.123,16	2.670.100,79
Aufwendungen für Altersversorgung	1.419.758,06	1.490.107,94
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben	36.998.570,81	36.230.312,02
Sonstiger freiwilliger Personalaufwand	2.249.395,14	1.987.205,10
Personalaufwand	175.486.915,90	170.749.951,99

In der Summe enthalten sind Gehälter und die damit verbundenen Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben, Schulden aus noch offenem Urlaub und nicht verbrauchten Zeitguthaben sowie Verpflichtungen gegenüber den eigenen Arbeitnehmern als auch der lt. Personalüberlassungsvertrag mit den Bundesländern bereitgestellten Landesmitarbeiter (Abfertigung/Treuegeld und Jubiläumsgeld).

Die Aufwendungen für Abfertigungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
Aufwendungen/Erträge aus leistungsorientierten Plänen	1.360.996,00	1.445.606,00
Aufwendungen aus beitragsorientierten Plänen	1.230.099,98	1.156.689,77
Freiwillige Abfertigungen	39.027,18	67.805,02
Gesamte Aufwendungen für Abfertigungen	2.630.123,16	2.670.100,79

Die Aufwendungen aus leistungsorientierten Plänen für die Mitglieder der Geschäftsführung sowie der 1. Führungsebene betragen in der Berichtsperiode 2014 EUR 42.225,26 (2013 EUR 39.805,61).

In den Aufwendungen/Erträge für Altersversorgung sind nachfolgende Positionen enthalten:

	2014	2013
Aufwendungen/Erträge aus leistungsorientierten Plänen	323.111,00	364.754,00
Aufwendungen aus beitragsorientierten Plänen	1.096.647,06	1.125.353,94
Gesamte Aufwendungen für Altersversorgung	1.419.758,06	1.490.107,94

Aufgrund kollektivvertraglicher Vereinbarungen ist die Gesellschaft verpflichtet für jeden Arbeitnehmer einen jährlichen Beitrag von EUR 500,00 in eine Pensionskasse im Rahmen eines beitragsorientierten Plans zu leisten. Für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer leistet die Gesellschaft einen Beitrag, dessen Höhe dem Verhältnis ihrer im vorangegangenen Kalenderjahr geleisteten Teilzeitarbeit entspricht.

5.5 Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen sind nachfolgende Positionen enthalten:

	2014	2013
Instandhaltung und Betriebskosten	48.236.475,15	52.202.355,00
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	44.589.053,87	41.096.664,81
Provisionen und sonstige Vertriebsaufwendungen	29.011.393,27	27.780.085,40
Sonstiger Fremdpersonalaufwand	5.045.109,31	4.267.759,06
Miete	4.187.511,91	3.995.135,30
Marketingaufwand	3.338.538,77	4.379.491,61
Bank- und Kreditkartenspesen	3.284.851,12	3.346.340,14
Kommunikationskosten	3.089.139,77	4.608.330,51
Versicherungsaufwendungen	2.226.274,25	2.226.090,23
Schulungsaufwendungen	1.790.498,20	1.612.179,74
Energie, Heizung, Wasser	1.536.310,93	1.707.365,38
Reisekosten	1.415.818,81	1.354.447,12
Sonstige Gebühren und Abgaben	1.230.216,73	1.227.685,17
Aufwendungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	969.582,71	1.817.169,88
Verbrauchsmaterial Büro	579.274,11	603.528,24
Steuern (nicht vom Einkommen und Ertrag)	529.744,24	483.919,81
Wertminderungen für Forderungen	380.897,86	262.395,97
Aufsichtsratsaufwendungen	83.432,16	83.006,37
Summe sonstige Aufwendungen	151.524.123,17	153.053.949,74

Für Forschung und Entwicklung fielen in 2014 Aufwendungen in der Höhe von EUR 1.859.608,81 (2013 EUR 2.281.175,24) an.

5.6 Finanzergebnis

5.6.1 Zinsergebnis

	2014	2013
Zinsaufwand	-385.584.154,67	-450.287.960,79
Zinsertrag	25.713.416,33	26.064.236,09
Zinsergebnis	-359.870.738,34	-424.223.724,70

5.6.1.1 Zinsaufwand

Der Zinsaufwand setzt sich aus folgenden Kategorien nach IAS 39 zusammen:

	2014	2013
aus finanziellen Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	359.175.174,06	424.334.052,11
aus finanziellen Schulden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	17.345.639,91	19.839.450,62
aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten	9.087.341,98	9.473.958,02
aus Nicht-Finanzinstrumente	-24.001,28	-3.359.499,96
Summe Zinsaufwand	385.584.154,67	450.287.960,79

Der Zinsaufwand beinhaltet Aufwendungen für verzinsliche Anleihen, Darlehen und Derivate, Barvorlagen sowie die Verteilung von Agios, Disagios und Haftungsentgelten, die bei der Aufnahme von finanziellen Schulden anfallen. Auf Grund eines für die ASFINAG vorteilhaften letztinstanzlichen Urteils enthält die Zeile Nicht-Finanzinstrumente die Reduktion der in 2011 gebildeten Rückstellung für erwartete Mautrückerstattungen aus den Jahren 2001 bis 2003.

5.6.1.2 Zinsertrag

Der Zinsertrag setzt sich aus folgenden Kategorien nach IAS 39 zusammen:

	2014	2013
aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten	24.932.458,77	23.176.851,43
aus Krediten und Forderungen	571.593,36	2.704.788,66
aus zu Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	209.364,20	182.596,00
Summe Zinsertrag	25.713.416,33	26.064.236,09

Im Zinsertrag enthalten sind Erträge aus Derivaten sowie Zinsgutschriften aus laufenden Bankguthaben und kurzfristigen Veranlagungen.

5.6.2 Sonstiges Finanzergebnis

	2014	2013
Sonstige Finanzaufwendungen	-37.556.540,70	-94.093.399,94
Sonstige Finanzerträge	37.338.407,02	93.821.898,36
Sonstiges Finanzergebnis	-218.133,68	-271.501,58

5.6.2.1 Sonstige Finanzaufwendungen

Die sonstigen Finanzaufwendungen setzen sich aus folgenden Kategorien nach IAS 39 zusammen:

	2014	2013
aus finanziellen Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	8.690,00	28.365,00
aus finanziellen Schulden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	28.850.348,50	619,75
aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten	8.520.683,83	94.064.415,19
aus Beteiligungen	176.818,37	0,00
Summe sonstige Finanzaufwendungen	37.556.540,70	94.093.399,94

Die Kategorie „aus finanziellen Schulden erfolgswirksam zum beilegenden Zeitwert“ enthält die Bewertungen der verzinslichen Anleihen und Darlehen mit Derivaten. In der Kategorie „aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten“ sind die Bewertungen der kurz- und langfristigen Finanzderivate enthalten.

5.6.2.2 Sonstige Finanzerträge

Die sonstigen Finanzerträge setzen sich aus folgenden Kategorien nach IAS 39 zusammen:

	2014	2013
aus finanziellen Schulden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	8.008.220,83	90.450.996,56
aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten	29.330.821,00	3.378.892,80
aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten	-634,81	-7.991,00
Summe sonstige Finanzerträge	37.338.407,02	93.821.898,36

Die Kategorie „aus finanziellen Schulden erfolgswirksam zum beilegenden Zeitwert“ enthält die Bewertungen der verzinslichen Anleihen und Darlehen mit Derivaten. In der Kategorie „aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten“ sind die Bewertungen der kurz- und langfristigen Finanzderivate enthalten.

5.6.2.3 Nettofinanzergebnis nach Bewertungsklassen

Das Nettoergebnis, unterteilt nach Bewertungsklassen, ist aus nachfolgender Aufstellung zu entnehmen

31.12.2014	Zinsergebnis	Ergebnis aus der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert		Ergebnis aus Beteiligungen
		Zeitwert	Wertberichtigung	
Kredite und Forderungen	571.593,36	0,00	-355.690,49	0,00
Anteile an assoziierten Unternehmen	0,00	0,00	-176.818,37	81.751,65
finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	-359.175.174,06	0,00	0,00	0,00
finanzielle Schulden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	-17.345.639,91	-20.842.127,67	0,00	0,00
zu Handelszwecken gehaltene Derivaten	15.845.116,79	20.810.137,17	0,00	0,00
zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerten	209.364,20	0,00	0,00	0,00
Zahlungsmittel und -äquivalente	0,00	0,00	-634,81	0,00

31.12.2013	Zinsergebnis	Ergebnis aus der Folgebewertung		Ergebnis aus Beteiligungen
		zum beizulegenden Zeitwert	Wertberichtigung	
Kredite und Forderungen	2.704.788,66	0,00	-58.196,14	0,00
Anteile an assoziierten Unternehmen	0,00	0,00	-88.504,75	103.740,10
finanzielle Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten	-424.334.052,10	0,00	0,00	0,00
finanzielle Schulden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	-19.839.450,62	90.450.376,81	0,00	0,00
zu Handelszwecken gehaltene Derivate	13.702.893,41	-90.685.522,39	0,00	0,00
zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerten	182.596,00	0,00	0,00	0,00
Zahlungsmittel und -äquivalente	0,00	0,00	-7.991,00	0,00

Das Zinsergebnis schließt im Wesentlichen Zinsaufwendungen und -erträge für verzinsliche Anleihen, Darlehen und Derivate sowie Barvorlagen und Veranlagen ein. Darüber hinaus erfasst die ASFINAG in dieser Position auch die Verteilung von Agios, Disagios und Haftungsentgelten, die bei der Aufnahme von finanziellen Schulden anfallen. Die übrigen Komponenten des Nettoergebnisses werden im sonstigen Finanzaufwand bzw. im sonstigen Finanzertrag erfasst.

6 Erläuterungen zur Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung der ASFINAG-Gruppe zeigt, wie sich die Zahlungsmittel des Konzerns im Laufe der Berichtsperiode durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben. Innerhalb der Geldflussrechnung wird zwischen Cashflows aus operativer Tätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden. Der Cashflow aus operativer Tätigkeit wird nach der indirekten Methode erstellt.

Der Cash-Flow aus der operativen Tätigkeit beläuft sich auf EUR 596.022.183,92 (2013 EUR 569.888.351,00). Bei der Berechnung des Cashflows aus Investitionstätigkeit wurden in der Position Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen noch nicht bezahlte Investitionen in der Höhe von EUR 125.300.876,69 (2013 EUR 100.733.382,03) in Abzug gebracht.

Beim Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit werden gezahlte Dividende im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von EUR 145.000.000,00 (2013 EUR 100.000.000,00) an den Bund als Eigentümer der ASFINAG ausgewiesen. Darüber hinaus enthält der Cash Flow aus der operativen Tätigkeit eine erhaltene Dividende des assoziierten Unternehmens M6 Tolna Üzemeltető Koriátolt Felelősségű Társaság in der Höhe von EUR 70.055,00 (2013 EUR 87.885,00).

7 Segmentberichtserstattung

Aufgrund der derzeitigen Geschäftstätigkeit und Unternehmensstruktur der ASFINAG stellt das gesamte Straßennetz und damit der Gesamtkonzern ein einheitliches Segment dar, sodass mangels einer tiefergehenden getrennten Zuordenbarkeit der Mauteinnahmen oder Vermögenswerte sowie mangels einer unterschiedlichen Chancen- und Risikostruktur derzeit keine weiteren Geschäftssegmente oder geografische Segmente unterschieden bzw. bestimmt werden können.

Zum Zwecke der Unternehmenssteuerung werden in der ASFINAG die IFRS-Werte verwendet. Eine Überleitungsrechnung unter Angabe der Bewertungen der Gewinne oder Verluste des Segments ist somit nicht erforderlich.

Die Detailinformationen zu Produkten und Dienstleistungen sind in der Tabelle unter Punkt 5.1 dargestellt. Alle wesentlichen Umsätze der ASFINAG sowie deren Tochtergesellschaften werden in Österreich erwirtschaftet.

Mit Ausnahme der Republik Österreich gibt es keine Kunden mit welchem mehr als 10 % der Umsatzerlöse erwirtschaftet werden.

8 Sonstige Angaben

8.1 Erfolgsunsicherheiten und sonstige Verpflichtungen

8.1.1 Anhängige Rechtsstreitigkeiten

Im ASFINAG Konzern gibt es keine wesentlichen schwebenden Verfahren oder sonstigen Verpflichtungen, die nicht im vorliegenden Konzernabschluss berücksichtigt wurden.

8.1.2 Operatives Leasing

Verpflichtungen für die Nutzung von nicht in der Bilanz ausgewiesenen Anlagen bestehen voraussichtlich in Höhe von EUR 2.478.142,25 (2013 EUR 2.346.848,35) für das Geschäftsjahr 2015 und in der Höhe von voraussichtlich EUR 127.909,87 (2013 EUR 206.984,29) für die darauffolgenden fünf Jahre. Verpflichtungen für den Zeitraum größer 5 Jahren bestehen nicht. Des Weiteren bestehen zum Abschlussstichtag keine Verpflichtungen aus Untermietverhältnissen.

8.2 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

8.2.1 Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Verkäufe an und Käufe von nahestehenden Unternehmen und Personen erfolgen grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen. Die Herstellungskosten für die Errichtung und den Bau des hochrangigen Straßennetzes werden zu Buchwerten an die Republik Österreich weiterverrechnet. Im Gegenzug erwirbt die ASFINAG von der Republik Österreich das Fruchtgenussrecht in gleicher Höhe. Die zum Bilanzstichtag bestehenden offenen Posten sind grundsätzlich nicht besichert und unverzinslich.

Die folgende Tabelle enthält die Gesamtbeträge aus Transaktionen zwischen nahe stehenden Unternehmen und Personen für die betreffenden Geschäftsjahre. Unterschieden wird zwischen:

- der Republik Österreich als Eigentümer des Unternehmens
- sonstigen nahestehenden Unternehmen
- Personen in Schlüsselpositionen (Definition siehe Punkt 8.2.2)

	Erlöse aus Verkäufen an nahestehende Unternehmen und Personen	Käufe von nahestehenden Unternehmen und Personen	sonstige Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen	Forderungen gegen nahestehende Unternehmen und Personen	Schulden gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen
Republik Österreich	381.003.663,13	381.003.663,13	33.978.406,36	0,00	57.420.810,10
assoziierte Unternehmen	0,00	0,00	336.045,83	26.800,00	0,00
sonstige nahestehende Unternehmen	94.986.768,76	15.321.874,50	0,00	97.212.358,29	434.299.851,36
Personen in Schlüsselpositionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
per 31.12.2014	475.970.431,89	396.325.537,63	34.314.452,19	97.239.158,29	491.720.661,46

	Erlöse aus Verkäufen an nahestehende Unternehmen und Personen	Käufe von nahestehenden Unternehmen und Personen	sonstige Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen	Forderungen gegen nahestehende Unternehmen und Personen	Schulden gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen
Republik Österreich	326.089.443,69	326.089.443,69	30.833.877,79	0,00	2.162.561,64
assoziierte Unternehmen	0,00	0,00	34.600,00	34.600,00	0,00
sonstige nahestehende Unternehmen	2.836.109,25	2.575.666,71	0,00	62.893.417,06	398.476.122,10
Personen in Schlüsselpositionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
per 31.12.2013	328.925.552,94	328.665.110,40	30.868.477,79	62.928.017,06	400.638.683,74

Die Verkäufe an die Republik Österreich beziehen sich auf die Weiterverrechnung von Bauleistungen, von Grundeinlöse- und Herstellungskosten des laufenden Geschäftsjahres, von Neubau- und Erweiterungsvorhaben (unabhängig davon, ob die betreffenden Bauvorhaben bereits fertig gestellt und zum Verkehr freigegeben oder noch in Bau sind) reduziert um sonstige Erträge, die Bauvorhaben betreffen. Im Gegenzug erwirbt die ASFINAG von der Republik Österreich das Fruchtgenussrecht. Darüber hinaus leistete die ASFINAG im Geschäftsjahr 2014 Zahlungen für Haftungsentgelte im Zuge von Anleihenbehebungen in der Höhe von EUR 5.497.511,31 (2013 EUR 28.835.618,66).

Die Position „sonstige Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen“ zeigt die Querfinanzierung des Brennerbasistunnels, eines österreichisch-italienischen Gemeinschaftsprojektes zum Bau eines Eisenbahntunnels für gemischten Personen- und Güterverkehr unter dem Brennerpass. Dafür hebt die ASFINAG für bestimmte Straßenabschnitte einen Mautaufschlag ein. Dieses zusätzlich eingehobene Netto-Benützungsentgelt wird zweckgebunden an den Bund als Beitrag zur Finanzierung des Tunnels weitergeleitet.

Weiters beinhaltet die Zeile „sonstige nahestehende Unternehmen“ Geschäfte mit der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA), die die ASFINAG in den Jahren 1998 bis 2003 finanziert hat. Die ÖBFA begab österreichische Staatsanleihen und leitete einen Teil der Emissionserlöse in Form von verzinslichen Darlehen an die ASFINAG weiter. Käufe bzw. Verkäufe im eigentlichen Sinn gibt es zwischen den beiden Unternehmen nicht, die Transaktionen beschränken sich auf Zinszahlungen und Tilgungen.

Im Zuge der Finanzierungstätigkeit schließt die ASFINAG Swap-Geschäfte über die ÖBFA ab, die sich in der Bilanz in den Positionen lang- bzw. kurzfristige Finanzderivate als Vermögenswerte bzw. als Schulden wiederfinden.

Im Geschäftsjahr 2014 leistete die ASFINAG Netto-Zinszahlungen an die ÖBFA in der Höhe von EUR 8.560.711,50 (2013 EUR 8.855.982,59).

Am 31. Dezember 2014 werden Finanzderivate mit einem positiven Marktwert in der Höhe von EUR 89.275.325,30 (2013 EUR 60.057.307,81) im übrigen langfristigen Vermögen ausgewiesen.

Die verzinslichen Darlehen und die Zinsabgrenzungen in der Höhe von EUR 405.555.125,50 (2013 EUR 377.079.394,85) werden als lang- bzw. kurzfristige finanzielle Schulden ausgewiesen, die Swap-Geschäfte mit negativem Marktwert in der Höhe von EUR 28.062.142,75 (2013 EUR 22.966.121,15) finden sich unter den übrigen lang- und kurzfristigen Schulden.

Zusätzlich sind in der Zeile „sonstige nahestehende Unternehmen“ Käufe in der Höhe von EUR 15.321.874,50 (2013 EUR 2.575.666,71) enthalten. Im Geschäftsjahr 2014 sind aus diesem Titel Schulden in der Höhe von EUR 3.217.347,27 (2013 EUR 696.899,11) enthalten.

Des Weiteren sind in der Zeile „sonstige nahestehende Unternehmen“ Verkäufe in der Höhe von EUR 94.966.768,76 (2013 EUR 7.154.954,28) enthalten. Im Geschäftsjahr 2014 sind

aus diesem Titel Forderungen in der Höhe von EUR 7.937.032,99 (2013 EUR 2.836.109,25) enthalten.

Mit Gesellschaften, an denen die Republik Österreich direkt oder indirekt Beteiligungen hält, die ebenfalls als nahestehende Unternehmen gemäß IAS 24 einzustufen sind, bestehen Geschäftsbeziehungen innerhalb des Leistungsspektrums der ASFINAG-Gruppe zu fremdüblichen Bedingungen. Die im Berichtsjahr mit diesen Unternehmen im Sinne von IAS 24 durchgeführten Transaktionen betrafen alltägliche Geschäfte des operativen Geschäftsbereichs und waren insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die zum Bilanzstichtag offenen Posten dieser Unternehmen werden in den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

In der Zeile assoziierte Unternehmen (siehe Punkt 4.5) werden Geschäftsfälle, bei der die ASFINAG als Leistungserbringerin auftritt, ausgewiesen. 2014 bestanden Leistungsbeziehungen mit der Verkehrsauskunft Österreich GesbR in der Höhe von EUR 309.245,83 (2013 EUR 0,00) und mit der M6 Tolna Üzemeltető Korlátolt Felelősségű Társaság in Höhe von EUR 26.800,00 (2013 EUR 34.600,00).

8.2.2 Vergütungen von Personen in Schlüsselpositionen des Konzerns

Die Personen in Schlüsselpositionen des Konzerns umfassen die aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens ASFINAG.

	2014	2013
Kurzfristig fällige Leistungen	714.626,93	714.861,92
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	323.111,00	364.754,00
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	21.310,00	31.897,00
Vergütungen von Personen in Schlüsselpositionen	1.059.047,93	1.111.512,92

Vom Gesamtbetrag der kurzfristig fälligen Leistungen an Personen in Schlüsselpositionen entfallen EUR 678.538,57 (2013 EUR 675.745,48) auf aktive Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat bezog im Berichtsjahr EUR 36.088,36 (2013 EUR 39.116,44) für Sitzungsgelder, Jahresvergütungen sowie Entschädigungen für angefallene Reisekosten. Die Bezüge und Ruhebezüge von ehemaligen Vorstandsmitgliedern belaufen sich in 2014 auf EUR 215.704,00 (2013 EUR 231.491,00)

Die Leistungen nach Beendigung bzw. aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses betreffen nur die aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstandes.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 waren keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates aushaftend; es bestanden auch keine Haftungen zugunsten dieser Personen.

8.3 Aufwendungen für den Abschlussprüfer gem. § 266 Z 11 UGB

Für erbrachten Dienstleistungen im Bereich der Konzernabschlussprüfung sind im Geschäftsjahr 2014 für BDO Austria GmbH und 2013 für Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. folgende Honorare als Aufwand erfasst worden:

	2014	2013
Prüfung des Konzernabschlusses und damit zusammenhängende Bestätigungsleistungen	58.000,00	85.480,00
Steuerberatungsleistungen	0,00	0,00
sonstige Leistungen	17.800,00	67.111,03
Summe	75.800,00	152.591,03

8.4 Organe der Gesellschaft

8.4.1 Vorstände

Als Vorstände der Muttergesellschaft ASFINAG waren im Geschäftsjahr 2014 folgende Personen bestellt:

- Dipl. Ing. Alois Schedl
- Dr. Klaus Schierhackl

8.4.2 Aufsichtsräte

Als Aufsichtsräte der Muttergesellschaft ASFINAG waren im Geschäftsjahr 2014 folgende Personen bestellt:

- Dr. Claudia Kahr (Vorsitzende)
- Dipl. Ing. Horst Pöchhacker (Stellvertreter der Vorsitzenden, verstorben am 13.08.2014)
- Dipl. Ing. Herbert Kasser (Stellvertreter der Vorsitzenden ab 26.09.2014)
- Mag. Maria Kubitschek
- KR Kurt Eder (ab 04.09.2014)
- Mag. Nikolaus Gretzmacher MBA (ab 04.09.2014)

Vom Betriebsrat entsandt:

- Karl Fadinger (bis 10.04.2014)
- Uschi Zortea-Ehrenbrandtner
- Franz Zimmermann (ab 09.09.2014)
- Roman Grünerbl (ab 10.04.2014)

8.4.3 Mitarbeiterstand

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im ASFINAG Konzern betrug im Geschäftsjahr 2014 2.693 (2013 2.685). Hiervon bestehen zum 31. Dezember 2014 überlassene Mitarbeiter mit einer Anzahl von 605 (2013 647) und eigene Mitarbeiter mit 2.088 (2013 2.038).

8.5 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der Freigabe des vorliegenden Konzernabschlusses der ASFINAG Gruppe kam es aus bisher noch ungeklärter Ursache zu einem teilweisen Einsturz der gerade in Bau befindlichen Murbrücke bei Frohnleiten auf der S 35. Der etwa 50 Meter lange und 800 Tonnen schwere Teil der Brücke, der über die ÖBB-Geleise führen soll, blockierte bis zur Stabilisierung und aufwändigen Entfernung elf Tage lang den Zugverkehr. Die Ursache wird derzeit von Sachverständigen untersucht, auch die Staatsanwaltschaft Graz hat einen Sachverständigen beauftragt. Ergebnisse sind nach derzeitigem Stand frühestens Ende April zu erwarten.

Dieses Ereignis hat auf die Bilanzerstellung per 31. Dezember 2014 keinerlei Auswirkungen.

Wien, am 9. April 2015

Der Vorstand



Dipl. Ing. Alois Schedl



Dr. Klaus Schierhackl

**LAGEBERICHT FÜR
DAS GESCHÄFTSJAHR 2014**

**Autobahnen- und Schnellstraßen-
Finanzierungs- Aktiengesellschaft**

Inhaltsverzeichnis

1.	Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der Unternehmensgruppe	3
1.1.	Struktur und Organisation.....	3
1.2.	Geschäftsverlauf	4
1.2.1.	Bemautung.....	4
1.2.2.	Bauaktivitäten.....	4
1.2.3.	Betriebliche & Elektromaschinelle Erhaltung, Bestandsmanagement und Verkehrsmanagement.....	5
1.2.4.	Finanzierung.....	6
1.2.5.	Wirtschaftliche Lage	7
1.2.5.1.	Vermögen.....	7
1.2.5.2.	Eigenkapital und Schulden.....	7
1.2.5.3.	Umsatz und Ergebnis.....	8
1.2.5.4.	Ertragsstruktur	9
1.2.5.5.	Aufwandsstruktur	9
1.2.5.6.	Geldflussrechnung	10
1.2.5.7.	Rentabilität.....	10
1.3.	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	11
1.3.1.	Mitarbeiteranzahl per 31.12.	11
1.3.2.	Streckenparameter.....	12
1.3.3.	Umweltbelange.....	12
1.4.	Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag	14
2.	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken der Unternehmensgruppe	15
2.1.	Voraussichtliche Entwicklung der Unternehmensgruppe	15
2.2.	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	15
2.2.1	Cashflowrisiko	15
2.2.2	Liquiditätsrisiko.....	16
2.2.3	Konjunkturrisiko, Ausfallsrisiko, Absatz- und Beschaffungsrisiko.....	16
2.2.4	Branchenspezifische Risiken und Regulierungsrisiken	17
2.2.5	IT-Risiken	18
2.2.6	Personal- und Fluktuationsrisiko.....	18
3.	Bericht über die Forschung und Entwicklung	19
4.	Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	20
4.1.	Kontrollumfeld	20
4.2.	Risikobeurteilung.....	22
4.3.	Kontrollmaßnahmen	23
4.4.	Information und Kommunikation	24
4.5.	Überwachung.....	25

1. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der Unternehmensgruppe

1.1. Struktur und Organisation

Die Republik Österreich hat als 100 % Eigentümerin der ASFINAG die Aufgabe übertragen, das hochrangige Straßennetz zu betreiben und auszubauen. Die ASFINAG nimmt diese Aufgabe mit hohem verkehrspolitischen und wirtschaftlichem Verantwortungsbewusstsein wahr.

Kernkompetenz der ASFINAG ist die Planung, der Bau, der Betrieb, die Erhaltung und die Bemannung eines leistungsfähigen, den Bedürfnissen der Nutzer entsprechenden Autobahnen- und Schnellstraßennetzes. Gemäß der Unternehmens-Vision ist es Ziel der ASFINAG, zu den führenden europäischen Autobahnbetreibern zu gehören, wobei die besonderen Schwerpunkte auf größtmöglicher Verfügbarkeit, optimaler Verkehrssteuerung und Verkehrsinformation sowie Verkehrssicherheit und Nutzung bzw. Entwicklung technologischer Neuerungen liegen. Für die Erreichung dieses Ziels ist die starke Vernetzung der ASFINAG auf nationaler und internationaler Ebene ein unverzichtbares Element.

Die Organisationsstruktur der ASFINAG bildet die wesentlichen operativen Aufgaben ab. Neben der Muttergesellschaft sind die Töchter ASFINAG Alpenstraßen GmbH und ASFINAG Service GmbH für den Betrieb, die ASFINAG Bau Management GmbH für Neubau und bauliche Erhaltung sowie die ASFINAG Maut Service GmbH für die Belange der Bemannung verantwortlich.

Ergänzend dazu bietet die ASFINAG Commercial Services GmbH Beratung in den Kernkompetenzen der ASFINAG im Zusammenhang mit Autobahnen, Schnellstraßen und Projekten des hochrangigen Straßennetzes an. Abgerundet wird das Portfolio durch die ASFINAG European Toll Service GmbH, die den Bereich der internationalen Mautabrechnung und insbesondere das Thema der Interoperabilität für die elektronische Maut für Kfz über 3,5 t höchstzulässiges Gesamtgewicht abdeckt. Da davon ausgegangen wird, dass das Thema Interoperabilität in den nächsten Jahren weiterhin an strategischer Bedeutung gewinnen wird, wurde die ASFINAG European Toll Service GmbH im Jahr 2014 als direkte Tochter der ASFINAG eingerichtet. Zuvor war sie eine Tochter der ASFINAG Commercial Services GmbH.

Zum 31. Dezember 2014 stehen die ASFINAG Baumanagement GmbH, die ASFINAG Mautservice GmbH, die ASFINAG Commercial Services GmbH und die ASFINAG European Toll Service GmbH zu 100 % im Besitz der ASFINAG. An der ASFINAG Alpenstraßen GmbH sind die Bundesländer Tirol (35,9 %) und Vorarlberg (13,1 %) beteiligt. An der ASFINAG Service GmbH sind das Bundesland Niederösterreich (5,0 %), die OÖ Verkehrsholding GmbH (2,17 %) und die Bundesländer Wien (1,67 %), Burgenland (1,67 %), Steiermark (1,67 %), Kärnten (1,67 %) und Salzburg (1,17 %) beteiligt.

1.2. Geschäftsverlauf

Obwohl die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2014 deutlich schwächer war als zu Jahresbeginn von den Analysten prognostiziert, konnte eine Steigerung des Güterverkehrs auf dem ASFINAG-Streckennetz registriert werden. Gegenüber dem Jahr 2013 ist die Fahrleistung von Fahrzeugen > 3,5 t hzG um 2,8 % gestiegen. Die Umsetzung der gemeinsam mit dem Eigentümer erarbeiteten Priorisierung der Bauaktivitäten sowie breit angelegte Aktivitäten zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung (Kostenziele im Betrieb, Kostensenkungsprogramme im Overhead-Bereich, etc.) stellen wesentliche Eckpfeiler für eine solide finanzielle Basis zur Bewältigung der mittel- bis langfristigen Herausforderungen dar. Die Verschuldung der ASFINAG steht mit der Ertragskraft im Einklang und eine langfristige Finanzierbarkeit ist gegeben.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit verknüpften Ressourcen unter gleichzeitiger Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen Verantwortung war somit auch 2014 eine große Herausforderung und wird es auch in den kommenden Jahren bleiben.

Jegliche Maßnahme zur Effizienzsteigerung in allen Prozessen der ASFINAG (Bau, Betrieb, Bemannung, Overhead) wurde und wird mit Nachdruck verfolgt, um der Rolle der ASFINAG als verlässlicher Betreiber einer modernen Straßeninfrastruktur am hochrangigen Netz weiterhin gerecht zu werden.

1.2.1. Bemannung

Im Bereich der vollelektronischen Maut für Kfz über 3,5 t hzG wurden insgesamt rd. 680 Mio. (+2,5 % gegenüber 2013) Mauttransaktionen verzeichnet. Mit 96 % entfiel der überwiegende Anteil an Mauttransaktionen auf LKW, der Rest wurde von Bussen und anderen Fahrzeugen über 3,5 t hzG, wie zum Beispiel Wohnmobilen, getätigt.

Der Marktanteil der Direktabrechnungsschiene mit den Kunden („GO-Direkt“) liegt im Jahr 2014 bei 9,2 % (2013 9,5 %).

Die Anzahl der an den Sondermautstellen abgefertigten PKWs (Kat. 1) liegt mit 37,9 Mio. um 2,0 % über dem Vorjahreswert. Der Automatisierungsgrad der Passagen an den Sondermautstellen beträgt 60,3 % (2013 59,1 %). Die Anzahl der verkauften Videomauttickets liegt bei rd. 1,6 Mio. Stück, dies entspricht einer Steigerung von 5,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Vignettenabsatz über alle Vignettentypen lag 2014 bei rd. 24,3 Mio. Stück. Dies entspricht einer Steigerung von rd. 1,1 % gegenüber dem Vignettenabsatz 2013.

1.2.2. Bauaktivitäten

Im Jahr 2014 stand die ASFINAG-Bautätigkeit wiederum im Einflussbereich der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation einerseits und erschwerten finanzieller Rahmenbedingungen andererseits. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit lag auf der Erhöhung der Verkehrssicherheit im hochrangigen Netz, insbesondere bei Tunnelausbauten (u.a. Maßnahmen im Rahmen des Straßentunnel-Sicherheits-Gesetzes (STSG)), auf Erweiterungen und Sanierungen, der Errichtung von Rast- und LKW- Stellplätzen sowie von Verkehrsbeeinflussungsanlagen (VBA).

Die Bauarbeiten zur Erweiterung des ASFINAG-Netzes, wie etwa im Zuge der Strecke Unterweikersdorf – Freistadt Nord (S10 Mühlviertler Schnellstraße) wurden 2014 weitergeführt. Die Umfahrung Freistadt konnte auf diesem Streckenabschnitt, wie geplant, im Herbst 2014 dem Verkehr übergeben werden. Weiters wurde im Bereich der Erweiterung des ASFINAG-Netzes das Projekt Sankt Georgen – Scheifling (S36 Murtal Schnellstraße) fortgeführt.

Auch andere Großprojekte wurden im Jahr 2014 vorangetrieben. Dazu gehören die Vorbereitungsarbeiten zur Sanierung Hochstraße Inzersdorf auf der A23 Südost Tangente Wien, die Generalerneuerung Knoten Prater (A23 Südost Tangente Wien), die Instandsetzung Leobersdorf – Wiener Neustadt (A2 Süd Autobahn), die Nordumfahrung Klagenfurt (A2 Süd Autobahn), die Fahrstreifenenerweiterung AST Flughafen – AST Fischamend (A4 Ost Autobahn), der Sicherheitsausbau und Lärmschutz auf der A8 Innkreis Autobahn (Meggenhofen - Haag), die Sanierung der 1. Röhre des Bosrucktunnels (A9 Pyhrn Autobahn), die 2. Röhre Gleinalmtunnel (A9 Pyhrn Autobahn), der Vollausbau der Tunnelkette Klaus (A9 Pyhrn Autobahn), die Einhausung Zederhaus (A10 Tauern Autobahn), die Tunnelkette Bruck (S6 Semmering Schnellstraße) mit Arbeiten am Streckenabschnitt Niklasdorf – Leoben Ost (inklusive Niklasdorftunnel, der 2014 dem Verkehr übergeben wurde), die Generalerneuerung Frohnleiten Nord – Badl (S35 Brucker Schnellstraße) sowie die Verkehrsbeeinflussungsanlagen im Großraum Linz und in Salzburg.

Wesentliche Baubeginne fanden im Jahr 2014 für die Projekte Generalerneuerung Knoten Bruck – Oberaich (S6 Semmering Schnellstraße) und Arlbergtunnel auf der S16 Arlberg Schnellstraße (STSG-Maßnahmen und Generalerneuerung) statt.

Die 2012 begonnene Instandsetzung Brentenmais - Steinhäusl (A1 West Autobahn) konnte 2014 finalisiert und dem Verkehr übergeben werden. Darüber hinaus wurden die Rastplätze Schöffern Ost (A2 Süd Autobahn), Grafenstein Nord/Süd (A2 Süd Autobahn), Premstätten (A9 Pyhrn Autobahn) und Glanegg + Untersberg (A10 Tauern Autobahn) in Betrieb genommen.

Weitere Verkehrsfreigaben fanden für die Projekte Vollausbau Pöchlarn – Ybbs/ Richtungsfahrbahn Wien (A1 West Autobahn), Zubringer Knoten Graz Ost (A2 Süd Autobahn), Generalerneuerung Schwarzlsee – Wildon (A9 Pyhrn Autobahn), Sanierung Rottenmann – Tregelwang (A9 Pyhrn Autobahn), Sanierung Volders – Hall (A12 Inntal Autobahn) und Instandsetzung Gallerie Fallender Bach (A12 Inntal Autobahn) statt.

Das von der ASFINAG verantwortete Bauvolumen betrug im Jahr 2014 rund EUR 0,9 Mrd. (2013 rund EUR 0,7 Mrd.).

1.2.3. Betriebliche & Elektromaschinelle Erhaltung, Bestandsmanagement und Verkehrsmanagement

Die zentralen Aufgaben der Betrieblichen Erhaltung bestehen in der Abwicklung des Winterdienstes, in der Grünflächenpflege, in der Instandhaltung der Straßenausrüstung, in der Überwachung von Bauwerken, in Reinigungsarbeiten sowie in der Streckenkontrolle und in der Abwicklung von Notfallereignissen. Ein strategischer Schwerpunkt des Jahres 2014 lag in der Stärkung der Kernleistungen (Streckendienst, Winterdienst, Absicherungen, Substanzerhaltung) des Betriebes, womit die Arbeitsschwerpunkte im Sinne der ASFINAG – Strategie gestärkt wurden.

Die Elektromaschinelle Erhaltung gliedert sich in Betriebstechnik-Einheiten, die regional die Wartung und Instandhaltung der Tunnelanlagen, der Verkehrsbeeinflussungsanlagen, des ASFINAG-eigene Netzwerkes sowie sämtlicher sonstiger elektrotechnischen Anlagen (Notrufsäulen, Glättemeldeanlagen, Sensorik etc.) sicherstellen. Zur Optimierung der Instandhaltungstätigkeiten wurden das Instandhaltungstool BÜS eingeführt und die Servicelevels für Störungsbehebungen an die aktuellen Anforderungen angepasst.

Das Bestandsmanagement bzw. die Bereiche Netzplanung und Erhaltungsmanagement sind für den Zustand der baulichen Anlagen (Straße, Brücke, Tunnel und Hochbau) und die laufende Modernisierung des Bestandsnetzes verantwortlich. Instandsetzungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Optimierung hinsichtlich Verfügbarkeit und Verkehrssicherheit werden entwickelt und bilden die Basis für das Infrastrukturinvestitionsprogramm der ASFINAG.

Das Verkehrsmanagement nimmt die Verantwortung für die nationale Verkehrsüberwachung und Verkehrssteuerung, sowie für das Verkehrssicherheits-, Baustellen- und Netzmanagement wahr. Das Anlagen-Operating für Tunnel und Freiland, das in den regional zuständigen Zentralwarten gebündelt ist, verfolgt Zielsetzungen hinsichtlich Verfügbarkeit, Sicherheit und Information. Im Ballungsraum Wien wurde 2013 mit dem Pilot-Projekt „Traffic Manager“ eine mobile Einsatztruppe zur präventiven Unfall- und Stauvermeidung, zum mobilen Verkehrsmanagement und zur raschen Ereignisbewältigung sowie zur Servicierung der Kunden im Autobahnen- und Schnellstraßen-Netz installiert. Diese Maßnahme hat sich als sehr erfolgreich erwiesen und wurde 2014 in den Regelbetrieb übergeführt.

1.2.4. Finanzierung

Die Finanzierungsprämisse der ASFINAG ist die Sicherstellung ausreichender Liquidität für die operative Umsetzung des Eigentümerauftrages. Die Finanzierungsstrategie der ASFINAG ist auf die Optimierung der erwarteten Zinskosten und des damit zusammenhängenden Risikos (gemessen durch die Kennzahlen Value at Risk und Cashflow at Risk) ausgerichtet.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgten Tilgungen von langfristigen Finanzverbindlichkeiten (ohne Barvorlagen) in Höhe von insgesamt rd. EUR 1,0 Mrd. (Nominalwert). Dem gegenüber stand eine Finanzierung in Form einer EUR 750 Mio. Anleihe mit 7 Jahren Laufzeit und einem Kupon von 1,375 % sowie die Ausnützung eines Darlehens in Höhe von EUR 200 Mio, das mit der Europäischen Investitionsbank bereits 2013 abgeschlossen worden war.

Das Rating der ASFINAG hat sich 2014 nur hinsichtlich der Beurteilung des Ausblicks geändert. Die Einstufung von Standard & Poor's liegt bei AA+ mit einem „Stable Outlook“, die Einstufung von Moody's liegt bei Aaa, wobei im März 2014 der Ausblick von negativ auf stabil geändert wurde. Das Eigenkapital der ASFINAG stieg im Vergleich zum Vorjahr durch den Jahresüberschuss. Die nominellen Finanzverbindlichkeiten blieben per Jahresende mit rd. EUR 10,0 Mrd. (excl. Verbindlichkeiten aus PPP von EUR 0,7 Mrd.) in etwa auf dem Niveau von 2013.

Das EMTN (Euro Medium Term Note) - Programm der ASFINAG wird auch in den kommenden Jahren Hauptquelle der langfristigen Mittelaufnahmen sein. Der für 2015 geplante negative Free Cashflow wird zusammen mit den notwendigen Umschuldungen ein Bruttoemissionserfordernis 2015 von knapp EUR 2,0 Mrd. ergeben.

1.2.5. Wirtschaftliche Lage

1.2.5.1. Vermögen

	31.12.2014		31.12.2013		31.12.2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Langfristige Vermögenswerte	14.909.064	97,98	14.466.038	97,65	14.172.485	98,10
Kurzfristige Vermögenswerte	306.819	2,02	347.466	2,35	274.135	1,90
zur Veräußerung geh. Langfr. Vermögenswerte	1.070	0,01	0	0,00	0	0,00
	15.216.952	100,00	14.813.504	100,00	14.446.620	100,00

Die langfristigen Vermögenswerte werden im Wesentlichen durch die immateriellen Vermögensgegenstände dominiert, die vor allem das Fruchtgenussrecht (Neubau) am hochrangigen Straßennetz darstellen. Das Fruchtgenussrecht wächst mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten der Infrastruktur. Der Wert des Fruchtgenussrechtes wuchs im Jahr 2014 um EUR 382 Mio. (2013 EUR 327 Mio.).

Die Sachanlagen (EUR 514 Mio.) bestehen schwerpunktmäßig aus Mautanlagen, der Errichtung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen und Investitionen in die Corporate Network Infrastruktur sowie Investitionen in die IT-Infrastruktur.

Die kurzfristigen Vermögenswerte betreffen vor allem die Fakturierung der Vignettenverkäufe und Forderungen aus der LKW-Maut mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Weiters sind hier u.a. auch die flüssigen Mittel, die Vorräte, die Bewertung der kurzfristigen Derivate (siehe Konzernanhang 4.20) und die Forderungen aus der USt-Verrechnung enthalten.

Bei den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten handelt es sich um eine Liegenschaft bei welcher der Kaufvertrag bereits 2014 unterzeichnet wurde, der Übergang von sämtlichen Gefahren und Lasten in diesem Zusammenhang jedoch erst im Geschäftsjahr 2015 erfolgen wird.

1.2.5.2. Eigenkapital und Schulden

	31.12.2014		31.12.2013		31.12.2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
<i>Eigenkapital aus Innenfinanzierung</i>	3.145.735	20,67	2.826.913	19,08	2.454.900	16,99
<i>Eigenkapital aus Außenfinanzierung</i>	467.049	3,07	467.049	3,15	467.049	3,23
Eigenkapital	3.612.784	23,74	3.293.962	22,24	2.921.950	20,23
Langfristige Schulden	8.935.628	58,72	9.745.152	65,79	9.065.864	62,75
Kurzfristige Schulden	2.668.540	17,54	1.774.390	11,98	2.458.806	17,02
	15.216.952	100,00	14.813.504	100,00	14.446.620	100,00

Das Eigenkapital ist um das Jahresergebnis 2014 gestiegen, vermindert um die Ausschüttung einer Dividende von EUR 200 Mio. und dem sonstigen Ergebnis. Bei den bestehenden Finanzverbindlichkeiten kam es zu einer Verlagerung des Fristigkeitenprofils des Fremdkapitals von lang- zu kurzfristig laufenden Positionen. Im Geschäftsjahr 2014 erfolgten Tilgungen von Finanzverbindlichkeiten (ohne Barvorlagen) in Höhe von insgesamt rd. EUR 1,0 Mrd. (Nominalwert). Dem gegenüber standen eine Finanzierung in Form einer EUR 0,75 Mrd. Anleihe mit 7 Jahren Laufzeit und einem Kupon von 1,375 % sowie ein Darlehen bei der Europäischen Investitionsbank mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 1,115 %.

1.2.5.3. Umsatz und Ergebnis

	2014 TSD €	2013 TSD €	2012 TSD €
Umsatzerlöse	2.266.660	2.071.902	1.968.116
Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	1.114.792	1.112.300	1.095.271
<i>in % vom Umsatz</i>	49,18	53,68	55,65
Zu- und Abschreibungen	-62.532	-61.857	-62.820
Operatives Ergebnis (EBIT)	1.052.260	1.050.443	1.032.451
<i>in % vom Umsatz</i>	46,42	50,70	52,46
Finanzergebnis	-360.007	-424.392	-404.862
Ergebnis vor Ertragssteuern (EBT)	692.253	626.051	627.589
<i>in % vom Umsatz</i>	30,54	30,22	31,89
Periodenergebnis	519.181	471.230	472.466
<i>in % vom Umsatz</i>	22,91	22,74	24,01
Kumuliertes Konzernergebnis	3.139.417	2.820.595	2.448.582

Das Periodenergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 10 % (EUR 48 Mio.) gestiegen.

Die Mauterlöse haben sich insgesamt im Jahr 2014 um rd. EUR 137 Mio. (8,1 %) erhöht.

Die Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen, die ergebniswirksam sind (somit exklusive Fruchtgenuss), sind gegenüber 2013 um rd. EUR 127 Mio. gestiegen, was im Wesentlichen auf die höhere Aufwendungen für bauliche Erhaltungsmaßnahmen zurückzuführen ist.

Das Finanzergebnis hat sich um rund EUR 64 Mio. verbessert, was im Wesentlichen auf das gesunkene Zinsniveau bzw. auf die geringere durchschnittliche Verzinsung der Refinanzierungen im Jahr 2014 zurückzuführen ist.

Das bessere Finanzergebnis wirkt sich auch unmittelbar auf das Ergebnis vor Ertragssteuern aus, das daher für 2014 mit EUR 692 Mio. um EUR 66 Mio. über dem Vorjahresniveau (EUR 626 Mio.) liegt.

Nach Abzug der Steuern ergibt sich ein Jahresergebnis von EUR 519 Mio. (2013 EUR 471 Mio.).

1.2.5.4. Ertragsstruktur

	2014		2013		2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Sondermautlöhse	155.118	6,59	146.751	6,78	136.359	6,56
Vignettenerlöse	428.198	18,19	406.312	18,76	382.992	18,43
LKW-Mauterlöse	1.241.628	52,75	1.134.536	52,39	1.102.768	53,06
Erlöhse Vermietung/Verpachtung	31.209	1,33	31.827	1,47	31.295	1,51
Erlöhse Service- und Kontrolldienst, Enforcement	29.391	1,25	26.251	1,21	26.923	1,30
sonstige Umsatzerlöse	112	0,00	135	0,01	256	0,01
Erlöhse aus der Weiterverrechnung	381.004	16,19	326.089	15,06	287.523	13,83
Umsatzerlöse	2.266.660	96,30	2.071.902	95,67	1.968.116	94,70
Aktivierete Eigenleistungen	4.879	0,21	4.186	0,19	5.082	0,24
Erträge aus dem Abgang von Vermögenswerten	1.830	0,08	5.547	0,26	7.333	0,35
Erträge aus Strafgeleler	60.950	2,59	66.109	3,05	77.185	3,71
Übrige sonstige Erträge	19.482	0,83	17.888	0,83	20.625	0,99
Sonstige Erträge	82.261	3,49	89.544	4,13	105.143	5,06
Umsatzerlöse und Erträge	2.353.800	100,00	2.165.632	100,00	2.078.341	100,00

Die Steigerung der Mauterlöse für KfZ > 3,5 t hzGg um rund 9,4 % ist auf eine Anpassung der Tarife ab 01. Jänner 2014 sowie eine gesteigerte Fahrleistung (+2,8 %) gegenüber 2013 zurückzuführen.

Die Steigerung bei der Vignette ist auf eine geringe Mengensteigerung (1,1 %) und die gesetzlich festgelegte Valorisierung zurückzuführen, die Sondermauterlöse stiegen aufgrund erhöhter PKW-Abfertigungen (+2,0 %) sowie durch Preisanpassungen.

Die Erlöhse aus dem Enforcement sind aufgrund von Erhöhungen der Ersatzmauten für KFZ > 3,5 t hzGg sowie der Errichtung zusätzlicher automatischer Vignettenkontrollen um rund 12 % gegenüber 2013 gestiegen.

Die Erlöhse aus den Vermietungen und Verpachtungen blieben ebenfalls nahezu konstant und betrafen im Wesentlichen Raststationserlöse.

Die Erlöhse aus Weiterverrechnungen korrespondieren mit den Aufwendungen für den Neubau und die Erweiterung der Streckeninfrastruktur und sind gegenüber 2013 um rund EUR 55 Mio. gestiegen.

Die sonstigen Erträge betreffen großteils den ASFINAG-Anteil an Strafgelelern auf dem Autobahnen- und Schnellstraßennetz (rd. EUR 61 Mio.), Grundstücksverkäufe, Kostenbeteiligungen Dritter, Pönaleforderungen, Erträge aus der Weiterverrechnung von Schadensfällen, etc.

1.2.5.5. Aufwandsstruktur

	2014		2013		2012	
	TSD €	%	TSD €	%	TSD €	%
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	911.997	70,07	729.528	65,42	674.362	64,48
Personalaufwendungen	175.487	13,48	170.750	15,31	167.351	16,00
Sonstige Aufwendungen	151.524	11,64	153.054	13,72	141.357	13,52
Zu- und Abschreibungen, Wertminderungen	62.532	4,80	61.857	5,55	62.820	6,01
Aufwendungen	1.301.540	100,00	1.115.189	100,00	1.045.890	100,00

Die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen liegen mit EUR 912 Mio. um rd. EUR 182 Mio. höher als im Vorjahr (EUR 730 Mio.). Dies ist im Wesentlichen auf eine gestiegene Bauleistung zurückzuführen, annähernd ein Drittel davon im Bereich des ergebnis-

neutralen Fruchtgenusses und zwei Drittel bei den baulichen Erhaltungsaufwendungen. Die Dotierung der Rückstellung zur Erhaltungsverpflichtung nach IFRIC 12 ist überdies um rund EUR 17 Mio. gegenüber 2013 gestiegen.

Die Personalaufwendungen stiegen aufgrund der kollektivvertraglichen Erhöhung.

1.2.5.6. Geldflussrechnung

	2014 TSD €	2013 TSD €	2012 TSD €
Cashflow aus der operativen Tätigkeit	596.022	569.888	512.748
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-450.629	-381.780	-345.697
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-183.347	-139.920	-165.965
Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-37.954	48.189	1.086
Anfangsbestand Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	60.688	12.499	11.413
Endbestand Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	22.734	60.688	12.499

Der Cashflow aus der operativen Tätigkeit beträgt im Jahr 2014 EUR 596 Mio. und liegt somit um EUR 26 Mio. höher als im Vorjahr. Die gesteigerte Investitionstätigkeit der ASFINAG in der Höhe von EUR 450 Mio., insbesondere in die Streckeninfrastruktur (Fruchtgenuss), führt in Summe für 2014 zu einem positiven Cashflow vor Finanzierung (Free Cashflow) in Höhe von EUR 145 Mio.

Über den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (EUR -183 Mio.), entstanden aus Tilgungen iHv rd. EUR 1.024 Mio., einer Dividendenzahlung von EUR 145 Mio. sowie Neuaufnahmen iHv rd. EUR 985 Mio., errechnet sich der Endbestand an Fondsmittel von rd. EUR 23 Mio.

1.2.5.7. Rentabilität

		2014	2013	2012
Umsatzrentabilität iw S (%)	= $\frac{\text{operatives Ergebnis (EBIT)}}{\text{Umsatzerlöse}}$	46,42	50,70	52,46
Umsatzrentabilität ieS (%)	= $\frac{\text{Periodenergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}}$	22,91	22,74	24,01
Gesamtkapitalrentabilität (%)	= $\frac{\text{operatives Ergebnis (EBIT)}}{\Phi \text{ Gesamtkapital}}$	7,01	7,18	7,17
Eigenkapitalrentabilität (%)	= $\frac{\text{Periodenergebnis}}{\Phi \text{ Eigenkapital}}$	15,03	15,16	17,27

Die Umsatzrentabilität iwS ist gegenüber 2013 leicht gesunken, da bei nahezu gleich bleibenden EBIT die Umsätze (inkl. der ergebnisneutrale Umsatz aus der Weiterverrechnung an den Bund) gestiegen sind. Die Umsatzrentabilität ieS hingegen konnte aufgrund des verbesserten Finanzergebnisses leicht erhöht werden.

Die Gesamtkapitalrentabilität ist aufgrund der erhöhten Bilanzsumme bei nahezu gleich bleibenden EBIT leicht gesunken. Die Eigenkapitalrentabilität ist ebenfalls leicht zurückgegangen, da das durchschnittliche Eigenkapital stärker als das Periodenergebnis im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist.

1.3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1. Mitarbeiteranzahl per 31.12.

	Gesamt 2014	Gesamt 2013	Gesamt 2012
ASFINAG-Holding	138	133	130
ASFINAG Service GmbH	1.452	1.461	1.482
ASFINAG Alpenstraßen GmbH	242	246	257
ASFINAG Bau Management GmbH	256	257	237
ASFINAG Maut Service GmbH	586	557	561
ASFINAG Commercial Services GmbH	0	0	0
ASFINAG European Toll Services GmbH	0	0	0
Summe Headcounts	2.674	2.654	2.667

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter zum Stichtag 31. Dezember hat sich gegenüber 2013 um 20 erhöht. Von insgesamt 2.674 Mitarbeitern sind per 31. Dezember 2014 34 Mitarbeiter temporäre Mitarbeiter, welche befristet zur Abdeckung von Arbeitsspitzen eingesetzt werden.

Die Fluktuation war 2014 mit rund 2,9 % auf einem konstant niedrigen Niveau. Saisonkräfte, Praktikanten und Ländermitarbeiter werden in der Betrachtung der Fluktuation nicht berücksichtigt.

Per Ende 2014 waren insgesamt 6 Lehrlinge in Ausbildung, Trainees gab es zu diesem Zeitpunkt keine.

Im Jahr 2014 wurden eine Vielzahl an zukunftsweisenden Projekten und Themen bearbeitet:

- Umsetzung der Maßnahmen aus der letzten Mitarbeiterbefragung:

Das Jahr 2014 stand im Unternehmen ganz im Zeichen der Bearbeitung der abgeleiteten Maßnahmen aus der Mitarbeiterbefragung 2013. Bei den Maßnahmen gibt es ebenso gesellschafts- und abteilungsinterne Aktivitäten wie konsolidierte Themenschwerpunkte, die über den gesamten Konzern bearbeitet werden. Vieles wurde in Angriff genommen und umgesetzt. Beispiele dafür sind:

- Diverse Maßnahmen wurden gesetzt um die Lesbarkeit und Anwendbarkeit von Richtlinien und Handbüchern zu verbessern.
- Die Inputs zum Mitarbeitergespräch wurden ernst genommen und in einem intensiven Kompaktprojekt das Formular dazu komplett überarbeitet.
- Die ASFINAG Grundsätze wurden laufend gemeinsam in Meetings und beim Mitarbeitergespräch thematisiert und waren auch Teil der Zielvereinbarungen

- Projekt Zeitwirtschaft neu:

Über die Jahre hinweg entstanden in der ASFINAG unterschiedliche Regelwerke zur Zeiterfassung und Gehaltsabrechnung. Diese werden nun in dem Projekt neu gestaltet und zu einem Gesamtsystem vereinheitlicht. Das Projekt wurde 2014 intensiv bearbeitet und parallel

konnten schon einige Optimierungen im System und im Ablauf umgesetzt werden: z.B. Automatisierungen bei Zeitkorrekturen und konzernweit konsolidierte Vorgehensweisen und Regelungen im HR-Bereich für alle Gleitzeit-Mitarbeiter.

- Verhandlungen zum Kollektivvertrag 2015 und zur Sozialvereinbarung:

Der Kollektivvertrag und die Sozialvereinbarung wurden neu verhandelt und abgeschlossen. Im Zuge dessen wurde der Kollektivvertrag auch in Bezug auf bessere Lesbarkeit überarbeitet. Statt auf komplizierten Fachjargon wird auf klaren und verständlichen Sprachgebrauch gesetzt!

- Aus- und Weiterbildung:

Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung standen ebenso auf der Tagesordnung. Neben den laufenden Entwicklungsprogrammen im Bereich Führung und Projektmanagement waren die Grundausbildungen für die Compliance-relevanten Fachschulungen stark im Fokus. Dafür wurden neben den gewährten Präsenzs Schulungen erstmals erfolgreich selbst konzipierte e-Learning-Module inkl. Wissenscheck zum Abschluss eingesetzt.

1.3.2. Streckenparameter

Die Streckenlänge des ASFINAG-Netzes umfasst per 31. Dezember 2014 2.183 km (2013: 2.178 km) mit 11.736 Fahrstreifenkilometern (2013 11.685). Auf diesem Netz befinden sich 5.204 Brückenobjekte, 157 Tunnelanlagen mit einer Gesamtlänge von 365 Röhrenkilometern sowie Lärmschutzwände mit einer Gesamtlänge von ca. 1.327 km.

1.3.3. Umweltbelange

Bundesstraßen sind als Verkehrsträger grundlegende und unabdingbare Voraussetzung für den freien Güter- und Personenverkehr sowie die Befriedigung moderner Mobilitätsbedürfnisse. Neben den Zielen wie die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Entlastung von oft hoch belasteten Ortsdurchfahrten haben die Investitionen der ASFINAG vielfältige Effekte auf die Volkswirtschaft.

Gleichzeitig bedingen Straßenbauvorhaben unvermeidbar Berührungspunkte mit Aspekten des Natur- und Umweltschutzes. So kollidiert das öffentliche Interesse an der Errichtung von Infrastruktur fast definitionsgemäß mit dem öffentlichen Interesse am Naturschutz. Die Herausforderung für die ASFINAG besteht darin, die erforderlichen Leistungen im Infrastrukturbereich so umweltfreundlich und ressourcenschonend wie möglich zu gestalten.

Die ASFINAG ist sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst und nimmt diese wahr. Investitionen in Lärm- und Umweltschutz (insbesondere Gewässerschutz und ökologische Ausgleichsmaßnahmen) nehmen einen großen Anteil an den Gesamtinvestitionen bei der Errichtung von Neubaustrecken ein. Tätigkeitsschwerpunkt am Bestandsnetz ist neben der Errichtung von zusätzlichen bzw. der Sanierung bestehender Gewässerschutzanlagen vor allem die Errichtung von Lärmschutz.

Die im Internet veröffentlichten EU-Umgebungslärmkarten zeigen die Lärmsituation am gesamten Streckennetz in einer Höhe von 4 m. Zusätzlich bietet die ASFINAG zur Beurteilung der Lärmsituation in der Höhe von 1,5 m einen eigenen Lärmkataster im Internet an. Diese Darstellung bietet zu den Umgebungslärmkarten die Möglichkeit, sich über die aktuelle Lärmsituation bei Aufenthalt im Freiraum zu informieren. Um eine laufende Aktualität zu gewährleisten, erfolgt eine periodische Evaluierung dieser Lärmkarten. Dabei werden die neu errichteten Lärmschutzmaßnahmen eingearbeitet, Neubaustrecken aufgenommen sowie die

Emissionen (Verkehrsaufkommen, Fahrbahnbeläge, verordnete Geschwindigkeiten) neu berechnet. Der aktualisierte Lärmkataster steht seit Frühjahr 2013 zur Verfügung. Eine Aktualisierung dieses Lärmkatasters erfolgt alle 5 Jahre.

Prioritär zu schützende Wohnbereiche wurden für das Jahr 2014 mit geplanten Sanierungs- bzw. Erweiterungsprojekten zusammengeführt und bedarfsgerechte Lärmschutzmaßnahmen geplant und umgesetzt. Im Jahr 2014 hat die ASFINAG zum Schutz der Anrainer ca. EUR 17 Mio. in die Sanierung und Errichtung von Lärmschutzwänden im Bestandnetz investiert. Diese Maßnahmen werden zu einer weiteren Reduktion der Lärm-Auswirkungen des Straßenverkehrs auf die Anrainer führen. Unter Berücksichtigung der Lärmschutzmaßnahmen an den Neubaustrecken sind insgesamt mit Ende 2014 am Bundesstraßennetz somit rd. 1.327 km (2013 1.315 km) Lärmschutzmaßnahmen mit einer Gesamtfläche von rd. 4,30 Mio. m² (2013 4,25 Mio. m²) verfügbar.

Durch Maßnahmen zur Reinigung und Rückhaltung der Straßenwässer in Gewässerschutzanlagen leistet die ASFINAG einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zur Erhaltung der Qualität unserer Böden, der Flüsse und des Grundwassers. Was in Österreich beim Neubau von Autobahnen Standard ist, gilt natürlich auch für bereits bestehende Abschnitte. Bei jeder Generalerneuerung werden die Entwässerungs- und Reinigungssysteme auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Von der ASFINAG wurden in diesem Zusammenhang zahlreiche Bestandsstrecken im Hinblick auf die zeitgemäße Reinigung der Straßenwässer evaluiert. In Folge wurden - bei Bedarf auch in Abstimmung mit den zuständigen Behörden - Sanierungskonzepte erarbeitet und bereits einige Projekte aus diesen Konzepten umgesetzt.

Salze, die mit dem Winterdienst in die Straßenwässer gelangen, können, im Gegensatz zu allen anderen enthaltenen Verunreinigungen (z.B. Bremsstaub, Gummiabrieb, Ölsuren, Schwermetalle), mittels Bodenfilterpassagen nicht eliminiert bzw. im Bodenfilter nicht rückgehalten werden. Aus diesem Grund werden diese Wässer bei Bedarf in Rückhaltebecken zwischengespeichert und nur sehr dosiert an Oberflächengewässer oder das Grundwasser abgegeben. Zudem prüft die ASFINAG im Rahmen von Forschungsprojekten technische Möglichkeiten, die ausgebrachte Salzmenge zu reduzieren.

Eine besondere Stellung nimmt auch der Umgang mit dem Thema Baustoffrecycling ein. Bei Baumaßnahmen im Autobahnen- und Schnellstraßennetz sind 2014 rd. 520.000 t Ausbauasphalt bzw. 270.000 t Betonabbruchmaterial angefallen. Die Wiederverwertung der anfallenden Recyclingmaterialien – möglichst innerhalb desselben Bauabschnittes - birgt neben dem wirtschaftlichen Vorteil für die ASFINAG auch einen umweltrelevanten Nutzen, ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen nicht immer möglich. Primär werden damit wertvolle Ressourcen wie Gestein und Bitumen gespart und durch die geringeren Transportwege verbessern sich die Verkehrssituation sowie die Luftqualität im Umfeld von Baustellen.

Die ASFINAG legt bereits in den Planungsphasen und durch entsprechende Vorgaben in den Bauverträgen hohes Augenmerk auf die laufende Steigerung der Wiederverwertungsquote und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum nachhaltigen Bauen. Seit dem Jahr 2012 werden in diesem Zusammenhang entsprechende Kennzahlen wie z.B. eine „Recyclingquote“ erfasst. Diese zeigt für das Jahr 2014, dass 88 % der Aushub-, 75 % der Asphalt- und 76 % der Betonabbruchmaterialien einer Verwertung (in Bauvorhaben der ASFINAG oder Dritter) zugeführt wurden.

Maßnahmen im Bereich der Lebensraumvernetzung sind darüber hinaus bereits ein langjähriger Schwerpunkt der ASFINAG. Durch gezielte Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen wird dieser Bereich laufend weiter optimiert. Nicht nur kostenintensive Bauwerke wie Wildquerungshilfen („Grünbrücken“) leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

Neben den bereits beschriebenen generellen Maßnahmen werden laufend weitere Einzelmaßnahmen zu Optimierung von Umweltauswirkungen entwickelt und umgesetzt, beispielhaft genannt sei die Reinigung und Aufbereitung von Tunnelwaschwasser, Recycling der Go-Boxen, Gefahrgut-Monitoring im Tunnel, Senkung des Stromverbrauches in Tunnelanlagen,

effiziente Abfallentsorgung im Bereich der Park- und Rastplätze sowie Wildschutz-Maßnahmen. Der Fachbereich der ASFINAG BMG „Technik, Innovation und Umwelt“ begleitet darüber hinaus Neubau- und Bestandsprojekte in allen Phasen und gewährleistet Standardisierung und Wissensmanagement an der wichtigen Schnittstelle zwischen technischen, rechtlichen und umweltfachlichen Aspekten der Projektentwicklung.

1.4. Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Im Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der Freigabe des vorliegenden Konzernabschlusses der ASFINAG Gruppe kam es aus bisher noch ungeklärter Ursache zu einem teilweisen Einsturz der gerade in Bau befindlichen Murbrücke bei Frohnleiten auf der S 35. Der etwa 50 Meter lange und 800 Tonnen schwere Teil der Brücke, der über die ÖBB-Geleise führen soll, blockierte bis zur Stabilisierung und aufwändigen Entfernung elf Tage lang den Zugverkehr. Die Ursache wird derzeit von Sachverständigen untersucht, auch die Staatsanwaltschaft Graz hat einen Sachverständigen beauftragt. Ergebnisse sind nach derzeitigem Stand frühestens Ende April zu erwarten.

Dieses Ereignis hat auf die Bilanzerstellung per 31. Dezember 2014 keinerlei Auswirkungen.

2. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken der Unternehmensgruppe

2.1. Voraussichtliche Entwicklung der Unternehmensgruppe

Auch im Jahr 2015 liegt der Schwerpunkt darauf, die Umsetzung der strategischen Ziele konsequent weiterzuverfolgen, die Prozesse über den gesamten Konzern laufend zu optimieren und die mit dem Eigentümer erarbeiteten Einsparungen bei ungeminderter Quantität und Qualität der Leistungen umzusetzen.

In der Planung für 2015 wurde bezüglich der LKW-Mauteinnahmen (abgesehen von der gesetzlich vorgesehenen Valorisierung) eine um 2,0 % steigende Verkehrsleistung zugrunde gelegt. Für die PKW-Vignette und für die PKW Sondermaut wird eine Steigerung der Erlöse um je 2,1 % angenommen, was im Wesentlichen die preisliche Valorisierung abbildet. Die gesamten Mauterlöse 2015 werden somit laut Plan rd. EUR 1.860 Mio. betragen.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für die Erlösentwicklung wird nach der erfolgten Tarifierung per 1. Jänner 2014 bzw. der Adaptierung des Tarifs für die EURO-Emissionsklasse EURO VI per 1. Jänner 2015 weiterhin die Struktur der LKW-Mauterlöse im Rahmen der schadstoffabhängigen Bemautung und somit auch das Verhalten der Transportwirtschaft hinsichtlich der Aus- und Umrüstung des Fuhrparks sein. Der Tarif ist mit dem Hintergrund gestaltet, dass eine Aufkommensneutralität erzielt wird.

Das Infrastruktur-Investitionsprogramm sieht für 2015 ein Bauvolumen von rd. EUR 1.050 Mio. vor. Mit den laufenden Aufwendungen und dem geplanten negativen Finanzergebnis (im Wesentlichen Zinsendienst) von EUR 355 Mio. - resultierend aus der derzeitigen Zinssituation und einer moderaten Nettoneuverschuldung - ergibt sich ein geplantes EBT von EUR 579 Mio., was einem Jahresüberschuss von EUR 526 Mio. entspricht.

Im Hinblick auf die Umsetzung von kostenintensiven Infrastrukturprojekten haben sowohl die laufende Evaluierung der Bauprojekte hinsichtlich Dimensionierung und verkehrlicher Notwendigkeit als auch Verhandlungen über Finanzierungsbeiträge nach wie vor große Bedeutung.

Ein besonderer Fokus der ASFINAG liegt auf der Vernetzung im nationalen und internationalen Bereich. Dies drückt sich im Inland unter anderem in der intensiven Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsträgern aus. Im Ausland liegt der Schwerpunkt vor allem in der aktiven und führenden Mitarbeit an der Weiterentwicklung der europäischen Interoperabilität für LKW.

2.2. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.2.1 Cashflowrisiko

Nachdem man Ende 2013 bereits dachte, dass das Zinsniveau nicht mehr weiter sinken könnte, hat das Jahr 2014 eine weitere dramatische Reduktion der Zinsen mit sich gebracht. Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinssätze erreichten historische Tiefstände: der 3-Monats-Euribor fiel beispielsweise von 0,28 % zu Jahresbeginn auf 0,08 % am Jahresende, die Rendite für 10-jährige österreichische Bundesanleihen fiel von 2,26 % zu Jahresbeginn auf 0,67 % zu Jahresende. Sogar Negativzinsen waren ab der 2. Jahreshälfte im sehr kurzen Laufzeitspektrum bzw. für top-geratete Staatsanleihen mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren keine Seltenheit mehr.

Die Einschätzung der kaufmännischen Risiken, die von externen Kapitalmarktschwankungen ausgehen, werden in Form der Kennzahlen Value at Risk und Cashflow at Risk errechnet und den Gremien regelmäßig berichtet.

Die mit ihren Marktwerten bewerteten Derivate bilden jeweils Bewertungseinheiten mit einer zugehörigen Grundtransaktion, und wurden mehrheitlich mit der Absicht der Absicherung von Wechselkursschwankungen der Grundtransaktionen abgeschlossen. Das verbleibende Risiko besteht lediglich aus Zinsänderungsrisiken im EURO Finanzierungsraum.

Die Risikokennziffern der aushaftenden langfristigen ASFINAG Finanzverbindlichkeiten (Darlehen und Anleihen inklusive Swaps) wurden per 31. Dezember 2014 mit einer Konfidenz von 95 % und einer Haltedauer von einem Jahr wie folgt eingeschätzt:

Der marktwertorientierte Value at Risk wird auf EUR 205,4 Mio. (2013 EUR 409,7 Mio.) geschätzt. Der nominelle Gesamtstand der Finanzverbindlichkeiten beträgt zum Stichtag EUR 10.020,0 Mio. (2013 EUR 9.999,2 Mio.).

Der Cashflow at Risk beträgt EUR 0,9 Mio., wobei rd. 3,6 % der Verbindlichkeiten variabel verzinst sind.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der ASFINAG Verbindlichkeiten beträgt ca. 8,00 Jahre (2013 8,28 Jahre) und die durchschnittliche Nominalverzinsung liegt bei ca. 3,06 % p.a. (2013 3,36 % p.a.).

Der Zugang zu den Kapitalmärkten und damit die Aufnahme der erforderlichen Mittel wird für die ASFINAG auch im Jahr 2015 gewährleistet sein, einerseits aufgrund ihrer exzellenten Reputation auf den Kapitalmärkten und eines aktiven Investoren-Marketings andererseits aufgrund der guten Fundamentaldaten Österreichs und der Staatsgarantie für die Mittelaufnahmen.

2.2.2 Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätssteuerung der ASFINAG berücksichtigt alle operativen Erfordernisse, den Schuldendienst und die notwendigen Kapitalaufnahmen im Zusammenhang mit dem Neubauprogramm. Die Planbilanzen, Plangewinn- und -verlustrechnungen und die Cashflowberechnungen werden mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie jeweils im Vorjahr im Voraus abgestimmt und sind im Zusammenhang mit der gesetzlichen Verpflichtung des zuständigen Ministers zu sehen, für die ausreichende Liquidität der ASFINAG zu sorgen.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko der ASFINAG ist aufgrund der guten Bonitätseinstufung gering. Das langfristige Liquiditätsrisiko steht in direktem Zusammenhang mit der Bonität der Republik Österreich und der Unterstützung durch die Republik Österreich in Form von Garantien als Bürge und Zahler für Anleiheemissionen. Letztlich gewährleistet das erfolgreiche und stabile Geschäftsmodell der ASFINAG die Refinanzierung der Verbindlichkeiten.

2.2.3 Konjunkturrisiko, Ausfallrisiko, Absatz- und Beschaffungsrisiko

Nach einem geringen bzw. negativen Wachstum der europäischen Staaten im Jahr 2012 war 2013 gegen Ende des Jahres eine gewisse Erholung zu verzeichnen. Dieser positive Trend hielt aber nur im ersten Halbjahr 2014 an. Die österreichische Wirtschaft beispielsweise schrumpfte im 3. Quartal 2014 im Vergleich zur Vorperiode. Auffällig ist, dass die Entwicklungen innerhalb Europas sehr unterschiedlich waren. Die BIP Prognosen für das Gesamtjahr 2014 liegen zwischen -0,4 % für Italien bis +4,6 % für Irland. Für 2015 geht die Europäische Kommission für alle Mitgliedsstaaten von positiven Wachstumsraten aus, die zum größten Teil über jenen für 2014 liegen. Die Staatsverschuldung aller europäischen Staaten ist nach wie vor hoch bzw. sogar im Vergleich zu 2013 noch weiter gestiegen. Insgesamt sollte sich - den Prognosen zufolge - die Wirtschaft 2015 langsam erholen und vor allem 2016 wieder stärker wachsen. Das Zinsniveau wird sowohl im kurz- als auch im langfristigen Bereich

historisch tief bleiben, allenfalls wird bei den langfristigen Zinsen eine leichte Steigerung im 2. Halbjahr 2015 erwartet.

Für das Jahr 2015 wird in Österreich gemäß Europäischer Kommission ein positives Wirtschaftswachstum von rund 1,2 % (nach prognostizierten 0,7 % für 2014) erwartet. Die Prognosen für die Eurozone liegen 2015 bei rund 1,1 % nach 0,8 % für 2014.

Der Güterverkehr ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr wiederum moderat gewachsen. Insgesamt kann man weiterhin von einer Konsolidierung sprechen. Sowohl die Baukosten, als auch die Baupreise liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Novellierung des Bundesstraßenmautgesetzes im Jahr 2007 schrieb eine Berücksichtigung der Entwicklung des Verbraucherpreisindex auf der Einnahmeseite der ASFINAG fest. Dadurch wurde ein wesentlicher, struktureller Ausgleich zu den inflationsbedingten Kostensteigerungen der operativen Ausgaben gesetzlich festgelegt und eine Absicherung des Inflationsrisikos erreicht.

Für Forderungen der ASFINAG werden Wertminderungen ausschließlich auf Basis von Einzelbetrachtungen vorgenommen, eine Wertberichtigung auf pauschaler Basis erfolgt nicht. Die Einnahmen der ASFINAG - bestehend im Wesentlichen aus LKW- und PKW-Maut sind strukturell nicht ausfallsgefährdet.

2.2.4 Branchenspezifische Risiken und Regulierungsrisiken

Insbesondere aufgrund der hohen Bautätigkeiten stellen die gesetzlichen Rahmenbedingungen gerade in diesem Bereich einen starken Einflussfaktor auf die Kosten- und Kapitalsituation des Unternehmens dar. Hier sind insbesondere gesetzliche Auflagen hinsichtlich Umweltmaßnahmen zu erwähnen. Der diesbezügliche Standard ist im europäischen Vergleich derzeit bereits als sehr hoch einzustufen. Die Novelle der Verwaltungsgerichtsbarkeit stellt betreffend der Genehmigung von Bundesstraßenprojekten weitere Herausforderungen an die Verfahrensabläufe und verlängert die Verfahren.

Mit 1. Jänner 2010 wurde die Bemannung der KfZ > 3,5 t hzGg dahingehend umgestellt, dass Fahrzeuge mit besseren Schadstoffklassen einen günstigeren Tarif (Abschlag auf den Basis-Tarif) erhalten als Fahrzeuge mit stärkerem Schadstoffausstoß (Zuschlag auf den Basis-Tarif).

Diese Umsetzung der "Ökologisierung" der LKW-Maut mittels Klassifizierung der Schadstoffklassen birgt ein gewisses systemimmanentes Risiko (Mindererlöse) der Mauttarifbemessung in sich. Hier ist weiterhin die kritische Komponente, ob sich die Annahmen hinsichtlich der Mengenverteilung der Fahrleistungen innerhalb der verschiedenen Schadstoffklassen plangemäß entwickeln. Dieses Risiko hat sich allerdings gegenüber dem Einführungszeitraum 2010/11 vermindert, da nach der Erstumstellung mittlerweile für 5 Jahre (2010-2014) gesicherte IST- und Erfahrungswerte vorliegen. Hinsichtlich der prognostizierten Entwicklung ist allerdings weiterhin ein diesbezügliches Risiko anzuführen.

Den Veränderungen in der Schadstoffklassenverteilung wird mit einer Tarifierpassung für die EURO-Emissionsklasse EURO VI per 1. Jänner 2015 Rechnung getragen. Es handelt sich dabei um eine geringfügige Tarifreduktion für Fahrzeuge dieser Kategorie um einen verstärkte Anreiz zum Umstieg zu forcieren. Aufkommensneutralität und Finanzierbarkeit dieser Systematik ist damit weiterhin sichergestellt.

2.2.5 IT-Risiken

Vor drei Jahren wurden erstmals drei IT-Produkte nach ISO 20.000 (IT Service Management) zertifiziert. Nach Ablauf des drei Jahre gültigen Zertifikats wurde 2014, mit der Firma TÜV Süd als neues Zertifizierungsunternehmen, die Re-Zertifizierung durchgeführt. Gemäß den Norm-Vorgaben zum IT Service Management wurden sowohl die Office IT (ASBnet-IT) als auch das GO-Mautsystem erfolgreich auditiert. 2015 wird der Umfang (Scope) erweitert und fünf weitere IT-Produkte nach ISO 20.000 zertifiziert.

Im Zuge des unternehmensweiten Risikomanagements ARIMAS wurden 2014 mögliche IT-Risiken vertieft, evaluiert und nach den Kriterien Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung bewertet. Die erkannten TOP-Risiken wurden im ARIMAS mit aufgenommen und werden somit halbjährlich evaluiert.

Die IT Security-Maßnahmen wurden durch den Umstieg auf eine neue Firewall Technologie (Next Generation Firewall) weiter verbessert. Dies ermöglicht es zum Beispiel Web-Anwendungen mit risikoreichen Inhalten zu identifizieren und zu blockieren. Diese Maßnahme gilt als zeitgemäßes technisches Verfahren, um sich gegen aktuelle Bedrohungen des Internets abzusichern.

Auf Basis der 2013 eingeführten ASFINAG Schwachstellenmanagement Datenbank wurde periodisch nach bekannten Software-Schwachstellen gescannt. Somit konnte gewährleistet werden, dass relevante Sicherheitslücken erkannt und zeitnah durch das Einspielen von Sicherheits-Patches behoben wurden. Die im Jahr 2014 aufgetretenen größeren Sicherheitslücken Heartbleed und Shellshock hatten, gemäß zeitnah durchgeführter externer Prüfung, keine Auswirkungen auf die ASFINAG.

Um das Bewusstsein für Datenschutz und Datensicherheit relevanter ASFINAG Mitarbeiter weiter zu verbessern mussten diese im Rahmen der Compliance Schulungen 2014 eine spezielle Datenschutz / Datensicherheit e-Learning Schulung absolvieren.

2014 wurden die vereinbarten IT SLAs in vollem Umfang erfüllt.

Unter anderem wurden folgende Projekte umgesetzt:

- Als Konsolidierungsmaßnahme wurde eine Zusammenlegung der Rechenzentren durchgeführt. Die beiden Rechenzentren in Graz wurden aufgelassen und nach Wien Inzersdorf bzw. Kaisermühlen übersiedelt. Hierfür wurde die Serverraum-Infrastruktur in den Wiener Rechenzentren komplett erneuert und entspricht dem aktuellsten Stand der Technik.
- Zur Steigerung der Mobilität der Mitarbeiter wurden 2014 die Blackberry-Firmentelefone komplett gegen die neueste Generation BBOS 10 getauscht. Die wesentlichen Vorteile dieser neuen Serie stellen die voll remote managementfähigen Endgeräte sowie die als besonders sicher geltende Plattform dar.
- Nachdem der Herstellersupport des Windows 2003 Server Betriebssystems im Jahr 2015 ausläuft wurde mit dem Austausch des Betriebssystems bereits 2014 begonnen. Die noch im Einsatz befindlichen Server mit Windows Server 2003 werden 2015 getauscht.

2.2.6 Personal- und Fluktuationsrisiko

Grundsätzlich ist die Gesamtfuktuation der ASFINAG relativ gering. Durch leistungsorientierte Vergütungssysteme, attraktive Sozialleistungen und der Möglichkeit sich innerhalb des Unternehmens weiterzuentwickeln, sowohl innerhalb der eigenen Gesellschaften als auch gesellschaftsübergreifend, wird das Fluktuationsrisiko minimiert.

3. Bericht über die Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2013 war in der ASFINAG im Bereich Forschung und Entwicklung eine F&E Roadmap für den Konzern entwickelt worden mit dem Ziel, die F&E Aktivitäten mit einem Zielhorizont 2020 analog zur Konzernstrategie systematisch auszurichten. Zu diesem Zweck waren von den Gesellschaften folgende Themenbereiche mit dem größten Innovationsbedarf identifiziert und mit Zielvisionen hinterlegt worden: Bau & Nachhaltigkeit, Erhaltungsmanagement, Betrieb & Nachhaltigkeit, Sensorik und Ereignisdetektion, Verkehrsfluss, Verkehrsinformation, Maut sowie Aufmerksamkeit und Fahrverhaltensbeeinflussung. Die zugehörigen Schwerpunkte waren anschließend vom Management Team priorisiert worden.

Im Jahr 2014 wurden von den F&E Themenverantwortlichen auf Basis dieser F&E Roadmap die Ziele, Aktionen und Maßnahmen zu den Themen mit der höchsten Priorität innerhalb der Themenbereiche (sog. Priorität-1-Themen) im Detail ausgearbeitet. Darüber hinaus erfolgte ein internationaler Austausch zu jedem Priorität-1-Thema.

Im Rahmen der ASFINAG-internen F&E Koordination wurde 2014 außerdem der interne F&E Prozess neu strukturiert und optimiert.

Im Zuge der Kooperationsvereinbarung mit dem Austrian Institute of Technology (AIT) zur Nutzung von Synergien im Bereich strategische Forschung und Entwicklung wurde 2014 die Arbeit in den vier Think Tanks Asset Management, Intelligente Verkehrssysteme, Verkehrssicherheit sowie Umwelt und Verkehr fortgeführt. Dabei tauschten sich die Experten von ASFINAG und AIT regelmäßig zu neuen Herausforderungen und möglichen Lösungen in den unterschiedlichen Schwerpunktbereichen aus.

Weiters wurde 2014 von der ASFINAG mit der FH Campus Wien eine Diplomarbeitskooperation geschlossen, die es Studierenden der FH ermöglicht, ihre Masterarbeiten im Themenkomplex Bau für die ASFINAG zu verfassen.

Neben den strategischen Fragen konnten dank des Engagements der Mitarbeiter auch 2014 wieder wichtige praktische Erkenntnisse aus abgeschlossenen F&E Projekten gewonnen werden. Im Rahmen der Initiative Verkehrsinfrastrukturforschung wurden zahlreiche neue Projekte gestartet und im Oktober 2014 wurde eine weitere Ausschreibung („VIF14“) veröffentlicht. In dieser nun bereits etablierten und jährlich stattfindenden Ausschreibung mit einem Gesamtbudget von EUR 4 Mio. (Anteil ASFINAG EUR 1 Mio.) konnten 2014 14 Forschungsfragestellungen zu aktuellen Herausforderungen im ASFINAG Geschäftsfeld an die Forschungscommunity gerichtet werden. Die thematischen Schwerpunkte der Ausschreibung 2014 bilden u.a. die Bereiche Bautechnik, Lärmschutz und Verkehrsinformation.

Besonders erfreulich war der Abschluss sämtlicher Projekte aus der Ausschreibung VIF11. Die Projektergebnisse wurden von der ASFINAG in Zusammenarbeit mit den ÖBB, dem BMVIT und der FFG in einem Ergebnisbericht publiziert und im Rahmen einer Tagung im Tech Gate Vienna präsentiert.

4. Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Gem. § 82 AktG ist das Management dafür verantwortlich, dass ein Rechnungswesen und ein Internes Kontrollsystem (IKS) geführt werden, die den Anforderungen des Unternehmens entsprechen. Im Berichtszeitraum wurde auf Basis eines etablierten umfassenden Risikomanagementsystems dieser Risikomanagementansatz verfolgt und der systematische Umgang mit Risiken gewährleistet.

Sowohl Risikomanagement als auch das Interne Kontrollsystem umfassen alle Tochtergesellschaften.

Die Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Überwachung und Kontrolle des Internen Kontrollsystems (IKS) und Risikomanagementsystems (RMS) erfolgt in Anlehnung an die 5 Komponenten des COSO-Rahmenwerks¹. Diese Komponenten sind:

- Kontrollumfeld
- Risikobeurteilung
- Kontrollmaßnahmen
- Information und Kommunikation
- Überwachung

4.1. Kontrollumfeld

Im Berichtszeitraum dienten die Abteilung Rechnungswesen und Controlling und die Controlling-Einheiten in den Gesellschaften als betriebswirtschaftliches Kompetenzzentrum in der Unternehmensgruppe und gingen dabei nach den wirtschaftlichen Grundsätzen Wertorientierung und Ergebnissteuerung vor. Das Operative Ergebnis wird von den Gesellschaften und das Finanzierungsergebnis von der Abteilung Finanzierung verantwortet.

Der Abteilung Rechnungswesen und Controlling in der ASFINAG oblag auch 2014 eine Regelungskompetenz zu allen Fragen des Controllings und Rechnungswesens zur Sicherstellung der Anwendung konzern einheitlicher methodischer Standards. Zur Unterstützung der operativen Umsetzung wurden Konzernrichtlinien, Handbücher, Leitfäden, Arbeitsanweisungen und Checklisten erstellt.

Mit Jahresbeginn 2015 erfolgte eine Umstrukturierung der Bereiche Controlling, Rechnungswesen und Finanzierung. Die Bereiche Finanzierung und Rechnungswesen wurden in einer Abteilung zusammengefasst, der Bereich Controlling deckt nun neben den klassischen Controlling-Agenden auch die Themen Kostenrechnung, Mauttarifrechnung und Risikomanagement sowie weiterhin alle Aktivitäten hinsichtlich des PPP-Projekts ab.

Die ASFINAG-Gruppe wird über das Konzernergebnis und daraus abgeleitete Kennzahlen gesteuert. Sie verfügt über eine detaillierte Kurz- und Mittelfristplanung, sowie eine aggregierte Langfristplanung. Ablauf, Prämissen, Detaillierung, Verantwortlichkeiten und Instrumente für die Planung werden jährlich mittels Planungshandbuch kommuniziert und mittels Planungskalender verfolgt.

¹ Das Committee of Sponsored Organisations (COSO) hat einen von der SEC (U.S. Securities and Exchange Commission) anerkannten Standard für Interne Kontrollen, das COSO-Modell erstellt, das zur Beschreibung des Internen Kontrollsystems (IKS) im Lagebericht von Austrian Financial Reporting and Auditing Committee (AFRAC) empfohlen wird.

Die Planung des laufenden Jahres (Erwartungsplan) wird quartalsweise aktualisiert und konsolidiert. In der Regel wird diesbezüglich nur die Gewinn- und Verlustrechnung im Aufsichtsrat präsentiert. Die Budgetierung des Folgegeschäftsjahres beginnt im Mai mit der Aussendung der Prämissen und endet im Oktober. Im Rahmen der Budgetierung wird gleichzeitig eine Mittelfristplanung erstellt. Diese Planung ist gem. Artikel II § 10 ASFINAG Gesetz iVm § 10 ASFINAG Ermächtigungsgesetz 1997 und gem. Punkt IV Abs. 2 Fruchtgenussvertrag vom 25. Juli 1997 in der Fassung vom 22. Mai 2014 dem Eigentümerversorger (BMVIT) zur Zustimmung vorzulegen.

Die Finanzbuchhaltung wird in SAP abgebildet. Die Bewirtschaftung des Anlagevermögens erfolgt in einem weitestgehend automatisierten Ablauf. Die Zugänge im Anlagevermögen erfolgen im Wesentlichen über SAP „Investitionsmaßnahmen“ (PSP-Elemente). Die Anlageninventarisierung und Abgangsmeldungen obliegen dezentral den Fachbereichen bzw. Inventarverantwortlichen, deren Aufgaben in der Inventarisierungsrichtlinie festgelegt sind.

Die Verbuchung der Kontobewegungen erfolgt tagesaktuell. Kreditoren-Zahlungslisten aller in SAP geführten Gesellschaften werden zweimal wöchentlich erstellt, geprüft und durch die Finanzabteilung mittels Telebanking überwiesen. Zur Optimierung des Liquiditätsmanagements sind das Cash-Pooling und die Richtlinie für den Zahlungsverkehr wirksame Instrumente.

Das Rechnungswesen ist für die Prüfung, Erfassung und Zahlungsvorbereitung aller Eingangsrechnungen zuständig. In der Kreditorenbuchhaltung werden Rechnungen, Zahlungsaufträge diverser Bereiche und Anzahlungsanforderungen erfasst. Auf die Kontrolle der gesetzlichen Erfordernisse, der umsatz- und körperschaftsteuerlichen Tatbestände und der internen Unterschriftenregelung wird in diesem Arbeitsbereich besonderer Wert gelegt. Mittlerweile ist ein elektronischer Rechnungsworkflow für alle ASFINAG-Gesellschaften im Einsatz, der diese Intention noch besser unterstützt. Ausgenommen sind derzeit nur noch Baurechnungen, da diese spezifische Anforderungen haben. Im Lauf des Jahres 2015 wird aber auch in diesem Bereich der elektronische Rechnungsworkflow umgesetzt werden.

Die Kundenabrechnung erfolgt über ein eigenes SAP-Mautsystem bzw. im Bereich der Liegenschaften über das Modul SAP-RE (Real Estate) mit einer Schnittstelle zum Core-SAP. Hier werden automatisiert die relevanten Buchungen bewerkstelligt bzw. die Salden in das Core-SAP übernommen. In kleiner Anzahl werden im SAP-SD (Sales & Distribution) auch weitere Geschäftsfälle (z.B. Verrechnung von Versicherungsschäden und Verrechnung von Kostenbeteiligungen) fakturiert.

Die Bilanzierung der Konzerngesellschaft nach UGB und IFRS wird im Rechnungswesen in Abstimmung mit dem Konzerncontrolling ausgeführt.

Die Archivierung der Originalbelege erfolgt in einem Dokumentenmanagementsystem (DMS) mit einer Schnittstelle ins SAP. Weiters ist ein allgemeines Dokumentenmanagementsystem für Verträge und sonstige wichtige Unterlagen eingerichtet.

Im Bereich der Finanzierung ist die Einhaltung einer Treasury-Richtlinie maßgeblich, was laufend von einem Treasury-Gremium überwacht wird. In der Richtlinie sind die Grundsätze und Ziele des Risikomanagements für die Finanzierung erfasst. Hier wird die Risikopolitik betreffend den Umgang mit Marktrisiken (Zinsen, Preise, Wechselkurse), Liquiditätsrisiko und Kontrahentenrisiko sowie das diesbezügliche Limitwesen und die Erfolgswertung geregelt. Darüber hinaus sind Berichts- und Zustimmungspflichten in Richtung des Aufsichtsrates hinsichtlich der Finanzierungstätigkeit auch in den Geschäftsordnungen definiert. Die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit des operativen Liquiditätsmanagements ist durch eine Richtlinie betreffend Zahlungsverkehr abgebildet.

Die ordnungsgemäße Abwicklung der durch die ASFINAG bezogenen Leistungen ist durch eine Vielzahl von Prozessen und Prozessschritten mit hinterlegten Kontrollen definiert. Dies reicht von klar geregelten Beschaffungsprozessen (insbesondere öffentliches Vergaberecht) über ein laufendes Management mit Hilfe von Controlling-/Projektcontrolling, örtlicher Bau-

aufsicht, begleitender Kontrolle bei größeren Projekten, institutionalisierten Lenkungsausschüssen, definierten Claiming-Prozessen usw. bis hin zu Berechtigungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Rechnungsprüfung, die in einer für alle verbindlichen Unterschriftenregelung münden. Ein hohes Augenmerk liegt hier naturgemäß auf den Bauleistungen, da diese betreffend ihrer Dimension und somit auch hinsichtlich des Risikos am wichtigsten sind. Dem wird mit klar geregelten Genehmigungskompetenzen des Aufsichtsrates im Baubereich Rechnung getragen.

Insgesamt liegt in der ASFINAG ein ausgeprägtes Regelungssystem vor, um Strukturen, Rollen, Funktionen und Prozesse klar festzulegen. Bestandteile sind im Wesentlichen Richtlinien, Handbücher, Leitfäden und Arbeitsanweisungen. Die Abteilung Qualitätsmanagement sorgt dafür, dass die Regelungen durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess aktuell sind und auf das notwendige Ausmaß beschränkt bleiben.

Als anzuwendende Regelungen den Rechnungslegungsprozess betreffend können angeführt werden: Unterschriftenregelung, Beschaffungsprozess, Richtlinie zu Planungsprämissen, Cash-Pooling-Richtlinie, Treasury Richtlinie, Planungshandbuch, Bilanzierungshandbuch, Organisationshandbuch, Regelungen zur Kassaführung, Regelungen zum Zahlungsverkehr, Risikomanagement-Handbuch, Regelungen zur Standortverrechnung (ILV), Regelungen zu Stammdaten, Wirtschaftlichkeitsbeurteilungen und Kostenarten des Bauprogramms, Arbeitsanweisungen zum Personalaufwand und sonstigen betriebliche Aufwänden, zur Inventarisierung des ASFINAG Anlagevermögens und der Vorräte, zur Korrektur von Kundenrechnungen, zur Kosten/Erlösdarstellung konzerninterner Leistungsbeziehungen, zur Nutzungsdauer des ASFINAG Anlagevermögens, zur Informationsweitergabe bei Insolvenzen, zur Anlage und Änderung von Debitorenstammdaten, zu Forderungsausfällen und Forderungsbewertungen sowie zu Mahnprozessen.

4.2. Risikobeurteilung

Die wesentliche Aufgabe eines Risikomanagementsystems liegt in der frühzeitigen Erkennung möglicher Risiken und der Planung bzw. Veranlassung jener Maßnahmen, die nachteilige Auswirkungen negativer Entwicklungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens hintanhaltend oder zumindest begrenzen. Zentraler Bestandteil des Risikomanagementsystems ist ein Berichtssystem, mit dem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung analysiert und deren voraussichtliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens bestimmt wird.

Das Berichtswesen der ASFINAG gliedert sich in zwei wesentliche Berichtsteile: eine Risikobewertung auf Unternehmens- bzw. Abteilungsebene und eine fokussierte Managementinformation. In halbjährlich stattfindenden Gesprächen wird mit jedem Geschäftsführer bzw. Abteilungsleiter das Risikopotenzial der jeweiligen Organisationseinheit diskutiert und gegebenenfalls grafisch, in Form einer Risk Map, festgehalten.

Die Abstimmung der jeweiligen prioritären TOP-Risiken für das Gesamtunternehmen erfolgt im Rahmen eines Risiko-Komitees, Teilnehmer dabei sind Vorstand, Geschäftsführung, sowie Compliance Beauftragter und Risikomanager. Die Basis für die Abstimmung in diesem Komitee bildet ein ausführlicher Risiko-Bericht, in dem die identifizierten TOP Risiken und TOP Themen des Gesamtunternehmens im Detail dargestellt sind. Eine zusammenfassende Übersicht darüber wird dem Aufsichtsrat im Rahmen des Prüfungsausschusses gegeben.

Weiters finden auf Unternehmens- bzw. Abteilungsebene eine Vielzahl an Risikomanagementaktivitäten statt. Beispielsweise verfügt das Treasury über EDV-gestützte Risikomanagementtools und eine standardisierte Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsgremien, eine explizite Risikoanalyse findet für alle großen Bauprojekte statt und eine Risikobewertung ist auch Bestandteil jedes Revisionsberichtes.

Folgende Top-Risiken wurden mittels einer Bewertung (unter Berücksichtigung von Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit) im Risiko-Komitee vom Oktober 2014 als maßgeblich identifiziert:

- Kontinuität des Mautsystems nach Vertragsablauf
- Verschlechterung der Bonität
- Drastische Erlösminderung

Die ASFINAG versteht sich grundsätzlich als ein risikoaverses Unternehmen, wobei ein aktiver Umgang mit den identifizierten Risiken gepflegt wird. Risikoinformationen stellen im Unternehmen eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für das Management dar. Die Risiko-beurteilung ist auch eine der Grundlagen für das Interne Kontrollsystem, dessen operativer Fokus auf organisatorischen Richtlinien und Regelungen, Kontrollmechanismen und einer definierten Prozessverantwortung liegt.

Im Zusammenspiel werden daher damit unterstützt und gesichert:

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung
- die Einhaltung der Geschäftspolitik
- die Einhaltung gesetzlicher und sonstiger rechtlicher Grundlagen (Compliance)
- die Einhaltung vorgegebener Ziele
- die Vermögenswerte der Organisation

Die ASFINAG versteht einen offenen Umgang mit Risiken als wesentlichen Erfolgsfaktor. Die Dokumentation der Risiken sowie der ergriffenen Maßnahmen sind Grundlage für ein weiterführendes Wissensmanagement. Auf eine Verzahnung mit Revision, Compliance und Qualitätsmanagement wird über gegenseitig abgestimmte Auditpläne und den Austausch risikorelevanter Ergebnisse großer Wert gelegt.

4.3. Kontrollmaßnahmen

Unterstützt wird das Risikomanagementsystem durch ein System der internen Kontrolle, das durch die allgemeinen Grundsätze des Vier-Augen-Prinzips, der Funktionstrennung und der Vorgabe von Richtlinien für bestimmte Maßnahmen gekennzeichnet ist.

Der Vorstand nimmt hier eine wesentliche Kontrollfunktion wahr, einerseits als Auftraggeber der internen Revision aber insbesondere auch durch die Initiierung von Maßnahmen, die aus der beschriebenen regelmäßigen Berichtserstattung abgeleitet werden.

Damit das IKS regelmäßig auf seine Angemessenheit evaluiert werden kann und damit überwachbar wird, dass regelmäßige Kontrollaktivitäten nachweislich erbracht werden, sind die Ist-Prozesse mit den Prozessablaufdiagrammen mittels der Software „Adonis“ auf einer Prozesslandkarte zur Verfügung gestellt. Weiters ist dies durch Freigabe- und Kontrollschritte angereichert.

Im Rahmen des Prozessmanagements werden regelmäßig alle Process Owner zur Überprüfung und Aktualisierung ihrer Prozesse aufgefordert. Die Kontrollschritte sind definiert und die Art der Dokumentation festgelegt. Es finden laufend Reviews zur Sicherstellung der Aktualität und Angemessenheit der Prozesse statt. Bei Bedarf werden die Prozesse oder die darauf basierenden Abläufe angepasst. Weiters werden die Prozesse laufend vom Qualitätsmanagement (QM) auditiert und dementsprechend auf ihre Zweckmäßigkeit bzw. Einhaltung überprüft.

Darüber hinaus sichert die interne Revision eine fortlaufende Überprüfung in Teilbereichen im Rahmen ihrer Prüfungsaufträge - das IKS ist ein wesentliches Prüfobjekt in nahezu jeder Prüfung. Es werden auch explizite IKS-Prüfungen durchgeführt. Dies geschieht – insbesondere im Bereich der rechnungslegungsrelevanten Prozesse – regelmäßig durch Hinzuziehung externer Experten, um hier ein höchstmögliches Maß an Qualität zu erreichen. Auf Basis der Ergebnisse werden Maßnahmen vereinbart, deren Umsetzung von der internen Revision entsprechend gemonitort und damit letztendlich sichergestellt werden.

Wesentliche Elemente zur Risikosteuerung und Kontrolle in der Rechnungslegung sind die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Kontrollen bei der Abschlusserstellung, transparente Vorgaben mittels Richtlinien, Handbüchern, Leitfäden, Arbeitsanweisungen und Checklisten zur Bilanzierung und Abschlusserstellung und angemessene Zugriffsregelungen in den abschlussrelevanten EDV-Systemen. Das Vier-Augen-Prinzip und die Funktionstrennung sind auch bei den Rechnungslegungsprozessen wichtige Kontrollprinzipien.

4.4. Information und Kommunikation

Aus den Controlling-Abteilungen der einzelnen Gesellschaften ergehen Monats- und Quartalsberichte an die Geschäftsführer sowie durch das Konzerncontrolling aggregiert an den Konzernvorstand. Die Berichte enthalten die Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS (allerdings nicht vollumfänglich) auf Basis Year to Date (YtD) und Jahressicht im Vergleich zum Vorjahr und Budget mit Abweichungsanalysen, ergänzt um Kennzahlen und ein Management Summary. Quartalsweise wird auch die aktualisierte Erwartungsplanung in derselben Form berichtet.

Ein regelmäßiges Reporting informiert somit das Management über die betriebswirtschaftliche Entwicklung der ASFINAG. Dieses Reporting wird Führungskräften und Mitarbeitern in geeigneter Weise zur Verfügung gestellt.

Begleitet werden damit die Prozesse der Planung, Budgetierung, Berichterstattung, Abweichungsanalysen und Zielerreichungskontrollen, der Jahresabschluss, die Quartals- und Monatsabschlüsse sowie Konsolidierungen.

Ausgewählte finanzielle und nichtfinanzielle Kennzahlen werden darüber hinaus den Führungsebenen und Mitarbeitern der ASFINAG zur Kenntnis gebracht. Dies erfolgt verstärkt über die Intranet-Plattform in der ASFINAG-Gruppe.

Das quartalsweise externe Berichtswesen an den Aufsichtsrat entspricht, den Rechnungslegungsprozess betreffend, im Kern der internen Quartalsberichterstattung und im 4. Quartal ist der Bericht des Vorstandes über das Jahresbudget, einschließlich Finanz- und Liquiditätsplan, Personalplan und Investitionsplan enthalten.

Im Berichtswesen an den Aufsichtsrat sind neben dem kaufmännischen Standardberichtswesen Statusberichte aller wesentlichen Unternehmensbereiche enthalten. Die finanziell gewichtigen Themen wie Finanzierung und Infrastrukturinvestitionsprogramm sind in einer standardisierten Form einem Monitoring durch den Aufsichtsrat unterzogen. Zusätzlich sind durch die Geschäftsordnungen insbesondere in diesen Bereichen Zustimmungs- und Berichtspflichten definiert.

Das Finanzmanagement berichtet über Liquidität und Finanzverbindlichkeiten, über die Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten, über Veranlagungsperformance sowie über die finanziellen Risiko-Kennziffern.

4.5. Überwachung

Die interne Revision, organisatorisch als Abteilung direkt dem Vorstand unterstellt, überwacht die Betriebs- und Geschäftsprozesse sowie das Interne Kontrollsystem. Die Prüfungen erfolgen nach dem vom Vorstand verabschiedeten Revisionsprogramms, ergänzt um Kurz- und Sonderprüfungen. Die Revisionsberichte sprechen Empfehlungen und Maßnahmen aus, die nach Umsetzungsbeauftragung durch den Konzernvorstand einem Follow-Up unterzogen werden.

Besonderer Fokus der internen Revision ist die Sicherstellung aller betrieblicher Abläufe im Einklang mit den konzernweiten Richtlinien und Regelungen, aber auch mit den Satzungen oder den Gesellschaftsverträgen der einzelnen Gesellschaften sowie mit den geltenden Gesetzen. Darüber hinaus werden die Thematiken der Aufgaben- und der Funktionstrennung sowie die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips fokussiert. Die interne Revision überprüft speziell auch beim Einsatz von Informationstechnologien, ob entsprechende Berechtigungssysteme oder zusätzliche Kontrollen in dokumentierter Form vorliegen.

Mit Abschluss des Berichtsjahres waren die wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Prozesse geprüft und es wurden keine Risiken festgestellt, denen nicht in adäquater Art und Weise begegnet wird. Bei festgestelltem Änderungsbedarf wurden die vereinbarten Maßnahmen umgesetzt bzw. ist die Umsetzung definiert und in Planung.

Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erfolgt unabhängig nach internationalen Standards für die berufliche Praxis und unter Wahrung der Rechtschaffenheit, Objektivität, Vertraulichkeit und Fachkompetenz.

Wien, am 9. April 2015

Der Vorstand

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Schedl'.

Dipl. Ing. Alois Schedl

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'K. Schierhackl'.

Dr. Klaus Schierhackl

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänder (AAB 2011)

Festgestellt vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen bei der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und zur Anwendung empfohlen vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000, adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002, am 21.10.2004, am 18.12.2006, am 31.8.2007, am 26.2.2008, am 30.6.2009, am 22.3.2010 sowie am 21.02.2011.

Präambel und Allgemeines

(1) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänder gliedern sich in vier Teile: Der I. Teil betrifft Verträge, die als Werkverträge anzusehen sind, mit Ausnahme von Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der II. Teil betrifft Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der III. Teil hat Verträge, die nicht Werkverträge darstellen und der IV. Teil hat Verbrauchergeschäfte zum Gegenstand.

(2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

(3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hierfür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.

(4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

(5) Die in der Kanzlei des Berufsberechtigten erstellten Arbeiten können nach Wahl des Berufsberechtigten entweder mit oder ohne elektronische Datenverarbeitung erstellt werden. Für den Fall des Einsatzes von elektronischer Datenverarbeitung ist der Auftraggeber, nicht der Berufsberechtigte, verpflichtet, die nach den DSGVO notwendigen Registrierungen oder Verständigungen vorzunehmen.

(6) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Mitarbeiter des Berufsberechtigten während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Berufsberechtigten verpflichtet.

I. TEIL

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.

(2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbefehl.

(3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen schriftlichen als auch mündlichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.

(2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Diese Vollständigkeitserklärung kann auf den berufsüblichen Formularen abgegeben werden.

(3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber stimmt zu, dass seine persönlichen Daten, nämlich sein Name sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Berufsberechtigten und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen iSd §§ 271 ff UGB im Informationsverbund (Netzwerk), dem der Berufsberechtigte angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder des Informationsverbundes (Netzwerkes) auch ins Ausland übermittelt werden (eine Liste aller Übermittlungsempfänger wird dem Auftraggeber auf dessen Wunsch vom beauftragten Berufsberechtigten zugesandt). Hierfür entbindet der Auftraggeber den Berufsberechtigten nach dem Datenschutzgesetz und gem § 91 Abs 4 Z 2 WTBG ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber nimmt in diesem Zusammenhang des Weiteren zur Kenntnis, dass in Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, ein niedrigeres Datenschutzniveau als in der EU herrschen kann. Der Auftraggeber kann diese Zustimmung jederzeit schriftlich an den Berufsberechtigten widerrufen.

5. Berichterstattung und Kommunikation

- (1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.
- (2) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberechtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-Mail.
- (3) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen und Daten können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch die elektronische Übermittlung verursacht werden. Die elektronische Übermittlung erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.
- (4) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortersystemen, Fax, E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.
- (5) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.
- (2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.
- (3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen schriftlicher als auch mündlicher Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hievon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.
- (2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.
- (3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Sowie darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

8. Haftung

- (1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässige verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.
- (2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.
- (4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.
- (5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.
- (6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hievon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzanspruch gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.
- (7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.

(8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Ein Dritter kann jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuorkommen befriedigt.

9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

- (1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.
- (2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hiezu besteht.
- (3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

10. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.

(2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen – außer in Fällen des Abs 5 – nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuererklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufsüblicher Frist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.

(4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.

(5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.

(6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 – gleichgültig aus welchem Grunde – mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

12. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.

(3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen. (4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

13. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.

(2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.

(4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.

(5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.

(7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.

(8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungsanforderungen zählen die betreffenden Versicherungsprämien zu den Nebenkosten.

(10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmungsgeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).

(13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(15) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

14. Sonstiges

(1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebührenoder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Nach Übergabe sämtlicher, vom Wirtschaftstreuhänder erstellten aufbewahrungspflichtigen Daten an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder ist der Berufsberechtigte berechtigt, die Daten zu löschen.

(3) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(4) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(5) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hierfür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufspflichten des Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(6) Der Auftragnehmer ist berechtigt, im Falle der Auftragsbeendigung für weiterführende Fragen nach Auftragsbeendigung und die Gewährung des Zugangs zu den relevanten Informationen über das geprüfte Unternehmen ein angemessenes Entgelt zu verrechnen.

(7) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(8) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigten rechnen musste.

(9) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigesetzt werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

(3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.

(4) Widerruft der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.

(5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.

17. Ergänzende Bestimmungen für die Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, für Beratungstätigkeit und andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten

(1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, bei obgenannten Tätigkeiten die Angaben des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig anzunehmen. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen. Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Berufsberechtigten eine angemessene Bearbeitungszeit, mindestens jedoch eine Woche, zur Verfügung steht.

(2) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise.

b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern. Erhält der Berufsberechtigte für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer und sonstiger Steuern und Abgaben erfolgt nur auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Verteidigung und die Beiziehung zu dieser im Finanzstrafverfahren,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Gründung, Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerungen, Liquidation, betriebswirtschaftliche Beratung und andere Tätigkeiten gemäß §§ 3 bis 5 WTBG,

d) die Verfassung der Eingaben zum Firmenbuch im Zusammenhang mit Jahresabschlüssen einschließlich der erforderlichen Evidenzführungen.

(4) Soweit die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

II. TEIL

18. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des II. Teiles gelten für Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung.

19. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und der Buchführung zu Grunde zu legen. Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Steht er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

(3) Falls für die im Punkt 16 genannten Tätigkeiten ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren.

(4) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 18 genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages und ist nach dem I. oder III. Teil der vorliegenden Auftragsbedingungen zu beurteilen.

(5) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

20. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung notwendigen Auskünfte und Unterlagen zum vereinbarten Termin zur Verfügung stehen.

21. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart ist, kann der Vertrag ohne Angabe von Gründen von jedem der Vertragspartner unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) Kommt der Auftraggeber seiner Verpflichtung gemäß Punkt 20 wiederholt nicht nach, berechtigt dies den Berufsberechtigten zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.

(3) Kommt der Berufsberechtigte mit der Leistungserstellung aus Gründen in Verzug, die er allein zu vertreten hat, so berechtigt dies den Auftraggeber zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.

(4) Im Falle der Kündigung des Auftragsverhältnisses zählen nur jene Werke zum Auftragsstand, an denen der Auftragnehmer bereits arbeitet oder die überwiegend in der Kündigungsfrist fertig gestellt werden können und die er binnen eines Monats nach der Kündigung bekannt gibt.

22. Honorar und Honoraranspruch

(1) Sofern nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(2) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 2 behält der Berufsberechtigte den vollen Honoraranspruch für drei Monate. Dies gilt auch bei Nichteinhaltung der Kündigungsfrist durch den Auftraggeber.

(3) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 3 hat der Berufsberechtigte nur Anspruch auf Honorar für seine bisherigen Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind.

(4) Ist kein Pauschalhonorar vereinbart, richtet sich die Höhe des Honorars gemäß Abs 2 nach dem Monatsdurchschnitt des laufenden Auftragsjahres bis zur Vertragsauflösung.

(5) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.

(6) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

23. Sonstiges

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen sinngemäß.

III. TEIL

24. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des III. Teiles gelten für alle in den vorhergehenden Teilen nicht erwähnten Verträge, die nicht als Werkverträge anzusehen sind und nicht mit in den vorhergehenden Teilen erwähnten Verträgen in Zusammenhang stehen.

(2) Insbesondere gilt der III. Teil der Auftragsbedingungen für Verträge über einmalige Teilnahme an Verhandlungen, für Tätigkeiten als Organ im Insolvenzverfahren, für Verträge über einmaliges Einschreiten und über Bearbeitung der in Punkt 17 Abs 3 erwähnten Einzelfragen ohne Vorliegen eines Dauervertrages.

25. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

26. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle notwendigen Auskünfte und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

27. Kündigung

Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen (§ 1020 ABGB).

28. Honorar und Honoraranspruch

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.

(2) Im Falle der Kündigung ist der Honoraranspruch nach den bereits erbrachten Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind, zu aliquotieren.

(3) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

29. Sonstiges

Die Verweisungen des Punktes 23 auf Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen gelten sinngemäß.

IV. TEIL

30. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des IV. Teiles gelten ausschließlich für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGGI Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung).

31. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Berufsberechtigten und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 8 Abs 2 AAB normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten nicht begrenzt.

(4) Punkt 8 Abs 3 AAB (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG: Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Berufsberechtigten dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Berufsberechtigten sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Berufsberechtigten oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Berufsberechtigten außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt. Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Berufsberechtigten enthält, dem Berufsberechtigten mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird. Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Berufsberechtigte alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Berufsberechtigten den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen. Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABG durch den Berufsberechtigten hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Berufsberechtigten zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 7 wird ergänzt Ist der Berufsberechtigte nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Berufsberechtigten gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 15 Abs 3: Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen

(a) Verträge, durch die sich der Berufsberechtigte zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des

zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit.a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Berufsberechtigten und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit.a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.



Verantwortlichkeitserklärung gem. § 82 Abs 4 Z 3 BörseG

Die Vorstandsmitglieder der Autobahnen- und Schnellstraßen- Finanzierungs- Aktiengesellschaft erklären nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards des BWG und UGB aufgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2014 und der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellte Konzernabschluss zum 31.12.2014 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Autobahnen- und Schnellstraßen- Finanzierungs- Aktiengesellschaft und des Konzerns vermitteln.

Weiters wird nach bestem Wissen bestätigt, dass die Lageberichte den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage der Autobahnen- und Schnellstraßen- Finanzierungs- Aktiengesellschaft und des Konzerns so darstellen, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass die Lageberichte die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen die Autobahnen- und Schnellstraßen- Finanzierungs- Aktiengesellschaft und der Konzern ausgesetzt sind, beschreiben.

Wien, am 23.04.2015

Autobahnen- und Schnellstraßen- Finanzierungs- Aktiengesellschaft


Dr. Klaus Schierhäckl
CEO


DI Alois Schedl
CEO